32. Jahrgang 1984 / 4. Heft / Dezember ISSN 0042–5702

E 2176 F

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON
KARL DIETRICH BRACHER und HANS-PETER SCHWARZ

AUS DEM INHALT

GUNTHER MAI
Containment und militärische Intervention
Elemente amerikanischer Außenpolitik zwischen 1947 und 1950

ELMAR KRAUTKRÄMER
Admiral Darlan, de Gaulle und das royalistische Komplott in Algier 1942

OTTO DOV KULKA
Die Nürnberger Rassengesetze und die deutsche Bevölkerung

FRANZ W. SEIDLER
NSKK und OT im Zweiten Weltkrieg

DOKUMENTATION
EVG und Politische Föderation
Protokolle der Außenminister-Konferenz vom 11. Dezember 1951
(Walter Lipgens)

BIBLIOGRAPHIE ZUR ZEITGESCHICHTE

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT STUTTGART

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben

von KARL DIETRICH BRACHER und HANS-PETER SCHWARZ

in Verbindung mit
Theodor Eschenburg, Helmut Krausnick, Werner Conze, Karl Dietrich Erdmann,
Paul Kluke, Walter Bußmann, Rudolf v. Albertini, Dietrich Geyer, Hans Mommsen,
Arnulf Baring und Gerhard A. Ritter

Redaktion:
Martin Broszat, Ludolf Herbst, Hermann Graml, Hellmuth Auerbach, Wolfgang Benz
Geschäftsführender Redakteur: Hermann Graml

Anschrift:
Institut für Zeitgeschichte, Leonrodstr. 46b, 8000 München 19, Tel. 089/180026

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

Gunter Mai — Containment und militärische Intervention. Elemente amerikanischer Außenpolitik zwischen der Griechenland-Krise von 1947 und dem Koreakrieg von 1950 491

Elmar Krautkrämer — Admiral Darlan, de Gaulle und das royalistische Komplott in Algier 1942. Politische Implikationen der Kriegswende in Französisch Nordafrika 529

Otto Dov Kulka — Die Nürnberger Rassengesetze und die deutsche Bevölkerung im Lichte geheimer NS-Lage- und Stimmungsberichte 582

MISZELLE

Franz W. Seidler — Das Nationalsozialistische Kraftfahrkorps und die Organisation Todt im Zweiten Weltkrieg 625

DOKUMENTATION

Walter Lipgens — EVG und Politische Föderation. Protokolle der Konferenz der an den Verhandlungen über eine europäische Verteidigungsgemeinschaft beteiligten Länder am 11. Dezember 1951 637

In memoriam Theodor Schieder 689

BIBLIOGRAPHIE 169

Diesem Heft liegen 4 Prospekte zu Veröffentlichungen über Zeitgeschichte bei. Wir bitten um Beachtung.

Verlag und Anzeigenverwaltung: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Neckarstr. 121, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/2631-0. Erscheinungsweise: Vierteljährlich. Gültig ist Preisliste Nr. 7 v. 1. 1. 1979. Bezieherpreise ab 1981: Einzelheft DM 18,– (zuzüglich Versandspesen); Jahresabonnement = 4 Hefte DM 58,80 (DM 3,60 Versandspesen und die Mehrwertsteuer enthalten). Für Studenten im Abonnement jährlich DM 46,80 (DM 3,60 Versandspesen und die Mehrwertsteuer enthalten). Bezieher der „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte" sind berechtigt, die der Zeitschrift angeschlossene „Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte" (2 Bände im Jahr) im Abonnement zum Vorzugspreis von DM 37,30 (DM 1,80 Versandspesen und die Mehrwertsteuer enthalten) zu beziehen.

Das Fotokopieren und Vervielfältigen aus „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte" ist nur mit Genehmigung des Verlages gestattet. – Mit der Einsendung von Beiträgen überträgt der Verfasser dem Verlag auch das Recht, die Genehmigung zum Fotokopieren zu erteilen.

Satz und Druck: Georg Appl, Wemding

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

FÜR THEODOR ESCHENBURG

Professor Dr. Theodor Eschenburg, der am 24. Oktober 1984 seinen 80. Geburtstag feierte, ist ein Altmeister nicht nur der Politikwissenschaft, sondern auch der Zeitgeschichte in Deutschland. Vor über drei Jahrzehnten hat er zusammen mit Hans Rothfels unsere Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte begründet und sie zum führenden Organ der Zeitgeschichtsforschung in Deutschland und der Welt gemacht, ihr eine kontinuierliche Entwicklung über alle wissenschaftlichen und politischen Kontroversen hinweg gesichert. Seine große Erfahrung und sein sicherer Blick haben uns immer wieder geholfen. Wir sind glücklich, daß er der Zeitschrift auch nach dem Wechsel der Herausgeberschaft vor sieben Jahren bis zum heutigen Tage verbunden geblieben ist und uns erst jetzt wieder eine hochinteressante Aufzeichnung zur Nachkriegszeit zur Verfügung gestellt hat, die wir möglichst bald veröffentlichen wollen. Für die reichen Anregungen und den stets kritischen Rat, mit dem er die Arbeit der deutschen historisch-politischen Forschung seit seiner damals für uns Jüngere so grundlegenden Studie zur „improvisierten Demokratie der Weimarer Republik" (1951) begleitet hat, schulden wir alle ihm bleibenden, verehrungsvollen Dank.

Im Namen der Herausgeber und der Redaktion der Vierteljahrshefte wie im Namen des Wissenschaftlichen Beirats des Instituts für Zeitgeschichte

Karl Dietrich Bracher und Hans-Peter Schwarz

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte
München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

32. Jahrgang 1984 Heft 4

GÜNTHER MAI

CONTAINMENT UND MILITÄRISCHE INTERVENTION

Elemente amerikanischer Außenpolitik zwischen der Griechenland-Krise von 1946/47 und dem Koreakrieg von 1950*

Der Kalte Krieg war in seinem Kern eine machtpolitische Auseinandersetzung um die Industriezentren, Rohstoffvorkommen und strategisch wichtigen Gebiete von Japan über Südostasien und den Nahen Osten bis nach Deutschland. Die zusammengebrochenen Imperien Japans und Deutschlands einerseits, die allmähliche Auflösung der englischen und französischen Weltreiche andererseits hinterließen an der Südflanke der Sowjetunion einen breiten Gürtel des Machtvakuums, in dem sich alle Konflikte des Kalten Krieges konzentrierten. Die Mächtekonkurrenz führte in dieser Zone für die Mehrheit der getroffenen Länder in die vorübergehende bzw. anhaltende Teilung[1]. Der Kalte Krieg war zugleich mehr: Seine ideologische Überformung (nicht Verursachung) reduzierte mit zunehmender Verhärtung der Konfrontation die Fähigkeit und den Willen zum pragmatischen Interessenausgleich, wertete offensive (in der Panik bzw. der Befreiungs-Euphorie des Korea-Krieges regional begrenzt auch aggressive) Konzeptionen auf, lähmte die außenpolitische Flexibilität durch die Rezeption primär militärischer Denkmuster und strategischer Prioritäten im State Department.

Die Teilung Europas (und der Welt) in Interessensphären bzw., wie man es z.T. verschämt umschrieb, in „spheres of responsibility" war letztlich schon in Teheran festgeschrieben worden. Unter dem Zwang der militärischen Verhältnisse hatten die Westmächte der Sowjetunion Zugeständnisse machen müssen, die sie zunächst aus begreiflichen, meist innenpolitischen Gründen vor der Öffentlichkeit verharmlosten, für die sie – zur Erbitterung Stalins – erst in Yalta und dann vor allem in Potsdam unter dem Druck dieser Öffentlichkeit politische und ökonomische Gegenleistungen verlangten[2]. Es wäre ein grundlegendes Mißverständnis, die reale wechselseitige Ergänzung von „containment" und „roll back" analytisch aufzulösen und in historische Phasen zu zergliedern. Die „Eindämmung" implizierte immer auch die „Befreiung"[3].

* Erweiterte und überarbeitete Fassung meiner Antrittsvorlesung, gehalten am 11.11.1981 vor dem Fachbereich Geschichtswissenschaften an der Philipps-Universität Marburg/Lahn.

1 Gunther Mai, Westliche Sicherheitspolitik im Kalten Krieg. Der Korea-Krieg und die deutsche Wiederbewaffnung 1950, Boppard 1977, S. 6f., 176f. Ähnlich Foreign Relations of the United States (zit.: FRUS), 1948/I, 2, S. 546 (NSC-7); FRUS, 1950/I, S. 237 (NSC-68).

2 FRUS, Malta and Yalta, z.B. S. 95, 235ff., 677f. Francis L. Loewenstein/Harold D. Langley/Manfred Jonas (eds.), Roosevelt and Churchill. Their Secret Wartime Correspondence, London 1975, S. 668, 685, 689f., 694, 699f., 706. Vgl. Wilfried Loth, Die Teilung der Welt. Geschichte des Kalten Krieges 1941–1945, München 1980, S. 16f., 86ff.

3 FRUS, 1948/I, 2, S. 548 (NSC-7), 667 (NSC-20/4); FRUS, 1950/I, S. 253 (NSC-68). John L. Gaddis, Strategies of Containment. A Critical Appraisal of Postwar National Security Policy, New York – Oxford 1982, besonders S. 89ff.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Weniger die mangelnde Kooperationsbereitschaft der Sowjetunion, sondern vielmehr die Ernüchterung angesichts der politischen Wirkungslosigkeit des Atomwaffenmonopols[4], angesichts des „Versagens" der Vereinten Nationen als Instrument der informellen Dominanz durch Kooperation führten den USA schmerzlich vor Augen, daß sie weder über eine differenzierte außenpolitische Strategie noch über das konventionelle militärische Instrumentarium verfügten, um ihren Gestaltungsanspruch als führende Weltmacht realisieren zu können.

Regionale Konflikte in der Frühphase des Kalten Krieges werden in aller Regel als spezifische Ausprägung einer in sich geschlossenen, fertig entwickelten Globalstrategie analysiert[5], weniger jedoch als Stufen bzw. als Phasen eines politischen Lernprozesses der USA. Daß zukünftig die Sowjetunion der Hauptkonkurrent und -gegner der USA sein würde, war weiten Kreisen der amerikanischen Regierung bereits 1944/45 einsichtig[6]. Nicht die ideologische Fixierung des neuen Feindbildes war somit das entscheidende Merkmal der Jahre 1945–50, sondern die Herausbildung außenpolitischer Strategien und die Bereitstellung des entsprechenden ökonomischen und militärischen Instrumentariums, die geeignet waren, die Lücke zwischen Gestaltungsanspruch und Realisierungsmöglichkeiten zu schließen. Die Abkehr vom Isolationismus war die Lehre aus den Fehlern der 1920er Jahre, und dafür waren die USA in den Zweiten Weltkrieg gezogen: „Wir wollen den Krieg gewinnen, und wir wollen auch den darauf folgenden Frieden gewinnen." Diese Worte Roosevelts galten nicht nur für das Jahr 1941, sie galten erst recht für den Kalten Krieg.

Die klassischen „traditionalistischen" und „revisionistischen" Interpretationen[7] der amerikanischen Außenpolitik im Kalten Krieg haben bei ihrer Beschreibung des Ziel-Mittel-Komplexes eine ausgeprägt konstante Geschlossenheit der Zieldefinition vorausgesetzt und daraus auf eine ähnlich geartete Zielgerichtetheit geschlossen. Der nur allmählich sich vollziehende Wandel der Mittel und Methoden – von der wirtschaftlichen Penetration über das politische Bündnis und die militärische Allianz bis zum Blocksystem – darf indes nicht vordergründig auf die Ebene verzögerter politischer Realisierbarkeit reduziert werden. Dies würde übersehen bzw. in unzulässiger Form vernachlässigen, in welchem Maße das offenkundige Fehlen situationskompetenter Strategien und konventioneller militärischer Macht Krisenbewußtsein weckte und dieses in Konfliktbereitschaft umwandelte, also Eskalation produzierte, in welchem Maße westeuropäische Bedrohungsvorstellungen die USA dazu verleiteten, die kurzfristig bequemer zu realisierende Lösung der hegemonialen, nicht kooperativen Dominanz gegenüber ihren Verbündeten zu wählen.

„Postrevisionistische" bzw. „pragmatischere" Forschungsansätze, die stärker die

---

[4] Vgl. Gregg Herken, The Winning Weapon. The Atomic Bomb in the Cold War, 1945–1950, New York 1982.

[5] Vgl. dazu Gunther Mai, Globalstrategie und regionale Konflikte in der amerikanischen Außenpolitik in der Frühphase des Kalten Krieges, in: Neue Politische Literatur, Beiheft 1: Ost-West-Konflikt und Friedenssicherung, hrsg. von Wolfgang Michalka, Wiesbaden 1984.

[6] Vgl. unten Anm. 108.

[7] Ernst Nolte, Deutschland und der Kalte Krieg, München 1974, S. 31 ff.; Loth, S. 9 ff.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„national security mentality"[8] bzw. den „Sicherheits-Imperialismus"[9] herausstellen, erscheinen besonders geeignet, den rüstungstechnologischen Wandel[10] und Kategorien wie „Glaubwürdigkeit" und „Prestige", d.h. eher system-neutrale Fragestellungen, in die Interpretation einzubeziehen[11]. Zugleich vermögen sie durch die Auflokkerung der traditionellen Sicht von ideologischer Zielvorgabe und rationaler Mitteldefinition dem opportunistischen Selbstzweck der Macht einerseits, der inflexiblen Verhaftung an irrationalen Kategorien bzw. rationalisierten Ideologemen andererseits analytischen Wert zu verleihen. Dies kann zu einer Neubestimmung des Verhältnisses von Zielen und Mitteln führen. Wird „Sicherheit"[12], d.h. Systemerhaltung und Machtausweitung, zum primären Ziel außenpolitischen Handelns, sinken die Ziele gemäß den Definitionen der Traditionalisten (Verteidigung gegen sowjetische Expansionsbestrebungen) wie der Revisionisten (Freihandels-Imperialismus) zu sekundären Zielen, wenn nicht zu bloßen Mitteln herab.

Einer solchen Umwertung bzw. Herabstufung der Ziele zu Mitteln neigt in den letzten Jahren eine Reihe von Autoren zu[13], die – offenkundig unter dem Eindruck von Vietnam und Watergate – von der Erfahrung des Zynismus der Macht geprägt sind. Ihre Untersuchungen haben – abgesehen von der beeindruckenden Quellenintensität – wichtige Fortschritte in zwei Punkten erbracht: Sie demonstrieren zum einen die völlige Unangemessenheit von politischer Strategie und militärischem Potential. Sie verdeutlichen deren allmähliche Entwicklung und Perfektionierung in einigen bilateral angelegten „test cases", besonders Griechenland und Korea[14], verkennen aber die militärische Interventionsbereitschaft als bloß ratlosen Ersatz für den Mangel an politischen Konzeptionen. Sie realisieren, wenngleich zumeist nur in Ansätzen, zum anderen die Verzahnung, nicht bloß Parallelität von asiatischem und europäischem Schauplatz, unterschätzen aber das Ausmaß, in dem in Europa entwickeltes Krisenmanagement in Asien praktiziert wurde[15]. Zu diesem unkritischen Transfer der Krisenstrategien trug zweifellos ein erhebliches Defizit an kulturellem

---

[8] Insgesamt zurückgehend auf Daniel Yergin, Shattered Peace. The Origins of the Cold War and the National Security State, New York 1977.

[9] Mai, Sicherheitspolitik, S. 182f.

[10] Vgl. William Griffith, The Superpowers and Regional Tensions. The USSR, the United States, and Europe, Lexington 1982, S. 19ff.; Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945–1956, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 1, München-Wien 1982, besonders S. 121ff., 163ff.

[11] FRUS, 1948/I, 2, S. 667 (NSC-20/4). Charles M. Dobbs, The Unwanted Symbol. American Foreign Policy, the Cold War, and Korea 1945–1950, Kent 1981, besonders S. ixf., 107ff., 130, 152, 167; Russell D. Buhite, Soviet-American Relations in Asia, 1945–1954, Norman 1981, besonders S. 230ff.; William W. Stueck, The Road to Confrontation. American Policy toward China and Korea, 1947–1950, Chapel Hill 1981, S. 6ff.

[12] Ernst-Otto Czempiel, Das amerikanische Sicherheitssystem 1945–1949. Studien zur Außenpolitik der bürgerlichen Gesellschaft, Berlin 1966; Mai, Sicherheitspolitik, S. 10f.

[13] Vgl. Mai, Globalstrategie.

[14] Michael M. Amen, American Foreign Policy in Greece 1944/1949. Economic, Military and Institutional Aspects, Frankfurt/M. – Bern – Las Vegas 1978, S. 3, 60, 214.

[15] Besonders Buhite, S. 211; Dobbs, S. 81, 96, 131, 135, 143ff., 153.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Verständnis bei, das seine Entsprechung in dem ebenso undifferenzierten Export von Regierungssystemen und politischen Wertvorstellungen fand[16]. Zwar neigen die „revisionistischen" wie die „pragmatischen" Autoren, wenngleich mit unterschiedlicher Akzentsetzung, eindeutig der Priorität des machtpolitischen Faktors zu, der dogmatisch inflexible, ja radikale ideologische Gegensatz zur Sowjetunion hat jedoch lange Jahre einen machtpolitischen Pragmatismus be- bzw. verhindert. Dieser Rigorismus – in seiner Intensität ohne jeden Zweifel von personellen Konstellationen abhängig – stellte in den zahlreichen Krisensituationen jener Jahre eine apriorische Rationalität und berechenbare Konstanz außenpolitischer Entscheidungsprozesse in Frage. Die partielle Verselbständigung der Ideologie – sei es unter Legitimationszwang, sei es als Führungsinstrument – engte Handlungsspielräume ein, erhöhte die Risikobereitschaft, schloß Kompromißfähigkeit in hohem Maße aus.

Bei den folgenden Überlegungen gilt es, dieses schwankende, fließende Verhältnis von ideologischen und machtpolitischen Faktoren stets mit zu berücksichtigen. Vorrangig soll jedoch die Herausbildung der für die amerikanische Außenpolitik dieser Jahre spezifischen Krisen- bzw. Konfliktstrategien untersucht werden, wie sie 1950 in Korea praktiziert wurden. Ihr Hintergrund soll im wesentlichen an drei Problembereichen verdeutlicht werden: dem militärischen Interventionsdenken, dem Verhältnis von Fiskalpolitik und Militärstrategie, der Rolle der Vereinten Nationen im außenpolitischen Kalkül der USA.

I. Containment und Intervention

Neben Polen und Deutschland hatte sich schon auf der Potsdamer Konferenz der östliche Mittelmeerraum als ein weiteres potentielles Konfliktfeld zwischen den USA und der Sowjetunion abgezeichnet. Die Sowjetunion hatte sehr offen ihr Interesse an diesem Gebiet bekundet, als sie eine unmittelbare Beteiligung an der Kontrolle der Dardanellen verlangte und ihren Anspruch auf die Treuhandschaft in den ehemaligen italienischen Kolonien auf den Dodecanes und in Libyen anmeldete, zugleich auch eine Neufassung des internationalen Status von Tanger in die Diskussion einbrachte[17]. Durch die Kontrolle zumindest Nordgriechenlands war sie zugleich bemüht, so jedenfalls die Befürchtung von US-Botschafter MacVeagh, eine Landbrücke zum Mittelmeer zu gewinnen. Die USA beobachteten die britische Kompromißbereitschaft in diesen Fragen mißtrauisch[18], verdächtigten Großbritannien gar des „Appeasement"

[16] Alle Versuche, Korea in ähnlich weitreichender Form wie Griechenland mit Hilfe von Beratern amerikanischer Einflußnahme zu unterwerfen, scheiterten wie vorher in China und später in Vietnam; Mai, Globalstrategie.

[17] FRUS, Potsdam, Bd. 1, S. 651 ff., 1010 ff.; Bd. 2, S. 47, 238 f., 252 ff., 301 ff., 632 ff., 1408 ff., 1427 ff., 1441, 1458, 1493, 1510; Walter Millis (ed.), The Forrestal Diaries, New York 1951, S. 71, 97.

[18] Documents on British Policy Overseas, ed. by Rohan Butler et al., Ser. I, vol. 1, London 1984, S. 495 f., 547, 573 ff., 816 f., 849 f., 881 f., 990 ff., 1158 ff., 1179 ff. zur Türkei, S. 1195 ff., 1246 ff. zu Griechenland. Die Briten waren zunächst in der Tat sehr viel entgegenkommender, u. a. zur diplo-

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

(MacVeagh), sie erkannten aber (zumindest vorläufig) die traditionelle Vormachtstellung der Engländer in diesem klassischen Einflußgebiet an, nicht zuletzt, um diesen auch die militärische Verantwortlichkeit zuschieben zu können. Die USA waren an dem Mittelmeerraum bislang aus vorrangig strategischen Gründen interessiert, da sich im Weltkrieg der ungehinderte Zugang zu den Erdölvorkommen des Nahen Ostens als lebensnotwendig erwiesen hatte. Unter Ausnutzung der ökonomischen Abhängigkeit Großbritanniens waren sie vorrangig darum bemüht, die Öffnung der britischen Ölkonzessionen für amerikanische Firmen zu erzwingen, ohne selbst politisch und militärisch durch den Aufbau einer staatlich kontrollierten Infrastruktur in Erscheinung zu treten[19].

Vor allem Marineminister Forrestal hatte seit 1943 die Auffassung propagiert, daß von der Kontrolle des Nahost-Öls die „balance of military power throughout the world" ebenso abhängen werde wie die Prosperität der amerikanischen Binnenwirtschaft und der Wiederaufbau Nachkriegs-Europas: „Wer an dem Hahn des Nahost-Öls sitzt, kann das Schicksal Europas kontrollieren"[20]. Die USA reagierten daher entsprechend empfindlich, als der sowjetische Vorstoß in das östliche Mittelmeer ihre „lines of communication" in Nord-Süd-Richtung zu zerschneiden drohte. Als schließlich erkennbar wurde, daß die Sowjetunion gleichfalls im Nahen Osten, d. h. im Iran, Ölvorkommen außerhalb der eigenen Grenzen suchte, sahen die USA den Augenblick zur Wahrung und Mehrung ihrer eigenen Öl-Interessen gekommen. Sie waren aber ebenso offenkundig daran interessiert, durch eine gewisse politische Zurückhaltung ihre ökonomischen Ziele voranzutreiben. Diese Bestrebungen wurden begünstigt durch die Bemühungen Irans und Großbritanniens, die USA durch Entgegenkommen in der Ölfrage, allerdings mit unterschiedlicher Zielsetzung, zu involvieren: Iran brauchte sie als Gegengewicht gegen sowjetisch-britische Teilungspläne, Großbritannien suchte einen Verbündeten gegen erste iranische Verstaatlichungspläne. Auf diese Weise gelang es den Amerikanern relativ reibungslos, Iran den eigenen Ölgesellschaften noch während der Krise zu öffnen, auch wenn sie gegenüber sowjetischen Anschuldigungen jedes Interesse an solchen Konzessionen wahrheitswidrig bestritten. Trotz aller Dementis erschien den amerikanischen Militärs die (westliche bzw. amerikanische) Verfügungsgewalt über das iranische Öl so „absolutely vital to the security of this country", daß Truman bereits über sehr weitreichende Konsequenzen nachdachte: „We may be at war with the Soviet Union over Iran"[21].

---

matischen Absicherung eigener Positionen z. B. in Suez, ihre Haltung verhärtete sich jedoch (unter dem Einfluß der amerikanischen Rückendeckung?) zunehmend.

[19] Michael B. Stoff, Oil, War, and American Security. The Search for a National Policy on Foreign Oil 1941–1947, New Haven and London 1980, S. 119, 130 f., 136. Weitere Literatur bei Mai, Globalstrategie, Anm. 23, 26 und 30. John O. Iatrides (ed.), Ambassador MacVeagh Reports. Greece 1933–1947, Princeton 1981; FRUS, Potsdam, Bd. 2, S. 1030 ff., 1429; FRUS, 1946/VII, S. 801 ff.

[20] Millis, S. 367. Vgl. ebenda, S. 272, 323 f.

[21] FRUS, 1946/VII, S. 34, 41, 413, 501 ff., 517 ff., 535 ff., 544, 546; FRUS, 1947/V, S. 890 ff., passim, 973 f., 980; Joyce and Gabriel Kolko, The Limits of Power. The World and United States Foreign

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der politische Erfolg in der Iran-Krise beflügelte die amerikanischen Bemühungen um eine intensivierte ökonomische und politische Penetration der Region. In Fortschreibung der klassischen britischen Konzeption des „northern tier" wurde erstmals explizit eine „Domino-Theorie" formuliert: Der Fall des Iran, der Türkei und Griechenlands, die sämtlich zum „vital interest" aufgewertet wurden, würde den Verlust der gesamten Öl-Region und Westeuropas nach sich ziehen[22]. Das State-War-Navy Coordinating Committee (SWNCC) empfahl daher in einem Memorandum vom 1. April 1946, erstens die erforderlichen militärischen Streitkräfte zur Verfügung zu stellen und zweitens die Bereitschaft zu bekunden, notfalls die Briten in diesem Raum als Ordnungsmacht zu ersetzen. Damit sollte drittens der eigenen Bevölkerung, besonders aber viertens der Sowjetunion der Kurswechsel der amerikanischen Politik in ebenso drastischer wie dramatischer Form deutlich gemacht werden, nachdem die USA noch in Potsdam ein weitgehendes Desinteresse an einem direkten Engagement in dieser Region wiederholt zu Protokoll gegeben hatten: „It is wise to emphasize therefore the importance of being so prepared militarily and of showing such firmness and resolution that the Soviet Union will not, through miscalculation of American intentions and potentialities, push to the point that results in war"[23].

Daß die Containment-Politik von Beginn an (notwendigerweise) starke militärische Implikationen beinhaltete, zeigte sich nicht erst 1950, als Paul Nitze das Problem prägnant formulierte: „Without superior aggregate military strength, in being and readily mobilizable, a policy of ‚containment' – which is in effect a policy of calculated and gradual coercion – is no more than a policy of bluff"[24]. In diesem Sinne forderte auch das genannte Memorandum des SWNCC vom April 1946 als Antwort auf die sowjetischen Expansionsneigungen eine unmißverständliche Demonstration amerikanischer Entschlossenheit: „in the first instance by diplomatic means and in the last analysis by military force if necessary". Solange allerdings die militärische Präsenz der USA in dieser Region lediglich auf einer im Aufbau befindlichen Flotte und auf rasch ansteigender Militärhilfe beruhte[25], war zur Kompensation der bilateralen Defizite – zumindest für eine Übergangsphase, grundsätzlich aber auch darüber hinaus – eine politische Ersatzlösung auf vorzugsweise multilateraler Ebene anzustreben: „Die Charta der Vereinten Nationen bietet das beste und am wenigsten angreifbare Mittel, mit dessen Hilfe die USA ihren Widerstand gegen die sowjetische physische Ausdehnung implementieren können ... Wenn, trotz diplomatischer Aktionen, die sowjetische territoriale Expansion Gebiete erreichen sollte, wo unsere Marine-, amphibischen und Luftstreitkräfte potentiell in der Lage sind, wirkungsvoll einzugreifen, wird

Policy 1945–1954, New York 1972, S. 237, 403 f.; Herbert Feis, From Trust to Terror. The Onset of the Cold War, 1945–1950, New York 1970, S. 83.

22 FRUS, 1946/VII, S. 530, 837, 840, 893; FRUS, 1947/V, S. 30, 39, 44, 51, 61; Bruce R. Kuniholm, The Origins of the Cold War in the Near East. Great Power Conflict and Diplomacy in Iran, Turkey and Greece, Princeton 1980.

23 FRUS, 1946/I, S. 1170.

24 FRUS, 1950/I, S. 253 (NSC-68).

25 FRUS, 1947/III, S. 217: Militärhilfe as „a powerful influence in orienting the recipient nations toward U.S. policy". Ähnlich FRUS, 1948/I, 2, S. 585 ff. (NSC-14/1); FRUS, 1949/I, S. 347 ff.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

es doch weiterhin wünschenswert sein, diese Macht über das Medium der Vereinten Nationen einzusetzen"[26].

Daß es sich hierbei um mehr als nur um abstrakte Strategiepapiere politischer Planungsgruppen handelte, wurde in der Türkei-Krise des Sommers 1946 deutlich, als vor allem Acheson die Auffassung durchzusetzen wußte, jegliche Nachgiebigkeit gegenüber dem sowjetischen Vorstoß „to control and dominate that country" führe unweigerlich zu „infiltration and domination of Greece by Russia with the obvious consequences in the Middle East and the obvious threat to the lines of communication of the British to India". Diesem „trial balloon" der Sowjets in der Türkei müsse daher vom Präsidenten mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden, „with the full realization that if Russia did not back down and if we maintained our attitude it might lead to armed conflict". Truman schloß sich dieser harten Linie an und zeigte sich bereit, mit einem „show-down" den Grad der sowjetischen Konfliktbereitschaft zu testen: „We might as well find out whether the Russians were bent on world conquest now as in five years." Die Schlußfolgerungen, die das SWNCC aus diesen Vorgaben zog, waren unmißverständlich: „The only thing that will deter the Russians will be the conviction that the United States is prepared, if necessary, to meet aggression with force of arms"[27].

Für eine solche offensive Außenpolitik, für eine globale militärische Präsenz fehlten jedoch bereits die innenpolitischen Voraussetzungen. Daher schlugen Forrestal und Acheson als begleitende Maßnahmen vor, „to inform the country of the background of the decision", d.h. das Wesen des Sowjetkommunismus, seine aggressiven Ziele und die Mittel seiner Expansion als Ursache und Legitimation amerikanischen Engagements herauszustellen. Denn, so erläuterte Acheson einen der wichtigsten Grundsätze seiner Politik, „in the long run the state of public opinion and the state of Congressional opinion were the dominant factors", von deren Zustimmung allein begrenzte militärische Aktionen ebenso wie umfassende Rüstungsprogramme abhängig seien. In diesem Sinne war die Truman-Doktrin nicht vorrangig auf die akute griechisch-türkische Krise zugeschnitten, sondern sie wurde bewußt dem Kongreß und der Öffentlichkeit „as part of a worldwide program" präsentiert, „in such a fashion as to electrify the American people", bzw. wie Senator Vandenberg seinem Präsidenten geraten hatte, „to scare hell out of the country"[28].

Die Truman-Doktrin wurde zwar erst im Rahmen der Griechenland-Krise vom Frühjahr 1947 proklamiert, sie war aber bereits inhaltlich für die Türkei-Krise vom August 1946 formuliert worden, als die Sowjetunion die Türkei in der Dardanellenfrage diplomatisch unter Druck zu setzen versuchte. Doch da sich die UdSSR – nicht

[26] FRUS, 1946/I, S. 1167 ff.

[27] FRUS, 1946/VII, S. 827 ff., 840 ff.; Millis, S. 191 f.; Harry S. Truman, Memoirs, Bd. 2, Garden City 1956, S. 96 ff.; Dean Acheson, Present at the Creation. My Years in the State Department, New York 1969, S. 195 f.

[28] Millis, S. 192; FRUS, 1946/VII, S. 822 f., 871; FRUS, 1947/V, S. 45 ff.; Richard J. Barnet, Intervention and Revolution. America's Confrontation with Insurgent Movements Around the World, Cleveland-New York 1968, S. 116; Lloyd C. Gardner (ed.), The Korean War, New York 1972, S. 7.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zuletzt angesichts der demonstrativen Entsendung amerikanischer Kriegsschiffe in die Türkei – erneut zurückzog, mußte Truman sich noch einige Monate gedulden, „to proclaim the new doctrine when a fitting moment arose"[29].

Die Truman-Doktrin war also keineswegs Ausdruck nervöser, gar panischer Überreaktion angesichts des überstürzten Rückzugs der Briten aus dieser Region. Die USA hatten längst die Unhaltbarkeit der weltweiten imperialen Position Großbritanniens erkannt, hatten sich dementsprechend um eine politische und ökonomische Penetration des östlichen Mittelmeerraumes bemüht, d.h. – wie Amen am Beispiel Griechenlands nachweisen konnte – sich auf die Übernahme dieser Machtvakanzen langfristig vorbereitet[30]. Wenn die Regierung dennoch in dem Bewußtsein handelte, „that a major turning point in American history was taking place"[31], dann bezog sich dies vor allem auf die Entscheidung, zum einen offen den Führungsanspruch innerhalb der westlichen Welt zu beanspruchen[32], zum anderen bewußt und entschlossen der Sowjetunion den offenen Kampf anzusagen[33]. In diesem Sinne verstand es vor allem Acheson, die Gunst der Krise zur Realisierung eines ganzen Komplexes mittel- und langfristiger Ziele einzusetzen: Zunächst sollte durch die dramatische Überspitzung der Krise die Bereitschaft von Öffentlichkeit und Kongreß zu gesteigerten Rüstungsanstrengungen geschaffen bzw. gefördert werden. Zum zweiten sollte die Militärhilfe, da effektiver als die Wirtschaftshilfe, zur nachhaltigen Durchsetzung des amerikanischen Führungsanspruches und damit der amerikanischen Interessenprioritäten genutzt werden[34]. Zum dritten konnte nur die Verfügbarkeit konventioneller Militärmacht unterhalb der atomaren Ebene eine flexible Reaktion durch begrenzte und begrenzbare Interventionen ermöglichen. Zum vierten sollten die Vereinten Nationen zur politischen Vorbereitung, moralischen Legitimation, aber auch zur militärischen Entlastung amerikanischer Aktionen gegenüber der Sowjetunion eingesetzt werden[35].

Die türkisch-griechische Krise hatte damit zur Entstehung einer offensiven Krisenmentalität, zur Entwicklung einer auch die militärische Eskalation als legitimes Mittel einkalkulierenden Krisendramaturgie geführt, die den Krieg zwar nicht durch politische Aggressivität zu provozieren suchte, die aber in konventioneller Vorwegnahme der Dulles'schen Politik des „brinkmanship" ein kalkulierbares, d.h. begrenztes Kriegsrisiko in Kauf zu nehmen bereit war. Diese facettenreiche Strategie trug in besonderem Maße die Handschrift Achesons. Sein Ausscheiden aus dem State Department hat zweifellos in erheblichem Maße dazu beigetragen, daß in den Krisen der

[29] Zit. nach Barnet, S. 114.

[30] Vgl. Amen, S. 8, 21, 37, 43, 49 ff., 74. So auch Yergin, S. 281.

[31] Joseph M. Jones, The Fifteen Weeks (February 21–June 5, 1947), 2. Aufl. New York 1964. Vgl. Acheson, S. 220.

[32] Truman, Bd. 2, S. 102.

[33] FRUS, 1948/I, 2, S. 547 f. (NSC-7), 662 ff. (NSC-20/4); David Horowitz, Kalter Krieg. Hintergründe der US-Außenpolitik von Jalta bis Vietnam, Bd. 1, Berlin 1969, S. 61 ff.

[34] FRUS, 1947/III, S. 216 f.

[35] Vgl. dazu unten Abschnitt III. Auch Buhite, S. 161 ff.; Dobbs, S. 104 ff.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahre 1948/49 sich nicht die „hardliner" wie General Clay, sondern feinfühligere Krisenmanager wie Außenminister Marshall durchsetzen konnten[36]. Acheson sollte jedoch in der Korea-Krise, nach langjähriger Verfeinerung der Planungsarbeit, seinen rigoroseren außenpolitischen Stil mit Erfolg praktizieren, so wie seine Nachfolger (z. T. unter seinem Einfluß) und seine Epigonen (z. B. Paul Nitze) zu dieser „erfolgreichen" Strategie verschiedentlich zurückkehrten[37].

Diese Planungsarbeit, die dem neugeschaffenen Nationalen Sicherheitsrat (NSC) übertragen worden war, läßt erkennen, daß die Mittelmeer- und Nahostpolitik aus akutem Anlaß zu einem „test case" für die weitere Entwicklung und Koordination außenpolitischer, außenwirtschaftlicher und vor allem militärischer Handlungsvarianten gemacht wurde. In der Erwartung einer „major political showdown crisis", die im Nahen Osten „obviously will contain in it the very real danger of outbreak of hostilities"[38], widmete sich der NSC in seinen ersten Planungspapieren vorrangig Italien (NSC-1) und Griechenland (NSC-5). Zugrunde lag ein die gesamte Region umfassender Grundsatzbeschluß, der eine abgestimmte Praxis des Containment anstrebte: „Die Sicherheit des östlichen Mittelmeeres und des Mittleren Ostens ist lebenswichtig [vital] für die Sicherheit der USA ... Die Sicherheit des ganzen östlichen Mittelmeeres und des Mittleren Ostens wäre gefährdet, wenn die Sowjetunion bei ihren Bemühungen, die Kontrolle über eines der folgenden Länder zu gewinnen, erfolgreich wäre: Italien, Griechenland, Türkei oder Iran ... Es sollte die Politik der USA sein ..., die territoriale Integrität und politische Unabhängigkeit von Italien, Griechenland, Türkei und Iran erhalten zu helfen. Bei der Ausführung dieser Politik sollten die USA bereit sein, vollen Gebrauch ihrer politischen, ökonomischen und, wenn nötig, militärischen Macht zu machen, und zwar in der als am wirksamsten erachteten Form"[39].

Diese regionale Ausweitung der Interventionsbereitschaft schien erforderlich geworden, da die Verkündung von Truman-Doktrin und Marshall-Plan keineswegs zu einer Beruhigung der Situation in Westeuropa, sondern im Gegenteil zu einer weiteren Destabilisierung geführt hatte. Der Policy Planning Staff (PPS) des State Depart-

---

[36] Neben Clay und Dulles drängte vor allem auch Averell Harriman seinen Präsidenten, „that he should ‚take hold of the crisis and deal with it in a manner which will be convincing to the Congress and the American public'", also ganz im Sinne Achesons. Hans-Ludwig Paeffgen, The Berlin Blockade and Airlift. A Study of American Diplomacy, Ph. D. University of Michigan 1979, S. 220; Avi Shlaim, The United States and the Berlin Blockade 1948–1949, Berkeley-Los Angeles 1983, S. 195 ff.; Daniel F. Harrington, American Policy in the Berlin Crisis of 1948–1949, Ph. D. Indiana University 1979, S. 109 ff.

[37] Zur Rolle der „Achesonians" (die Sonderbeauftragten Acheson und Harriman, Außenminister Rusk und Unterstaatssekretär Nitze) in der Regierung Kennedy, vor allem während der Berlin- und Kuba-Krisen 1961/62, vgl. Seyom Brown, Faces of Power. Constancy and Change in United States Foreign Policy from Truman to Johnson, New York-London 1969, S. 242 ff.

[38] FRUS, 1947/I, S. 765 (Ch. Bohlen), 770 ff. (PPS); Millis, S. 340.

[39] FRUS, 1948/IV, S. 21 ff. (PPS/18), S. 2 ff. (NSC-5/1), 46 ff. (NSC-5/2), 93 ff. (NSC-5/3), 101 (NSC-5/4). Dieser Passus wurde 1949, unter Bezug auf NSC-1/2, zu einem der wichtigsten internen Argumente für die (zweimal aufgeschobene) Einbeziehung Italiens in die NATO; FRUS, 1949/IV, S. 142 ff.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ment ging daher im November 1947 davon aus, daß das zu erwartende fait accompli der Sowjets in der Tschechoslowakei mit bürgerkriegsähnlichen Vorstößen in Frankreich, Italien und Griechenland verbunden sein würde; die Gründung der kommunistisch dominierten Provisorischen Freien Demokratischen Republik Griechenland im Dezember 1947 schien diese Prognosen zu bestätigen[40]. Zwar galt eine Intensivierung der Militärhilfe weiterhin als das wirksamste Mittel, das direkte Eingreifen amerikanischer Einheiten rückte jedoch als denkbarer (Not-)Fall immer konkreter in den Gesichtskreis der Planer. Als vorläufige und vorbereitende Maßnahme wurden die Verstärkung der Militärmission, die eventuelle „dispatch of a token armed force" sowie „training flights into Greece by U.S. armed forces" vorgeschlagen. Die militärische Präsenz als offene Drohung mit militärischer Intervention sollte den Sowjets signalisieren, „that the further the communists go in Greece and Italy the more surely will this Government be forced to extend the deployment of its peacetime military establishment in the Mediterranean area"[41].

Die betroffenen Staaten traten als eigenständige Faktoren in diesen amerikanischen Planungen kaum noch in Erscheinung. Rigoros zwangen die USA der griechischen Regierung ihre Bedingungen für die Fortsetzung bzw. Steigerung von Wirtschafts- und Militärhilfe auf, die die griechische Souveränität de facto aufhoben und den amerikanischen „Beratern" volle Handlungsfreiheit gewährten[42]. Auf diese Weise gelang es binnen relativ kurzer Zeit, die militärische Lage zugunsten der Regierungstruppen zu stabilisieren. Da zugleich die erwartete Intervention der kommunistischen Nachbarstaaten ausblieb, riet der NSC unter dem Einfluß der Joint Chiefs of Staff (JCS) von der Entsendung einer „token force" ab. Wichtige Beamte des State Department, die bereits früher bedauert hatten, daß der Kongreß „placed restrictions upon the use of American troops in Greece", waren mit dieser Entscheidung nicht einverstanden: „Der Zweck einer Entsendung von Truppen nach Griechenland wäre, die Entschlossenheit zu zeigen, die Situation in Griechenland zu bereinigen." Denn, so wurde die Lage abermals dramatisiert, „der gegenwärtige Kampf um Griechenland sollte vor allem als letzte Gelegenheit betrachtet werden, den Dritten Weltkrieg zu verhindern"[43]. Allerdings waren die USA nicht gewillt, in Griechenland den Dritten Weltkrieg auszukämpfen, sondern sie begannen im Gegenteil, sich auf einen möglichen unfreiwilligen Rückzug einzurichten. Für diesen Fall, so wurde nun die Formel von der „am wirksamsten erscheinenden Form" amerikanischer Unterstützung interpretiert, müsse man umgehend Vorsorge treffen, „such as, for example, seeing to it that we get into the country *now*, operatives who will provide sources of information to us and trouble for the other side; plans for the setting up of a government in the is-

[40] FRUS, 1947/I, S. 770 ff.; FRUS, 1947/V, S. 219 ff., 438 ff.; FRUS, 1948/IV, S. 48; Millis, S. 281, 340.

[41] FRUS, 1948/I, 2, S. 519, 539 f.

[42] Diese Auffassung wurde von den amerikanischen Vertretern in Griechenland selbst wiederholt geäußert. Zu den Belegen vgl. Amen, S. 49 ff., 65, 76 ff., 91, 114, 124 f., 147, 179 f. Vgl. Mai, Globalstrategie.

[43] FRUS, 1948/V, S. 98 f.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

land of Crete which we would recognize and which would be the base for operations of this character"[44].

Diese Überlegungen und Planungen lassen deutlich erkennen, wie sehr sich die USA in der Defensive sahen, wie empfindlich sie der Mangel an konventionellen Streitkräften in ihrer politischen Bewegungsfreiheit einengte. Gerade aus dieser Situation heraus zeigte sich das State Department noch im Februar 1948 eher als das Pentagon geneigt, Truppen nach Griechenland zu entsenden: als *politische* Demonstration, aber doch mit dem klaren Bewußtsein militärischer Konfliktmöglichkeiten; da die Militärs jedoch ihrerseits befürchteten, der erzwungene Rückzug symbolischer Truppenteile werde eine politische Niederlage nach sich ziehen, plädierten sie für eine völlige Abstinenz und konnten sich mit dieser Auffassung schließlich auch durchsetzen.

Zu diesem Erfolg der Militärs trug nicht zuletzt bei, daß das Interesse der Regierung sich nach Italien verlagerte. Dort wurde angesichts der Zuspitzung der Krise in der Tschechoslowakei ein kommunistischer Putschversuch für möglich erachtet, der von außen in doppelter Form Unterstützung finden könnte: durch einen parallelen Putschversuch in Frankreich einerseits, durch eine wie auch immer geartete Einmischung Jugoslawiens andererseits. Der NSC sah Italien am 10. Februar 1948 „under strong and persistent Communist attack aimed ultimately at the creation of a Communist dictatorship subservient to Moscow". Aufgrund seiner geographischen Position war das Land von besonderer strategischer Bedeutung: Es beherrschte die Verbindungslinien zum Nahen Osten, der ja zum „vital interest" erklärt worden war, und grenzte an den Balkan; es eröffnete zudem, wie die USA in ihren Operationen des Weltkrieges selbst nur zu gut erfahren hatten, den Weg nach Afrika einerseits, nach Mitteleuropa andererseits[45]. Von Beginn an ging daher die Bereitschaft zum Einsatz militärischer Mittel weiter als in Griechenland. Allerdings wurde diese Bereitschaft wesentlich dadurch erleichtert, daß sich noch amerikanische Besatzungstruppen in Italien befanden.

Als wahrscheinlichster bzw. als günstigster Zeitpunkt für einen kommunistischen Putsch galt die Zeit zwischen dem (im Friedensvertrag festgelegten) Abzug der Alliierten im Dezember 1947 und den Parlamentswahlen im März/April 1948. In den ersten Planungen waren die USA indes lediglich bereit, der italienischen Regierung zwar jede erdenkliche Unterstützung, inkl. Waffenlieferungen, zukommen zu lassen; ein direktes militärisches Eingreifen „in what appears to be a civil conflict of an internal nature" war jedoch zu vermeiden. Die USA sollten aber auf erweiterte militärische Rechte im nichtkommunistischen Teil des Landes drängen[46]. Diese Empfehlungen des PPS wurden vom NSC praktisch unverändert übernommen, allerdings mit dem bezeichnenden Zusatz, daß die USA den Abzug ihrer Besatzungstruppen sofort stoppen sollten, falls ein Putsch vor dem als Abzugsdatum festgelegten 15. Dezember

[44] Millis, S. 307 f.
[45] FRUS, 1948/III, S. 765 ff. (NSC-1/2).
[46] FRUS, 1947/III, S. 976 ff. (PPS).

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

erfolgen sollte[47]. Nur wenige Tage später kündigten die USA jedoch bereits an, sie würden – „owing to logistic difficulties" – diesen Termin nicht einhalten können; zugleich beschlossen sie (mit Billigung seitens der italienischen Regierung), „the display ... of military forces in Italian waters and airspace" demonstrativ zu steigern. Ebenfalls mit Billigung der Regierung Italiens sollten die aus dem Land abgezogenen Besatzungstruppen nach Libyen und/oder Österreich verlegt werden, „to have American troops readily available at nearby bases in the event of insurrection in Italy". In einem solchen Falle sollten diese Truppen in regierungskontrollierte Gebiete oder aber nach Sizilien und/oder Sardinien verlegt werden, „in strength sufficient to occupy these islands against indigenous Communist opposition as soon as the position of the Communists in Italy indicates that an illegal Communist-dominated Government will control all of the peninsula of Italy"[48].

Waren diese Planungen, wie die zeitlich und inhaltlich parallelen Überlegungen im Falle Griechenlands, noch weitgehend als defensive Reaktion auf einen kommunistischen Putschversuch zu verstehen, so sollte der „Putsch" in der Tschechoslowakei einen qualitativen Umschlag bringen: Die USA waren nun schon nicht mehr gewillt, selbst einen legalen kommunistischen Wahlsieg in Italien zu akzeptieren. Durch eine „demonstration of a firm United States opposition to Communism" und durch entsprechende Hilfeversprechen sollten die antikommunistische Mitte und die Rechte, inkl. der Armee, ermuntert werden, „to make a last, vigorous effort, even at the risk of civil war, to prevent the consolidation of Communist control". Zu den amerikanischen „covert actions", die eine solche Opposition ermöglichen sollten, gehörte neben der sofortigen Sperre jeglicher Wirtschaftshilfe das Anlegen von Geld- und Waffenvorräten. Die erforderlichen Waffenlieferungen, die im Falle ihres Bekanntwerdens die beste Wahlagitation für die Kommunisten geworden wären, wurden dem widerstrebenden De Gasperi in recht rüder Form kurzerhand aufgezwungen[49].

Sollte sich trotz aller Demonstrationen amerikanischer Militärmacht und trotz aller Wahlbeeinflussungen[50] ein überwältigender kommunistischer Wahlerfolg nicht verhindern lassen, der der Partei nicht nur eine Beteiligung, sondern die maßgebliche Führungsrolle bescherte, wollten die USA die „covert actions" durch offene militärische Pressionen ergänzen: „a. Sofortmaßnahmen, um eine begrenzte Mobilmachung durchzuführen, einschließlich der erforderlichen Zwangsmaßnahmen, und Ankündigung dieser Aktion als einen klaren Hinweis auf die amerikanische Bereitschaft, kommunistischer Aggression zu widerstehen und unsere nationale Sicherheit zu schützen; b. Stärkung unserer militärischen Position im Mittelmeer; c. Einleitung kombinierter Generalstabsplanungen mit ausgewählten Nationen; d. Versorgung des antikommu-

[47] FRUS, 1948/III, S. 724 ff. (NSC-1/1).

[48] FRUS, 1948/III, S. 729 f., 734 ff., 746, 749, 765 ff.

[49] FRUS, 1948/III, S. 775 ff. (NSC-1/3). Fast wörtlich übernommen in NSC-67, FRUS, 1950/III, S. 1486 ff. Zu den Waffenlieferungen vgl. FRUS, 1948/III, S. 754, 759 ff., 769 f., 773 f., 784 ff.

[50] Zur ausführlichen Dokumentation dieser Versuche, die Wahlen durch Lebensmittellieferungen, Propaganda und direkte Unterstützung prowestlicher Parteien, Gruppierungen und Politiker zu beeinflussen, vgl. FRUS, 1948/III, S. 726, 737, 740 f., 768, 776 ff. (NSC-1/3), besonders S. 816 ff.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nistischen Untergrunds mit finanzieller und militärischer Hilfe". Dazu gehörte weiter die Einsetzung einer italienischen Exilregierung auf den vorgelagerten Inseln (wie in Griechenland oder später auf Formosa), die der Legitimierung aller weiteren (auch „verdeckten") Aktionen dienen sollte, die aber allein von amerikanischem Geld und amerikanischen Beratern am (Über-)Leben erhalten werden konnte[51].

Wie in Griechenland blieb den USA auch in Italien der Ernstfall erspart, da die Wahlen eindeutig zugunsten der Regierung ausfielen. Sie zogen jedoch ihre militärischen Konsequenzen, indem sie ihre Bemühungen intensivierten, Luftwaffenstützpunkte von den Azoren über Casablanca, Algier, Tripolis und Kairo bis in den Mittleren Osten zu gewinnen[52], zum einen als zusätzliche, luftgestützte „line of communication", zum anderen (nach den Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges) als afrikanischen Stützpunkt für Operationen in Südeuropa. Die Ausdehnung der NATO auf den Mittelmeerraum und die Einbeziehung Nordafrikas[53] in den Kampf gegen den Kommunismus waren die entsprechende politische Antwort auf diese Serie der Mittelmeerkrisen in den Jahren 1946–48.

Die Krisen erleichterten, wie NSC-5/3 es formulierte, die Realisierung des amerikanischen „national interest". Defensive Ziele gegenüber der sowjetischen Bedrohung gingen eine unauflösliche Verbindung mit der politischen, ökonomischen und militärischen Penetration der „Bollwerke" ein, zunächst auf bilateraler, dann in zunehmendem Maße auf multilateraler Ebene. Solange (bzw. weil) die USA überzeugt waren, daß die Sowjetunion ihren Expansionismus nicht durch einen Weltkrieg, sondern durch regionale Stellvertreterkriege und durch Fünfte Kolonnen zu realisieren suchte[54], mußten sie zur offensiven Abwehr dieser Bestrebungen notfalls auch gegen den Willen der betroffenen Staaten bereit sein. Die „limitations on her sovereignty" wurden daher z. B. im Falle Griechenlands (unausgesprochen auch Italiens) nicht nur in Kauf genommen, sondern die eingeschränkte Souveränität war geradezu unumgängliche Voraussetzung einer effektiven antisowjetischen Sicherheitspolitik.

Die Bereitschaft zum Einsatz militärischer Machtmittel, selbst zu der beispiellosen Ventilierung einer Teilmobilmachung in Friedenszeiten, wuchs nicht nur mit wachsender Distanz zur Potsdamer Konferenz einerseits, zur sowjetischen Grenze andererseits, sondern stand zugleich in einem offenkundigen Wechselverhältnis zur Ausbildung der Bündnissysteme bzw. der Blockbildung. Die Dramatik, ja die Dramaturgie der Krisenhysterie und der Kriegsfurcht stand (zumindest in Europa) in einem bemerkenswerten Gegensatz zu dem Pragmatismus, mit dem die USA die faktische

---

[51] FRUS, 1948/III, S. 769 ff. (NSC-1/2), 775 ff. (NSC-1/3). Zu Griechenland vgl. oben Anm. 44, zu Korea unten Anm. 65.

[52] FRUS, 1947/I, S. 768; FRUS, 1948/I, 2, S. 603 f.

[53] FRUS, 1948/III, S. 682 ff. (NSC-12, North Africa); Scott L. Bills, Cold War Rimlands. The United States, NATO, and the Politics of Colonialism, 1945–1949, Ph. D. Kent State University 1981. Zu den sehr viel vageren Aussagen der gedruckten Akten über einen möglichen Einsatz amerikanischen Militärs gegen einen kommunistischen Putsch in Frankreich vgl. FRUS, 1948/III, S. 595, 628 f., 673 ff.; FRUS, 1949/III, S. 975; Millis, S. 157 f., 280.

[54] Mai, Sicherheitspolitik, S. 178 ff.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Teilung Europas akzeptierten (in der Tschechoslowakei-Krise[55]), mit dem die USA stillschweigend einem selbstmörderischen „showdown" in Mitteleuropa aus dem Wege gingen (in der Berlin-Krise). Statt dessen wurden die Krisen der Jahre 1947/48 zielstrebig dazu genutzt (dies gilt in gleichem Maße für die Sowjetunion[56]), ein zunehmend auf militärischen Machtsträngen aufgebautes Hegemonialsystem der noch rudimentären politischen Allianz vorzuschalten und mit der bereits wirksamen transatlantischen Wirtschaftsverflechtung zu kombinieren.

Nachdem die USA ihre „national security interests" in den globalen Status quo fast ungeschmälert hatten einbringen können (mit Ausnahme Chinas), mußte jede Veränderung dieses Status quo ihre unmittelbaren Sicherheitsinteressen tangieren. Soweit nicht ohnehin jede Differenzierung zwischen „peripheral", „major" und „vital interest" verlorengegangen war (Korea, Vietnam), überdeckte die Suche nach einer Gelegenheit zur Demonstration der „Glaubwürdigkeit" der konventionellen Abwehrbereitschaft die Chance zu abgestufter, flexibler Reaktion[57]. Diese Zwänge einer aggressiven Verteidigungsposition legitimierten, potentiell selbst gegen das Votum freier Wahlen (Italien), die Drohung mit politischen und ökonomischen Repressalien, in letzter Konsequenz auch die militärische Intervention.

Dieser Interventionismus, nach Planungsgröße und realen Machtpotentialen eher für Bürgerkrieg und begrenzte Aktionen als für eine konventionelle Auseinandersetzung mit der Sowjetunion geeignet, war in den europäischen Krisenlagen entwickelt worden, entsprach den geographischen Dimensionen, den auf vergleichbaren Wertorientierungen beruhenden Affinitäten und den innenpolitischen Kräfteverhältnissen in Europa. China dagegen, der zweite Schwerpunkt amerikanischer Machtpolitik, fiel völlig aus diesem Rahmen heraus: Die militärische Größenordnung und die kulturelle Fremdartigkeit beließen die USA politisch wie militärisch in einem Status hilfloser Unangemessenheit. Bei der unerwartet schnellen Niederlage Chiang Kai-sheks verblieb kein zeitlicher Spielraum für die Suche nach spezifisch asiatischen Alternativen und Krisenstrategien, um die durch den „Verlust" Chinas zerstörte Machtbalance vielleicht doch noch durch ein forciertes Containment an anderer Stelle wiederherstellen zu können: durch die Aufwertung Japans und die militärische Verfestigung der Randgebiete Formosa, Vietnam und Korea[58].

Die Bereitschaft zum Disengagement und der gleichzeitige Zwang zum Contain-

---

[55] Kolko, S. 384 ff. Vgl. FRUS, 1948/IV, S. 735 ff., 745 f. Die USA wußten ohnehin, daß die Krise *ohne* sowjetische Einflußnahme ausgebrochen war (S. 201, 749 f.); ihnen ging es vor allem darum, ein Übergreifen auf Westeuropa, vor allem auf Italien und Frankreich, zu verhindern und unter Ausnutzung der Krisenstimmung die Verabschiedung des Marshall-Planes im Kongreß zu beschleunigen. Vgl. Millis, S. 384 ff.

[56] Zur sowjetischen Sicht und zu der Serie von Freundschafts- und Beistandspakten im Frühjahr 1948 siehe Geschichte der sowjetischen Außenpolitik, Redaktion A. A. Gromyko/B. N. Ponomarjow, Bd. 2, dt. Berlin 1978, S. 65 ff.

[57] Buhite, S. 2 ff. und passim.

[58] Vgl. dazu den Entwurf eines „containment in Asia" in NSC-48/2 vom 31. 12. 1949, FRUS, 1949/VII, S. 1215 ff.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ment („Trying to Get Out, Forced to Stay In"[59]) mündete in einer „policy of drift", deren primäres Ziel Zeitgewinn war: Zeit für die Übertragung der politischen und moralischen Verantwortung auf die Vereinten Nationen, Zeit auch für die Organisation eines asiatischen Verteidigungssystems *ohne* die direkte militärische Beteiligung der USA[60]. An diesem letzteren Punkt zeigte sich der grundsätzliche Unterschied zwischen Europa- und Asienpolitik, wenngleich dies in der Praxis nicht immer deutlich wurde. Denn zur Überdeckung der eigenen Konzeptionslosigkeit und Handlungsunfähigkeit wie zur Ermutigung asiatischer Selbsthilfe begann (nach europäischem Vorbild) seit 1948 die Suche nach einem geeigneten, d.h. begrenzten und begrenzbaren, Demonstrationsobjekt amerikanischer Entschlossenheit[61]. Da eine Intervention in Formosa von den Nationalchinesen zur unentrinnbaren Verwicklung in den chinesischen Bürgerkrieg hätte genutzt werden können, wurde stellvertretend Korea als das „Greece of the Far East" gewählt[62]. Aber auch Vietnam stand (spätestens im Frühjahr 1950) für ähnliche Zwecke zur Diskussion: „It envisages our going as far as we did in Greece and farther than was ever announced we would go [!]. It is a derivative of Truman doctrine"[63].

Das offenkundige Fehlen einer in sich geschlossenen, realistischen Asienpolitik verleitete zu einem weitgehend undifferenzierten Transfer der in und für Europa entwickelten Interventionsstrategien, wenngleich mit einem, dem Disengagement entsprechenden, stärkeren Akzent auf der Rolle der Vereinten Nationen. Angesichts der amerikanischen Glaubwürdigkeitslücke waren diese, wie die (in der Literatur fast durchgängig übersehenen) Korea-Planungen des Pentagon vom 27. Juni 1949 (fast auf den Tag genau ein Jahr vor Kriegsausbruch bis in die Wortwahl hinein) erkennen lassen, als die auch militärische Kompensation des Gefälles zwischen Interventionsbereitschaft und realem Machtpotential der USA vorgesehen. Für den Fall einer nordkoreanischen Invasion bot das Pentagon daher als (alternative) Reaktionsmöglichkeiten an: „... b. das Problem vor den UN-Sicherheitsrat zu bringen ..., c. eine Polizeiaktion mit UN-Billigung zu initiieren durch die Einführung einer militärischen ‚task force' in Korea, die sich aus US-Einheiten und Einheiten anderer Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen zusammensetzt, mit dem Ziel der Wiederherstellung von Gesetz und Ordnung und der Wiederherstellung der Unverletzlichkeit der Grenze am 38. Breitengrad ..., e. die Truman-Doktrin auf Korea auszudehnen und anzuwenden"[64], wobei zugleich für den Fall eines erzwungenen Rückzuges (wie in Griechenland und Italien) die Bildung einer „underground task force" vorgesehen war, die durch subversive Aktionen und Spionage „the initiative in the formation of a

[59] Dobbs, S. 129 ff.; Stueck, S. 75 ff.

[60] Zu den Anfängen der SEATO vgl. Dobbs, S. 171 ff.; FRUS, 1949/VII, S. 1123 ff., passim; FRUS, 1950/VII, S. 122, 1357; FRUS, 1951/I, 1, S. 132 ff.

[61] Buhite, S. 91 f.

[62] Gardner, S. 7; Dobbs, S. 91, 95; FRUS, 1949/VII, S. 1036, 1048, 1055 f., 1069; FRUS, 1950/VII, S. 956, 1155, 1438.

[63] FRUS, 1950/VI, S. 804.

[64] FRUS, 1949/VII, S. 1046 ff., Zitat S. 1047 f.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

counter-revolutionary effort" ermöglichen sollte[65]. Was hier vom Pentagon noch als Handlungsvarianten angeboten wurde, konnte 1950 unter außergewöhnlich günstigen politischen Voraussetzungen als ein geschlossenes Ensemble Grundlage für das schnelle und effektive Eingreifen der USA werden[66].

Allerdings war der Krieg nicht in Korea erwartet worden. Seit dem „loss of China" hatten sich die USA jedoch immer offener und immer entschlossener auf eine militärische Intervention in Asien eingerichtet. Vietnam[67] und, wie ein Schlüsseldokument aus der Feder von John F. Dulles vom 18. Mai 1950 und dessen wörtliche Übernahme durch Dean Rusk zeigen, vor allem Formosa galten als die wahrscheinlichen Konfliktpunkte: Angesichts der verheerenden psychologischen Rückwirkungen des „loss of China" in der gesamten Welt müßten die USA bereit sein, „to draw the line", wollten sie nicht weiter ihr „Gesicht verlieren". „Wenn wir nicht handeln, wird das überall dahingehend interpretiert werden, daß wir uns abermals zurückziehen, weil wir es nicht wagen, einen Krieg zu riskieren", zumindest nicht außerhalb des NATO-Bereiches. Wenn eine solche Demonstration der Entschlossenheit auch das „increased risk of early war" mit der Sowjetunion in sich berge, so müsse ein solches Risiko in Kauf genommen werden, „in order to preserve peace in the world and to keep the national prestige required if we are to play our indispensable part in sustaining a free world. Action to be effective must be prompt"[68].

Der unbedingte Wille, die Bereitschaft zur militärischen Auffüllung des Containment zu demonstrieren, den politischen Führungsanspruch innerhalb der nicht-kommunistischen Welt zu unterstreichen und zu behaupten[69], globale Sicherheit durch regionale Abschreckung zu gewährleisten, ließ keine andere Entscheidung als die militärische Intervention in Korea zu. Zwar stand diese Aktion von Beginn an unter der ausdrücklichen Prämisse, eine direkte Konfrontation mit der Sowjetunion (nicht aber unbedingt mit China) zu vermeiden[70], die Euphorie der militärischen Erfolge seit September 1950 verleitete jedoch zu einer gefährlichen Absenkung der Risikoschwelle: zum einen durch die geographische Ausdehnung des Konfliktgebietes auf das chinesische Grenzgebiet, Formosa und Vietnam[71], zum anderen durch den bewußten

[65] FRUS, 1949/VII, S. 1047, 1051. Vgl. Anm. 51.

[66] Die Sowjetunion boykottierte den Sicherheitsrat, nachdem dieser mit westlicher Mehrheit es abgelehnt hatte, den ständigen Sitz Chinas der nationalchinesischen Regierung Chiang Kai-sheks zu entziehen und der neugegründeten Volksrepublik China zuzuerkennen. Die Sicherheitsrat-Resolutionen vom 26. und 28. Juni konnten daher nicht durch sowjetisches Veto blockiert werden. Die Sowjetunion kehrte erst am 1. August in den Rat zurück, als ihr turnusgemäß der Vorsitz zufiel.

[67] FRUS, 1950/VI, S. 30, 74, 803 (Vietnam als „Griechenland" Asiens). Zur ablehnenden Haltung von State Department und JCS vgl. S. 744 ff. (NSC-64) und 945 ff. (NSC-64/1).

[68] FRUS, 1950/I, S. 315; FRUS, 1950/VI, S. 347 ff.; Stueck, S. 149 ff.

[69] FRUS, 1950/VII, S. 151 („Failure of the United States to take any action in Korea would strengthen existing widespread desire for neutrality"), 158 („a valuable opportunity for us to act", „as good an occasion for action in drawing a line as anywhere else"), 174 f.

[70] FRUS, 1950/VII, S. 158, 217, 241, 325, 712 ff. (NSC-81/1), besonders S. 716 f., 721 f.

[71] FRUS, 1950/VII, S. 152, 158, 203 (Truman-Statement vom 27. 6. 1950), 220, 236, 238, 240. Dies gilt, auch wenn es Ziel der Maßnahmen war, „to isolate conflict in Korea", S. 225. Vgl. unten Anm. 148.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Übergang vom Containment zur „liberation". Mit der Forderung nach der Befreiung Nordkoreas wurde, unter gezielter Einbindung der Vereinten Nationen, nicht nur in fahrlässiger Herausforderung ihrer militärischen Glaubwürdigkeit die Sowjetunion in die Enge getrieben, sondern diese Eskalation wurde im Gegenteil bewußt[72] in Kauf genommen, da es Acheson nun zugleich bzw. zunächst um die Durchsetzung weitergehender militär- und bündnispolitischer Weichenstellungen ging. Die Politik der Eindämmung, das zeigte sich hier in aller Deutlichkeit, schloß als ihre letzte Konsequenz notwendig die militärische Befreiung ein; sie akzeptierte, da die zu befreienden Gebiete jeweils an die Sowjetunion angrenzten, damit selbst ein atomares „brinkmanship".

II. „Balanced budget", Militärstrategie und Außenpolitik

„Wir spielen mit dem Feuer, während wir nichts haben, um es zu löschen."[73] Mit diesen Worten umriß Außenminister Marshall während der Beratungen über die Truman-Doktrin das grundlegende Dilemma der amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik dieser Jahre: Angesichts des Mangels an konventionellen Streitkräften waren die USA nicht in der Lage, ihre nationalen Sicherheitsinteressen mit dem Instrument militärischer Intervention zu wahren. Bis zum Juli 1946 hatten die USA ihr Heer von 8 auf 1,6 Millionen Mann demobilisiert, die See- und Luftstreitkräfte um über die Hälfte abgebaut; der Militärhaushalt sank entsprechend von 43,2 Milliarden Dollar im Haushaltsjahr 1946 auf 13 Milliarden Dollar 1950[74].

Dieser Abbau der konventionellen Streitkräfte war keineswegs nur unter dem Druck der Öffentlichkeit erfolgt, war nicht nur Ausdruck des Vertrauens in die politische Wirksamkeit des Atomwaffenmonopols. Truman selbst war, wie die Mehrheit des Kongresses, überzeugter Befürworter einer Politik des ausgeglichenen Staatshaushaltes, des „balanced budget". Um die Ausgaben den Staatseinnahmen anzupassen, war er nach eigenem Zeugnis bereit, alle Forderungen der Militärs abzulehnen, die „frequently brought pressures to force me alter the budget which had been carefully worked out to achieve balance with the other needs of the government and our economy as a whole"[75]. Truman war aber lediglich zu einer Fortsetzung des „Universal Military Training" (UMT) bereit, das jedoch – angesichts der nur halbherzig betriebenen Umsetzung – von begrenztem militärischem Wert war. Truman dürfte daher den letztlich nur symbolischen Wert dieses Programmes weit überschätzt haben, wenn er in seinen Erinnerungen die Auffassung vertrat, „that if Congress had enacted this program in 1945 . . ., we would have had a pool of basically trained men, which

[72] Vgl. unten S. 524 ff. und Anm. 135 und 146.
[73] Millis, S. 373.
[74] Mai, Sicherheitspolitik, S. 14.
[75] Truman, Bd. 2, S. 31 ff., Zitat S. 34; Millis, S. 162, 243 f.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

would have caused the Soviets to hesitate and perhaps not bring on the Berlin crisis or the Korean aggression"[76]. So aber waren bis 1947 die Bodentruppen fast ausschließlich mit Besatzungsaufgaben befaßt und entsprechend mangelhaft auf einen militärischen Einsatz vorbereitet; lediglich 2⅓ Divisionen standen als strategische Eingreifreserve zur Verfügung. Noch akzeptierte Kriegsminister Forrestal diese Politik, obwohl nach seiner Auffassung die Militärausgaben unterhalb der Grenze lagen, „which our military leaders must in good conscience estimate as the minimum which would in themselves ensure military security". Solange die USA das Atomwaffenmonopol und die Luftüberlegenheit besaßen, über die größere ökonomische Potenz verfügten und selbst praktisch unangreifbar waren, konnten sie dieses „calculated risk" eingehen und ihrerseits diese „years of opportunity" nutzen, um ein Bündnissystem zu entwikkeln, das die Bündnispartner ökonomisch in die Lage versetzte, selbst die Hauptlast der konventionellen Verteidigung zu tragen[77].

Erste Anzeichen für entschiedene Versuche, diese Politik zu ändern, zeigten sich noch *vor* der Griechenlandkrise Anfang 1947, als Marshall von Forrestal gedrängt wurde, dem Kongreß „our military position as related to our international obligations and responsibilities" zu erläutern, d. h. die Öffentlichkeit von der Notwendigkeit verstärkter militärischer Aufrüstung zu überzeugen. Doch Marshall, der Ex-General, lehnte entschieden ab: „If he did this job it might be interpreted as an effort by him to introduce immediately a military factor into his work and if it became known publicly would immediately result in the charge that policies were now being dictated solely on military considerations"[78]. Daß es sich hierbei nicht um innenpolitische Rücksichten eines eben erst ernannten Ministers handelte, sollte sich im folgenden sehr deutlich erweisen, als Marshall gegen die JCS, das Pentagon und gegen seine eigenen Under Secretaries of State (zunächst Acheson, dann Lovett) diese Linie in der Griechenland- und der Italien-Krise konsequent durchhielt. Da Marshall hierbei die Unterstützung seines Präsidenten fand, setzte sich seine zurückhaltendere und vorsichtigere außenpolitische Linie langfristig durch.

Forrestal und die JCS versuchten indes, die Italien-Krise für ihre Politik zu instrumentalisieren, die daher Gegenstand des ersten Grundsatzpapiers des neugegründeten NSC wurde. Mit Hilfe der Italien-Krise sollte die von Truman für das Haushaltsjahr 1950 verordnete Obergrenze („ceiling") für den Militärhaushalt in Höhe von 15 Mrd. Dollar gesprengt werden[79]. Mit Unterstützung der Generäle Eisenhower und Gruenther versuchten die JCS und Forrestal in einer Reihe von Memoranden den im Januar 1948 eingebrachten Haushaltsvorschlag für 1950 zu verändern, der freilich von Truman auch im Hinblick auf die Präsidentschaftswahlen und den zu erwartenden Widerstand des Kongresses formuliert worden war. Alle Militärs wiesen

[76] Truman, Bd. 2, S. 53 ff., Zitat S. 55. Vgl. FRUS, 1948/I, 2, S. 538 ff.
[77] Millis, S. 350 f.
[78] Ebenda, S. 238 f.
[79] Vgl. dazu immer noch die ältere Studie von Warner R. Schilling, in: ders./Paul Y. Hammond/Glenn H. Snyder, Strategy, Politics, and Defense Budgets, New York 1962.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

eindringlich darauf hin, daß die konventionellen Mittel angesichts der möglichen Aufgaben hoffnungslos unangemessen seien: Die „possible explosive points", nämlich Griechenland, Italien, Korea und Palästina, „would probably reduce our reserves to a dangerous degree"; der Abzug von Besatzungstruppen aus Europa oder Asien würde die Gefahr heraufbeschwören, daß die betroffenen Gebiete „would have to be abandoned to chaos and Communism". Forrestal legte abermals besonderes Gewicht auf „the loss of our oil and strategic positions in the Middle East and/or Russian penetration into that area"; eindringlich, aber vergeblich forderte er seinen Kollegen Marshall auf, dem Kongreß besonders die „military facts of the Middle East" zu erläutern[80].

Konsequenterweise lehnten die Militärs nun jegliche Verantwortung für die möglichen militärischen Konsequenzen der Griechenland- und Italien-Politik ab, wie sie in den Papieren NSC-1 und NSC-5 festgeschrieben worden war[81]. Allein eine bloße Verstärkung der Mittelmeerstreitkräfte außerhalb Italiens „would require commitment of part or all of our reserve in this category, a reserve which, in view of our extended position is already dangerously low". Jede Form militärischen Engagements oder gar militärischer Intervention verlange daher eine Teilmobilmachung, um die strategische Reserve in den USA wieder auffüllen zu können. Da ein direktes Eingreifen in Italien „would entail serious risks of global warfare", müsse ein solcher Schritt von einer allgemeinen Mobilmachung begleitet sein. In einem weiteren Memorandum sekundierte der neue Army Chief of Staff Bradley, indem er unüberhörbar „the consequent inability of the Army to back our country's policies" konstatierte. Forrestal verlieh diesen Bedenken seinerseits zusätzlichen Nachdruck, als er am 19. April 1948, also bereits nach der Tschechoslowakei-Krise, eine solche Verschlechterung der allgemeinen Weltlage diagnostizierte, daß es unumgänglich sei, Sofortmaßnahmen zur Stärkung des „National Military Establishment" zu ergreifen, u. a. durch Einführung der Wehrpflicht. Aus ihrer Verantwortung für die „military readiness appropriate to the world situation" hielten es die JCS zu Recht für „not a calculated but an incalculable risk for the United States to postpone further the steps for readiness demanded by ordinary prudence". Die Forderungen lauteten daher: Aufstockung der Mannschaftsstärke über die bisherige Friedensstärke hinaus, „civilian and industrial preparedness corresponding to those found essential during World War II"(!), sowie „to avoid military commitment with implications extending to likelihood of major military involvement unless prepared by preparedness at least to the extent set forth above"[82].

Der Präsident stand damit unter stärkstem politischem Druck. Denn die JCS erklärten sich außerstande, die Containment-Politik in Griechenland und Italien im Ernstfall militärisch unterstützen zu können. Eine mögliche außenpolitische Niederlage durch schmählichen Rückzug, durch „Appeasement", mußte im Wahljahr für

[80] Millis, S. 368 ff., 374 ff.
[81] FRUS, 1948/III, S. 769; FRUS, 1948/IV, S. 491; Millis, S. 371 f.
[82] FRUS, 1948/III, S. 770 f., FRUS, 1948/I, 2, S. 539 f., 564 ff. (Annex NSC-5/3).

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Truman ebenso fatale Konsequenzen haben wie die von den Militärs geforderte Heraufsetzung der Rüstungsausgaben auf Weltkriegs-Niveau. Die Kritik der JCS an der Diskrepanz von politischen Planungsvorgaben und militärischen Machtmitteln war zweifellos gerechtfertigt (das sollte sich nicht zuletzt 1950 in Korea zeigen), der Präsident setzte jedoch trotz der raschen Folge der internationalen Krisen aus primär innenpolitischen Gründen seinen Kurs fort. Er konnte dies um so eher, als sich Außenminister Marshall beharrlich weigerte, sich den Auffassungen der Militärs anzuschließen und ihre Forderungen mitzutragen.

Forrestal wählte daraufhin eine neue Taktik. In einem weiteren Memorandum vom 10. Juli 1948 (NSC-20) versuchte er, Marshall indirekt zu einer Bestätigung seiner dramatischeren Analyse der allgemeinen Weltlage zu zwingen. Es sei die primäre Aufgabe der Regierung, klare Zielvorgaben für die Außen- und Sicherheitspolitik zu formulieren. Erst in einem zweiten Schritt könnten dann die jeweiligen Rollen festgelegt werden, „die militärische Stärke und andere an der nationalen Sicherheit orientierten Maßnahmen – z. B. Auslandshilfe – in einem umfassenderen Sicherheitsprogramm spielen sollen, das diesen Gefahren vorbeugen soll. Die Entscheidungen müssen deutlich unsere nationalen Ziele widerspiegeln, und sie müssen ... bestehende oder wahrscheinliche internationale Verpflichtungen in Rechnung stellen. Wenn wir diese Grundsatzentscheidungen im Hinblick auf unsere Ziele und im Hinblick auf die Rolle militärischer Stärke bei ihrer Verwirklichung getroffen haben, dann können wir dazu übergehen, über den Anteil unserer nationalen Ressourcen nachzudenken, die zur Unterstützung militärischer Aktivitäten zur Verfügung gestellt werden müssen, sowie, im Rahmen dieser Ressourcen, über die Form der Militärmacht, die diesen Zielen am besten entspricht. Wenn die Gefahren groß, unmittelbar und militärischer Natur sind, dann muß sich diese Tatsache deutlich in unserem Militärhaushalt widerspiegeln, muß unsere militärische Stärke entsprechend angepaßt werden"[83]. Mit anderen Worten: Die Größe des Militärhaushaltes mußte sich nach den außenpolitischen Handlungsbedürfnissen ergeben, nicht aber in simpler Haushaltsarithmetik durch die Höhe des momentanen Steueraufkommens festgelegt werden, wenn dadurch die außenpolitische Entscheidungs- und Reaktionsfähigkeit wesentlich beeinträchtigt wurde. Forrestal forderte daher vom State Department eine Einschätzung der globalen Lage und der außenpolitischen Notwendigkeiten an, die ihm im August in zwei Papieren (NSC-20/1 und NSC-20/2) übermittelt wurde[84].

In gewissem Sinne bedeutete dieses Vorgehen Forrestals eine Fortschreibung der interministeriellen Auseinandersetzungen der Jahre 1945/46, als die JCS erstmals mit ihrer Forderung, „to uphold and advance its [U.S.] national interests by military readiness to support its national policies and international commitments", allerdings noch ohne „immediate and substantial assistance from other nations", am Widerstand des State Departments (und Trumans) gescheitert waren. Byrnes befürwortete eine Politik der „good neighborliness and fair dealing in international relations", die zwar

[83] FRUS, 1948/I, 2, S. 589 ff.; Millis, S. 509.
[84] FRUS, 1948/I, 2, S. 609 ff., 615 ff. Vgl. FRUS, 1949/I, S. 271 Anm. 1.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

eine „firm and friendly attitude" gegenüber der Sowjetunion nicht ausschloß, der „Härte" aber keine ausgeprägte militärische Komponente verleihen wollte[85]. Im Jahr 1948 waren aber unter dem Eindruck der vergangenen Monate große Teile des State Department – darunter Kennan (NSC-20/2) und Lovett – bereit, die Forderungen der Militärs zu unterstützen, sie versuchten jedoch vergeblich, ihren Außenminister in dieser Richtung umzustimmen[86].

Nachdem Marshall immer wieder dem Drängen Forrestals ausgewichen war, legte ihm dieser schriftlich die Frage vor, ob sich nach Auffassung des Außenministers a) die Weltlage gebessert habe, „which warrant a substantial reduction in the military forces", b) die Weltlage sich verschlechtert habe, so daß die USA „an augmentation of the forces" ins Auge fassen sollten, oder c) die Weltlage unverändert geblieben sei. Während Lovett in seinem Antwortentwurf die Berlin-Krise als Beleg für eine erhöhte Gefährdung heranzog, „[which] has placed us in an awkward position from which we may not be able to extricate ourselves except by a strong show, or use, of armed strength", beschied Marshall seinen Kollegen knapp, nach seiner Einschätzung habe sich die Weltlage innerhalb des letzten Jahres praktisch nicht verändert, womit indirekt jegliche Aufrüstung abgelehnt wurde. Diese angesichts der Ereignisse des Jahres 1948 bemerkenswerte Entscheidung begründete Marshall gegenüber Lovett, „that the country could not, and would not, support a budget based on preparation for war ... It has nothing to do with the international situation as such – it is designed to get the most security without putting the nation on a war-time footing"[87].

Deutlicher konnten die unterschiedlichen Zielsetzungen kaum formuliert werden. Marshall akzeptierte zwar offenkundig das Vorhandensein einer Krisensituation, die die Gefahr militärischer Eskalation und Konflikte in sich barg; er war indes aus innenpolitischen, ökonomischen (und moralischen?) Gründen nicht bereit, dieser Krise mit einer allgemeinen Militarisierung („war-time footing") von Staat, Gesellschaft und Ökonomie zu begegnen. Er zeigte sich vielmehr als Anhänger der frühen Containment-Ideologie: durch *politische* Maßnahmen der Sowjetunion die amerikanische Entschlossenheit zur Selbstbehauptung zu signalisieren. Nach seiner Auffassung war das UMT geeignet, auch ohne eine riesige einsatzbereite Armee der Sowjetunion zu verdeutlichen, „that we are going to be strong in a military way and that we are determined to back our course". Erst wenn die Sowjetunion von dieser Entschlossenheit der USA überzeugt sei, würde es möglich sein, „to begin the re-establishment of some kind of political balance and stability throughout the world". Während Marshall das UMT bevorzugte, gerade weil es *kein* Mittel war, „to get ready for a probable immediate war", weil es die Sowjetunion keiner unmittelbaren Bedrohung aussetzte, lehnten die JCS und Forrestal diese Lösung aus eben diesen Gründen ab. Sie versprachen sich eine wirksame Abschreckung nur von einer Verstärkung der sofort einsatzberei-

[85] FRUS, 1946/I, S. 1118 f., 1128 f., 1134 f., 1160 ff., 1169 ff.; Millis, S. 129.
[86] FRUS, 1948/I, 2, S. 599 f., 615 ff., 648 ff., 669 ff.; Millis, S. 511.
[87] Millis, S. 502, 508 ff.; Department of State Bulletin, 28. 3. 1948, S. 421 ff. (Marshall); FRUS, 1948/I, 2, S. 644 ff., 654 f.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ten Streitkräfte, nicht aber von einem System, das im Ernstfall eine Mobilmachungsdauer von fast einem Jahr erforderte[88].

Auf Veranlassung Forrestals versuchten die JCS am 2. November 1948, durch eine Zusammenstellung aller „Existing International Commitments Involving the Possible Use of Armed Forces" (NSC-35) ihren alten Forderungen Nachdruck zu verleihen. Sie signalisierten nur insoweit Konzessionsbereitschaft, als sie anerkannten, daß ihre Maximalforderungen derzeit innenpolitisch nicht durchsetzbar waren. Sie plädierten aber letztlich nur für eine zeitliche Streckung der Programme, indem sie darauf beharrten, daß zumindest die Planungsarbeiten unbeirrt vorangetrieben würden. In jedem Falle sei die sofortige Bereitstellung der Mittel für eine „effective emergency action" unabdingbar. Auf dieser Grundlage müsse dann eine Ausdehnung der Maßnahmen „to all-out war effort" vorbereitet werden, um im Falle der Bewilligung die umfassenderen Rüstungsmaßnahmen „without avoidable delay" realisieren zu können. Gerade die Berlin-Krise habe erkennen lassen, wie unumgänglich eine Stärkung der militärischen Macht sei, wie gefährlich knapp die vorhandenen Reserven seien. Die Krise habe damit die alte These der JCS bestätigt, daß die außenpolitische Handlungsfähigkeit davon abhänge, „[to keep] our military capabilities abreast of our foreign commitments". Die Realität sehe indes genau umgekehrt aus, da „current United States commitments involving the use or distinctly possible use of armed forces are very greatly in excess of our present ability to fulfill them either promptly or effectively". Damit aber, so wiederholten sie ältere Warnungen, gerate das Land in eine gefährliche außen- und sicherheitspolitische Lage: „Lack of readiness constitutes, apparently, actual encouragement to aggression while also jeopardizing our national security in the event of war"[89].

Aber auch dieser Vorstoß blieb ohne Erfolg. Am 23. November 1948 verabschiedete der NSC das Papier NSC-20/4, das bereits am nächsten Tag vom Präsidenten offiziell gebilligt wurde[90]. Die Empfehlungen des Papiers trugen deutlich den Auffassungen Trumans und Marshalls Rechnung, wie die Erläuterungen des NSC-Stabes bestätigen: Zunächst wurde herausgestellt, daß die Verteidigungsfähigkeit durch zuviel Rüstung ebenso gefährdet werden könne wie durch zuwenig. „Die USA sollten sich bemühen, nationale Sicherheitsprogramme nicht über den Punkt hinausgehen zu lassen, an dem fiskalische und monetäre Maßnahmen ... mit den Erfordernissen in Einklang stehen. Wenn entschieden werden sollte, die Ausgaben über diese kritische Zone hinaus zu erhöhen, dann muß dies in dem vollen Bewußtsein getan werden, daß umfassendere Kontrollen, einschließlich Preis- und Lohnkontrollen, erforderlich sein könnten." In jedem Falle müsse daher angestrebt werden, „to avoid unduly impairing our economy and the fundamental values and institutions inherent in our way of life". Eine Rüstungswirtschaft nach dem Muster des Weltkrieges, dies war gemeint, würde das liberal-kapitalistische Wirtschaftssystem unterhöhlen, die Wirtschaft überfordern,

[88] Schilling, S. 149; Millis, S. 369, 377, 397, 432.
[89] FRUS, 1948/I, 2, S. 656 ff.
[90] FRUS, 1948/I, 2, S. 663 ff.; FRUS, 1949/I, S. 270 ff.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

eine Beeinträchtigung des privaten Konsums nach sich ziehen und eine spürbare Erhöhung der Steuerlasten erforderlich machen. All dies kam, trotz der raschen Abfolge der Krisen, in einem Wahljahr nicht in Betracht.

Dennoch stellte das Papier klar, daß diese Mäßigung im Bereich der Rüstungs- und Haushaltspolitik „vacillation, appeasement or isolationist concepts in our foreign policy" ausschloß. Angestrebt wurde vielmehr ein „level of military preparedness which can be maintained as long as necessary": zur Abschreckung der Sowjetunion, zur Ermutigung der Verbündeten und „as an adequate basis for immediate military commitments and for rapid mobilization should war prove unavoidable". In diesen Passagen spiegelte sich fast wörtlich die skizzierte Grundposition Marshalls wider: eine *politische* Demonstration militärischer Bereitschaft, *keine* militärische Demonstration zur Lösung politischer Probleme.

Wenn Truman und Marshall sich so offenkundig an binnenwirtschaftlichen und innenpolitischen Prioritäten orientierten, dann kündigte sich hier bereits die Hinwendung zur Bündnislösung als Ersatzvariante an. Während Marshall gegenüber Forrestal am 8. November 1948 keineswegs bestritt, daß die Hauptaufgabe der USA das „restraining aggressive action on part of the Soviet Union" sei, so verstand er dies eher in globalen, vielleicht auch atomaren Dimensionen. Denn er verlangte nun die arbeitsteilige, transatlantische Verteidigungsgemeinschaft: „Es sollte unsere Politik sein, westeuropäische Bodentruppen aufzubauen, was [für uns] die Bereitstellung von Rüstungsgütern bedeutet. Wir sollten zu diesem Zeitpunkt nicht den Aufbau von US-Bodentruppen mit dem ausdrücklichen Ziel in Angriff nehmen, diese in Westeuropa einzusetzen." Eine westeuropäische Verteidigungskooperation, wie sie sich in der Westeuropäischen Union ankündigte, würde die USA personell wie finanziell erheblich entlasten, den amerikanischen Beistand auf eine (innenpolitisch leichter durchsetzbare) Waffenhilfe reduzieren, die zudem noch den Vorteil besaß, informelle politische Abhängigkeiten zu verfestigen[91]. Nur eine sehr untergeordnete Rolle spielte das Zugeständnis an die Militärs und die rüstungsfreundlichen Teile des State Department, durch Propagandamaßnahmen die „mental preparedness" (Kennan) der Bevölkerung zu stärken, „so that it will be prepared to support the measures which we must accordingly adopt"[92].

Die „battle of the budget" (Millis) war damit entschieden. Am 10. Januar 1949 leitete der Präsident dem Kongreß den Haushaltsentwurf zu, der weiterhin einen Militärhaushalt in Höhe von 14,4 Mrd. Dollar enthielt. Truman hatte diese Entscheidung jedoch gegen die Mehrheitsauffassung innerhalb seiner Regierung durchgesetzt. Zweifellos ging es ihm nicht nur darum, aus wahltaktischen Gründen keine neuen Verteilungskämpfe gegen die Gewerkschaften wie in den vorangegangenen Auseinandersetzungen mit Stahlarbeitern und Eisenbahnern zu riskieren oder angesichts eines oppositionellen Kongresses die Wirtschaft mit der Wiedereinführung von Kontrollen zu belasten. Die Inflationsbekämpfung durch seine Fiskalpolitik und die

[91] FRUS, 1948/I, 2, S. 655; FRUS, 1948/III, S. 1 ff. Vgl. Anm. 34.
[92] FRUS, 1948/I, 2, S. 668. Vgl. Anm. 28.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Begrenzung des Rüstungshaushaltes waren zugleich wesentliche Voraussetzungen für den sozialpolitischen Kurs des „Fair Deal" in seiner zweiten Amtszeit[93]. Paradoxerweise begann indes mit seinem Sieg innerhalb der Regierung das Ende dieses Kurses. Denn nur zehn Tage später, am 20. Januar 1949, wurde Truman für die zweite Amtszeit vereidigt. In der neuen Regierung wurden die aus gesundheitlichen Gründen ausscheidenden Minister Forrestal und Marshall durch Louis Johnson bzw. Dean Acheson ersetzt. Während Johnson, in Umkehrung der bisherigen Verhältnisse, teils aus Loyalität, teils aus Überzeugung die Sparpolitik seines Präsidenten innerhalb des eigenen Ressorts verteidigte, schloß sich Acheson der Linie Forrestals an. In dem nun einsetzenden Kampf um den Haushalt 1951 sah sich Johnson sehr bald in die Defensive gedrängt und wußte sich nur mit sehr eigenwilligen, weniger politischen als bürokratischen Maßnahmen gegen sein Ministerium und gegen Acheson zur Wehr zu setzen[94]. Die Gewichte in den Fragen der Sicherheitspolitik hatten sich geradezu umgekehrt, da Acheson nicht nur auf die Unterstützung praktisch des gesamten State Department (mit Ausnahme Kennans), sondern auch auf die des Pentagon, der JCS und des größten Teils des NSC rechnen konnte. Acheson griff bereits im Mai öffentlich die Strategie Forrestals auf, indem er ankündigen ließ, das State Department werde jährlich eine außenpolitische Bestandsaufnahme erarbeiten, „to cover where we have been and where we are going", um damit den Militärs die Eckdaten an die Hand zu geben, „so that they can plan their budget"[95]. Damit war bereits im voraus erkennbar, daß Acheson den Haushaltsentwurf für 1951 (NSC-52) nicht akzeptieren würde, da dieser zur Anpassung der Staatsausgaben an das sinkende Steueraufkommen eine neuerliche Kürzung des Rüstungsetats auf 13,5 Mrd. Dollar vorsah[96]. Während Johnson durchaus Möglichkeiten für weitere Einsparungen zu erkennen glaubte, forderte Acheson eine völlig andere Grundauffassung: Sicherheitspolitik könne nur betrachtet werden „from the point of view of what peoples and governments *will* do rather than what they *can* do". Er hielt daher die Haushaltsansätze für indiskutabel, für „a mere fraction of what the United States could afford. Indeed the word ‚afford' struck him as silly. The thing no nation could afford was insufficient defense; therefore it bordered on insanity for a government to adjust military requirements to the budget rather than the other way round"[97].

Acheson teilte dem Präsidenten diese Auffassung in dem Papier NSC-52/3 mit. Die globalen Interessen der USA verlangten einerseits die bewußte „acceptance of the responsibility for leadership in world affairs", andererseits die Einbindung in kollektive Bündnisse zur Gewährleistung von „security and welfare". Solange diese beiden durch die Sowjetunion bedroht würden, seien die USA gezwungen, „to adopt and ef-

[93] Vgl. Alonzo L. Hamby, Beyond the New Deal. Harry S. Truman and American Liberalism, New York 1973, S. 293 ff.

[94] Zum Stil der Auseinandersetzungen vgl. Acheson, S. 372; FRUS, 1949/I, S. 302; FRUS, 1950/I, S. 203 ff., 365 ff.

[95] FRUS, 1949/I, S. 298, 314, 345 f., 365 f.

[96] FRUS, 1949/I, S. 349 ff., 354 ff., 501 ff.

[97] FRUS, 1949/I, S. 364, 369 ff.; Gaddis Smith, Dean Acheson, New York 1972, S. 162.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

fectively maintain programs which will both safeguard its security and welfare against the threats posed by the USSR, and lead to the establishment of the world conditions which we seek. These programs include a fundamental effort on the part of the United States to develop and maintain an adequate level of military preparedness". Den Vorstellungen des Präsidenten wurde nur noch sehr bedingt zugestimmt. Zwar gelte es, „[to] take due care to avoid permanently impairing our economy and the fundamental values and institutions in our way of life", in seiner Mehrheit stimmte der NSC jedoch einem weiteren Ansteigen der Staatsverschuldung zugunsten erhöhter Rüstungsausgaben zu. Nur wenige Tage später konnte, wirkungsvoll unterstützt durch das Bekanntwerden der ersten sowjetischen Atombombenexplosion, die Forderung nach einer zusätzlichen Beschleunigung und Ausweitung des Atom-Programms hinzugefügt werden[98].

Das Papier NSC-52/3 beeindruckt zunächst durch seine außerordentliche, kompromißlose Schärfe, mit der die Unversöhnlichkeit der Gegensätze zwischen den beiden Weltmächten formuliert wurde. Dies markierte, im Vergleich zu dem Papier NSC-20/4, den Übergang von Marshall/Kennan zu Acheson/Nitze, der nicht allein Ausdruck taktischer Zuspitzung im Zuge der neuerlichen „battle of the budget", sondern vor allem Ausdruck unterschiedlicher Grundüberzeugungen war. Auch wenn sich Acheson/Nitze gezielt in ihrem berühmten Papier NSC-68 auf das 1948 vom Präsidenten gebilligte Programm von NSC-20/4 beriefen, so war doch die drastische Verschiebung der Akzente unverkennbar, wie sich u. a. in der knappen Formulierung äußerte, „that the world situation, which is called a cold war, is in fact a real war and that the Soviet Union has one purpose and that is world domination"[99]. Die sowjetische Durchbrechung des amerikanischen Atommonopols, die Veränderungen in der Rüstungstechnologie, die notwendigen Anpassungen in der Militärstrategie und die mögliche Eskalation der Abschreckung durch den Bau der H-Bombe, die absehbare atomare Bedrohung der USA selbst machten alle bisherigen Rücksichten auf ökonomische Realisierbarkeit und öffentliche Meinung hinfällig. „When our military strength is related to the world situation and balanced against the likely exigencies of such a situation, it is clear that our military strength is becoming dangerously inadequate." Diese gefährliche Lage, aufgrund ihres nur schleichenden „trend against us" verkannt und unterschätzt, „imposes on us, in our own interest, the responsibility of world leadership". Vorrangiges Ziel aller Bemühungen müsse „a substantial and rapid building up of strength in the free world" sein. Da diese Anstrengungen die Kräfte der

[98] FRUS, 1949/I, S. 385 ff. Die Entstehungsgeschichte des Papiers bleibt etwas im dunkeln; vgl. Acheson, S. 345, auch Paul Y. Hammond, NSC-68, Prologue to Rearmament, in: Schilling/Hammond/Warner, S. 287 ff. Die Atombombenexplosion „produced unity and determination ... For that reason Acheson welcomed it ... Soviet menace always made it easier for Acheson to persuade Congress and people to do the things that he deemed necessary for security"; Smith, S. 150. Zum Atomprogramm vgl. FRUS, 1949/I, S. 501 ff., 535 ff., 558, 560 f., 564.

[99] FRUS, 1950/I, S. 242, 287 ff., 292, Zitat S. 207. Vgl. Mai, Sicherheitspolitik, S. 178 ff. Zur Entstehungsgeschichte von NSC-68 vgl. Acheson, S. 373 ff., jetzt auch dokumentiert in FRUS, 1949/I, S. 416 ff., passim.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

USA überstiegen, müßten die Verbündeten ihren Teil der Lasten tragen; „but their ability and determination to do it will depend on the action the United States takes to develop its own strength and on the adequacy of its foreign political and economic policies". Die USA müßten daher selbst bereit sein, mit eigenen schmerzlichen Opfern voranzugehen; das aber werde unvermeidlich „significant domestic financial and economic adjustments" nach sich ziehen[100].

NSC-68 stellte bewußt eine radikale Abkehr von jeglichen Traditionen amerikanischer Rüstungs- und Sicherheitspolitik in Friedenszeiten dar. Es war in seinen Folgerungen für die unmittelbare Umsetzung (z.B. im Hinblick auf die deutsche Wiederbewaffnung) mit Bedacht vage geblieben, hatte ebenso gezielt eine auch nur annähernde Festlegung auf die möglichen Kosten vermieden. Seine Grenzen sollten allein von dem Ziel bestimmt werden, zum einen die Welteroberungspläne der Sowjetunion „by the steady development of the moral and material strength of the free world" zu vereiteln, zum anderen aus der Position der (militärischen) Stärke heraus „to bring about an internal change in the Soviet system"[101]. Das hieß aber nichts anderes als: erst Containment, dann Übergang zur „Liberation".

Acheson und dem State Department war bewußt, daß ein solches „gigantic armament race", wie es NSC-68 unweigerlich nach sich ziehen mußte, innen- und bündnispolitisch nicht ohne weiteres durchsetzbar sein würde. Seit Februar 1950 war Acheson daher darum bemüht, durch verschiedene Grundsatzreden das Land auf seine Politik vorzubereiten, die noch lange nicht vom Präsidenten gebilligt worden war. „I intend to continue making speeches on the subject, driving home each time the same basic points, and adding little by little to the proposals for meeting these problems". Die Public Affairs Abteilung des State Department hatte Acheson bereits Anfang April darauf hingewiesen, daß, „sosehr wir auch die Stimmung aufpeitschen, wir bei der informierten Öffentlichkeit auf eine breite Opposition gegenüber einem riesigen Rüstungswettlauf stoßen werden ... Darüber hinaus fürchte ich, daß, selbst wenn wir die Idee verkaufen können, die amerikanische Öffentlichkeit rasch dieser Anstrengungen müde würde. Ohne eine reale und anhaltende Krise kann ohne jeden Zweifel eine Diktatur einen konventionellen Rüstungswettlauf länger durchhalten als eine Demokratie". In diesem Sinne ging auch NSC-68 davon aus, daß die geplanten Programme schneller zu realisieren seien „in a declared period of emergency or in wartime through a full-out national effort"[102].

Die Taktik Achesons in der Korea-Krise war damit vorgezeichnet. Trumans Äußerung, von Acheson formuliert, „der Angriff auf Korea macht es über jeden Zweifel

[100] FRUS, 1950/I, S. 234ff., Zitate S. 207, 241, 261, 283f., 290. Ein großes Aufrüstungsprogramm wurde aber z.B. von Lovett als ein Mittel zur Konjunkturbelebung gesehen, so daß dieses Programm sich über ein erhöhtes Steueraufkommen zum Teil selbst finanzieren werde; FRUS, 1950/I, S. 199.

[101] FRUS, 1950/I, S. 291. Ähnlich allerdings auch schon NSC-20/4 (FRUS, 1948/I, 2, S. 662ff.) und das Asienpapier NSC-48/2 (FRUS, 1949/VII, S. 1215ff.). Zur Politik der Stärke bei Acheson vgl. FRUS, 1950/I, S. 208; Mai, Sicherheitspolitik, S. 208.

[102] FRUS, 1950/I, Zitate S. 207, 209, 225, 262.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

erhaben, daß der Kommunismus über den Einsatz von Subversion zur Eroberung unabhängiger Nationen hinausgegangen ist und jetzt bewaffnete Invasion und Krieg einsetzt", bedeutete nichts anderes als die offizielle Bestätigung der Thesen von NSC-68. Nachdem sich jedoch sehr bald gezeigt hatte, daß Korea nicht der Beginn des Dritten Weltkrieges war, trat in der Öffentlichkeit eine gewisse Beruhigung ein. „Mitte Juli kam er [Acheson] zu dem Schluß, daß das Ausmaß der amerikanischen Antwort auf den Krieg gefährlich unangemessen war ... Die USA müßten prompte und drastische Maßnahmen ergreifen, sagte er. Der Präsident sollte von dem Kongreß eine große Summe Geld verlangen – eher zuviel als nicht viel genug." In ungewöhnlich scharfer Tonart attackierte Truman daraufhin die Sowjetunion (ohne diese beim Namen zu nennen) in seiner ebenfalls von Acheson verfaßten „Special Message to Congress" vom 19. Juli und in der am gleichen Tag konzipierten „Address to the People". „Mit größter Bestürzung in seiner Stimme, wie Acheson ihn gedrängt hatte, rief Präsident Truman die Erinnerung an die ‚30er Jahre wach, als Aggression, die keinen Widerstand fand, neue Aggression und endlich Krieg erzeugte.'" Mit Erfolg: „Die Reaktion im Kongreß war hervorragend."[103]

Schon Gardner hat, darin von Kennan bestätigt, die Motive für dieses Vorgehen darin erblickt, nach dem (ebenfalls von Acheson mitentworfenen) Vorbild der Truman-Doktrin die tatsächliche Gefahr zu überzeichnen, um das in NSC-68 konzipierte Maximalprogramm leichter durchsetzen zu können. Diesen Zwecken dürfte u. a. auch die Verkündung des nationalen Notstandes am 1. September gedient haben. Selbst Marshall, als Verteidigungsminister in die Regierung zurückgekehrt, befürchtete nun, der Krieg in Korea könnte beendet sein, ehe die in Angriff genommene Aufrüstung des Westens abgeschlossen sei[104]. In jedem Fall aber hatte Acheson im Zeichen von Korea zumindest intern sein Ziel erreicht: Die Folgerungen von NSC-68 waren nicht länger umstritten. Der Präsident beauftragte den NSC am 28. Juli, bis zum 1. September Empfehlungen über die Verwirklichung von NSC-68 zu erarbeiten, damit diese in die Planungen für den Haushalt 1952 eingehen konnten[105]. Zwar ließen sich in der Folgezeit die gigantischen Rüstungsprogramme, wie sie die NATO 1952 in Lissabon formulieren sollte, auch unter diesen Vorzeichen nicht realisieren, aber im Laufe des Korea-Krieges erreichten die amerikanischen Rüstungsausgaben mit 44 Mrd. Dollar nominell den Stand von 1945; sie bewegten sich damit in eben der Größenordnung, die vom State Department ursprünglich als Folgekosten von NSC-68 grob und unverbindlich geschätzt worden war[106]. Innen- wie bündnispolitisch hat Korea Acheson viele, wenngleich keineswegs alle Hindernisse aus dem Weg geräumt; dies galt nicht minder für die Vereinten Nationen.

---

[103] Mai, Sicherheitspolitik, S. 23, 28 f.; Smith, S. 196 f.; Gardner, S. 7.

[104] Stueck, S. 256. Die chinesische Intervention führte zur neuerlichen Forderung, NSC-68 „at a far faster tempo and on an expanded scale" zu realisieren. „It is a policy closely approaching mobilization"; FRUS, 1950/I, S. 1084.

[105] FRUS, 1950/I, S. 351 f., 1572.

[106] Mai, Sicherheitspolitik, S. 18.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

III. Amerikanische Sicherheitspolitik und die Vereinten Nationen

Die Hoffnungen Roosevelts, durch eine gleichberechtigte Kooperation der Großmächte die Friedenssicherung ebenso gewährleisten zu können wie ein globales Freihandelssystem, war von Beginn an in der amerikanischen Administration auf Skepsis und Widerstand gestoßen. Die Konstruktion der Vereinten Nationen, besonders die des Sicherheitsrates mit dem Veto-Recht der Großmächte als ständigen Mitgliedern, spiegelte die politischen Konstellationen der Yalta-Konferenz wider: Das Veto-Recht galt nur für die Wiederherstellung des Friedens durch Sanktionen (Abschnitt VII der Charta); bei einer friedlichen Schlichtung (Abschnitt VI) sollten sich die Großmächte der Stimme enthalten, wenn sie selbst in den Konflikt verwickelt waren. Bei reinen Verfahrensfragen war dagegen kein Veto möglich. Durch ein Amendment des US-Senators Vandenberg erhielt die UN-Generalversammlung zusätzlich das Recht, Maßnahmen zur gewaltlosen Beilegung von Konflikten dem Sicherheitsrat zu *empfehlen*, um so den Bedenken der kleineren Mitgliedsstaaten angesichts der erdrückenden Dominanz der Großmächte zumindest vordergründig entgegenzukommen[107].

In den USA machten sich bereits im Mai 1945 gewichtige Stimmen gegen diese Veto-Regelung bemerkbar. John F. Dulles und Senator Vandenberg, Mitglieder der Delegation in San Francisco, waren wie der Acting Secretary of State, Joseph Grew, der Auffassung, „that the United Nations ‚will be incapable of preserving peace and security' because the right of veto in the Security Council would prevent collective action against ‚the one certain future enemy, Soviet Russia' "[108]. In gleichem Sinne hielt auch Acheson die Regelungen für „impracticable" und sah 1948 den einzig positiven Effekt darin, daß die Sowjetunion durch ihr Verhalten in den UN den USA direkt und indirekt Material und Anlaß für propagandistische Aktionen lieferte[109].

Nachdem bereits im Oktober 1946 die kleineren Mitgliedsnationen einen ersten Vorstoß zur Einschränkung des Vetos unternommen hatten, setzten auch in den USA in verstärktem Maße Bestrebungen ein, wie durch eine Ergänzung der Verfahrensregeln ein „Mißbrauch" des Vetorechtes seitens der Sowjetunion verhindert werden könne[110]. Ansatzpunkt waren – dies sollte vor allem im Hinblick auf die Resolution „Uniting for Peace" im Rahmen des Korea-Konfliktes vom 3. November 1950 Bedeutung gewinnen[111] – die Regelungen, die auf Betreiben von Dulles und Vanden-

[107] FRUS, Malta and Yalta, S. 85 ff., 589 ff., 660 ff., 682 ff., 711 ff., 943 f., 971, 994 ff.; FRUS, 1948/I, 1, S. 205 ff.; Ruth B. Russell, A History of the United Nations Charter. The Role of the United States 1940–1945, Washington 1958; Leland M. Goodrich, Expanding Role of the General Assembly. The Maintenance of International Peace and Security, in: International Conciliation Documents, Nr. 491, New York 1951, S. 236 ff., 248 ff.; Czempiel, S. 73 ff.

[108] John L. Gaddis, The United States and the Origins of the Cold War 1941–1947, New York–London 1972, S. 228 f.

[109] Acheson, S. 111; The United States in World Affairs 1947/48, publ. by the Council on Foreign Relations, New York 1947, S. xiii.

[110] The United States in World Affairs 1945–1947, S. 428 ff.

[111] Abgedruckt in: Gundolf Fahl, Der UN-Sicherheitsrat. Analyse und Dokumentation nach dreißigjährigem Bestehen, Berlin 1978, S. 168 ff. Vgl. dazu Detlev Christian Dicke/Hans-Werner Renge-

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

berg zugunsten der Vollversammlung verändert worden waren (Art. 10–12 sowie 14 der Charta). Danach konnte die Generalversammlung alle Fragen erörtern, welche die Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit betrafen, und zu diesem Zweck den Konfliktparteien und/oder dem Sicherheitsrat Ratschläge erteilen (Art. 11). Allerdings durfte die Generalversammlung keinen Fall beraten, solange der Sicherheitsrat seine „Obliegenheiten" ausübte und den Fall nicht von seiner Tagesordnung gestrichen (Art. 12) bzw. seinerseits der Generalversammlung zur Beratung überwiesen hatte. Vorbehaltlich der Bestimmungen des Art. 12 konnte die Generalversammlung Maßnahmen zur Herbeiführung eines friedlichen Ausgleichs *empfehlen*.

Schon 1946 hatte sich angedeutet, daß die USA sich langfristig durch einen handlungsunfähigen Sicherheitsrat nicht davon abhalten lassen würden, durch einseitige Aktionen ihre „moral obligations to act in accordance with these purposes and principles" der Charta wahrzunehmen[112]. Erst im Rahmen der Griechenland-Krise kam es jedoch zu konkreten Überlegungen, wie dies politisch und rechtlich realisierbar sei. Ein Papier des SWNCC vom 3./5. März 1947 definierte die Gewährleistung von Freiheit und Unabhängigkeit aller Mitgliedsstaaten als oberstes Ziel der UN. „Die nationale Sicherheit der USA hängt zu einem hohen Grad von der Erhaltung der Prinzipien der Vereinten Nationen und von der Erhaltung des Vertrauens anderer Nationen in diese Prinzipien ab. Eine Machtergreifung einer kommunistischen Minderheit in Griechenland würde dieses Vertrauen ernsthaft beeinträchtigen." Nur konsequent war daher die Schlußfolgerung, daß jede Veränderung des globalen Status quo nicht allein die nationalen Sicherheitsinteressen tangieren, sondern auch „profoundly disturbing" für Struktur und Bedeutung der Vereinten Nationen sein müßte. Hier war offenkundig die Einbeziehung der Vereinten Nationen in die Containment-Politik vollzogen. Das amerikanische Engagement in Griechenland, „the granting of economic assistance and otherwise", stand damit in vollem Einklang zumindest mit dem Geist der UN-Charta. „Jede Hilfe, die Griechenland gewährt wird", so formulierte abermals Acheson pointiert diese Gleichsetzung von nationalen Interessen und globaler Friedensordnung, „ist im Interesse des Weltfriedens und der Sicherheit der USA"[113].

Bereits am 3. Dezember 1946 hatte Griechenland die Zwischenfälle an den Grenzen zu Albanien, Bulgarien und Jugoslawien vor die Weltorganisation gebracht, da diese als Eingriff in den griechischen Bürgerkrieg zu werten seien. Die daraufhin vom Sicherheitsrat eingesetzte Untersuchungskommission, der auch die USA und die UdSSR angehörten, legte nach vier Monaten einen Bericht vor, der mit der westlichen Mehrheit „acts by Yugoslavia, Albania and Bulgaria which in our view constitute aggression" feststellte. Allerdings fehlten der Kommission dafür jegliche Beweise. Es ging den USA vielmehr darum, mit Hilfe dieses Kommissionsberichtes eine mög-

ling, Die Sicherung des Weltfriedens durch die Vereinten Nationen. Ein Überblick über die Befugnisse der wichtigsten Organe, Baden-Baden 1975.

[112] FRUS, 1946/I, S. 302, 336.

[113] FRUS, 1947/V, S. 76 ff., 108.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lichst breite Definition des Aggressions-Begriffes sanktionieren zu lassen, die auch die „indirekte Aggression" einschloß, die für die USA das eigentliche Merkmal des „kalten" Krieges war. Da nur geringe Hoffnungen bestanden, daß die Sowjetunion im Sicherheitsrat diese Formel akzeptieren würde, brachten die USA erstmals öffentlich die Alternative ins Gespräch, im Falle eines sowjetischen Vetos die Frage vor die Generalversammlung zu tragen, gleichzeitig auch „additional action ... consistent with the purposes and principles of the UN" zu ergreifen. Während ersteres eine sehr weite Auslegung des Buchstabens der Charta bedeutete, ließ die zweite Option erkennen, daß die USA zu einem wie auch immer gearteten bilateralen Eingreifen im „Geiste" der Charta bereit waren. Als Grundlage für ein solches Vorgehen wurde erstmals der Art. 51 der Charta herangezogen, der das Selbstverteidigungsrecht der Nationen enthielt. „Bei der Heranziehung des Artikels würden sich die USA vermutlich auf die Theorie stützen, daß ein Angriff gegen ein Mitglied der Vereinten Nationen offenkundig (clearly) immer als ein Angriff gegen alle verstanden werden kann."[114] Dies bedeutete zweifellos eine Verengung des Begriffs der kollektiven Sicherheit in Art. 51 auf bilaterale und/oder multilaterale, regional begrenzte Verteidigungsbündnisse. Noch hatten die USA offenkundig Bedenken gegen ein solches Vorgehen, der Weg in die NATO war jedoch vorgezeichnet. Wenngleich die NATO und ähnliche Organisationen auf den Grundsätzen der Vereinten Nationen fußen sollten, so wurde aber doch mit diesem Weg eine Spaltung innerhalb der Weltorganisation in Kauf genommen, die deren (ohnehin geringe) friedenstiftende Funktion weiter unterhöhlen mußte.

Die USA verfolgten die hier vorgezeichnete Strategie mit konsequenter Zielstrebigkeit, indem sie zunächst ein sowjetisches Veto provozierten, um die Sowjetunion politisch zu isolieren und den Sicherheitsrat zu überspielen[115]. Daß es nicht mehr um Jugoslawien, Albanien und Bulgarien ging, machte Dean Rusk deutlich, als er die Errichtung einer UN-Kommission vorschlug, die alle Fälle von indirekter Bedrohung „through infiltration, subversive actions of minorities or other measures falling short of outright armed aggression" untersuchen sollte. Eine Diskussion dieser nach amerikanischer Auffassung spezifischen Mittel sowjetischer Expansion sollte der UN-Vollversammlung die Gelegenheit bieten „for stating the case against Russian infiltration and assault on the integrity of such states as Greece, Hungary, Rumania, Bulgaria and Austria". Die Vereinten Nationen wurden immer deutlicher zum Forum für propagandistische Attacken gegen die Sowjetunion. Die griechische Frage sollte lediglich dazu dienen, „a powerful impetus for the Assembly and for the mobilization of world opinion" zu erzeugen; die Einbeziehung von Ungarn, Bulgarien und Rumänien ließ sich zudem als Versuch interpretieren, vom Containment zur Befreiung überzugehen[116].

---

[114] FRUS, 1946/VII, S. 214 ff.; FRUS, 1947/V, S. 241, 816 ff., 865 f.; FRUS, 1947/I, S. 15, 171, 281, 716. Auch FRUS, 1948/III, S. 61 ff. (PPS-27).

[115] FRUS, 1947/V, S. 870, 877 ff.

[116] FRUS, 1947/I, S. 15, 17; FRUS, 1947/V, S. 880 ff.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Nachdem die Sowjetunion erwartungsgemäß zwei amerikanische Anträge, eine neue Kommission nach Griechenland zu entsenden bzw. den Fall an die Generalversammlung zu überweisen, durch Veto zu Fall gebracht hatte, war der „build-up for GA [General Assembly] action" gegeben: Auf amerikanischen Antrag wurde die Absetzung von der Tagesordnung des Sicherheitsrates mit westlicher Mehrheit beschlossen, da die Sowjetunion gegen diese Verfahrensfrage kein Veto einlegen konnte. Am 24. September trugen die USA den Fall vor die Generalversammlung, die am 20. Oktober die Entsendung eines „Special Committee on the Balkans" (UNSCOB) beschloß[117]. Zwar konnten die USA diesen Erfolg nicht bis zum letzten auskosten, da die Versuche, „to circumvent the Security Council and the veto", auch bei ihren westlichen Partnern auf Vorbehalte stießen, sie waren jedoch entschlossen, eine Blockade des Sicherheitsrates „by Communist veto and other obstructionist tactics" nicht länger hinzunehmen, sondern mit Hilfe einer ganzen Reihe entsprechender Vorstöße die Vereinten Nationen auf ihren Kurs festzulegen, nämlich „to make increasing use of the GA following the pattern in the Greek case"[118].

Es blieb weiterhin das vorrangige Ziel der USA, ihre bilaterale Hilfe an Griechenland mit der moralischen Autorität der UN zu versehen, die über den Rahmen des Art. 51 der Charta hinausging: „Die US-Politik im diplomatischen Bereich geht dahin, Griechenland durch die Vereinten Nationen zu unterstützen, um so das Gewicht der ganzen Welt und nicht nur eines Landes zum Tragen kommen zu lassen"[119]. Die Vollversammlung (bzw. in den Pausen zwischen den Sessionen das Interim Committee[120]), nicht aber der Sicherheitsrat sollten einer möglichen Intervention die nötige Rückendeckung liefern, da das State Department ohne eine solche Legitimation „appreciable adverse reactions ... to the use of U.S. military power" selbst bei den eigenen Verbündeten befürchtete.

Im Falle einer diplomatischen Anerkennung oder gar einer offenen militärischen Unterstützung der griechischen Kommunisten durch die kommunistischen Nachbarstaaten sollte die Generalversammlung diese Staaten auffordern, jegliche Hilfestellung zurückzuziehen. Werde dieser Auffassung keine Folge geleistet, würden die USA „a Greek request for a resolution" unterstützen, in der alle Mitgliedsstaaten der UN aufgerufen werden sollten, „to render maximum assistance to the Greek government in any practicable way". Diese vorsichtige Formulierung, die nicht nur auf entsprechende amerikanische Formulierungshilfe deutet, sondern auch fast wörtlich mit

[117] FRUS, 1947/V, S. 879, 886 ff.

[118] FRUS, 1947/I, S. 167, 172; FRUS, 1948/I, 1, S. 223 f.

[119] FRUS, 1948/IV, S. 257.

[120] Dieses Interim Committee, das später auch in „Uniting for Peace" wieder auftauchen sollte, ging auf einen Vorschlag von Dean Rusk zurück. Es sollte die moralische Autorität der nicht permanent tagenden Vollversammlung stärken, so daß „the Soviet attitude in the Security Council might be more reasonable". Ziel war es, vor allem in der Veto-Frage zu Fortschritten in amerikanischem Sinn zu kommen und die politischen Gewichte weiter zuungunsten des Sicherheitsrates zu verschieben. FRUS, 1947/I, S. 187, 191, 218 ff., 235 (Anm. 2); FRUS, 1948/I, 1, S. 212 ff., 223 f.; FRUS, 1950/II, S. 33.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der entsprechenden Passage der Korea-Resolution vom 26. Juni 1950 übereinstimmt, war bewußt vage gehalten worden, um den USA jede Freiheit bei der Wahl der einzusetzenden Mittel zu belassen: „Obwohl eine solche Resolution militärische Hilfe nicht ausdrücklich erwähnen sollte, sollte doch sehr sorgfältig darauf geachtet werden, daß die Resolution der Generalversammlung direkte militärische Unterstützung nicht ausschließt"[121]. Ein Auftrag der Generalversammlung mußte einer amerikanischen Intervention eine ganz andere moralische Qualität verleihen als die bloße Berufung auf das Selbstverteidigungsrecht der Völker gemäß Art. 51 der UN-Charta, selbst bzw. gerade wenn es in bilateralem Rahmen erfolgte. Die USA dachten aber bereits weiter: Durch den Einsatz einer „Internationalen Brigade"[122] sollte – wie später in Korea – eine multinationale UN-Truppe aufgestellt werden, die auch die übrigen Mitglieder der Vereinten Nationen in die politische Verantwortung für eine Intervention einband.

Der amerikanische Vorstoß scheiterte jedoch daran, daß die UN-Balkan-Kommission keine Beweise für ein direktes oder indirektes Eingreifen der kommunistischen Anrainerstaaten in den griechischen Bürgerkrieg erbringen konnte. Vergeblich war der amerikanische Vertreter in der Kommission angewiesen worden, daß alle Grenzverletzungen und Unterstützungsleistungen der Kommunisten „be in full light of UN observation, so that nature of fighting in northern Greece cannot be misinterpreted or misrepresented". Ein entsprechender Bericht würde, so hoffte das State Department, „condition world opinion for later forceful GA action". Die USA bemühten sich unermüdlich, wenngleich abermals vergeblich, in dem Bericht an die Generalversammlung möglichst weitreichende Formulierungen und Definitionen der „indirekten Aggression" festzuschreiben, um in der Vollversammlung „with strongest language justified by realities of situation" die Debatte eröffnen zu können. Da der griechische Vorschlag, gemäß Art. 51 „armed assistance from other countries" zu beantragen, zwar der Sache nach gerechtfertigt, aber nicht durchsetzbar sei, sollte wenigstens ein Propagandaerfolg erzielt werden, „since strong appeal to public opinion and tongue lashing for culprits is only substitute we can offer for Chapter VII action which situation really warrants but which could not be obtained or implemented under present circumstances"[123].

Da die Korea-Frage seit 1947 parallel zur Griechenland-Frage in den Vereinten Nationen zur Debatte stand[124], lag es nahe, hier in ähnlicher Form vorzugehen. Allerdings unterschieden sich die beiden Problemkreise in zwei wesentlichen Punkten: Zum einen waren die USA bemüht, ihr Disengagement in Korea durch eine Übertragung der Verantwortung auf die Vereinten Nationen vorzubereiten[125]; zum anderen waren sie als Besatzungsmacht nicht Mitglied der entsprechenden Korea-Kommis-

[121] FRUS, 1948/IV, S. 47 ff., 208, 259, 273 (Anm. 1), 276. Zur Korea-Resolution vgl. FRUS, 1950/VII, S. 156.
[122] FRUS, 1948/IV, S. 4 f., 11, 15 ff., 33.
[123] FRUS, 1948/IV, S. 238 f., 245 ff., 258 ff., 262, 267 f., 270 ff.
[124] Dobbs, S. 104 ff.
[125] FRUS, 1948/VI, S. 1168 f., 1187; FRUS, 1949/VII, S. 1053, 1068, 1084, 1090 ff.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sionen. Gleichwohl verfolgten die USA mit Hilfe der UN Temporary Commission on Korea (UNTCOK) und der UN Commission on Korea (UNCOK) die gleichen Ziele wie mit der Balkan-Kommission (UNSCOB): „Die Situation in Korea ist analog zu der in Griechenland, wo UN-Beobachter über aggressive Aktivitäten der Guerillas und der Nachbarn Griechenlands berichten, aber nicht als Vermittler zwischen der griechischen Regierung und den griechischen Rebellen dienen"[126]. Denn an einer Einigung zwischen beiden Parteien oder gar an einer Wiedervereinigung Koreas war den USA nicht gelegen, da letztere den amerikanischen Interessen zuwiderlaufe „by preparing the way for communists to enter the Korean government"[127].

Die Möglichkeiten zur Beeinflussung von UN(T)COK seitens der USA waren jedoch stark eingeschränkt, da die Kommissionsmitglieder der amerikanischen Besatzungspolitik wie der koreanischen Innenpolitik reserviert gegenüberstanden. Nur z.T. als Reaktion auf diese Haltung zeigten die amerikanischen Behörden in Korea geringe Kooperationsbereitschaft. Sie befürworteten eine bilaterale Lösung, bemängelten daher vor allem, die Kritik der Kommission sei „nicht hilfreich", da sie der sowjetischen Propaganda die Stichworte liefere. Die US-Delegation am Sitz der Vereinten Nationen müsse dem entgegenwirken, indem sie ihrerseits die Punkte, die „strongly worded criticisms of the Soviet-Communist positions" enthielten, zur Grundlage entsprechender Propagandareden und Resolutionsanträge mache. Die Anwesenheit von UNCOK sei nur insofern zu begrüßen, als sie das Interesse der westlichen Länder an Korea wachhalte und indem sie „zumindest teilweise von Delegierten kontrolliert werde, die souveräne Staaten vertreten, die den USA freundlich gesonnen sind". Dies reiche aber für die angestrebten Ziele nicht aus: „Ein Grund für den schlecht verfaßten Bericht war der Mangel an Führung in UNCOK ... Es wäre äußerst wünschenswert, wenn im Rahmen der nächsten Kommission Anstrengungen gemacht würden [was auch mit Erfolg geschah], eine den USA freundlich gesonnene Regierung zu überzeugen, einen erstklassigen Mann nach Korea zu schicken." Nur auf diesem Wege schien es möglich zu sein, maßgeblichen Einfluß auf die Abfassung der Kommissions-Berichte zu gewinnen[128].

Eine solche Einflußnahme auf UNCOK wurde um so wichtiger, je nachdrücklicher die USA sich bemühten, im Falle eines nordkoreanischen Angriffs „the onus of U.S. unilateral responsibility and action" auf die Vereinten Nationen zu übertragen und, wie die JCS bereits im Juni 1949 vorgeschlagen hatten, einem solchen Angriff durch eine kollektive „police action" im Rahmen der UN zu begegnen[129]. In diesem Sinne empfahl das State Department der südkoreanischen Regierung Ende 1949, sich mit UNCOK auf guten Fuß zu stellen. „Da die Befunde der Kommission sehr wahrscheinlich eine große Rolle bei der Entscheidung über weitere Maßnahmen der UN

[126] FRUS, 1949/VII, S. 1069, 1073. Zu solchen Wiedervereinigungsversuchen seitens der UN-Kommission ebenda, S. 1071; FRUS, 1950/VII, S. 99 ff.

[127] FRUS, 1949/VII, S. 1073.

[128] FRUS, 1948/VI, S. 1095 ff., 1125 ff., 1132 ff., 1149 ff., 1155 ff.; FRUS, 1949/VII, S. 1068 ff.; FRUS, 1950/VII, S. 357, 422.

[129] Vgl. Anm. 64.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

haben werden, wäre es wünschenswert, wenn die Regierung der Republik Korea im Falle eines größeren Angriffs ihren Kurs so eng wie möglich mit dem allgemeinen Tenor des Kommissions-Berichtes in Übereinstimmung bringen würde." Vor allem aber sollte die südkoreanische Regierung direkt an die Generalversammlung appellieren; da UNCOK von dieser eingesetzt worden sei, müsse diese – eventuell sogar in einer Sondersitzung – in die politische und militärische Verantwortung genommen werden[130].

Dies entsprach voll und ganz den fortgesetzten Bemühungen der USA, nach Wegen zur Umgehung des Sicherheitsrates zu suchen. Zwar war nach dem Ende der Griechenland-Krise die Veto-Frage etwas in den Hintergrund getreten (u.a. durch NSC-68); die am 1. Dezember 1949 auf amerikanischen Antrag von der Vollversammlung angenommene Resolution „Essentials of Peace"[131] (auf die in „Uniting for Peace" ausdrücklich Bezug genommen wurde) zeigte jedoch, daß diese Frage intern weiter mit Aufmerksamkeit verfolgt und systematisch vorangetrieben wurde. Der Erfolg dieser Politik sollte sich im Juni 1950 einstellen, als die UNCOK-Berichte den Beratungen und Resolutionen des Sicherheitsrates zugrunde gelegt wurden[132]. Befriedigt stellte Acheson am 29. Juni 1950 fest, daß „publicized presence of and reporting by UNCOK in Korea has been factor of outstanding importance in enlisting support of overwhelming majority UN Member States"[133]. Über Frankreich, das Mitglied der UNCOK war, verfügten die USA über die erforderlichen vertraulichen Kanäle, um durch Vorabinformation auch weiterhin Einfluß auf die Abfassung der Berichte an die Generalversammlung nehmen zu können[134]. Die Kenntnis der beabsichtigten Kommissions-Empfehlung, die Wiedervereinigung Koreas im Zuge der militärischen Aktionen herbeizuführen, spielte eine erhebliche Rolle in den internen amerikanischen Auseinandersetzungen über die Frage, ob der 38. Breitengrad von US-/UN-Truppen überschritten werden sollte. Nachdem einmal diese Entscheidung auf amerikanischer Seite gefallen war, konnte die Unterstützung der Verbündeten für diesen schwerwiegenden Schritt nur gewonnen werden, wenn es den USA gelang, „to translate this aim into UN objectives"[135].

Es ging Acheson jedoch abermals um mehr. Er war (gegen Einwände u.a. der Briten) entschlossen, die Gelegenheit zur Lösung nicht nur des Korea-Problems, sondern auch der Veto-Frage zu nutzen. Er fand dabei die Unterstützung Trumans, der auf die Bedenken Rusks, die Sowjets könnten die Resolution vom 26. Juni durch ihre

---

130 FRUS, 1949/VII, S. 1108.

131 FRUS, 1949/II, S. 72 ff. passim.

132 FRUS, 1950/VII, S. 145, 155, 168 f., 171 f., 207, 211, 266, 505 ff., 533 ff., 615 ff.

133 FRUS, 1950/VII, S. 232 f.

134 FRUS, 1950/VII, S. 564 f. Vgl. dazu auch FRUS, 1948/VI, S. 1083, 1094, 1106 ff.

135 FRUS, 1950/VII, S. 508, 534, 619 ff., 653 ff., 668. Zu den Auseinandersetzungen um den 38. Breitengrad vgl. vor allem S. 325 ff., passim, besonders S. 685 ff., 712 ff. Das Department of Defense äußerte am 31. 7. 1950 die Auffassung: „The situation in Korea now provides the United States and the free world with the first opportunity to displace part of the Soviet orbit"; ebenda, S. 506, ähnlich S. 620.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Rückkehr in den Sicherheitsrat und durch ihr Veto blockieren, in der für ihn typischen Resolutheit antwortete: „He rather wished they would veto"[136]. Um angesichts der für den 1. August erwarteten Rückkehr[137] der Sowjets in den Sicherheitsrat weitere Rückendeckung bei den Verbündeten für ihre weitgesteckten Ziele in Korea zu gewinnen, reichten die USA am 31. Juli eine Resolution ein, die die nordkoreanische Mißachtung der bisherigen UN-Resolutionen verurteilte, alle Mitgliedsstaaten zur Einstellung jeglicher Unterstützungsleistungen an Nordkorea aufrief und eine Unterlassung sämtlicher Maßnahmen forderte, die zu einer Ausweitung des Konfliktes führen könnten[138].

Diese Resolution war ausschließlich dazu gedacht, die Sowjets als den eigentlichen Adressaten vor der Weltöffentlichkeit zu „testen" und zu einem Veto zu provozieren. Als der indische Botschafter eben diese Bedenken äußerte, erwiderte der amerikanische UN-Vertreter Austin, ein Veto „would merely signify Soviet unwillingness for Council to condemn North Korean authorities". Die Resolution solle den Sowjets lediglich die Möglichkeit bieten, „to express their true views concerning continued contempt by North Korean authorities of SC [Security Council] orders"[139]. Der Sicherheitsrat wurde jedoch während des gesamten August durch einen Streit um Verfahrensfragen blockiert, so daß die Resolution erst am 6. September durch ein Veto der Sowjetunion abgelehnt wurde. Die USA nutzten die Debatten um die Verfahrensfragen, um die Weltöffentlichkeit propagandistisch auf ihr weiteres Vorgehen einzustimmen, „to solidify unity of UN Members supporting Korean action and to win over peoples of Asia and Far East". Auf Anweisung Achesons prangerte Austin vor allem „the nature of Communism in Asia" und „the imperialism of Communism" an, stellte dem „our own espousal of freedom and independence for Asiatic peoples" gegenüber[140].

Aber bereits seit dem 28. Juni wurden die Vorbereitungen zielstrebig vorangetrieben, um die Korea-Frage notfalls vor die Generalversammlung bringen zu können. Der erste Entwurf der späteren „Uniting for Peace"-Resolution[141] lag schon am 9. August vor, also zu der Zeit, als die Sowjets zum entscheidenden Veto im Sicherheitsrat provoziert werden sollten. Diese Resolution war letztlich die Quintessenz aus den Planungen und Bestrebungen der USA in den vorangegangenen vier Jahren. Erst die Krisensituation des Sommers 1950 bot nach Aussage Achesons die „unique opportunity, utilizing lessons and psychological impact of Korean crisis, to strengthen UN system in order to meet possible future cases of aggression"[142]. Die „Uniting for

---

136 Acheson, S. 448, 450; FRUS, 1950/VII, S. 181.

137 Vgl. oben Anm. 66; FRUS, 1950/VII, S. 494 f. Zum Hintergrund vgl. Robert R. Simmons, The Strained Alliance. Peking, Pyöngyang, Moscow, and the Politics of the Korean Civil War, New York, 1975, S. 82 ff.

138 FRUS, 1950/VII, S. 502. Vgl. FRUS, 1950/II, S. 303 ff., besonders S. 306.

139 FRUS, 1950/VII, S. 524 f.

140 FRUS, 1950/VII, S. 549 ff., 535, 596, 704 f.

141 FRUS, 1950/VII, S. 225, 297, 539, 587.

142 FRUS, 1950/I, S. 138 („instrumentality"); FRUS, 1950/II, S. 315 f., ebenso S. 322, 327, wo es statt

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Peace"-Resolution, die von der Vollversammlung am 3. November 1950 (unter dem Eindruck der chinesischen Intervention in Korea) verabschiedet wurde[143], sollte nicht nur durch die nachträgliche Aufwertung des Selbstverteidigungsrechts nach Art. 51 und 52 der Charta und der nur mit symbolischen Kontingenten erweiterten US-Streitmacht in Korea das letztlich unilaterale (der UN-Resolution vom 28. Juni 1950 um wenige Stunden vorgreifende) Vorgehen der USA legitimieren, sondern zugleich auch die Gewichte innerhalb der Vereinten Nationen zugunsten der von einer überwältigenden prowestlichen Mehrheit dominierten Generalversammlung verschieben. Trotz einer früheren Warnung George Marshalls, die Mehrheitsverhältnisse könnten sich auch einmal umkehren[144], scheuten sich die USA nicht, die Vereinten Nationen als Propagandaforum gegen die Sowjetunion und als Instrument zur Durchsetzung ihres Führungsanspruches gegenüber den eigenen Verbündeten zu entwerten[145]. Die USA stellten damit nicht nur den Gründungskonsens der Weltorganisation in Frage, sondern öffneten zugleich der weiteren militärischen Eskalation des Korea-Krieges und der Verschärfung des Kalten Krieges Tür und Tor. Die Gelegenheit war jedoch zu verlockend, der Einsatz zu hoch.

IV. Korea: Herausforderung und Chance

Die Intervention der USA in Korea war als gleichsam immanente Konsequenz der Asien- und Korea-Politik vorhersehbar, und sie war dies – als Antwort auf die Herausforderung von amerikanischer „Glaubwürdigkeit" und nationalem „Prestige" – bis zu einem gewissen Grade auch unabhängig von den spezifischen Konstellationen des Kalten Krieges. Die Intervention bot jedoch zugleich die Chance, zum Abschluß eines mehrjährigen „Lernprozesses" bislang weitgehend abstrakte Planungen in praktische Politik umzusetzen, mittel- und langfristig formulierte Zielvorgaben unmittelbar und gegen nur geringe Widerstände zu realisieren:

„utilize" jeweils „capitalize" heißt. FRUS, 1951/II, S. 18, 137 („a liberal interpretation of the Charter"), 340, 959 f.

143 FRUS, 1950/I, S. 331 ff.

144 FRUS, 1947/I, S. 172.

145 Dobbs, S. 119 ff.; Buhite, S. 161 ff.; Stueck, S. 198 ff.; FRUS, 1947/V, S. 883 ff.; FRUS, 1950/VII, z. B. S. 540, 622, 667 ff., 673 f., 683 f. (NSC-80), 789 f., 821, 826, 859 ff., 1062 („the United States, acting through the United Nations"), 1143 f., 1212 ff. und passim. Das State Department lehnte alle Vorstöße aus dem Kongreß ab, die UN gegen und ohne die UdSSR umzugründen. „To the extent that US action is in harmony with UN principles it is easier to transform US-USSR struggle into an UN-USSR struggle." Über die UN würden amerikanische Ideale und Ziele anderen Nationen nahegebracht. Die UN seien daher „a solid basis for bringing US influence to bear in such distant places as Iran, Greece, Palestine, Korea, Indonesia, the Italian colonies, and the underdeveloped areas of the world". FRUS, 1950/II, S. 5, 8 f.; FRUS, 1947/I, S. 171 ff., 197, 206, 209 f., 213; FRUS, 1948/III, S. 135.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

1. Indem die USA aufgrund ihrer Erfahrungen im Zweiten Weltkrieg ihre Sicherheitszone global definierten, berührte jede Veränderung des Status quo ihre nationalen Sicherheitsinteressen. Daraus leiteten sie einen Interventionsanspruch ab, der das Containment einerseits als systematische Einkreisung bzw. Auskreisung der Sowjetunion, andererseits durch wirtschaftliche und politische Penetration zur Einbindung und prowestlichen Stabilisierung der Peripherie an der Nahtzone der Blöcke betrieb.
2. Die „Politik der Stärke", wie sie am ausgeprägtesten von Acheson vertreten wurde, lehnte erklärtermaßen den Dialog mit der Sowjetunion ohne militärische Überlegenheit ab. Die Antwort auf die subjektiv als steigend empfundene Bedrohung[146] war die konventionelle Abschreckung im Zeichen des absehbaren atomaren Patts: durch begrenzte Intervention und globale Aufrüstung. Dies war die Lektion der türkisch-griechischen Krise von 1946/47. Die Truman-Doktrin bedeutete weniger die Abkehr von dem klassischen „Isolationismus", sondern vielmehr die Abkehr von der Illusion, Weltmachtpolitik allein durch die Abschreckung des atomaren Monopols betreiben zu können.
3. Die Durchsetzung des amerikanischen Führungsanspruches bedurfte der politisch-moralischen Ausgrenzung der Sowjetunion mit Hilfe der einseitig prowestlichen Instrumentalisierung der Vereinten Nationen, brauchte die Demonstration militärischer Glaubwürdigkeit und Stärke zur Konterkarierung westeuropäischer Kompromißbereitschaft unter dem Eindruck sowjetischer militärischer Übermacht[147]. In letzter Konsequenz akzeptierte die Containment-Politik, indem sie die Eskalation zumindest als möglich, gar als wahrscheinlich einplante und den pragmatischen Kompromiß als eine Form von Appeasement ausschloß, immer auch ein (mehr oder weniger[148]) begrenztes Kriegsrisiko.

Zweifellos hielten die USA Korea für ein weitestgehend kalkulierbares, d.h. steuerbares Objekt begrenzter Intervention. Die politische Opportunität des Kriegsausbruches einerseits, die allzu offenkundige Instrumentalisierung des Konfliktes anderer-

---

146 Vgl. z.B. FRUS, 1950/I, S. 145 ff., 158, 197 f., 249 (NSC-68), 336 (NSC-73). Auch in Korea wurde immer wieder die Frage gestellt, ob diese oder jene krisenhafte Verschärfung den Ausbruch des Dritten Weltkrieges bedeute. FRUS, 1950/VII, S. 195, 324 ff., 346, 450 ff., 469 ff., 936, 1088, 1102, 1121. Selbst Kennan dachte fatalistisch und aggressiv zugleich: „If the Russians got into a world war now they would have stumbled in, and in the long run this might be the best situation for us." Ausgesprochene Präventivkriegspläne waren jedoch nur Außenseiterpositionen.

147 FRUS, 1950/I, S. 158, 314 f., 343 (Ch. Bohlen), 345 (Acheson). Zu den Überlegungen über die Auswirkungen atomarer Parität auf einen möglichen europäischen Neutralismus vgl. FRUS, 1949/I, S. 514 ff.; FRUS, 1948/I, 2, S. 626 f. (NSC-30).

148 Zu den fast panikartigen Reaktionen auf den chinesischen Angriff in Korea vgl. NSC-100 vom 11. Januar 1951. Das Papier beginnt mit den bezeichnenden Sätzen: „The United States is now in a war of survival. The United States is losing that war." Entsprechend drastisch waren die amerikanischen Reaktionen, die bis hin zu Überlegungen reichten, die Sowjetunion atomar anzugreifen und eine eventuelle Ausdehnung und Verschärfung des Korea-Krieges auch ohne die Vereinten Nationen allein weiterzuführen. „The free nations cannot hope to survive this war against Soviet aggression if it is continued on the basis of *defensive containment*" (Hervorhebung v. Verf.); FRUS, 1951/I, S. 7 ff.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

seits haben die Diskussion um die Kriegsschuld wach gehalten[149]. Wenn die USA sich in der Lage zeigten, innerhalb von 48 Stunden die politischen Voraussetzungen für ihr militärisches Eingreifen zu schaffen, dann hatte dies seine Grundlage darin, daß seit der türkisch-griechischen Krise die entsprechenden Denkmuster und Handlungsstrategien entwickelt worden waren. Die Griechenland- und die Korea-Krise weisen daher bemerkenswerte Übereinstimmungen in Verlauf und Krisenmanagement auf. Wenn die USA es zugleich innerhalb eines halben Jahres verstanden, ihren Führungs- und Gestaltungsanspruch als Weltmacht global durchzusetzen, so verdankten sie dies nicht nur vorausschauender Planungsarbeit (NSC-68), sondern in erster Linie dem hochbefähigten Machtpolitiker Dean Acheson.

Der Korea-Krieg brachte die USA auf den Höhepunkt ihrer Machtentfaltung und Weltgeltung; er legte aber zugleich auch den Keim für zukünftige Rückschläge. Die Sowjetunion war weder durch moralische Pressionen in den Vereinten Nationen noch durch eine Politik der militärischen Stärke kompromißbereit zu machen, sondern konnte ihrerseits den äußeren Druck zu einem Rüstungswettlauf und zur inneren Verfestigung ihres Machtbereiches nutzen. Aber auch die Westeuropäer waren langfristig nicht bereit, die machtpolitische Intransigenz und das militärische „brinkmanship", mit denen die USA die Erfolge dieser frühen Jahre erzielt hatten, mitzutragen: die Untergrabung der moralischen Autorität der Vereinten Nationen, die Ausweitung des Korea-Krieges zum chinesisch-amerikanischen Krieg, die durch die brüske Zurückweisung der Vermittlungsangebote Nehrus eingeleitete Entfremdung von der „Dritten Welt". Indem in Korea die Ziele und Strategien, die in und für Griechenland konzipiert worden waren, konsequent zu Ende gedacht und ebenso konsequent praktiziert wurden, konnte – anders als noch in Griechenland – die Differenz zu den strategischen Interessen, die Diskrepanz zu den (innen)politischen Konstellationen, die Distanz zu den historischen Erfahrungen der Westeuropäer deutlich werden. Nicht die Dominanz durch das Bündnis, sondern die Kooperation im Bündnis[150] hätte über die Ära Truman/Eisenhower hinaus die solidarische Unterordnung der Europäer unter den amerikanischen Führungsanspruch gewährleisten können. Die Erfolge von Korea verhalfen jedoch einem außenpolitischen Stil zum Durchbruch, der langfristig die (moralische) „Glaubwürdigkeit" und das (politische) „Prestige" aufs Spiel setzte, die durch Korea hatten (wieder)gewonnen und stabilisiert werden sollen.

Korea wurde nicht Griechenland. Und Vietnam wurde nicht Korea.

---

[149] Zur älteren Kriegsschulddiskussion vgl. Chungho Choe, Der Ausbruch des Koreakrieges im Spiegel der Ost- und Westberliner Tageszeitungen, Phil. Diss. FU Berlin 1969; Jürgen Rohwer, Die kommunistische Geschichtsschreibung und der Ausbruch des Korea-Krieges 1950, in: Wehrwissenschaftliche Rundschau, 15, 1965, S. 375–400. Eine sehr interessante Variante bei Simmons, S. 102 ff. Sehr knapp Buhite, S. 169 f.; Dobbs, S. 189 f. Vgl. dazu auch meine Besprechung der relevanten FRUS-Bände in: Militärgeschichtliche Mitteilungen, 25, 1979, H. 1, S. 238 ff.

[150] Vgl. Griffith, S. 110.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ELMAR KRAUTKRÄMER

ADMIRAL DARLAN, DE GAULLE UND DAS ROYALISTISCHE KOMPLOTT IN ALGIER 1942

Politische Implikationen der Kriegswende in Französisch Nordafrika

Die Regierung des 1940/42 unbesetzten Frankreich in Vichy ist noch immer eines der umstrittensten Themen der französischen Zeitgeschichte. Besonders schwierig ist die Beurteilung der Zeit vom Juli 1940 bis zur deutschen Totalbesetzung im November 1942, in der sie sich noch weitgehender Unabhängigkeit erfreute, jedoch gezwungen war, sich durch ein kompliziertes und auch bewundernswertes double jeu zwischen den kriegführenden Lagern zu behaupten. De Gaulle kämpfte in dieser Zeit um die Sicherung der Position seiner Bewegung. Die Tragik liegt darin, daß beide, General de Gaulle wie Marschall Pétain, von tiefem Patriotismus erfüllt, sich zur Führung und Rettung Frankreichs berufen fühlten und dennoch nicht zueinander finden konnten. Die damals entstandene Spaltung der Franzosen in ein maréchalistisches und gaullistisches Lager hat weit über 1944 hinaus fortgewirkt und auch in der Historiographie Spuren hinterlassen. Historiker wissen, wie lange die Befangenheit durch eigenes Erleben die Bewältigung der Vergangenheit erschweren kann, doch setzt sich in jüngster Zeit auch in Frankreich unparteiliches Urteil durch[1].

Vom Dezember 1940 bis April 1942 hatte in Vichy der Admiral Darlan die wichtigsten Zügel in der Hand, und er blieb auch danach noch fast sechs Monate zentrale Gestalt der équipe des Marschalls Pétain. Die Frage, ob er wirklich Verräter genannt werden kann, ob er Opportunist oder Patriot war – das eine muß das andere nicht ausschließen –, ist bislang nicht untersucht[2]. Seine Rolle im Zusammenhang mit der amerikanisch-britischen Landung in Nordafrika (Torch), die mehr als andere Unternehmen des Zweiten Weltkrieges eine militärische *und* politische Operation war, hatte empfindliche Rückwirkungen auf die Regierungen in London und Washington

[1] So vor allem, umfassend und fundiert, J.-B. Duroselle, L'abîme 1939–1945, Paris 1982. Materialreich, wenngleich nicht immer hinreichend im Beleg, auch Tournoux, Pétain et la France. La seconde guerre mondiale, Paris 1980, und ders., Le royaume d'Otto. France 1939–1945, Paris 1982. Eine recht sachliche Biographie Pétains nunmehr von H. R. Lottmann, Pétain, Paris 1984 (Übers. a. d. Engl., jedoch englisch bislang nicht erschienen).

[2] Fundierte Arbeiten über Darlan fehlen. G. E. Melton, Admiral Darlan and the Diplomacy of Vichy, Ph. D. diss. Univ. of North Carolina 1966, wird gegenwärtig überarbeitet. Materialreich ist P. Ordioni, Le secret de Darlan 1940–1942, Paris ³1980. Zur Gesamtproblematik die sich vorwiegend auf deutsche Akten stützende Arbeit von R. O. Paxton, Vichy France. Old Guard and New Order 1940–1944, New York, London 1972. Noch immer unentbehrlich für die deutsche Frankreichpolitik ist E. Jäckel, Frankreich in Hitlers Europa, Stuttgart 1966.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und bewirkte zugleich die bisher stärkste Bedrohung der Position de Gaulles[3]. Die vorliegende Arbeit knüpft an eine Studie in dieser Zeitschrift an über die politische Vorgeschichte von Torch und den Aufbau der Schachfiguren auf der nordafrikanischen Bühne sowie an eine neue Quellen erschließende Dokumentation zu den Geschehnissen vom 8.–13. November[4], deren Ergebnisse hier einleitend zusammengefaßt werden. Die drei Arbeiten zusammen stellen einen ersten Versuch dar, gestützt auf amerikanische, britische, deutsche und nunmehr auch französische Aktenbestände, die politischen Implikationen des Darlan deals bei Beachtung der Rolle de Gaulles zu erhellen[5].

Hintergründe

Sehr bald nach ihrer Etablierung in Vichy begann die Regierung des Marschalls Pétain konkrete Vorsorge für die Erhaltung der französischen Verwaltung wie der wirtschaftlichen Lebensfähigkeit Französisch Nordafrikas im Fall seiner Trennung vom Mutterland zu treffen[6]. In dieser Zeit gab Pétain dem Admiral Darlan, Befehlshaber der unbesiegten französischen Flotte, wiederholt die vertrauliche Weisung, im Falle einer deutschen Totalbesetzung des Mutterlandes nach Nordafrika zu entweichen und dort die Regierungsgewalt zu übernehmen. Darlan wurde nach dem Sturz Lavals

---

[3] Noch immer grundlegend A. Kammerer, Du débarquement africain au meurtre de Darlan, Paris 1949, und W. L. Langer, Our Vichy Gamble, New York 1947. Zur Vorgeschichte A. L. Funk, The Politics of Torch. The Allied Landings and the Algiers Putsch 1942, Univ. Press of Cansas 1974. Von britischer Seite R. T. Thomas, Britain and Vichy, The dilemma of Anglo French Relations 1940–1944, London 1979. Quellenwert hat Chamine (al. G. Dumais, wirklicher Autor jedoch J. Rigault), Suite française, t. II, La querelle des généraux, Paris 1952. Für die Situation de Gaulles am aufschlußreichsten J. Soustelle, Envers et contre tout, t. I, De Londres à Alger, Paris 1947, und dazu nunmehr Ch. de Gaulle, Lettres, notes et carnets, Juillet 1941–Mai 1943, Paris 1982 (künftig zit.: de Gaulle, Lettres).

[4] E. Krautkrämer, General Giraud und Admiral Darlan in der Vorgeschichte der alliierten Landung in Nordafrika, in: VfZ 30 (1982), S. 206–254 (künftig zit.: Giraud-Darlan); ders., Das Ringen um die Erhaltung der französischen Souveränität in Nordafrika im Zusammenhang mit Torch. Dokumentation, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 2/1982, S. 79–136 (künftig zit.: MGM-Dokumentation). Zum Literaturstand s. dort Anm. 1–3.

[5] Es werden folgende Abkürzungen verwendet:
AAPA = Auswärtiges Amt, Bonn, Politisches Archiv; AN = Archives Nationales, Paris; ANDOM = Archives Nationales, Dépôt des archives d'Outre-Mer, Aix e. P.; BAMA = Bundesarchiv, Militärarchiv, Freiburg; MRE = Ministère des Rélations Extérieures, Paris; MAE = Ministerio de Asuntos Exteriores, Madrid; NA = National Archives, Washington; PRO = Public Record Office, London; SHAT = Service Historique de l'Armée de Terre, Vincennes; SHM = Service Historique de la Marine, Vincennes; ADAP = Akten zur deutschen Auswärtigen Politik; EP = Eisenhower Papers = The Papers of Dwight D. Eisenhower, The War Years, vol. II, Baltimore 1970; FRUS = Foreign Relations of the United States. Aus fremdsprachlichen Quellen wird i. a. übersetzt zitiert, in einigen Fällen wegen Gewicht oder Prägnanz original. Manche Passagen in Klammern oder als Anmerkung original.

[6] Hierzu Giraud-Darlan, S. 206 f. Neue Aufschlüsse bei Duroselle, S. 366 ff.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

im Dezember 1940[7] stellvertretender Ministerpräsident und damit faktisch Kabinettschef. Im Februar 1942 übernahm er dazu das Außen- wie das Innenressort, womit er der mächtigste Mann der Vichyregierung war. Die Verfassungsakte über die Nachfolge des Staatschefs vom 11. Februar 1941 besagte, daß, falls der Marschall, „pour quelque cause que ce soit", an der Ausübung seiner Funktion als Staatschef gehindert sei, der Admiral an seine Stelle zu treten habe[8]. Beides, die Weisungen wie das Gesetz, waren Grundlage des Regierungsanspruchs Darlans in Algier.

Nach der Niederlage Frankreichs gewannen Nord- und Westafrika ein besonderes Gewicht in den strategischen Überlegungen Roosevelts, und die französischen Bemühungen fanden in Washington Beachtung. Mit dem Murphy-Weygand accord vom März 1941[9] konnten das Pentagon und das State Department Nordafrika mit einem Netz von Spezialagenten überziehen, das dann in den neugegründeten zentralen Nachrichtendienst des Oberst Donovan, C. O. I., eingebracht wurde[10]. In Algier leitete Robert Murphy, Vertreter der amerikanischen Botschaft und zugleich persönlicher Beauftragter Roosevelts, zusammen mit dem bewährten G-2-Offizier Oberst Solborg und dem Nahostspezialisten Oberst Eddy die Tätigkeit von Donovans Schattenkriegern. Über Solborg lernte Murphy den französischen Industriellen Lemaigre-Dubreuil kennen, der nach dem Kriegseintritt der U. S. A. zentrale Figur einer Konspiration zur Erleichterung einer amerikanischen Landung in Nordafrika wurde. Ihrem Kern, eine Gruppe von fünf Männern (Les Cinq), ging es darum, im Falle einer Sezession Nordafrikas hier an die Schalthebel der politischen Macht zu kommen, die französische Souveränität und Kolonialherrschaft zu sichern, eine Oktroyierung de Gaulles durch die Briten zu verhindern und den Status eines gleichberechtigten Verbündeten der Alliierten durchzusetzen. Zu der früheren kurzen Beschreibung der Gruppe und ihrer Ziele[11] fordert die jetzige Thematik einige Ergänzungen.

Jacques Lemaigre-Dubreuil war eine politisch zwielichtige Gestalt. Einerseits war er Vertrauter Lavals, den er sogar von seinen Bemühungen informierte, andererseits stand er mit dem réseau ‚Alliance' in Verbindung, dessen Zentrale in Marseille eine Stütze des britischen Geheimdienstes und eine höchst effiziente Résistance-Organisation war. Lemaigre war Inhaber der Firma Lesieur-Speiseöle und ehemaliger Präsident der ‚Ligue des Contribuables' und galt als Haupt der „branche américaine de la révolution nationale"[12]. Wegen Niederlassungen seiner Firma in Nordfrankreich und Afrika hatte er von der deutschen Besatzungsmacht ein Laissez-passer mit Dauergül-

---

7 Hierzu E. Krautkrämer, Die Entmachtung Lavals im Dezember 1940. Ein außenpolitisches Kalkül Vichys, in: VfZ 27 (1979), S. 79–112.

8 Journal Officiel de l'État Français, 11 fév. 1941, S. 674.

9 Zu Vorgeschichte und Inhalt Giraud-Darlan, S. 206–211.

10 C. O. I. = Coordinator of Information, wurde 1942 zum O. S. S. = Office of Strategic Services, Vorläufer des C. I. A. = Central Intelligence Agency. Über die Geschichte der Donovan-Organisation nunmehr die umfassende Arbeit von Bradley F. Smith, The Shadow Warriors. OSS, CIA, New York 1983.

11 Giraud-Darlan, S. 231 f.

12 So M. Aboulker, Alger et ses complots, Paris 1945, S. 65.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tigkeit, das ihm ungehindertes Reisen zwischen Dakar und Dünkirchen ermöglichte, ein Privileg, das nur sehr wenige Franzosen genossen. Schon 1934, als er an den Februarunruhen beteiligt war, hatte Lemaigre auf einen Ministerposten in einer Rechtsregierung gehofft. Mit diesem Ziel war er auch zu dem als ‚Cagoule' bekanntgewordenen von Deloncle geleiteten rechtsextremen ‚Comité Secret d'Action Révolutionnaire' (C.S.A.R.) gestoßen, das 1937 verboten wurde, aber damit nicht verschwand. Über ihre Mitglieder und Sympathisanten in Wirtschaft und Armee konnte sich die Cagoule politischen Einfluß sichern, den sie auch mit dem Zusammenbruch Frankreichs nicht verlor[13]. Aus der Cagoule kannte Lemaigre den Oberst Loustaunau-Lacau, Initiator und Organisator des réseau ‚Alliance', der im Frühjahr 1941 hinter dem ersten Algier-Komplott gestanden hatte[14]. Die meisten Cagoulards waren Anhänger der Lehren Maurras', des Hauptes der ‚Action Française', und wie dieser Befürworter einer monarchistischen Restauration. Lemaigre-Dubreuil gehörte die Tageszeitung ‚Le Jour Echo de Paris', die als rechtsstehend und royalistisch galt und ab August 1940 in Lyon erschien[15]. Ihr Direktor und Herausgeber Jean Rigault war ebenfalls Cagoulard und überzeugter Royalist.

Anfang 1942 wurde Rigault engster Mitarbeiter Lemaigres in Algier und Motor der Konspiration. Der dritte Cagoulard und zugleich fanatischste Royalist der Gruppe war der Leutnant Henri d'Astier de la Vigerie. Henri d'Astier hatte schon im Frühjahr 1941 in Oran eine royalistische Gruppierung gesammelt[16]. Oberst van Hecke, Führer der Chantiers de la Jeunesse[17], war mindestens Sympathisant der Cagoule ge-

---

[13] Die in Giraud-Darlan, Anm. 91, geäußerte Meinung, daß sich die Cagoulards mit verhülltem Haupt trafen, soll unzutreffend sein. Aussage des Generals Chrétien, der damals in militärischem Auftrag Einblick in die Organisation erhielt, gegenüber dem Vf. im Mai 1983. Die C.S.A.R. arbeitete zusammen mit der „Union des Comitées d'Action Défensives" (U.C.A.D.). Militante Einsatztruppe war die „Croix de Feu". Einen Einblick in das Spektrum des Lagers geben die auf Aufzeichnungen des Generals Chrétien gestützten Darstellungen bei P. Ordioni, Le Pouvoir Militaire en France, t. II, Paris 1981, Chap. XXI und XXII. Einblick in die Cagoule und die Rolle Deloncles neuerdings bei Philippe Azis, Le livre noir de la trahison, Paris 1984, Chap. V. Literatur zur Entwicklung des französischen Faschismus bei C. J. Müller, Protest – Modernisierung – Integration. Bemerkungen zum Problem faschistischer Phänomene in Frankreich 1924–1934, in: Francia 8, 1980, S. 465–522.

[14] Zum ersten Algier-Komplott Giraud-Darlan, S. 231 f. Zur Tätigkeit der „Alliance" M. M. Fourcade, L'Arche de Noé, Paris 1968, und G. Loustaunau-Lacau, Mémoires d'un Français rebelle 1914–1948, Paris 1948. Loustaunau hatte 1936/37 das militärische réseau ‚Corvignolle' (oder Corvignolles) mitgegründet und dann als deren Verbindungsmann zur Cagoule fungiert. Duroselle (p. 329) nennt L. „quasi-cagoulard". Zur Deckung Deloncles durch Loustaunau-Lacau s. Azis, S. 152 f.

[15] Die royalistische Tendenz der Zeitung nach ihrer Übersiedelung nach Lyon belegt die Studie „Prospects of the Monarchical Restauration in France", PRO, FO 371/28331.

[16] Aussage des Generals Chrétien gegenüber dem Vf. im März 1984. Der Graf von Paris erwähnte im April 1941 gegenüber dem britischen Botschafter in Lissabon eine Anhängerschaft junger Offiziere und Zivilbeamter in Nordafrika; Campbell an F. O., PRO, FO 371/28331.

[17] Die Chantiers de la Jeunesse waren eine Mischung aus Arbeitsdienst und Pfadfinder, gegründet im Sommer 1940, um junge Männer im wehrpflichtigen Alter auf die révolution nationale und den Marschall Pétain auszurichten und zugleich wehrdienstbereit zu machen. Führer der Organisation

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wesen. Van Hecke holte Henri d'Astier als seinen adjoint und Ausbilder der Chantiers nach Algier. Der einzig wirkliche Nichtcagoulard der Gruppe, der Berufsdiplomat Tarbé de Saint-Hardouin, der bis zum November 1941 Weygands außenpolitischer Berater gewesen war, pflegte Beziehungen zu royalistischen Kreisen[18].

Die Gruppe war antigaullistisch, Lemaigre und Rigault am entschiedensten. Lemaigre hätte am liebsten ein dissidentes Algerien unter der Führung des Marschalls Pétain gesehen[19]. Van Heckes Behauptung, er und Saint-Hardouin seien die beiden Gaullisten der Gruppe gewesen[20], ist damit widerlegt, daß die den Amerikanern gestellte Forderung, Briten und Streitkräfte de Gaulles von der Operation auszuschließen, von den Cinq gemeinsam getragen war. Nur aufgrund der Einwände Murphys, der die britische Position berücksichtigen mußte, wurde schließlich eine spätere Einbeziehung de Gaulles nicht ausgeschlossen, jedoch zu einem von den Fünf zu bestimmenden Zeitpunkt und zu deren Bedingungen. Das war nicht Gaullismus. Van Heckes wie Saint-Hardouins Zurückhaltung gegenüber de Gaulle bis Ende 1942 ist belegbar. Es fällt schwer, die Cinq eine Résistance zu nennen, doch arbeiteten sie ab Frühjahr 1942 eng mit der Gruppe des Arztes Dr. Aboulker zusammen, die diese Bezeichnung eher verdient. Militärischer Berater der Konspiration war der integre Oberst Jousse, der auch die Pläne für künftige amerikanische Ausrüstung der französischen Streitkräfte in Nordafrika erstellte. In Algerien waren die Generale Monsabert und Mast und der Oberstleutnant Baril, in Marokko der General Béthouard Stützen des Komplotts. Lemaigre hielt die Verbindung zur Alliance in Marseille. Im April 1942 konnte General Giraud mit Hilfe des Deuxième Bureau aus deutscher Kriegsgefangenschaft entweichen[21], und Lemaigre gewann den legendären ‚baroudeur' für die Verschwörung. In blindem Vertrauen auf die Konspiration wurde von den Torch-Planern in London vorgesehen, den General unmittelbar vor der Landung nach Algier zu bringen, wo er die politische und militärische Führung übernehmen sollte, um jeden Widerstand gegen die Truppen der Alliierten zu unterbinden. Da auch Admiral Darlan Bereitschaft signalisierte, eine amerikanische Landung, sofern

---

war der General de la Porthe du Theil. Hierzu A.S. van Hecke, Les Chantiers de la Jeunesse au secour de la France, Paris 1970.

[18] Saint-Hardouin war vor dem Krieg in der französischen Botschaft in Berlin tätig. 1945 wurde er als Gesandter der diplomatische Experte der französischen Sektion des Alliierten Kontrollrates in Berlin.

[19] Aboulker, S. 65; die Aboulkers waren eine der einflußreichsten Familien Algiers. Über ihre Rolle in der Konspiration M. Aboulker, S. 94 ff., passim. Demnach ging die Initiative zur Zusammenarbeit vom Aboulkerkreis aus, der Lemaigre-Dubreuil wegen seiner Beziehungen zu Murphy brauchte.

[20] Van Hecke, S. 155.

[21] Hintergründe und Umstände der Flucht Girauds sind eine besondere Untersuchung wert. Für die Vermutung des amerikanischen Geheimdienstes, Lemaigre habe durch seine Beziehungen zu deutschen Dienststellen die Flucht des Generals ermöglicht (OSS-Bericht in: NA, RG 226/34395), gibt es keine Belege. Doch sind Helfer auf deutscher Seite nicht auszuschließen. Ein Dossier über das Oflag Königstein ist leider im BAMA nicht vorhanden. Die Darstellung H. Girauds in seinem „Mes évasions", Paris 1946, dürfte weitgehend Legende sein. Zur Reaktion in London s. Giraud-Darlan, S. 234. Auffallend ist, daß die Vichy betreffenden Geheimakten des Foreign Office für den Monat April 1942 (PRO, PREM 3/186/6) „closed for 75 years" sind.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sie mit hinreichenden Kräften erfolgen würde, zu unterstützen, wurde im Oktober 1942 vorübergehend eine Kombination Darlan-Giraud ins Auge gefaßt, die von Roosevelt gebilligt, aber im Londoner Hauptquartier wegen des Widerstandes der Anhänger Girauds aufgegeben wurde. Der Admiral war nach der Rückkehr Lavals an die Regierungsspitze im April 1942 auf den Oberbefehl über alle französischen Streitkräfte und die Nachfolge des Marschalls beschränkt worden, dem er direkt unterstand, ohne Mitglied des Kabinetts zu sein.

Eine Mißstimmigkeit ergab sich daraus, daß die Konspiration den Oberbefehl Girauds über alle alliierten Streitkräfte forderte. Nach einer Zusage des Generals Clark, Stellvertreter Eisenhowers, sollte der Oberbefehl zum frühestmöglichen Zeitpunkt auf Giraud übergehen, was dieser in einem Notenaustausch mit Murphy als 48 Stunden nach Beginn der Landung auslegte[22]. Die Forderung wurde zunächst von amerikanischer Seite weder anerkannt noch zurückgewiesen, dann aber Gegenstand eines harten Ringens zwischen Giraud und Eisenhower am 7. und 8. November in Gibraltar[23], wobei der Franzose mit seiner die Realitäten verkennenden Forderung unterliegen mußte. Giraud war am 6. November, zwei Tage später als vereinbart, von einem britischen U-Boot unter scheinbar amerikanischem Kommando bei Le Lavandou östlich von Toulon abgeholt und tags darauf nach Gibraltar gebracht worden, womit er nicht mehr rechtzeitig in Algier sein konnte. Am 9. November wurde in Gibraltar vereinbart, Giraud in Nordafrika als höchste französische militärische und zivile Autorität einzusetzen. Das aber mußte insofern zu Komplikationen führen, als das Vorhaben im Gegensatz zu den Oberkommandierenden von Torch bindenden orders stand, nach denen grundsätzlich keine Änderung in der Befehlsstruktur der Streitkräfte oder Struktur der Verwaltung stattfinden durfte. Eine Inthronisation Girauds war damit ohne Zustimmung von Militär und Verwaltung in Algier nicht möglich[24]. Die Frage ist begründet, ob Eisenhower diese widersprüchliche Situation nicht erkannt hat, da er sich später, als er wegen des Darlan deals angegriffen wurde, gerade mit jenen Befehlen rechtfertigte.

---

[22] Notenwechsel Murphy-Giraud (sog. Murphy-Giraud accord) engl. FRUS 1942, vol. II, S. 412 ff., frz. Kammerer, Annexes IX. Zu den Widersprüchen s. MGM-Dokumentation, Nr. 8 a–c mit Anm. 91 und 92. Zu den Verhandlungen in Gibraltar EP, Nr. 585–592; D. D. Eisenhower, Crusade in Europe, New York 1948, S. 99 ff.; M. W. Clark, Mein Weg von Algier nach Wien, Wien 1954, S. 115 ff.; H. Giraud, Un seul but, la victoire, Alger 1942–1944, Paris 1949, S. 22 ff.; die Eisenhower bindenden Befehle in Auszügen in: MGM-Dokumentation, Nr. 4. Voller Wortlaut in: PRO, FO 660/1.

[23] Wie Anm. 22.

[24] Wie Anm. 22.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ende des double jeu. Gentlemen's agreement oder Diktat der Sieger[25]

Die alliierten Landungen an den Küsten Marokkos und Algeriens, verbunden mit Angriffen auf die Häfen Casablanca, Oran und Algier, begannen in den frühen Stunden des 8. November. Die französische Armee leistete einen eher symbolischen, die Küstenbatterien der Marine und die Kriegsschiffe in Casablanca entschlossenen Widerstand. Die französische Luftwaffe trat so gut wie nicht in Erscheinung. In Algier war die Verschwörung für die Eastern Task Force unter General Ryder eine große Hilfe. Doch der Putsch, der den gelandeten Truppen bis zum Morgengrauen eine kampflose Einnahme der Stadt ermöglichen sollte, scheiterte, wobei die Anwesenheit des Admirals Darlan nur eine der Ursachen, wenngleich eine wesentliche, war[26]. Der Admiral und General Juin, Befehlshaber der französischen Streitkräfte in Nordafrika, konnten zwar zunächst mit Hilfe Murphys von einer Einsatzgruppe der Konspiration gefangengehalten werden, waren jedoch bei Tagesanbruch frei und schnell Herr der Lage. In Marokko kam die Verschwörung durch das Eingreifen des Generalresidenten Noguès mit der Festsetzung des Generals Béthouard nicht zum Zuge. Die Respektierung der Befehle Darlans, Juins und Noguès' durch die französische Armee machte die Pläne Eisenhowers in bezug auf Giraud zunichte.

Die ersten Botschaften des Admirals nach Vichy teilten die Vorgänge in der Nacht und die Lage am frühen Morgen mit. Sie stellten die sich aus dem Waffenstillstand mit Deutschland ergebende Pflicht zum Widerstand neben das Versprechen der Amerikaner, die Integrität Frankreichs zu respektieren. Des Marschalls Befehl zum Widerstand entsprach der nach Eingang der Botschaft Roosevelts in Vichy herrschenden Stimmung[27]. Doch erhielt Darlan von Pétain ausdrücklich Handlungs- und Entscheidungsfreiheit[28]. Die widersprüchliche Haltung Darlans am 8. und 9. November resultierte aus einer Ungewißheit über das Ausmaß des alliierten Unternehmens und einem Zweifel an seinem Erfolg, Entrüstung über die Täuschung Murphys und der Möglichkeit eines deutschen Gegenschlages von Tunesien her, zum anderen aus der Sorge, alles zu vermeiden, was zur Aufhebung des deutsch-französischen Waffenstillstandes und damit zur Besetzung der freien Zone führen konnte. Die Bedeutung der

---

25 Dieser Abschnitt ist eine gedrängte Inhaltswiedergabe der MGM-Dokumentation.

26 Daneben spielte eine Rolle, daß die Einsatzgruppen zahlenmäßig zu schwach und dazu unzureichend bewaffnet waren. Außerdem war der Konspiration von den Amerikanern wegen mangelnden Vertrauens das Landungsdatum zu spät mitgeteilt worden. Objektive Darstellung der Vorgänge bei Y. M. Danan, La vie politique à Alger 1940 à 1944, Paris 1963, Chap. II.

27 Wortlaut der Botschaft Roosevelts und der Antwort Pétains in: MGM-Dokumentation, Nr. 13 u. 14. Die in der amirauté Vichy herrschende Entrüstung über Roosevelt schildert H. Ballande, De l'Amirauté à Bikini, Paris 1972, S. 174 f.

28 Wortlaut des Telegramms: „Pour Amiral Darlan. J'ai bien reçu vos messages par intermédiaire de l'Amirauté et je suis heureux que vous soyez sur place. Vous pouvez ainsi agir et me renseigner. Vous savez que vous avez tout ma confiance. Philippe Pétain." Nach SHM BB 9, 328 Übermittlung 9.07 GMT (= 10.07 Ortszeit), an Algier ca. 10.30 Ortszeit. Nach dem 2. Satz konnte der Admiral zunächst eine Entscheidung treffen und dann den Marschall informieren. Der letzte Satz konnte als Hinweis auf einen bestehenden Konsens gelten.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

am Abend des 8. November zwischen Ryder, Murphy und einem Vertreter Eisenhowers einerseits und einer französischen Delegation unter Darlan und Juin andererseits geführten Verhandlungen lag für den Admiral darin, daß die Amerikaner damit seine Zuständigkeit als Vertreter des französischen Staatschefs anerkannt hatten[29]. Damit, daß ab 22 Uhr die amerikanischen Truppen für die Aufrechterhaltung der Ordnung in der Stadt verantwortlich waren – darauf wies die Proklamation der Waffenruhe ausdrücklich hin –, war der Konspiration die Möglichkeit weiterer Aktionen genommen. Ihre Paralysierung war wesentlich für die Rückenfreiheit in weiteren Verhandlungen mit den Amerikanern, die den Abschluß eines generellen Waffenstillstandes in Nordafrika forderten.

In Vichy wich Laval am 8. November der deutschen Forderung nach einer französischen Kriegserklärung an Großbritannien und die U.S.A. aus und erreichte es, daß Hitler bereit war, ihn am Abend des 9. November in München zu empfangen[30]. Pétain wies daher am Vormittag den Admiral in Algier an, bis zur Rückkehr des Regierungschefs keine weiteren Verhandlungen zu führen. Damit hatte Darlan keine Handlungsfreiheit mehr. Einerseits wünschte er die Einstellung des Widerstandes und gab einer amerikanischen Besetzung ganz Nordafrikas den Vorzug vor einer deutschen Intervention in Tunesien, andererseits wies er am Nachmittag die dortigen Befehlshaber an, allein die Amerikaner als Angreifer zu betrachten, die es zu bekämpfen gelte. Es war jetzt erkennbar, daß die Amerikaner nicht in der Lage waren, den Aufbau einer deutschen Operationsbasis zu verhindern[31], und es galt, die Respektierung der französischen Souveränität in Marokko und Algerien durch Amerikaner und Briten, in Tunesien durch die Deutschen zu sichern. Zudem stärkten die Vorgänge in Tunesien Darlans Verhandlungsposition. In Vichy wie in Algier hatte die Erhaltung der französischen Souveränität Vorrang vor der moralischen Gewichtung einer Option für die eine oder andere Seite.

Giraud traf am frühen Nachmittag des 9. November in Algier ein und erfuhr hier zu seiner Enttäuschung, daß die Armee ihm nicht folgen würde und die Konspiration ohne amerikanische Hilfe zu keiner Initiative fähig war. Zu einer solchen Hilfe waren Murphy und Ryder weder bereit noch in der Lage. General Clark, Eisenhowers Stellvertreter, der am späten Nachmittag aus Gibraltar kam, war auf diese Situation nicht vorbereitet und sprach noch gegenüber den wartenden Pressevertretern von einer künftigen Regierung Girauds[32]. Die bereits von Murphy anberaumten Verhandlungen mit den Franzosen verschob er auf den nächsten Tag, um neue Weisungen Eisen-

---

[29] Darauf wurden Ryder und Murphy von Darlan ausdrücklich hingewiesen.

[30] Zu den Vorgängen in Vichy am 8. und 9. November E. Jäckel, S. 240 ff.; Tournoux, Royaume, Chap. IX; Unterredung Hitler-Laval am 10. Nov. 1942, ADAP, E, IV, Nr. 176.

[31] Zum Aufbau der deutschen Position in Tunesien W. Greiselis, Das Ringen um den Brückenkopf Tunesien 1942/43, Frankfurt/M, Berlin 1976; dazu die neu erschlossenen Dokumente aus SHAT in: MGM-Dokumentation, Nr. 18 a–c.

[32] R. P. Gosset, Expédients provisoires, Paris s. d. (1945), S. 175, jedoch hier irrtümlich als Kommuniqué Darlans dargestellt und auf 10. November datiert. Es handelt sich um Wiedergabe des Kommuniqués Eisenhowers vom Mittag des 9. November in Gibraltar.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

howers einzuholen. Daß er sogleich bereit war, den General Giraud fallenzulassen, trifft nicht zu. Er war im Gegenteil bemüht, den General in den kommenden Verhandlungen als Trumpf einsetzen zu können[33]. In der Nacht gelang es General Juin, den ‚baroudeur' von der Notwendigkeit zu überzeugen, sich dem Träger der legalen Gewalt, und das war im Augenblick Darlan, zu unterstellen[34]. Juin hielt es für besser, Giraud mit dem scheinbar unbedeutenden Oberbefehl über die französische Armee (Heer und Luftwaffe) zufriedenzustellen und von der Konspiration zu trennen als ihn von Clark den Streitkräften aufzwingen zu lassen und damit eine Erschütterung der Befehlsstruktur zu riskieren. Überhaupt erwies sich General Juin als der geschickteste Taktierer in den auf die Landung folgenden fünf entscheidenden Tagen. Murphy und Ryder aber hatten noch am Abend des 9. November ihren französischen Kontrahenten den Entwurf des Waffenstillstandsvertrages übergeben, und Darlan hatte sogleich den Inhalt nach Vichy gedrahtet und auf die darin liegenden Chancen sowie die Unmöglichkeit weiteren Widerstandes verwiesen. Die Vorteile sprangen den Franzosen in Algier um so mehr in die Augen, als Murphy und Ryder auch den „harten", die Einsetzung einer amerikanischen Militärregierung vorsehenden Entwurf zurückließen[35]. Daß dieser nicht angewendet werden sollte, konnten die Franzosen nicht wissen.

Während die Franzosen am Abend des 9. November glaubten, 24 Stunden Zeit zur Entscheidung zu haben, war Clark am nächsten Morgen von Eisenhower angewiesen, so schnell wie möglich den Abschluß des Vertrages zu erwirken, gleichgültig, wer für die französische Seite unterzeichnen würde. Die Einstellung des französischen Widerstandes war für die anstehenden Landungen an der ostalgerischen Küste wesentlich. Clark drohte mit der Einsetzung Girauds und der Beschießung Algiers. Die sich hartnäckig haltende Behauptung, Clark habe, als Darlan zögerte, Giraud noch einmal die politische und militärische Führung übertragen, dieser aber habe mit störrischem Beharren auf dem alliierten Oberbefehl die große Chance vertan[36], ist unzu-

---

[33] A. Beaufre, général, Mémoires 1920–1945, Paris s.d. (1965), S. 361 f.; demgegenüber aber Ch. Mast, général d'armée, Histoire d'une rébellion, Alger 8 novembre 1942, Paris 1969, S. 360 f. und Annexe XII, daß Giraud nach dem Besuch Clarks voller Tatendrang für den nächsten Tag war.

[34] Juin bat Giraud um ein Gespräch, um ihn zu überzeugen, daß die Gruppe der Fünf ohne politischen und militärischen Einfluß sei. Juin war schon jetzt bereit, Giraud den Oberbefehl über die Streitkräfte anzubieten, da das, wenn Juin den Oberbefehl über das Heer behielt, unbedeutend war. Es ging Juin darum, Giraud von der Konspiration zu trennen. Auskunft des General Dorange gegenüber dem Vf. im März 1984. Bei dem Gespräch warf Juin Giraud vor, dieser benehme sich wie ein Kind, und es sei lächerlich anzusehen, wie ein Mann seines Alters sich in ein Abenteuer stürze, ohne die Konsequenzen zu übersehen. Giraud sei nichts als ein Rebell im Gefolge einer fremden Armee. Aufzeichnungen des Generals Chrétien. Privatbesitz.

[35] Zu den beiden Entwürfen s. Giraud-Darlan, S. 240. Nach den ordres Nr. 4 und 5 diente der harte Entwurf nur der Einschüchterung.

[36] So Ch. Mast, S. 364 f.; übernommen von M. Faivre, Le chemin du Palais d'Eté, Paris 1982, S. 154 f. Ebenso Duroselle, S. 396. Nach Mast sollen an dem Gespräch auch Murphy und der capitaine Beaufre (später General) teilgenommen haben. Doch widerlegen deren Darstellungen die Behauptung Masts. Girauds Äußerung „Je veux être commandant chef" kann sich, gerade nach der nächtlichen Begegnung Giraud/Juin, nur auf den Oberbefehl über die französischen Truppen bezogen haben.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

treffend. Giraud war jetzt mit dem militärischen Befehl zufrieden und konnte die Wiederaufnahme des Kampfes kaum abwarten. Darlan wußte, daß eine Einbeziehung Tunesiens in die Konvention mit Clark den Deutschen einen Vorwand für die Aufhebung des Waffenstillstands geben würde, doch Clark gab nicht nach. Am Mittag des 10. November ließ der Admiral den Befehl zum sofortigen Waffenstillstand in ganz Nordafrika hinausgehen. Daraufhin übernahm Pétain den Oberbefehl über die Streitkräfte und befahl die Fortsetzung des Kampfes, was allerdings in Algier ohne Auswirkung blieb, da Clark den Admiral faktisch gefangensetzte. Am nächsten Morgen ernannte Pétain den General Noguès zu seinem alleinigen Vertreter in Afrika. Doch nach einer geheimen Botschaft des Marineministers Admiral Auphan an Darlan war das nur im Hinblick auf die Gefangenschaft Darlans geschehen[37]. In Vichy war man seit dem 8. November bemüht, gegenüber der deutschen Seite den Eindruck zu erwecken, Darlan und Juin seien in amerikanischer Gefangenschaft[38].

Am Morgen des 11. November begann der deutsche Einmarsch in die bislang unbesetzte Zone Frankreichs. Der Protest des Marschalls, der die Aktion „mit dem Waffenstillstand unvereinbar" nannte, wurde über den französischen Rundfunk verbreitet. Diese Situation hatte der Admiral geradezu herbeigesehnt[39], denn nun konnte die vertraulich wie per lege erteilte Vollmacht wirksam werden. Mit dem Argument, Deutschland habe den Waffenstillstand gebrochen, lud er per Funk den Admiral de Laborde in Toulon ein, mit der Flotte herüberzukommen. Doch dieser weigerte sich, da Admiral Auphan über den Großadmiral Raeder von Hitler die Aussparung des Gebietes von Toulon von der deutschen Besetzung bewirkt hatte[40].

---

[37] Ein Zweifel an der Existenz der Telegramme klingt wieder an bei Duroselle, S. 388. Inzwischen haben wir die lange umstrittene Verwendung des Geheimcodes nachgewiesen in: MGM-Dokumentation, Nr. 21 mit Anm. 120 u. 121. Der Vf. hat in mehreren mit Admiral Auphan 1980 und 1981 geführten Gesprächen den Eindruck gewonnen, daß die von Auphan in seinem „L'Honneur de servir", Paris 1978, S. 385 ff., angegebenen Telegramme den Tatsachen entsprechen. Er konnte allerdings im SHM feststellen, daß mindestens eines der genannten Telegramme auch im offiziellen Geheimcode der Marine übersandt worden ist. In der amirauté Vichy kam man am Morgen des 10. November zur Überzeugung, daß ein bestimmtes, von Darlan am Vortag übersandtes Telegramm (MGM-Dokumentation, Nr. 21 a, Photokopie des Originals beim Vf.) die künftige Verwendung des Geheimcodes nahelegen sollte (Aussage des Cpt. d. Fr. Jouanin im August 1983).
Auch Cap. de Vais. H. Ballande bestätigt, daß er von dem Geheimcode wußte, der bereits im Oktober auf die Inspektionsreise nach Nordafrika mitgenommen, jedoch nicht verwendet wurde (H. Ballande gegenüber dem Vf. im August 1983). H. Ballande leitete das secrétariat particulier des Admirals Darlan in Vichy.

[38] AAPA, StS, Akten betr. Zweite Front, Bd. 2, 1. November 1942–31. März 1943, und ebendort, Deutsche Botschaft Paris, Pol. III 8 c, Lagebericht über Nordafrika und die Besetzung Frankreichs durch die Achsentruppen.

[39] Darlan hatte am 10. November mehrmals in Vichy angefragt, ob der deutsche Einmarsch schon begonnen habe, und immer eine negative Antwort erhalten; SHM TT 003 Archives.

[40] Briefwechsel Auphan–Raeder in: 1 SKl KTB Teil C VIII, BAMA, RM 7/210. Raeder an Hitler in: RM 7/113. Auphan hatte das Ergebnis Darlan mitgeteilt (Honneur, S. 386 ff.). In Vichy glaubte man allerdings nicht daran, daß Darlan die Einladung an de Laborde ernst meinte, weil er die Botschaft im Klartext übersandt und der amirauté Vichy zur Kenntnis gegeben hatte (Admiral Auphan gegenüber dem Vf. im März 1980).

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Noguès, der am 11. November mit General Patton einen Waffenstillstand für Marokko abgeschlossen hatte, traf am Nachmittag des 12. November in Algier ein. Er bat telegraphisch Pétain, den Admiral, der jetzt nicht mehr formal Gefangener war, in seine Funktion einzusetzen und die Verhandlungen weiterführen zu lassen, da nur so die Erhaltung der administrativen Struktur in Nordafrika gewährleistet sei. Pétain und Laval – dieser war am Vortag aus München zurückgekehrt – bekundeten ihr „accord intime"[41], woraufhin sich Darlan den Forderungen Clarks beugte. Noguès akzeptierte Giraud erst, nachdem er sich von dessen antigaullistischer Einstellung überzeugt hatte. Die Lösung lag schließlich darin, daß Clark den Admiral als die höchste politische und militärische Instanz der Franzosen in Nordafrika hinnahm und General Giraud, Darlan unterstellt, Oberbefehlshaber der französischen Armee wurde. Die Ernennung Girauds sollte allerdings einige Tage geheimgehalten werden, um Rückwirkungen in der Armee zu vermeiden. Darlan sollte erst die Funktion eines Regierungschefs haben, um der Sache einen legitimen Anstrich zu geben.

Eisenhower kam am 13. November nach Algier, um die Regelung zu billigen. Für die Erhaltung der Regierungsgewalt unter Darlan sagte die französische Seite die Teilnahme am Krieg gegen die Achsenmächte zu. Der amerikanische Vertragentwurf sollte Grundlage für weitere Verhandlungen zur Regelung des französisch-amerikanischen Verhältnisses sein. Unterzeichnet wurde nichts, doch erhielt die Vereinbarung Verbindlichkeit durch zwei Proklamationen: Noguès gab bekannt, daß er im Namen des Marschalls und im Einverständnis mit ihm Darlan die Regierungsgewalt zurückgebe, dieser erklärte, daß er im Einvernehmen mit Noguès die Verantwortung für die französischen Interessen in Nordafrika übernehme. Clark hatte jedoch darauf bestanden, daß Darlan in seine Proklamation den Passus aufnahm, er werde „zusammen mit den Amerikanern die Verteidigung Nordafrikas sichern"[42], wovon sich natürlich Pétain distanzieren mußte. Er teilte dem Admiral mit, daß dessen Entscheidung mit dem ihm erteilten Auftrag nicht vereinbar sei, und gab zugleich der afrikanischen Armee den Befehl, feindliche Handlungen gegen die Streitkräfte der Achse zu unterlassen. Ein erneuter Befehl zur Fortsetzung des Kampfes gegen die Landungstruppen erfolgte allerdings nicht. Offenbar hielt man in Vichy noch eine Neutralität für möglich. Noguès hat in Algier um diese gerungen, sich jedoch nicht durchsetzen können. In seinem ausführlichen Bericht an den Marschall hieß es: „Tat-

[41] Die Antwort lautete: „Accord intime du Maréchal et du Président, mais avant de vous répondre on consulte des autorités d'occupation." Marine Nationale. Etat Major Général, Service Historique. Les Débarquements alliées en Afrique du Nord, novembre 1942, rédigé par le Capitaine de Vaisseau Caroff, Paris 1960 (künftig zit.: SHM Caroff), S. 87. Von einer willkürlichen Auslegung des „accord intime" durch Darlan kann nicht die Rede sein, denn es bezog sich auf die von Noguès erbetene Wiedereinsetzung Darlans, und zwar ausdrücklich zum Zwecke der weiteren Verhandlungen mit dem Ziel eines Waffenstillstands. Außerdem mußte der Hinweis auf die Zustimmung der Besatzungsmächte geradezu Darlan in seiner These von der Gefangenschaft des Marschalls bestärken.

[42] Der Satz lautete: „J'ai l'assentiment des autorités américaines avec lesquelles je compte assurer la défense de l'Afrique du Nord." SHM Caroff, S. 88. Laut Noguès hat Clark die Einfügung dieses Satzes mit einer neuen ultimativen Drohung erzwungen. Noguès an Pétain am 14. Nov. 1942, SHAT 1 P 17 dos. 3, s. auch MGM-Dokumentation, Nr. 27 b.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sächlich handelt es sich um eine echte Okkupation, gegen die wir machtlos sind." Wesentlich sei, daß Nordafrika im Namen des Marschalls und nicht dem der Dissidenz geeint sei[43].

Für Darlan lag der mit diesem vorläufigen agreement erzielte Gewinn darin, daß damit ein Waffenstillstandsdiktat abgewehrt schien und er trotz aller Pressionen Clarks die Rolle eines Verhandlungspartners hatte gewinnen können. Er war überzeugt, damit eine Basis zu haben, von der aus er Schritt für Schritt seine Kompetenzen erweitern und Einschränkungen der französischen Souveränität würde verhindern können. Die Schizophrenie der Situation lag darin, daß sich Darlan, um sein Mandat zu begründen und zu behaupten, auf den deutschen Bruch des Waffenstillstandes und die Gefangenschaft des Marschalls berufen mußte, während hingegen Pétain von Hitler die Zusicherung erhalten hatte, daß es sich nicht um eine Besetzung der freien Zone handele und die Souveränität der französischen Regierung weiterhin respektiert werde[44].

Gewiß ist die Frage berechtigt, ob und inwieweit zu diesem Zeitpunkt der deutsch-französische Waffenstillstand noch Geltung hatte[45], doch mußte die Regierung in Vichy bedacht sein, ihre formale Souveränität zu behalten und eine Ausdehnung der deutschen Militärverwaltung auf Südfrankreich zu verhindern. Insofern konnte Pétain eine französisch-amerikanische Allianz in Nordafrika nicht billigen. Darlan mußte sich auf die Unfreiheit des Marschalls berufen, hatte aber selbst in Algier keinen größeren Handlungs- und Entscheidungsspielraum als der Staatschef im deutschen Machtbereich.

Die Administration erhielt die folgende Struktur und personelle Zusammensetzung[46]: Haut Commissaire pour la France résidant en Afrique française. Commandant en Chef des forces armées françaises en Afrique: Admiral Darlan.

Ihm unterstanden damit, jedoch nicht als Bestandteil des Hochkommissariats, das

Commandement en chef des forces militaires (terre, air): General Giraud, u.d.

Commandement en chef des forces navales: Admiral Michelier[47]

Haut Commissaire adjoint: General Bergeret[48]

---

[43] Noguès, a.a.O.

[44] Hitler an Pétain am 11. Nov. 1942, ADAP, E, IV, Nr. 159.

[45] Zur Frage des Waffenstillstands E. Jäckel, S. 259 f.

[46] Nach Journal Officiel du Haut Commissariat de France en Afrique, N° 1, p. 1 und N°. 2–3 p. 14 (ANDOM) und Dépêche Algérienne 2 dec. 1942 (ANDOM). Die Angaben bei Kammerer, p. 576, werden hierdurch korrigiert und ergänzt.

[47] Admiral Michelier hatte als Marinebefehlshaber von Casablanca vom 8. bis 11. November den dortigen Widerstand gegen die amerikanische Landung geleitet.

[48] Bergeret hatte in Vichy bis zur Rückkehr Lavals im April 1942 als Secrétaire d'Etat à l'Aviation (Luftfahrtminister) fungiert, hernach als Inspekteur der territorialen Luftverteidigung. In beiden Funktionen war er eine zuverlässige Stütze Darlans, dem er am 6. November nach Algier gefolgt war. In einer Ordonnanz Darlans vom 16. November hieß es, der Stellvertreter „dirige et coordonne l'action de tous les organismes du Haut Commissariat en function des ordres du Haut Commissaire" (Journal Officiel du Haut Commissariat de France en Afrique N°. 1). Ähnlich war die Funktion des stellvertr. Ministerpräsidenten bis zum 17. April 1942 in Vichy.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Sécrétariat aux relations extérieures: Tarbé de Saint-Hardouin
Sécrétariat aux affaires politiques: Jean Rigault, mit den Sektionen
Intérieur (Jean Rigault selbst). Information (wesentlich bestritten von L. Joxe und F. Clermont-Tonnere in Verbindung mit Saint-Hardouin)[49]
Police (Henri d'Astier de la Vigerie)
Délégué du Haut Commissaire pour les questions économiques et financières: zunächst Admiral Fénard, ab Ende November A. Pose. Diesem unterstanden:
Sécrétariat aux Finances: L. Tron[50]
Sécrétariat au commerce extérieur: G. Bataille[51]
Sécrétariat à la production et à la distribution: F. Blondel
Section militaire: Col. Saint-Didier (Verbindungsglied zwischen Hochkom. und Armeeoberkommando (Giraud)
Services de renseignement et de securité militaire: Col. Rivet[52]
General Juin war Mitglied in beratender Funktion

Die starke Einbeziehung der Konspiration ist erstaunlich. Sie war einmal notwendig, um das amerikanische Wohlwollen zu sichern, zum anderen soll Geheimdienstchef Oberst Rivet dazu geraten haben. Er war über die Anhängerschaft Girauds gut informiert, gewichtete ihre Bedeutung stärker und hielt ihre Neutralisierung durch Regierungsbeteiligung für sinnvoll. Man könnte nun auf den ersten Blick meinen, daß sich Darlan und Giraud mit ihren jeweiligen Anhängern die Waage hielten. Wenn man hingegen die Kabinettchefs auch der Sektionen und die notwendigerweise großen Apparate der Ministerien Saint-Hardouin, Rigault und Pose/Tron berücksichtigt, kann man sich vorstellen, daß der Sitz der Behörde im Palais d'Eté geradezu zu einer Brutstätte des Komplotts werden mußte. Die Ersetzung Fénards durch Pose schwächte die Position Darlans erheblich. Van Hecke behauptet, Darlan habe ihm das Erziehungsministerium angeboten, doch er habe abgelehnt, da ihm der Befehl über die Chantiers wichtiger war[53]. Das ist möglich, da der Oberst nach seiner Trennung von der Führungsspitze der Gesamtorganisation nun eine recht unabhängige Stellung hatte, was, wie wir sehen werden, dem Komplott zugute kam. Nach anderen Darstellungen soll Darlan ihm als einzigem der Fünf kein Ressort angeboten haben,

[49] L. Joxe hatte im Mutterland mit Emmanuel d'Astier de la Vigerie, dem Führer der „Liberation", und mit G. Bidault in Beziehung gestanden. Er war Ende 1941 nach Algier gekommen, wo er an einem lycé unterrichtete. Er freundete sich hier mit Henri d'Astier an, gehörte aber auch zur Gruppe um Professor Capitant. De Gaulle ernannte ihn 1943 zum Generalsekretär des CNFL, Vorläufer der provisorischen Regierung. (L. Joxe, Victoires sur la nuit. Memoires 1940–1946. Paris 1981). Clermont-Tonnere war Vertrauter Saint-Hardouins und zugleich ‚Sprachrohr' Girauds.

[50] L. Tron (bei Duroselle p. 397 L. Tronc, sonst überall Tron) war Präsident der Banque du Maroc. Er war Vertrauter Alfred Poses und hatte zur Konspiration in Marokko gehört.

[51] G. Bataille, Major der Luftwaffe, galt als Mann des Generals Noguès. In dessen Auftrag war er noch am 10/11. Nov. nach Vichy geflogen. (s. hierzu Dokumentation, Nr. 23 e mit Anm. 134)

[52] Col. Rivet war Chef des milit. Geheimdienstes (Service de renseignement) in Vichy. Er war am 10. November mit den wichtigsten Mitarbeitern nach Algier gekommen.

[53] Van Hecke, S. 246.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

was seinen Eifer im Dezember erklären kann. Wenn Darlan, Bergeret und Juin zunächst glaubten, die Verschwörer ‚eingerahmt' zu haben, so ging offenbar hernach die Rechnung nicht auf. Die Schaffung eines Gegengewichtes im Conseil Imperial muß auch unter diesem Aspekt gesehen werden.

Die Gaullisten hatten nur mit Louis Joxe einen Fuß in der Behörde, doch dessen Funktion war relativ unbedeutend. Seine Zusammenarbeit mit Saint-Hardouin dürfte diesem später die Schwenkung zu de Gaulle erleichtert haben.

Zorn in Vichy – Unbehagen in London

Die Befehlsübernahme Girauds wurde am Mittag des 15. November bekanntgegeben. Darlan nannte dabei Giraud „einen großen Soldaten, der immer Frankreich in Ehren gedient hat". Die Desavouierung Darlans durch den Marschall brachte Offiziere und Beamte wegen ihrer persönlichen Eidesbindung in Gewissenskonflikt. Nun konnte Darlan nicht einfach vom Eid entbinden, doch er fand einen Ausweg. Alle, so ließ er verlauten, die dem Marschall den Eid geleistet haben, könnten davon ausgehen, daß die Ausführung seiner, des Hochkommissars, Befehle Treue gegenüber dem Marschall bedeute[54]. Girauds Erklärung enthielt ein Bekenntnis zur Wiederaufnahme des Kampfes gegen Deutschland. Nach einer in Vichy eingegangenen Meldung sollte Giraud auch erklärt haben, im Namen des Marschalls Nordafrika und das französische Mutterland befreien zu wollen. Der gerade aus Paris eingetroffene Botschafter de Brinon berichtete, es sei notwendig, den Generalen in Algier zu untersagen, sich auf des Marschalls Namen zu berufen, denn das könne einen Kriegszustand mit Deutschland herbeiführen. Durch den Fall Giraud hätten die Deutschen kein Vertrauen mehr auf das Wort französischer Generale. Sofort ließ Pétain einen Befehl an die afrikanische Armee hinausgehen, in dem es hieß, Giraud habe seine Ehre verspielt, sein Offizierswort gebrochen und seinen Titel von einer fremden Macht erhalten. Pétain forderte die Soldaten auf, Giraud den Gehorsam zu verweigern. Er, der Marschall, bleibe alleiniger Chef. Das war Aufruf zum Ungehorsam gegenüber Giraud, nicht aber Darlan. Erst am nächsten Tag, als die Eidesübertragung Darlans bekannt wurde, mußte Pétain im Hinblick auf die Warnung de Brinons auch den Admiral desavouieren und er warf ihm Verrat und Mißbrauch seines, des Marschalls Namen vor. Indem er sich in den Dienst einer fremden Macht begebe, habe er sich außerhalb der nationalen Gemeinschaft gestellt[55]. De Gaulle hat in seinen Erinnerungen das Kapitel, das auch diese Vorgänge beinhaltet, mit „La Tragédie" überschrieben. Aber er zeigt doch wenig Verständnis für die tragische Situation, in der sich die führenden Franzosen in Vichy wie in Algier befanden. Stand hier Darlan, bedrängt von seinen engsten Mitarbeitern, unter dem Zwang, den von den Amerikanern geforderten und zur Beruhigung der Opposition notwendigen Oberbefehl Girauds zu si-

[54] Darlanerklärung v. 15. 11. nach Echo d'Alger, 16. Nov. 1942.
[55] Vgl. Kammerer, Chap. XX.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

chern, so sahen sich dort Laval und Pétain deutschen Pressionen gegenüber. Hier wie da ging es darum, die größtmögliche Souveränität der Regierung gegenüber der jeweiligen Besatzungsmacht zu erhalten.

Erneut wurde von deutscher Seite die Kriegserklärung der französischen Regierung an England und die U.S.A. gefordert. Nun war nach dem Verfassungsgesetz vom 11. Juli 1940 jegliche Kriegserklärung des Marschalls an die Zustimmung beider Kammern gebunden. Das war das einzige Recht, das dem in den Wartestand geschickten Parlament geblieben war, und die einzige Einschränkung der legislativen Kompetenz des Marschalls. Laval schlug vor, die französische Regierung sollte erklären, daß zwischen Frankreich und den U.S.A. der Kriegszustand eingetreten sei, und feststellen, daß die Amerikaner dafür die Verantwortung tragen. Pétain beauftragte den Siegelbewahrer Barthélémy mit einem Rechtsgutachten, das zu dem Ergebnis kam, eine solche Feststellung komme einer Kriegserklärung gleich[56]. Diese aber war rechtlich nicht möglich und unterblieb. Wie man in Vichy die Situation sah, belegt eine Eintragung des Kriegsministers Bridoux vom 16. November. Danach habe in Nordafrika „eine Verschwörung von Personen ohne Mandat, manövriert von Murphy, Frankreich den Krieg gebracht". Das sei „ein Abenteuer, das nur verfrüht (prématurée) genannt werden" könne und „das Risiko einer langen Belastung des nationalen Lebens" berge. Deutschland habe zwar seine Ziele nicht erreicht, doch sei es auch noch nicht geschlagen[57]. Der Kollaborateur war Attentist.

Pétain war von der am 11. November bestehenden Situation überfordert. In Paris war Marcel Déat, Führer des faschistischen Rassemblement National Populaire (RNP), bemüht, das Ansehen der Regierung bei den Deutschen herabzusetzen[58]. Das Schreckgespenst einer Regierung Déat-Doriot-Darnand tauchte auf. Laval forderte größere Unabhängigkeit vom Marschall und vom Ministerrat. Er hatte am 10. und 11. November in München wie auch den Tagen danach gezeigt, daß er zwar um Zufriedenstellung deutscher Forderungen bemüht war, keineswegs aber Frankreichs Schicksal blindlings an das des Nachbarn knüpfen wollte. Am 17. November übertrug ihm Pétain die Kompetenzen des Regierungschefs mit dem Recht der Unterzeichnung von Gesetzen und Verordnungen. Der Marschall blieb Staatschef. Doch in einem geheimen Brief untersagte er dem Ministerpräsidenten jede Kriegserklärung und legte ihm Verpflichtungen auf, die eine Diktatur verhindern sollten[59]. Eine solche öffentliche Bindung Lavals wäre wirkungsvoll gewesen.

Am 17. November enthob Pétain den Admiral jeglichen öffentlichen Amtes und militärischen Kommandos. Er warf ihm Unehrlichkeit vor, da er zunächst die Notwendigkeit eines Waffenstillstandes in Nordafrika damit bekundet habe, den „chef rebel et félon" General Giraud zu hindern, den Oberbefehl über die Armee zu über-

[56] Gutachten ebenda, Annexe 23.

[57] AN, Papiers du Eugène Bridoux 1888–1955. Dos. 2, Le Général Bridoux, „Souvenirs de Vichy" (künftig zit.: Bridoux), Eintr. 16. Nov. 1942.

[58] Beispiele für Déat in Tournoux, Royaume, S. 132 f.

[59] Ebenda, S. 245 f.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nehmen, ihn aber dann selbst dazu ernannt habe. Das Argument entbehrte nicht der Logik und kam bei der Bevölkerung und in der Armee Nordafrikas an. Tagsdrauf rief Pétain über den Rundfunk die Armee erneut zum Ungehorsam gegenüber den im Dienst einer fremden Macht stehenden Generalen auf. Er schloß mit den Worten: „Sie haben nur ein Vaterland, das ich verkörpere: Frankreich." Zwei Tage später folgte ein ähnlicher Aufruf[60]. Noch konnte der französische Rundfunk in Algier störungsfrei empfangen werden. Bergeret wurde in jenen Tagen von etwa sechzig seiner Offizierskameraden aufgesucht, die ihm ihren Gewissenskonflikt vortrugen[61]. Darlan sah sich zu einem vertraulichen Rundschreiben an die Regimentskommandeure veranlaßt, um zu versichern, daß diese Erklärungen nicht der wahren Gesinnung des Marschalls entsprachen. Das Schreiben belegt, welche Mühe Darlan hatte, die in der Armee bestehende Opposition gegen seine und Girauds Befehle zu überwinden[62]. Diese resultierte letztlich aus dem widersprüchlichen Sachverhalt, daß Darlan den Marschall unfrei nannte und die aus dem Gesetz vom Februar 1941 resultierende Vollmacht in Anspruch nahm, es jedoch strittig schien, ob Pétain wirklich als an der Regierung gehindert im Sinne des Gesetzes gelten konnte, auch wenn ihm seit dem 11. November ein Vertreter des OKW in Gestalt des Generals von Neubronn beigegeben war[63]. Immerhin war der Waffenstillstand von deutscher Seite nicht widerrufen. Konnte denn Darlan von einer unbehinderten Regierung seinerseits sprechen, da seine Entscheidungen und Verlautbarungen weitgehend der Zensur Eisenhowers, Clarks oder Murphys unterlagen?

Ein von Laval unterzeichnetes Dekret vom 27. November 1942 bürgerte Darlan und Giraud formell aus. Offenbar aber stand der Marschall innerlich doch nur hinter dem Anathem Girauds. Wenige Tage nach dem Tode des Admirals sollte er offen erklären, daß Darlan aufgrund seiner ehemaligen Regierungsfunktion trotz der wiederholten Widersprüche des Marschalls habe glauben können, daß er eine legale Macht ausübe. Für Giraud könne das nicht zutreffen[64].

Wenig begeistert über den Lauf der Dinge waren die amerikanischen und britischen Korrespondenten in Algier. Nach dem Kommuniqué Eisenhowers vom 9. November in Gibraltar und Clarks Erklärung am gleichen Abend in Algier feierte die amerikanische und britische Presse in den nächsten zwei Tagen Giraud als den künftigen politischen und militärischen Machthaber in Nordafrika[65]. Gerüchte über Clarks Verhandlungen mit Darlan drangen zunächst nach London und lösten hier Erregung in Carlton Gardens aus. Eisenhower erhielt am 12. November eine erste Warnung des Foreign Office, daß die Einbeziehung Darlans in eine französische Verwaltung mehr

---

[60] Die verschiedenen Aufrufe Pétains bei Kammerer, S. 533 ff.

[61] Aussage Bergeret in: Le proces du Maréchal Pétain, Paris 1945.

[62] Darlans ordre Nr. 31 in Gosset, S. 193.

[63] A. v. Neubronn, Als deutscher General bei Pétain, in: VfZ 4 (1956), S. 227–250.

[64] Décret 3588 vom 27. Nov. 1942, MRE, Papiers Rochat, Cart. 10 Dos. Darlan, S. 50; Erklärung Pétains vom 28. Dez. 1942 bei Bridoux, p. 58.

[65] Bericht Tixier vom 11. Nov. 1942, MRE, CNF 130. Tixier war de Gaulles Gesandter in Washington.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ärger bringe, als es wert sei[66]. Doch dann wurde er in Algier von Murphy überzeugt, daß es keine andere Lösung zur Sicherung der französischen Unterstützung gebe. Nach der Konvention vom 13. November und Eisenhowers Blitzbesuch in Algier hatte Clark alle Mühe, die erregten Journalisten von der Notwendigkeit und dem Vorteil des Darlan deals zu überzeugen. Die Journalisten in Algier gehörten zum Psychological Warfare Board (P.W.B.), in dem amerikanische und britische Nachrichtenoffiziere mit besonderen Aufgaben, weniger wegen psychologischer Fähigkeiten als ihrer französischen Sprachkenntnisse ausgesucht, den Ton angaben. Einige Amerikaner darin hatten der Foreign Information Section (F.I.S.), dem mehr demokratisch und New Deal orientierten Zweig des C.O.O./O.S.S., angehört. Die Sektion hatte sich im Sommer 1942 von Donovan getrennt und war dem Office of War Information (O.W.I.) unter Elmer Davis unterstellt worden[67]. Die F.I.S.-Männer sahen jetzt eine Gelegenheit, den reaktionären Kurs ihres früheren Chefs zu belegen, und im O.W.I. waren manche daran interessiert, den republikanischen Hochburgen im State Department und noch mehr im Pentagon Fehlleistungen nachweisen zu können und die politische Kompetenz der militärischen Führung in Frage zu stellen. Etwa am 15. November setzte in der amerikanischen Presse die Kritik am Darlan deal ein. Englische Zeitungen hatten damit einige Tage früher begonnen. Über zwei Jahre lang hatte ihnen Darlan als der Erzkollaborateur, als Faschist und Verräter gegolten, der den Deutschen alles gegeben hatte, was sie forderten, und sie konnten sich nicht plötzlich mit einer neuen Rolle des Verfemten abfinden, zumal de Gaulle seine Unzufriedenheit mit der Entwicklung hinreichend kundtat. Schon in der Planungsphase von Torch war Churchill nicht begeistert gewesen von dem Ausmaß, in dem die Amerikaner die Kriegführung in Afrika und die damit verbundene Politik zu ihrer alleinigen Domäne zu machen versuchten. Nunmehr erschienen die Vorgänge in Algier als ein Versuch der Amerikaner, sich ein französisches Marionettenregime zur Sicherung ihres Einflusses im Mittelmeergebiet zu schaffen. Botschafter Halifax in Washington hatte den Eindruck, es gebe hier eine zunehmende Tendenz mit dem Ziel, die Kontrolle über alle freien Bewegungen zu stärken, um schon jetzt die Durchsetzung amerikanischer Ansichten gegenüber den europäischen Regierungen für die Zeit der Friedensverhandlungen zu sichern[68].

Am Morgen des 14. November rechtfertigte Eisenhower in einem ausführlichen Bericht sein Vorgehen mit dem Argument, man müsse in Algier dem Namen des Marschalls Rechnung tragen. Die Zivilverwaltung wie die höchsten Militärs seien sich einig, daß nur Darlan das Recht habe, die Rolle des Marschalls zu übernehmen; selbst Giraud habe das eingesehen. Eine Ablehnung des Admirals und der Versuch, dem Gebiet eine Verwaltung zu oktroyieren, würde den Erfolg der militärischen Operationen in Frage stellen[69]. Wohl entstammte der größte Teil des Berichts der Feder

[66] B. Smith an Eisenhower am 12. Nov.; PRO, PREM 3/449/9.
[67] Zur Abspaltung des F.I.S. aus dem C.O.I. und den Hintergründen B. F. Smith (s. Anm. 10), S. 119f.
[68] Halifax am 16. Nov., PRO, FO 371/32138.
[69] EP, Nr. 622.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Murphys, den Eisenhower dafür mit nach Gibraltar genommen hatte; doch der Hinweis auf die militärischen Konsequenzen entsprach der Überzeugung des Oberbefehlshabers, der noch sechs Tage nach Beginn der Landung nichts so sehr fürchtete wie aktiven oder auch nur passiven Widerstand von französischer Seite. Diese Furcht war allerdings im Hinblick auf die Sympathie der Bevölkerung für die Amerikaner und die mangelnde Bereitschaft der französischen Truppen zum Kampf gegen die Alliierten nicht recht begründet. Hier zeichneten Eisenhower und Murphy schwärzer, um den eingeschlagenen Weg fortsetzen zu können. Allerdings wurden französische Soldaten für Hilfsarbeiten gebraucht, deren Verweigerung negative Auswirkungen hätte haben können. Zudem war die Verwaltung ein noch ernster zu nehmender Faktor, da sie mit vielen dem Marschall ergebenen anciens combattants durchsetzt war. Cunningham, der Eisenhower nach Algier begleitet hatte, leistete Schützenhilfe und berichtete nach London, Darlan sei der einzige, der die notwendige Gefolgschaft unter den französischen Beamten habe, während Giraud praktisch ohne Einfluß sei[70]. Churchill beugte sich den Argumenten, aber er ließ Roosevelt wissen, daß er das nur widerwillig tat. Seine Botschaft an den Präsidenten, dieser möge ihn künftig über die langfristigen Ziele hinsichtlich der Vereinigung aller Franzosen gegen Hitler unterrichten[71], war eine unüberhörbare Kritik am amerikanischen Alleingang. Eisenhower gab dann am 16. November im Einvernehmen mit Generalstabschef Marshall eine Erklärung heraus, die eine geradezu groteske wie zynische Entstellung des Sachverhaltes war. „Französische Führer aller Richtungen", hieß es, hätten sich „in einem feierlichen Pakt von Algier" auf eine provisorische politische Regierung geeinigt und „Darlan gebeten, die Führung der zivilen Verwaltung zu übernehmen". Er habe zugestimmt, und da die Alliierten mit einer selbstgebildeten französischen Regierung zusammenarbeiten wollten, habe er, Eisenhower, als Oberkommandierender von einer Einmischung in die örtlichen Vereinbarungen zwischen den Franzosen abgesehen[72].

Die ‚bombshell formula' von der zeitlich begrenzten Notlösung

Für de Gaulle war es nicht erst das Darlan deal, das ihn zu einem Feldzug gegen die amerikanische Nordafrikapolitik veranlaßte. Der General war verbittert, daß er nicht nur von der Operation ausgeschaltet, sondern auch nicht zuvor informiert worden war. Am Vormittag des 8. November vertrat er noch den Standpunkt, seine Bewegung solle sich am besten nicht einmischen[73], wobei die Nachrichten vom französischen Widerstand in Oran und Casablanca eine Rolle gespielt haben dürften. Über das Gespräch mit Churchill am Mittag liegt uns ein Bericht von de Gaulle und ein von Morton verfaßtes Protokoll vor[74]. Laut de Gaulle gab der Premierminister alle Schuld an

[70] L. Woodward, British Foreign Policy in the Second World War, II, London 1971, S. 366.
[71] Roosevelt and Churchill. Their Secret Wartime Correspondence, London 1975, Doc. 182.
[72] NA, RG 331 AFHQ, roll 226 B, Darlan file.
[73] J. Soustelle, Envers et contre tout, t. 1, De Londres à Alger, S. 452.
[74] de Gaulle an seine Vertretungen, 8. Nov. 1942. Ch. de Gaulle, Mémoires de Guerre, t. 2, L'unité 1942–1944, S. 351 f.; Morton-Protokoll in PRO, PREM 3/439/20 A various.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Ausschaltung der France Combattante dem amerikanischen Präsidenten, was dieser allerdings gestattet hatte, und versicherte dem General, daß die britische Regierung ausschließlich ihn als Autorität und das Nationalkomitee als Organisation zur Sammlung aller Franzosen anerkenne. Die von de Gaulle wiedergegebene heftige Kritik Churchills am amerikanischen Alleingang wie auch des Premierministers Genugtuung über die dadurch für die Amerikaner entstandene Lage belegt Mortons Protokoll nicht. Danach soll auf Churchills dringenden Rat, sich unverzüglich mit Giraud zu arrangieren, de Gaulle Bereitschaft geäußert haben, „sich jedem anderen Führer zu unterstellen, der die Masse des französischen Volkes hinter sich habe". Des Generals Behauptung, Churchill habe ihm bereits jetzt mitgeteilt, daß Darlan in Algier sei[75], ist nicht glaubhaft, denn das hätte auch Morton festgehalten, und es ist sehr fraglich, ob Churchill das bereits wußte. Noch am Abend rief de Gaulle über BBC die Franzosen auf, sich den Alliierten vorbehaltlos anzuschließen. Namen und Formulierungen spielten dabei keine Rolle. Wäre ihm Darlans Anwesenheit in Algier bekannt gewesen, hätte er das anders formuliert. Der Aufruf zeigt, daß sich zu diesem Zeitpunkt in Carltons Gardens die Frage einer Rivalität in Nordafrika noch nicht ernstlich stellte. Am nächsten Tag aber wurde in London die Gibraltar-Vereinbarung Eisenhowers mit Giraud bekannt, wie auch die Tatsache, daß Darlan in Algier eine Rolle zu spielen begann. Aber noch galt für den Chef der France Combattante Giraud als der gefährlichere Rivale. Eine Botschaft an die Vertretungen des Nationalkomitees in Beirut, Brazzaville und Washington begann, deutlich an Churchills Äußerung anknüpfend, mit dem Satz: „Die Amerikaner haben mit Giraud die Vorstellung verbunden, sein Name genüge, um die Mauern von Jericho zum Einsturz zu bringen." Die gleichzeitige Anwesenheit Darlans und Girauds in Algier erschien als abgekartetes Spiel. Gewisse Militärs in Vichy hätten Giraud sein Entweichen nach Nordafrika erleichtert, um sich über ihn für die Zukunft abzusichern. Doch die militärische Eignung Girauds sei unzureichend für die Aufgaben, die er sich zugemutet habe, und zudem sei er, da von den Amerikanern eingesetzt, „für Vichyisten oder Gaullisten unannehmbar"[76]. Auf das letzte Argument sollte de Gaulle wiederholt zurückkommen, und hier war er mit Pétain durchaus einer Meinung.

Am 11. November erklärte de Gaulle in der Albert Hall, daß er die wichtigsten Bewegungen der Résistance hinter sich habe und folglich eine Unterstellung unter Giraud nicht in Frage komme. Er konnte das insofern mit einem gewissen Recht sagen, als in den letzten Wochen Jean Moulin die Résistancebewegungen Combat, Liberation und Franc-Tireur zum Anschluß an de Gaulle hatte bewegen können[77]. Dennoch wollte man in Washington de Gaulle nur als Symbol, nicht als Führer der Résistance

[75] So de Gaulle in L'unité, S. 42.

[76] de Gaulle an Catroux u. a., Lettres (s. Anm. 3), S. 425 f. In L'unité, S. 395, hat de Gaulle die Giraud kritisierenden Passagen ausgelassen.

[77] Ch. de Gaulle, Discours et messages pendant la guerre, juin 1940–janvier 1946, Paris 1970, S. 233 f. Zu den Bemühungen Jean Moulins H. Noguères, Histoire de la Résistance en France 1940 à 1945, t. 2, Chap. X; L. Moulin, Jean Moulin (discours d'André Malraux de 19 déc. 1964), Paris 1982, S. 279 ff.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sehen. Die amerikanischen Zeitungen berichteten in langen Artikeln über Giraud und seine Heldentaten. Tixier sah in dessen Popularität in der französischen Armee eine ernste Gefahr für die France Combattante. André Philip berichtete, die U.S.-Regierung scheine Giraud zu unterstützen, „selbst als Ihr möglicher Rivale an der Spitze der France Libre", und er warnte: „Was auch die Umstände sein mögen, Sie haben nicht das Recht, unsere Hoffnungen zu enttäuschen, indem Sie sich den Befehlen irgend eines unterstellen, dem wir nicht das volle Vertrauen wie Ihnen entgegenbringen können"[78]. Ein Beleg, wie sehr de Gaulle in seinen Alleinvertretungsanspruch auch von seinen Anhängern gedrängt wurde. Er antwortete, daß er die, die ihn anerkannt haben, nicht verraten werde. Nach seiner Ansicht habe die Kombination Giraud keine Zukunft[79].

De Gaulle wollte sich über die Lage in Nordafrika ein eigenes Bild machen und dafür eine Delegation nach Algier entsenden, die aus René Pleven, dem Oberst Billotte, Henri Frenay und Emmanuel d'Astier de la Vigerie bestehen sollte[80]. Churchill und das Foreign Office befürworteten das, doch Roosevelt und Hull waren für Aufschiebung der Sache, bis die militärische Position gefestigt sei. Admiral Leahy, inzwischen Stabschef des Präsidenten, hielt es für wenig wünschenswert, noch „ein weiteres Element der Zwietracht in Gestalt von Plevens Mission auf die Bühne zu bringen". De Gaulle verzichtete auf die Sache, als deutlich war, daß die Amerikaner weniger auf Giraud als Darlan setzten, mit dem er keine Verhandlungen wünschte. Während Admiral Stark, amerikanischer Verbindungsoffizier zu Carlton Gardens, de Gaulle mit dem Argument zu beruhigen suchte, die Regelung von Algier habe nur provisorischen Charakter, zeigte Roosevelt wenig politisches Gespür in der Frage. Er warf de Gaulle, Giraud und Darlan in einen Topf und meinte, allen drei „Primadonnen" müßte beigebracht werden, daß es ausschließlich um den militärischen Bereich gehe. Jede Entscheidung von einem von ihnen oder von allen dreien gemeinsam sei der Zustimmung Eisenhowers unterworfen. So sah die vermeintliche Handlungsfreiheit der französischen Administration in Algier wirklich aus[81].

Am 4. Mai 1942 hatte General Giraud angesichts der deutschen Forderung seiner

---

[78] Tixier an Pleven und A. Philip an de Gaulle am 11. Nov. 1942, MRE, CNF 130. André Philip, Professor der Rechte in Lyon und christl. Gewerkschaftsführer, hatte der „Libération" angehört und die Untergrundzeitung gleichen Namens herausgegeben. Er war im Juli 1942 nach London gekommen und hatte von de Gaulle die Ressorts Inneres und Arbeit erhalten. Seit Oktober war er in Washington.

[79] de Gaulle, Lettres, S. 426. Dort ist allerdings das Schreiben Philips nicht erwähnt, wodurch das Schreiben de Gaulles unverständlich bleibt.

[80] René Pleven leitete die Ressorts Äußeres und Kolonien, Billotte war Stabschef de Gaulles. H. Frenay, Führer der Résistancebewegung „Combat", und Emmanuel d'Astier de la Vigerie waren seit Mitte Oktober wegen der Anschlußverhandlungen in London. Dazu H. Calef, Jean Moulin, une vie, Paris 1980, S. 282 ff. Frenay über de Gaulle in H. Amouroux, L'impitoyable guerre civile, décembre 1942 à décembre 1943 (i. e. t. 6 von La grande histoire des français sous l'occupation), S. 451 f.

[81] De Gaulle-Stark in L'unité, S. 396 f.; Protokoll Starks darüber in: PRO, PREM 3/442/11. Roosevelt an Churchill am 12. Nov., ebenda.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Rückkehr in die Gefangenschaft dem Marschall ehrenwörtlich versichert, nichts zu unternehmen, was die Beziehungen zur deutschen Regierung und die diesbezügliche Politik Darlans und Lavals behindern würde. Pétain ließ dieses Schreiben am 10. November veröffentlichen, um seine Unschuld für die Handlungen Girauds zu belegen. Doch verschwieg er wohlweislich, daß Giraud ihm vor seinem Verlassen Frankreichs Anfang November einen weiteren Brief geschrieben hatte[82]. Für de Gaulle war das Schreiben vom 4. Mai nun eine Waffe gegen Giraud. In einer seinen Vertretungen erteilten Sprachregelung für Verlautbarungen über die Vorgänge in Algier hieß es, Giraud sei dadurch behindert, daß er dem General ehrenwörtlich Gehorsam versprochen, dann sein Wort gebrochen habe und nun allein vom amerikanischen Wohlwollen abhänge[83]. Auch das deckte sich mit der Meinung des Marschalls Pétain. Doch weiter hieß es, die Gruppierungen der Résistance in Frankreich würden weder Giraud noch Darlan anerkennen und Briten wie Russen stünden in der Sache gegen Washington und hinter de Gaulle. Halifax wurde von Eden angewiesen, den Präsidenten wie das State Department auf die Unpopularität des Darlan-Handels hinzuweisen. Hull taktierte hinhaltend, und Leahy verbarg seine Verachtung für de Gaulle nicht[84]. Dieser mobilisierte seine Anhänger weltweit, und besonders in Mittel- und Südamerika gab es erhebliche Kritik an der Ausschaltung der France Combattante[85]. In Washington bearbeitete Tixier Walter Lippmann, den einflußreichen Kolumnisten der Washington Post, der sich wiederholt wohlwollend über de Gaulles Bewegung geäußert hatte. Lippmanns Meinung war, daß die Kombination Darlan-Noguès-Chatel nur von vorübergehender Dauer sein werde (laut Tixier: n'aura qu'une durée très temporaine)[86]. Die von Roosevelt zwei Tage benutzte Formel lag damit in der Luft. Die Presse hatte ihm das zugespielt, was er selbst für die Presse brauchte. Ein Vorgang, wie er sich wenig später in Casablanca wiederholen sollte.

Welche Stimmung im Foreign Office wegen des Darlan deals herrschte, zeigt eine Eintragung Cadogans. Die Amerikaner und Marineoffiziere in Algier bereiteten demnach nur Ärger und „we shall do no good till we have killed Darlan"[87]. De Gaulle schrieb an Churchill, die Alliierten würden in dem ersten großen befreiten Gebiet mit Quislingen verhandeln und die Erhaltung des von diesen errichteten und vom nazistischen Geist geprägten Regimes gewährleisten. Churchill sollte der französischen Nation erklären, daß England sich in dieser Beziehung von der Politik der Vereinigten

---

[82] Wortlaut des Briefes vom 4. Mai in: MGM-Dokumentation, Nr. 2b. Giraud hatte diesen Brief an Pétain geschrieben, als er von deutscher Seite zur Rückkehr in die Gefangenschaft gedrängt wurde, um sich weiterem Druck zu entziehen. Brief an Pétain vor Verlassen Frankreichs (o. D., jedoch Anfang November) nunmehr in Photographie in: MRE, Papiers Rochat, cart. 10, Dos. G, Giraud. Giraud drückt darin die Überzeugung aus, daß der Marschall seine Haltung billige.

[83] de Gaulle, L'unité, S. 368 f.

[84] Bericht Halifax, PRO, PREM 3/442/9.

[85] Das abgestimmte Vorgehen der Vertretungen de Gaulles in Mittel- und Südamerika belegt NA, RG 59, 851.01 (i.e. box 4615).

[86] Lippmann laut Tixier in MRE, CNF 130, p. 68.

[87] The Diaries of Sir Alexander Cadogan 1938–1945, edited by David Dilks, London 1971, Eintr. 14. Nov. 1942.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Staaten distanziere. Als Pleven den Brief der britischen Vertretung übergab, schlug er vor, die Briten sollten den Standpunkt einnehmen, daß die Regelung in Nordafrika nur zur Erleichterung der militärischen Operationen getroffen sei und in keiner Weise etwas vorwegnimmt oder die Alliierten auf eine bestimmte Politik gegenüber den verschiedenen Kräften in Frankreich festlegt. Churchill soll am nächsten Tag de Gaulle versichert haben, dessen Position sei einzigartig, Darlan habe keine Zukunft und Giraud sei bereits politisch erledigt. Das britische Protokoll über die Unterredung belegt das nicht, dafür aber, daß Churchill verärgert war, daß de Gaulle sich über BBC ausdrücklich von den Verhandlungen in Algier distanziert und angekündigt hatte, daß deren Ergebnis von der France Combattante nicht angenommen werde[88]. Churchill folgte nun ganz dem Vorschlag Plevens, wenn er dem Präsidenten mitteilte, er sei überzeugt, daß es sich nur um ein „temporary expedient" handeln könne, „justified solely by the stress of battle". Einen von Eden vorgeschlagenen schärferen Passus übernahm er nicht[89].

Gerade jetzt schlugen in Washington die Wogen über das Darlan deal besonders hoch. Anhänger de Gaulles nannten auf einer Pressekonferenz Darlan eine Bedrohung für die Zukunft, da dieser in einem Radioaufruf erklärt habe, die Gesetze Vichys einschließlich der antisemitischen Gesetze beizubehalten[90]. Finanzminister Morgenthau notierte, Eisenhower sei nicht als Politiker nach Afrika gegangen, sondern um militärische Operationen auszuführen, und er wurde im State Department und Pentagon vorstellig. Doch einer schob dem anderen die Schuld zu und erklärte, nichts gewußt zu haben. Ein Konflikt zwischen Morgenthau einerseits und dem Außenminister Hull sowie Kriegsminister Stimson und dessen Stellvertreter MacCloy andererseits drohte[91]. Roosevelt mußte eingreifen, und da kam ihm die Botschaft Churchills recht. Das Wesentliche daraus konnte er für eine eigene Erklärung übernehmen, die er am Nachmittag des 17. November auf einer Pressekonferenz abgab. Die entscheidende Passage lautete: „Niemand in der Armee hat Vollmacht, die künftige Regierung Frankreichs oder des französischen Empire zu erörtern. Die französische Regierung wird nicht von jemandem im französischen Mutterland oder in Übersee gebildet werden, sondern nur vom französischen Volk, nachdem es durch den Sieg der Alliierten seine Freiheit zurückerhalten hat. Die gegenwärtige vorübergehende Vereinbarung in Nord- und Westafrika ist nur eine zeitlich begrenzte Notlösung („temporary expedient"), gerechtfertigt allein durch die Erfordernisse des Krie-

[88] de Gaulle an Churchill am 15. Nov. 1942, Lettres, S. 429 f. Plevens Äußerung: PRO, FO 371/32138; Unterredung de Gaulle-Churchill, L'unité, S. 403 ff.; de Gaulles Distanzerklärung ebenda, S. 53, Wortlaut: Lettres, S. 430 f. Auseinandersetzung mit Churchill darüber: PRO, PREM 3/442/9.

[89] Roosevelt and Churchill (s. Anm. 71), Doc. 183. In Edens Entwurf der Botschaft hieß es jedoch: „We are fighting for international decency and Darlan is the antithesis of this". PRO, FO 371/32138.

[90] NA, RG 165, box 925.

[91] Die Auseinandersetzung läßt sich verfolgen in: Roosevelt Library, Morgenthau diary, books 584 und 585.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ges."[92] Es ist grotesk, daß diese Erklärung, die Plevens Erfindung war, dann in Carlton Gardens als auch gegen de Gaulle gerichtete empfunden wurde.

Das löste im Hochkommissariat nicht nur bei Darlan und seinen Anhängern, sondern auch bei Saint-Hardouin und Rigault Bestürzung aus. Niemand wollte Teil eines „temporary expedient" sein. Auch Eisenhower und Murphy war damit ein Knüppel in den Weg geworfen. Würde Darlan unter diesen Umständen zu einem schnellen Abkommen bereit sein, zumal Roosevelt seine Feststellung ausdrücklich auch auf Westafrika bezogen hatte? Darlan und Eisenhower wurden sich einig, die Veröffentlichung der Erklärung in Rundfunk und Presse zu verhindern. Ihre Verbreitung durch Flüsterpropaganda machte sie nur schädlicher.

Triumph des Hochkommissars: „Fédération Française Imperiale"

Sofort nach Bildung des Hochkommissariats begannen die Verhandlungen über ein Abkommen auf der Grundlage des amerikanischen Waffenstillstandentwurfes, den Murphy weitgehend durchzusetzen trachtete. Nach Roosevelts bombshell war Darlan erst recht entschlossen, über die Verhandlungen und das Abkommen eine de-jure-Anerkennung seiner Administration durchzusetzen. Er gab daher dem amerikanischen Vertragsentwurf wenig Bedeutung und konzentrierte sich ganz auf die von ihm mit Saint-Hardouin verfaßte Präambel, die das Abkommen als eine Vereinbarung zwischen dem „Hochkommissar in Französisch-Afrika in Person des Admirals der Flotte Admiral Darlan" und „den militärischen Instanzen der Vereinigten Staaten" darstellte und die Details an die Voraussetzung eines Bündnisses zwischen Gleichberechtigten knüpfte[93]. Churchill und Eden versuchten das zu torpedieren mit dem Argument, daß das nicht der Erklärung des amerikanischen Präsidenten vom 17. November entspreche. Roosevelt schlug vor, der Sache die Form des „protocol"[94]. oder eines diplomatischen Dokumentes zu nehmen zugunsten einer unilateralen Erklärung Eisenhowers, gefolgt von einer Bestätigung des Einverständnisses des Hochkommissars. Dazu war die französische Seite nicht bereit, und die Verhandlungen drohten festzufahren. Doch hatte Darlan einen Trumpf, der ihm die Unterstützung Eisenhowers sicherte.

Am 13. November hatte der Admiral mit dem Versprechen, sich um den Anschluß Westafrikas zu bemühen, Eisenhower einen Gewinn in Aussicht gestellt, mit dem dieser nicht gerechnet hatte. Generalgouverneur Boisson war zum Anschluß bereit, stellte aber Bedingungen. Danach durfte keine amerikanische oder britische Besetzung

[92] Nach Daily Telegraph vom 18. Nov. 1942, in: PRO, PREM 3/442/9, dt. in Archiv der Gegenwart 1942, S. 5732.

[93] Wortlaut engl. FRUS, S. 453 ff., frz. Chamine, Annexe VI.

[94] Frz. „protocole" und engl. „protocol" bedeuten in stärkerem Maße Vereinbarung als dt. „Protokoll" (vgl. entsprechende Auseinandersetzungen um die Gültigkeit des „Potsdamer Protokolls" von 1945). Auseinandersetzungen zwischen London und Washington bei Woodward, vol. II, S. 371, ausführlicher: NA, RG 218 CCS 258.7.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

westafrikanischer Gebiete und keine Entwaffnung von Streitkräften stattfinden. Die Häfen und Flugplätze Westafrikas sollten fremden Schiffen und Flugzeugen nur im Notfall offenstehen. Er war sich bewußt, daß das im Gegensatz zu den militärischen Erfordernissen der Amerikaner und Briten stand und daher nicht durchzusetzen war. Hier konnte er nachgeben. Unabänderlich aber war die Bedingung, daß nur die Amerikaner als Verhandlungspartner in Frage kamen und daß keine Situation entstehen dürfe, die die Streitkräfte Westafrikas zum Kampf gegen andere Franzosen veranlassen könne[95]. Das sollte die Alliierten verpflichten, jede Einmischung de Gaulles in die Angelegenheiten Westafrikas zu verhindern. Die Kolonie sollte damit gegenüber de Gaulle amerikanischen und britischen Schutz genießen. Boisson war ein alter Soldat, der im Ersten Weltkrieg ein Bein und sein Gehör verloren hatte, und galt als einer der fähigsten Kolonialoffiziere. Es war ihm gelungen, Gaullisten, Briten und die Achsenmächte aus Westafrika fernzuhalten, doch für de Gaulle war er seit „Menace"[96] ein Verräter. Der General in Carlton Gardens wollte es nicht gelten lassen, daß, hätte Boisson damals anders gehandelt, eine sofortige deutsche Besetzung Marokkos die Folge hätte sein können. Der Generalgouverneur wußte, was ihm drohte, würde er in die Hände de Gaulles fallen, dessen westafrikanische Intentionen nach Torch wieder stärker britische Unterstützung genossen[97]. Westafrika war für de Gaulle wie Darlan auch deswegen von größter Bedeutung, weil hier, 200 km östlich von Dakar, das Gold der Banque de France in Sicherheit war.

Murphy erhielt grünes Licht aus Washington. Doch unter dem Eindruck der bombshell Roosevelts und des Widerstands gegen Darlans Präambel zeigte sich Boisson unzugänglich. Er erklärte, kein Fremder werde Westafrika betreten, und ließ ein britisches Aufklärungsflugzeug über Dakar beschießen. Darlan und der Generalgouverneur wußten, daß Eisenhower für Dakar einen Preis zahlen würde. Es war im Umkreis von ca. 3000 km des westafrikanischen Küstengebietes der einzige der Hochseeschiffahrt zugängliche Platz. Hier konnten 35 000-t-Schiffe anlegen und entladen werden. Der nächste Hafen von dieser Kapazität war im Norden Gibraltar und im Süden Kapstadt. Dakar galt als künftiges Relais in der Flugroute von den U.S.A. und Brasilien in den Mittleren und Fernen Osten. Ein Gewaltstreich stand außer Diskussion, da Boisson in der Lage war, ihn abzuwehren. Eisenhower hielt dem Präsidenten die Bedeutung Westafrikas vor und erhielt Schützenhilfe von General Smuts, der in London und Washington vor den gefährlichen Auswirkungen warnte, die ein Fallenlassen oder eine Schwächung Darlans haben werde. Eden mußte daraufhin im War

[95] Bedingungen Boissons in: SHM Caroff, S. 300 f. Die Verhandlungen darüber (bei Woodward unzulänglich): NA, OPD Exec 8 book 6, und PRO, FO 371/32175. Dort auch Text des Vertrages.

[96] Britisch-gaullistischer Landungsversuch in Dakar am 24. und 25. Sept. 1940. Dazu Jacques Mordal, La Bataille de Dakar, Paris 1956; Duroselle, S. 242 ff.

[97] de Gaulle an Leclerc s. d. (12–14 nov), Lettres, S. 427: „Les événements tournent dans un sens qui nous oblige à imposer la présence de la France Combattante en A.O.F." Eine britisch-gaullistische Konferenz, zu der auch die Gouverneure von Gambia und Sierra Leone hinzugezogen wurden, befaßte sich um den 20. November mit Plänen für eine Operation gegen Dakar von Nigeria und der Goldküste aus. PRO, FO 371/32175.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Cabinet seinen Widerstand aufgeben, und Churchill überließ die Entscheidung Roosevelt, der Eisenhower freie Hand gab. Am 22. November wurde von Darlan und Clark das Vertragswerk über Nordafrika unterzeichnet, ohne Abänderung der Präambel und mit Beibehaltung der Bezeichnung „protocol".

Abgesehen von der grundsätzlichen Bedeutung der Präambel wies es gegenüber dem Waffenstillstand Verbesserungen zugunsten der französischen Seite auf[98], besonders was die französische Verfügungsgewalt über die eigenen Truppen, Verteidigungsanlagen und Telegraphenverbindungen betraf. Eine interessante Änderung erfuhr der Artikel 15 durch die Hinzufügung eines einzigen Wortes. Im Waffenstillstandsentwurf hieß es, daß der Oberbefehlshaber, die Streitkräfte unter seinem Befehl und die diesen unterstützenden Streitkräfte sowie „deren Regierungen" und ihre Vertreter und Zivilangestellten exterritoriale Vorrechte und Immunität gegenüber dem französischen Straf- und Zivilrecht genießen sollten. Nunmehr wurden diese Privilegien ausdrücklich den unterstützenden Streitkräften und „ihren legalen Regierungen" sowie deren Vertretern usw. zugestanden. Damit war ausgeschlossen, daß de Gaulle unterstehende Streitkräfte in den Genuß dieser Vorrechte kommen konnten. Ein weiterer Beleg, daß auch Saint-Hardouin zu diesem Zeitpunkt noch nicht als Wegbereiter des Chefs der France Combattante gelten konnte. Auf besondere Kritik stieß auf französischer Seite der Artikel 16, der als Beleg des besatzungsstatutartigen Charakters des Vertrages galt. Er sagte, fast gleichlautend mit dem Waffenstillstandsentwurf, daß der amerikanische Oberbefehlshaber jederzeit gewisse Gebiete seiner direkten Kontrolle unterstellen konnte, wenn das für die Kriegführung von wesentlicher Bedeutung erschien. Dann sollten allein ihm die Aufrechterhaltung der Ordnung und die Kontrolle der Verwaltung obliegen. Damit war jederzeit die Errichtung einer Militärverwaltung möglich, und gerade die Annahme dieses Artikels ist Darlan hernach von seinen Gegnern vorgeworfen worden. Er machte den Fehler, auf eine Veröffentlichung des Vertrages zu verzichten, wodurch eine Darlegung der gegenüber den amerikanischen Forderungen erzielten Verbesserungen nicht möglich war. Durch „radio trottoir" wurden in erster Linie jene Bestimmungen bekannt, die den Vertrag als Diktat eines Siegers erscheinen ließen. Je unbeliebter dann die Amerikaner in Nordafrika wurden, um so mehr galt Darlan als ihr Erfüllungspolitiker.

Wie sehr in den Tagen der Verhandlungen Darlan und Murphy wie Eisenhower konzertiert agierten, belegt der folgende Vorgang. General Smuts war am 20. November in Gibraltar mit Darlan und Cunningham zusammengetroffen und hatte Churchill gewarnt, nichts könne die französische Mitarbeit mehr gefährden als der Eindruck, „wir würden die französischen Führer nur benutzen, um sie auszubooten, wenn sie unseren Zwecken gedient haben". Der Premierminister sollte dem Präsidenten mitteilen, daß „weitere Erklärungen gegen Darlan unserer Sache nur hinderlich und gänzlich unangebracht sind"[99]. Darlan muß das erfahren haben. Sein Brief vom 21. November an General Clark, jedoch offensichtlich für die Augen Roosevelts be-

[98] Gegenüberstellung des Waffenstillstandsentwurfes mit der Konvention bei Funk, S. 265 ff.
[99] Smuts an Churchill am 20. Nov. 1942, PRO, PREM 3/442/9.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stimmt, wandte sich gegen Verlautbarungen, die den Eindruck erwecken, er sei nichts als eine Zitrone, die die Amerikaner wegwerfen werden, nachdem sie sie ausgepreßt haben. Dann versicherte er, keine persönlichen Interessen zu verfolgen und nur aus patriotischen Motiven zu handeln, und fuhr fort: „Sobald die uneingeschränkte Souveränität Frankreichs eine Tatsache geworden ist – und ich hoffe, daß das in kürzester Zeit sein wird –, habe ich die feste Absicht, mich ins Privatleben zurückzuziehen und mein Leben, das dem Dienst am Vaterland gewidmet war, zu beschließen. Wenn ich die Erklärung des Präsidenten, daß ein accord mit mir nur vorübergehend sein soll, in diesem Sinne auslegen kann, dann teile ich völlig diese Ansicht ... Ich hoffe, darauf rechnen zu können, daß sich die Regierung der Vereinigten Staaten darüber klar wird und angesichts des Kampfes, in den Französisch-Afrika jetzt eintritt, nicht den Franzosen den Eindruck vermittelt, die Autorität ihres Oberhauptes, der sie in diesem Kampf führt, sei eine beschränkte"[100]. Während der Brief bislang als Beleg dafür galt, daß Darlan sich in einer Sackgasse fühlte, erweist er sich nun als von Eisenhower oder Murphy initiiert, um die Argumente des General Smuts zu bekräftigen. Auffallenderweise wurde er auch sofort in der amerikanischen und britischen Presse veröffentlicht.

Die in der Literatur vertretene Auffassung, Roosevelt habe darauf nicht geantwortet, wird von den Akten widerlegt. Eisenhower durfte dem Admiral versichern, daß seine Regierung die Hilfe des Hochkommissars würdige und „diese glänzende Zusammenarbeit" fortsetzen wolle, allerdings auf eine Einigung der verschiedenen französischen Lager hoffe. Die Mitteilung hatte mündlich und vertraulich zu erfolgen, und die britische Regierung wurde davon nicht informiert[101]. Damit war Roosevelts Erklärung vom 17. November allerdings nicht aus der Welt. Eden empfand nicht zu Unrecht, daß Darlan mit seinem Brief das „temporary" auslegte als „until the complete liberation of France", was der Erklärung des Präsidenten zuwiderlaufe. Er schlug dem Premierminister vor, Darlan zu beseitigen (eliminate), sobald es die militärische Situation erlaube. Wenige Tage zuvor hatte er an Halifax gedrahtet, sobald es die militärische Situation erlaube, gelte es zu überlegen, ob und wie man sich Darlans entledigen könne (whether and how to get rid of Darlan)[102].

Doch wurden die Vorgänge in Algier noch nicht von solchen Plänen gehemmt. Einen Tag nach Abschluß der Clark-Darlan-Konvention unterstellte sich Boisson formell dem Hochkommissariat. Die Einzelheiten des Aktes waren überlegt, sorgfältig abgestimmt und zeigten Darlan noch einmals als Meister des Taktierens. Er erhielt das folgende Telegramm von Boisson: „Unter den Vorbehalten, die Ihnen übermittelt worden sind und die Sie zu den Ihren gemacht haben und die von Murphy im Namen seiner Regierung angenommen worden sind, ... unterstellt sich Französisch-Westafri-

[100] Alain Darlan, L'Amiral Darlan Parle, Paris 1952, S. 222.

[101] Die Bemühungen Leahys und Marshalls um eine formelle Antwort der Regierung: NA, OPD Exec. 1 item 54 und RG 218 CCS 358.7. Die britischen Akten enthalten darauf keinen Hinweis.

[102] Eden an Churchill am 26. Nov. und Eden an Halifax am 18. Nov., PRO, PREM 3/442/20 A various.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ka Ihrem Befehl." Darlan stellte das Murphy zu und ließ es veröffentlichen. Da kein Einspruch erfolgte, waren die Amerikaner an die von Boisson gestellten Bedingungen gebunden. Der Hochkommissar gab in einer Proklamation „An die Bewohner Französisch-Westafrikas" den Anschluß bekannt und dokumentierte damit seine Zuständigkeit für ein vom Vertrag mit Clark nicht betroffenes Gebiet. Damit war er auch für die anstehenden Verhandlungen mit Eisenhower über Westafrika zuständig. Indem die Amerikaner den Anschluß Westafrikas aus der Hand Darlans annahmen, konnten sie kaum die Legalität seiner Macht bestreiten. Die Proklamation war auch dadurch bemerkenswert, daß damit Boisson, General Barreau (Oberkommandierender der westafrikanischen Streitkräfte), Giraud, Noguès und Chatel als „hommes éminents" auf gleiche Stufe gestellt wurden. Darlan gab damit Giraud demonstrativ die gleiche Achtung wie den von der Regierung in ihr Amt eingesetzten Persönlichkeiten.

Zu den Verhandlungen mit Eisenhower kam Boisson nach Algier, um die Teilnahme Darlans zu sichern. Er hatte es nicht allzu schwer, denn Eisenhower ging es um eine schnelle Öffnung des Luftraumes über Westafrika, und die Joint Chiefs in Washington drängten, da sie sehr schnell den Senegal als Sprungbrett zur Verfügung haben wollten. Da Boisson nur mit Amerikanern verhandeln wollte, übernahm Eisenhower die Vertretung der britischen Interessen. Diese lagen in der Benutzung des Hafens von Dakar und der dortigen Schiffsbaudocks sowie dem Ausbau von Port Etienne, 350 Meilen nördlich, als Flugbootbasis. Churchill stellte die Wünsche de Gaulles zurück. Boisson wünschte die Einstellung der britischen Flüge über Westafrika und die Unterbindung der gaullistischen Propaganda vom britischen Kolonialgebiet aus. Die Regierung in London gab Eisenhower ihre Zustimmung zu allen Forderungen des Generalgouverneurs. Als Boisson noch dazu forderte, de Gaulle sollte die in Kamerun, Gabun und Äquatorialafrika gefangengehaltenen vichytreuen Franzosen freilassen, übte die britische Regierung entsprechenden Druck auf Carlton Gardens aus. De Gaulle sollte wissen, daß er einen Widerstand „teuer werde bezahlen" müssen[103]. Eisenhower wurde von der britischen Regierung ermächtigt, Boisson mitzuteilen, sie würde sich um die Freilassung der Gefangenen bemühen. Doch der Generalgouverneur forderte das schriftlich – und er erhielt es.

In dem am 7. Dezember von Boisson, Darlan und Eisenhower unterzeichneten agreement – auf diese Bezeichnung hatte man sich geeinigt – hieß es, daß Westafrika und Togoland sich „spontan" entschlossen haben, sich dem Hochkommissariat anzuschließen, um den Krieg gegen die Achsenmächte wieder aufzunehmen. Die Betonung der spontanen Entschlossenheit sollte darlegen, daß keine Beeinflussung stattgefunden habe und der Generalgouverneur nicht unter dem Zwang von Kriegsereignissen gehandelt hatte. Der Vertrag enthielt nichts, was als eine Beeinträchtigung der französischen Souveränität hätte ausgelegt werden können. In einem Brief Eisenhowers an den Generalgouverneur, ausdrücklich als Bestandteil des Vertrages geltend, erklärte der alliierte Oberbefehlshaber im Namen der britischen Regierung, daß

[103] Churchill an Foreign Office am 4. Dez.: „The fighting French Movement will pay dearly if it finally antagonizes the United States." PRO, FO 371/32175.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

diese keine von ihren Territorien ausgehende Propaganda zulassen würde und versicherte, sich Boissons Autorität in Französisch-Westafrika nicht zu widersetzen. London war danach ausdrücklich zur Herstellung von Beziehungen auf der Basis des Vertrauens, der Achtung und der gegenseitigen Zusammenarbeit bereit. Boisson stellte Eisenhower sofort, ohne das Inkrafttreten des Vertrages abzuwarten, Hafen und Flugplätze Dakars zur Verfügung. Eisenhower hat sich später gebrüstet, mit dem Brief Boisson in die Enge getrieben zu haben, und er hat das als seinen ganz persönlichen Schachzug hingestellt. Das entspricht nicht der Tatsache. Der Brief war in Wirklichkeit die Konsequenz von Boissons harter Forderung und ein Ergebnis britisch-amerikanischer Verhandlungen. Zynismus aber spricht aus Butchers Eintragung in des Oberbefehlshabers Tagebuch: „Tunis liegt noch in weiter Ferne, aber Dakar haben wir in der Tasche, die mit einer Schleife zugebunden ist, genau wie die Vereinigten Stabschefs es vorgeschlagen haben. Der Präsident hielt den Finger auf den Bandknoten und der Premierminister knüpfte die Schleife zu"[104].

In Westafrika entwickelte sich in den nächsten Monaten eine reibungslose Zusammenarbeit der Franzosen mit Amerikanern wie Briten. Hierdurch konnte Boisson auch dann noch eine Zeitlang in Dakar regieren, als schon de Gaulle in Algier das Ruder in die Hand genommen hatte und hier sein harter Besen der épuration zu kehren begann[105]. In den Wochen nach Torch ist de Gaulles Position wohl durch nichts so geschwächt und bedroht worden wie durch dieses Abkommen und das, was Darlan aus dem damit verbundenen Entgegenkommen Eisenhowers zusätzlich durchzusetzen verstand.

„Un état est né". So hieß der Leitartikel des ‚Echo d'Algier' vom 3. Dezember 1942. Die Gouverneure und Residenten der französischen Kolonialgebiete galten als direkte Vertreter der französischen Regierung. Die These Darlans von der Gefangenschaft des Staatschefs und der Nichtzuständigkeit des Regierungschefs Laval wie auch die These der Republikaner vom faktischen Erlöschen der legalen Regierungsgewalt (s. u. S. 564) konnte geeignet sein, den pouvoir der Prokonsuln in Frage zu stellen. Insofern war Darlans Bemühen um die Funktion des Staatschefs nicht, wie es seinen Gegnern erschien, Ausdruck persönlichen Machtwillens, sondern geradezu erforderlich, um eine Erschütterung der Kolonialherrschaft zu vermeiden. Am 30. November trat ein Conseil Imperial, bestehend aus den Generalgouverneuren Boisson und Chatel, dem Generalresidenten Noguès sowie den Generalen Giraud und Bergeret mit Darlan als Vorsitzendem, zusammen. Darlans Erklärung auf der konstituierenden Sitzung ist insofern bemerkenswert, als sie die einzige belegte Äußerung des Admirals über seine Vorstellungen von der künftigen politischen Ordnung Frankreichs ist. Er sprach sich gegen eine Rückkehr zum Parteienstaat aus, wollte jedoch das künftige Regime Frankreichs auf die Prinzipien einer gesunden Demokratie gestützt sehen. Über die äußere Form, die man sich nicht aufzwingen lassen werde, müßten die Fran-

[104] H. Butcher, Drei Jahre mit Eisenhower, Bern 1946, S. 146.

[105] Dennoch wurde Boisson 1944 von de Gaulle unter entehrenden Bedingungen gefangengesetzt, ohne daß Churchill oder Roosevelt mit Interventionen Erfolg hatten.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zosen später entscheiden. Es komme auf die Sicherung der elementaren Freiheiten an, Zwang sei kein Ausweg[106]. Das war keine Beschwörung der révolution nationale, für die der Admiral nie Begeisterung gezeigt hatte, es war ein Bekenntnis zur nationalen und liberalen Tradition Frankreichs und entsprach den Entwürfen für eine neue Verfassung in Vichy. Aber es war doch zu unkonkret gegenüber de Gaulles klarem Bekenntnis zur parlamentarisch-republikanischen Staatsform, zumal dieser seine Vorbehalte gegenüber einer Wiedererrichtung des alten Parteiensystems nicht so kundtat.

Der Conseil Imperial, er wurde dann auch Conseil d'Empire genannt, beschloß eine bundesstaatliche Zusammenfassung von Westafrika, Marokko, Algerien und Tunesien – dieses nach seiner Befreiung, der Generalresident galt bereits als Mitglied – unter der Bezeichnung „Afrique Française". Es verstand sich als „Fédération Française Imperiale"[107] und sollte „bis zur Befreiung des Mutterlandes und kämpfend an der Seite der Alliierten Frankreich in der Welt vertreten". Der Hochkommissar erhielt die „Funktionen und Prärogativen eines Staatschefs" und das Hochkommissariat die „Rechte und Pflichten einer Regierung gegenüber jedem daran interessierten Land"[108]. Aufgabe des Conseil als „zentrales und zugleich dezentralisierendes Organ" sollte die ständige Verbindung zwischen den Teilen des Empire und die Koordination ihrer Politik sein. Es war vom Hochkommissar periodisch zur Prüfung der anstehenden Probleme einzuberufen. Darlan, nunmehr Staats- und Regierungschef, hatte damit ein Mandat erhalten, das geeignet war, ihn aus der Abhängigkeit vom Auftrag des Marschalls zu befreien. Die Prokonsuln konnten nunmehr ihren pouvoir von der neuen Zentralgewalt ableiten. Als Preis für die Mandatserteilung hatten sie die Beteiligung an Willensbildung und Entscheidung der Zentralgewalt gewonnen. Eine für Frankreich erstaunliche Huldigung des Föderalismus. Zugleich ist die Parallele zur Struktur der Vichyregierung bis zum 17. April 1942 deutlich. Pétain war Staats- und Regierungschef. Sein Stellvertreter (zunächst Laval, dann Darlan) fungierte faktisch als Ministerpräsident. Auch in Algier war General Bergeret Stellvertreter Darlans als Staats- und Regierungschef und damit in der Funktion des Kabinettschefs.

Keineswegs ist Eisenhower damit von den Franzosen überrumpelt worden. Er war nach den Befehlen der Combined Chiefs gehalten, sich auf die bestehenden französischen Verwaltungen zu stützen. Nun war der Conseil d'Empire kein zum Zeitpunkt der Landung bestehendes Organ, aber er ist von bestehender Verwaltung gebildet worden. Dem konnte sich Eisenhower nicht widersetzen. In einer offiziellen Verlautbarung beglückwünschte er die Bevölkerung Nordafrikas, den Hochkommissar Darlan, General Giraud und die französischen Streitkräfte „zu der Art und Weise, in der sie sich den Alliierten zur Rettung Frankreichs angeschlossen haben"[109]. Das bedeute-

---

[106] Wortlaut: Chamine, Annexe II.

[107] Diese Bezeichnung wurde zunächst im Westafrika-Abkommen benutzt, durfte jedoch wegen Roosevelts Widerspruch nicht stehenbleiben. NA, RG 218 CCS 358.7.

[108] Dépêche Algérienne vom 2 déc. 1942 und 4 déc. 1942.

[109] Ebenda.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

te formell eine Anerkennung der Staatsgründung und des Conseil Imperial. Doch Eisenhowers Feststellung, alle der großen Vergangenheit ihres Landes würdigen Franzosen hätten „ihre kleinen Unterschiede der Ansichten" (small differences of ideas) vergessen und würden nunmehr Hand in Hand kämpfen, sollte in Carlton Gardens auf entschiedenen Widerspruch stoßen. War die Macht des Admirals wirklich so gefestigt, wie es am 3. Dezember bei den gemeinsamen Paraden und dem großen Festbankett scheinen sollte?

Am Tag zuvor hatte Darlan einen Brief an Roosevelt geschrieben, um ihm zu danken, daß er die Behandlung seines Sohnes in Warm Springs ermöglicht hatte. Dabei erneuerte er sein Versprechen, sich nach dem Sieg ins Privatleben zurückzuziehen. Aber das war, ebenso wie in einem vorangegangenen Schreiben an Leahy, nicht mehr der Mann, der uns in dem Brief an Clark entgegengetreten war. Verteidigung und Rechtfertigung überwogen, es war Bedrängnis und verzweifeltes Suchen nach Halt und Unterstützung. Am 4. Dezember schrieb er in ähnlichem Tenor an Churchill, um Verständnis und Verzeihen seiner früheren Politik werbend. Nur gegen Ende noch einmal das erhobene Haupt: „Sie wissen, daß ich meinen Weg verfolge, ohne jemanden anzugreifen. Ich fordere die gleiche Behandlung. Im Augenblick geht es darum, die Achse zu besiegen." Antworten hat der Admiral nicht mehr erhalten[110]. Nachdem Westafrika gewonnen und die Flotte in Toulon verloren war, hatte der Admiral für Churchill seine Bedeutung ganz verloren.

Wenige Tage später sandte der Premierminister einen alarmierenden Bericht über die Zustände in Nordafrika an Roosevelt. Die Parteigänger der Deutschen seien wieder im Amt und die proalliierten Franzosen würden verfolgt. In Presse und Rundfunk nehme die feindliche Propaganda täglich zu, und durch die offene Grenze nach Spanisch-Marokko werde Nordafrika zum Sammelbecken für Unruhestifter der Achse. Manches darin traf zu[111], anderes war übertrieben. Eisenhower drehte den Spieß um, indem er erklärte, daß solche Berichte von feindlichen Agenten oder enttäuschten Amtsjägern kommen. Die eigentliche Unruhe komme von den Gaullisten. Churchill

---

[110] Wortlaut der drei Briefe bei Alain Darlan, S. 223 f. Das Ausbleiben einer Antwort ist erklärbar. Der Brief an Leahy, datiert vom 2. Dezember, erreichte seinen Empfänger am 25. Dezember (Library of Congress, Leahy Diary, box 4, Eintr. 25. Dez. 1942). Der Brief an Roosevelt datiert vom 2. Dezember und ging bei Leahy in der Nacht vom 24. zum 25. Dezember ein, zwölf Stunden nach der Nachricht von der Ermordung Darlans. Leahy leitete ihn am 26. Dezember dem Präsidenten zu (Roosevelt Library, PSF diplomatic, France, 1942). Das verspätete und gleichzeitige Eintreffen der Briefe ist auffallend. Darlan hatte die Briefe zur Beförderung Murphy gegeben. Ob Churchill seinen Brief erhalten hat, ist fraglich. Die von Alain Darlan, S. 229, zitierten Äußerungen Churchills müssen sich nicht auf den Brief beziehen. In britischen Akten wurde nichts davon gefunden.

[111] Die rege Tätigkeit von V-Männern der Abwehr in Französisch Marokko wie auch den Informationsfluß über Spanisch Marokko und Tanger belegen zahlreiche Berichte in: BAMA RW 5/v. 489 (= Amt Ausl. Abwehr, Alliierte Landung in Nordafrika, Bd. 2). Daß der Post- und Reiseverkehr von Französisch Marokko über Tanger und Spanisch-Marokko nach Spanien noch im Dezember ungehindert weiterlief, belegt MAE, R 1798, Exp. 1. Bridoux notierte am 17. Dez., daß zahlreiche sich auf Noguès berufende Emissäre nach Vichy kommen, darunter „agents provocateurs à la solde de l'Allemagne". Bridoux, Eintr. 17. 12.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

war es darum gegangen, die Unfähigkeit der französischen Verwaltung und auch Murphys zu dokumentieren und erneut die Notwendigkeit zu betonen, Eisenhower einen politischen Berater beizugeben. Der Präsident ernannte demonstrativ Murphy zu seinem persönlichen Vertreter in Nordafrika und civil affairs officer im Rang eines Gesandten (minister). Die britische Regierung entstandte dafür Harold Macmillan als ihren Vertreter und Beobachter nach Algier, der Anfang Januar sein Amt dort antrat.

De Gaulle: Hoffnung auf Moskau oder auch double jeu?

Der Kernsatz der Erklärung Roosevelts vom 17. November, daß kein französischer Anspruch auf eine künftige Regierungsbildung anerkannt würde, mußte Darlan wie de Gaulle treffen. Entsprechend war die Reaktion in Carlton Gardens, obwohl, wie wir sahen, René Pleven Erfinder dieser Formel gewesen war. In der Nacht zum 18. November hatte eine Lysander den französischen Luftwaffengeneral François de la Vigerie nach London gebracht. Es handelte sich um den Bruder des Chefs der „Liberation", Emmanuel d'Astier, und des Leutnants Henri d'Astier in Algier. François d'Astier war von Vichy 1940 in den Wartestand gesetzt worden und von persönlichem Haß gegen Darlan erfüllt. Er stellte sich vorbehaltlos de Gaulle zur Verfügung, der ihn in seinen état-major aufnahm. Der Fliegergeneral vertrat den Standpunkt, Darlan sei ein Verräter, der beseitigt werden müsse („liquidé")[112]. Zum erstenmal greifen wir hier die Forderung nach einer Liquidierung Darlans. Die Frage, ob das die Forderung nach physischer Beseitigung bedeuten muß, wird uns später beschäftigen. In einem aide-mémoire für die alliierten Regierungen wies de Gaulle auf die durch die Vorgänge in Nordafrika entstandene Bestürzung hin sowie die Rückwirkungen auf Widerstandsgeist in der Bevölkerung und ihr Vertrauen in die Alliierten[113]. Er fügte eine Serie von Belegen für die Aussage bei, darunter eine gemeinsame Adresse der drei großen Widerstandsbewegungen und anderer politischer Gruppierungen, die de Gaulle den „unbestrittenen Führer der Résistance" nannte, der „mehr denn je das ganze Land hinter sich habe". Weiter hieß es: „In keinem Falle werden wir zulassen, daß die für den militärischen und politischen Verrat Verantwortlichen mit ihrem Übertritt auf die Seite der Alliierten ihre Verbrechen der Vergangenheit gutmachen können. Wir fordern nachdrücklich, daß nunmehr das Schicksal des befreiten Französisch-Nordafrika sobald wie möglich in die Hände des Generals de Gaulle gelegt wird." In einem anderen Telegramm hieß es, daß nur de Gaulle Garant für die Wiederherstellung demokratischer Freiheiten sein könne und daß, wenn er an die zweite Stelle treten müsse, die Bevölkerung empört und entmutigt sei. Die von de Gaulle gewünschte Verbreitung der gemeinsamen Botschaft der Résistance über BBC mußte aufgrund amerikanischen Einspruchs unterbleiben. Dabei kann Zweifel an der Au-

[112] de Gaulle an Larminat und Koenig am 18. Nov., Lettres, S. 437 f.

[113] Aide-Mémoire de Gaulles vom 19. Nov. 1942, MRE, CNF 130, S. 113 ff. Als „Note remise aux gouvernements alliés" geringfügig anders in: Lettres, S. 438 f.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

thentizität der Botschaft eine Rolle gespielt haben, die möglicherweise nicht unbegründet war[114].

Roosevelt zeigte sich von der Sache beeindruckt. Er erklärte de Gaulles Vertretern, es bedeute ihm wenig, ob sich der Generalgouverneur in Dakar dem General de Gaulle oder dem Admiral Darlan anschließe. Er, der Präsident, würde sogar mit Laval zusammenarbeiten, wenn dieser Paris den Alliierten übergebe[115]. Die Meinung des stellvertretenden Kriegsministers McCloy war, de Gaulle sollte seine Truppen nach Afrika beordern und dort dem Befehl Girauds unterstellen[116]. Sumner Welles hingegen berichtete, Tixier und Philip hätten darauf bestanden, daß die Verwaltung Nordafrikas in die Hände ihrer Bewegung gelegt werde, und sie hätten dafür eine Frist von zwei bis drei Wochen gestellt[117]. Weitere Hiobsbotschaften folgten. Roosevelt ließ mitteilen, daß de Gaulle seine Reise nach Washington auf die Zeit nach dem 9. Januar verschieben müsse, und der Präsident dachte an die Bildung eines Komitees aus den Botschaftern Bullit und Halifax sowie Vertretern Darlans wie de Gaulles[118]. Tixier hatte den Eindruck, daß die Amerikaner Darlan als die große Hoffnung Frankreichs ansahen (éspoir numéro un du pays)[119]. Der stärkste Schlag für de Gaulle war, daß Amerikaner und Briten die Proklamation Darlans zum Staatschef hingenommen hatten. Für die France Combattante ging es um Sein oder Nichtsein. Doch de Gaulle machte den Fehler, daß er nicht nur die Entfernung Darlans, sondern auch Chatels, Noguès' und Boissons forderte, die in seinen Augen „Kapitulation, Kollaboration und Usurpation" verkörperten[120]. Noguès wie Boisson waren von Regierungen der Dritten Republik eingesetzt worden. Noguès hatte sich in den Tagen nach dem 18. Juni entschieden gegen die Kapitulation ausgesprochen, dann aber einen Abgesandten de Gaulles nicht empfangen. Er hatte die Tätigkeit Murphys erleichtert, hin-

---

114 Die vollen Texte in einer Sammlung „Messages aux Gouvernements Américain et Britannique envoyé de France au début de la seconde quinzaine de novembre" in: AN, CNF 130, p. 92 ff. Es handelt sich dabei um Abschriften von Telegrammen und Auszügen aus früheren Ausgaben von „Combat" und „Liberation". Die gemeinsame Botschaft der Résistance wurde vertreten von den Bewegungen Combat, Liberation, Franc-Tireur, der C.G.T, christlichen Gewerkschaften und repräsentativen Mitgliedern der früheren demokratischen Parteien. Die zitierten Telegramme enthalten weder Namen der Unterzeichner noch Daten. Die Originale der Botschaften sind nicht belegt. Daß es sich um eine in Carlton Gardens konstruierte Sache handelte, ist nicht auszuschließen.

115 Tixier an Pleven am 20. Nov., MRE, CNF 130, S. 147 ff. Laut Tixier hatte der Präsident gesagt: „Il importe peu, pour le but final, à quel chef ils se rallient. Il importe peu, par exemple, qu'à Dakar le gouverneur Boisson se rallie au général de Gaulle où même à l'amiral Darlan. Lui, Président, accepterait même la collaboration d'un autre diable nommé Laval, si cette collaboration livrait Paris aux alliés." Es handelt sich hier um die Äußerung Roosevelts, die in der Version bekannt wurde: „Ich verhandle heute mit Darlan, da er mir Algier gibt, und ich werde morgen mit Laval verhandeln, wenn er mir Paris gibt." Das Protokoll von Sumner Welles über die Unterredung in: FRUS, S. 546, erwähnt die Äußerung nicht.

116 McCloys Äußerung in: Chevigné an de Gaulle am 20. Nov., MRE, CNF 130, S. 122 ff.

117 Sumner Welles, FRUS, S. 546.

118 de Gaulle an Tixier am 29. Nov., Lettres, S. 450.

119 Tixier an de Gaulle am 3. Dezember, MRE, CNF 130, S. 194.

120 de Gaulle an seine Vertretungen am 5. Dezember, L'unité S. 424.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gegen die der deutschen Kontrollkommission behindert. Boisson hatte zusammen mit ihm 1941 die Pariser Protokolle zu Fall gebracht und unentwegt jedes deutsche Fußfassen in Dakar verhindert. Weder Kapitulation, Kollaboration noch Usurpation konnte man den beiden vorwerfen. Mit seinen Angriffen auf Noguès und Boisson machte de Gaulle sich für die Amerikaner unannehmbar. Er verbaute sich schon jetzt mit seinem Geist der persönlichen Revanche wichtige Wege, was später in der épuration noch deutlicher werden sollte.

In dieser Situation erschien dem General die Sowjetregierung als letzte Hoffnung. Oder war es nur Taktik, um Briten und Amerikaner zum Nachgeben zu bewegen? Unermüdlich war er über seine Vertretungen in Kuybischew bemüht, die Sowjetregierung gegen Washington einzunehmen[121]. Schon im Mai hatte er sich bei Botschafter Bogomolow über die Möglichkeiten einer Aufnahme in der Sowjetunion erkundigt[122]. Nun suchte er Maisky, den sowjetischen Botschafter in London, auf, um ihm mitzuteilen, Roosevelt sei bereit, die Taktik des Darlan deals in Europa zu wiederholen, und würde nicht zögern, mit Laval zu verhandeln, wenn das für die alliierte Sache vorteilhaft sei. In diesem Zusammenhang fiel dann das Wort: „Ich hoffe, daß die Russen vor den Amerikanern in Berlin sein werden"[123].

Veranlaßt von einer Frage von Unterhausabgeordneten, Kritik aus den Reihen der Labour Party und gedrängt von Eden, sah Churchill sich veranlaßt, am 10. Dezember in einer Geheimsitzung des Unterhauses zu dem Darlan-Komplex ausführlich Stellung zu nehmen[124]. Er erklärte im einzelnen das Legitimitätsdenken der französischen Offiziere und Beamten von den historischen Wurzeln her und warb um Verständnis, daß für viele Franzosen de Gaulle ein Rebell, Pétain hingegen Held und einzige Hoffnung sei. Churchill zeigte, daß er Frankreich verstand, in ganz anderem Maße als Roosevelt, und stellte sich dennoch hinter die Politik Washingtons, die er ebenso zu begründen und zu erklären verstand. Der letzte Satz des Premierministers konnte sogar als Hieb gegen Carlton Gardens aufgefaßt werden, da er die Abgeordneten aufforderte, „die kleine, geschäftige und gifterfüllte Gruppe, die unwürdige und unbegründete Verdächtigungen hegt und verbreitet, entsprechend zu behandeln". Die Rede ist eines der rhetorischen Meisterwerke Churchills, der damit jede weitere Opposition im Parlament und Kabinett abbog.

Doch hinter den Kulissen ging der Kampf weiter. Am Tag vor der Unterhaussit-

---

[121] Der U.S.-Geschäftsträger in Moskau berichtete am 23. Dezember, daß de Gaulles Vertreter in Moskau unter russischen Beamten gegen die amerikanische Politik in Nordafrika agitiere. Er behaupte sogar, die Regierung der U.S.A. sei bereit zu einem Kompromißfrieden in Europa, welcher Deutschland und die verschiedenen Quislings in beherrschenden Stellungen beließe, damit sie sich ganz dem Fernen Osten widmen könne. FRUS, S. 487. Daß de Gaulles Vertreter Schmittlein in Kuibyschew in diesem Sinne tätig war, belegt MRE, CNF 130 an mehreren Stellen.

[122] Duroselle, S. 437. Die Frage war, ob im Falle eines Bruchs mit den Briten „l'URSS accepterait de le recevoir, lui et son armée, sur le territoire soviétique".

[123] MRE, CNF 130, S. 229. In dem von de Gaulles Directeur du Cabinet erstellten Protokoll heißt es am Schluß: „M. Maisky accompagne le Général de Gaulle jusqu'au seuil de l'ambassade. En prenant congé, le Général lui dit: „J'espère que les Russes seront à Berlin avant les Américains."

[124] W. S. Churchill, Secret Session Speeches, London, Toronto 1946, S. 76–96.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zung war de Gaulle zusammen mit General Catroux zum Dinner bei Eden. Das dabei geführte Gespräch ist für die Taktik de Gaulles wie auch die Intentionen Edens aufschlußreich[125]. Hatte der General den Sowjetbotschafter gerade erst von der amerikanischen Politik gewarnt und die Führung der französischen KP für die Unterstützung seiner Bewegung gewonnen, so malte er jetzt das Schreckgespenst eines kommunistischen Frankreich an die Wand, das nur er zu verhindern in der Lage sei. Molotow habe ihm offen gesagt, die Sowjetregierung werde seine Bewegung nur so lange fördern, wie sie gedeihe, doch wenn sie verschwinde, würde sie allein den Kommunisten ihre Unterstützung geben. Nun könne doch niemand daran interessiert sein, so de Gaulle, daß Frankreich ein kommunistisches Regime erhalte. Die Interessen Großbritanniens und der France Combattante seien somit unlösbar verflochten, und da Roosevelt dabei sei, die moralische Führung Europas zu verlieren, müsse der Premierminister sie auf seine Schultern nehmen und ein klares Wort sprechen. Hören wir die Erwiderung Edens: „I then asked General de Gaulle, whether, if Darlan were to disappear from the scene, he thought it would be possible for him to reach an agreement with the French authorities in North Africa to unite the French Empire in the war." De Gaulle antwortete, daß für ihn Darlan das einzige Hindernis sei, nichts anderes habe Bedeutung. Am nächsten Tag erhielt General François d'Astier, der die „Liquidierung" Darlans für notwendig hielt, von der britischen Regierung die Genehmigung zum Flug nach Algier.

Die politischen Hypotheken der Administration

Eine Reihe von Problemen beeinträchtigte die Autorität des Hochkommissariats wie die Effizienz seiner Regierung und war Ursache unaufhörlicher Angriffe von außen.

Schwierigkeiten bereitete die ‚Légion des Anciens Combattants', die in Algier wie im Mutterland Ersatz für die nicht zustandegekommene Einheitspartei und eine Art politischer Orden war[126]. Die Legionäre fühlten sich als Stützen der révolution nationale und waren dem Marschall durch persönlichen Eid verbunden. Der Admiral mußte in seiner Eidesübertragung vom 14. November ausdrücklich die Legionäre einbeziehen, weil der öffentliche Dienst mit ihnen durchsetzt war. Eisenhower wünschte die Auflösung der Legion, doch wegen ihres Rückhaltes in Verwaltung und Armee konnte Darlan nur behutsam vorgehen. Bedeutender noch für die Vergiftung des politischen Klimas waren die ‚Services d'Ordre Légionnaire' (S.O.L.). Dieser milizähnliche Ordnungsdienst war offiziell ein Bestandteil der Legion, faktisch jedoch selbständig und stellte eine Terrorgruppe faschistischen Charakters dar, in der Demokratie-

[125] Nach PRO, FO 371/32145. Woodward, II, S. 395, geht darauf ein, ohne jedoch die entscheidenden Passagen wiederzugeben oder den Entwurf Edens zu erwähnen. De Gaulle hat den Vorgang in seinen Memoiren verschwiegen und Eden nur weniges davon, und das nur unkorrekt wiedergegeben: The Reckoning, Cambridge 1965, S. 414.

[126] J. P. Cointet, Les anciens combattants. La Légion française des combattants. In: Le gouvernement de Vichy 1940–1942. Travaux et recherches de science politique, Nr. 18, Paris 1972, S. 145–156.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

feindlichkeit und Antisemitismus daheim waren[127]. Darlan hatte schon vor der Landung versucht, gegen die Services vorzugehen[128], und er verordnete nun deren Auflösung. Dafür bekämpften sie ihn aus dem Untergrund nur verbitterter. Auf scharfe Kritik stießen in Washington und London die Interniertenlager in Marokko und Algerien. Obwohl bereits in der Dritten Republik errichtet, galten sie als Symptome des faschistischen Charakters der Vichy-Regierung und wurden nun der Darlan-Administration angelastet. Die stärksten Gruppen der 7- bis 8000 Lagerinsassen stellten die wegen nationalistischer Propaganda verurteilten Araber, meistens Mitglieder des Partie Populaire Algérien (P.P.A.), und die Kommunisten. Letztere waren fast alle unter der Regierung Daladier in den letzten Kriegsmonaten aus dem Mutterland abgeschoben worden, weil sie nach dem Hitler-Stalin-Pakt auf der Linie der Komintern gegen einen Krieg mit Deutschland agitiert oder gar Sabotage propagiert hatten. Von besonderer Brisanz waren die 27 Deputierten, die seit Anfang 1940 aus den gleichen Gründen im Gefängnis von Maison Carré, einem Vorort Algiers, einsaßen. Präfekt Temple wollte ihre Freilassung von einer Loyalitätserklärung abhängig machen, doch die Deputierten, sich nun ihrer neuen Lage bewußt, weigerten sich. Immer wieder forderte die amerikanische Presse von Roosevelt, er solle über Eisenhower die Aufhebung der Lager und die Freilassung der Abgeordneten durchsetzen, das Generalgouvernement aber widersetzte sich einer schlagartigen Regelung.

De Gaulle verfügte in Nordafrika zunächst nur über wenige Anhänger. Als General Juin im März 1942 zum deutschen Generalkonsul Pfeiffer sagte, zu de Gaulle seien „nur Abenteurer und Leute mit finsterer Vergangenheit übergelaufen"[129], gab er nur die im Offizierskorps herrschende Meinung wieder. Als Führer einer gaullistischen Gruppierung galt im Sommer 1942 René Capitant, Professor an der rechtswissenschaftlichen Fakultät in Algier. Er galt als Vertreter der Résistance-Bewegung ‚Combat' und gab ab Herbst 1942 das sporadisch erscheinende illegale Blatt gleichen Namens heraus. Besonders aktiv wurde Capitant dann nach Torch, als er mehr von London gesteuert werden und Jean Soustelle Nordafrika mit gaullistischem Propagandamaterial versorgen konnte[130]. Gerade zu diesem Zeitpunkt hatte sich im Mutterland die Führung von ‚Combat' Jean Moulin und damit de Gaulle angeschlossen, doch Capitants Gaullismus war entschiedener und vorbehaltloser als der des ‚Combat'-Führers Frenay[131]. Seine Zeitung forderte den Rücktritt Darlans, dessen historische Mission beendet sei. Unter dem Titel „Frankreich braucht eine neue Regierung" schrieb sie schon acht Tage nach der Bildung des Hochkommissariats: „Wo ist also diese Regierung zu finden? Wo ist der Führer, der sich an ihre Spitze stellen kann? An

[127] Ebenda, S. 141 ff. Der Eid der S.O.L. enthielt den Satz: „Je jure de lutter contre la démocratie, la lèpre juive, la dissidence gaulliste." In Frankreich wurde im Januar 1943 aus der S.O.L. die Milice unter Führung Darnands. Zu Darnand und seiner Organisation H. Amouroux (s. Anm. 80), chap. 8.

[128] MGM-Dokumentation, Nr. 6.

[129] Pfeiffer am 11.3. 1942, BAMA, RH 2/v 1569 (Fremde Heere West. Beurteilung höherer französ. Offiziere).

[130] Soustelle, t. 2, S. 13.

[131] Frenay über de Gaulle, Amouroux, S. 451 f.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Stelle von Darlan, dessen Tage gezählt sind, an Stelle von Giraud, der sich drückt? Wird es Peyrouton sein, vom Prokonsul zum Konsul beordert, oder soll etwa der Graf von Paris den Thron seiner Väter wieder besteigen? Es gilt, wieder einen Clemenceau zu finden. Zum Glück gibt es ihn. Er heißt Charles de Gaulle"[132]. Darlan unterschätzte die gezielte und an Schärfe ständig zunehmende Agitation dieser Gruppe.

Die Aufschriften an den Hauswänden, die den Rücktritt oder gar den Tod Darlans forderten, wurden Gaullisten, Kommunisten wie auch S.O.L.-Leuten zugeschrieben.

Am gleichen Tag, als Capitants ‚Combat' jenen Artikel brachte, erhielt der Admiral ein Schreiben der Generalräte der drei algerischen Departements. Darin wurde die These von der Gefangenschaft des Marschalls aufgenommen, jedoch mit der Folgerung, daß damit die Vollmachten, die ihm die Nationalversammlung am 10. Juli 1940 übertragen hatte, automatisch erloschen seien, da Freiheit und Unabhängigkeit Voraussetzung für diese Vollmachten gewesen sei. Da Darlan sich der Regierung des Marschalls unterstelle, erfülle er selbst nicht die Voraussetzungen einer legalen und unabhängigen Regierungsgewalt. Für die von feindlicher Besetzung noch freien Gebiete, also die drei Departements Algeriens, gebe es weder de facto noch de jure eine legale Regierungsgewalt, es sei denn, sie stütze sich auf die Bestimmungen der Verfassung von 1875, die noch in Kraft sei. Es gelte daher, in diesen Gebieten eine Regierung zu bilden, die alle nationalen Kräfte sammeln könne. Nur eine solche Regierung werde von den Alliierten die für die Zukunft des Landes wesentlichen Garantien erhalten, nicht aber ein Hochkommissar, dessen provisorischer Charakter von Roosevelt ausdrücklich betont worden sei[133]. Die Argumentation stand auf schwachen Füßen. Darlan hatte sich als Hochkommissar nicht der Regierung des Marschalls unterstellt – vom Regierungschef Laval hatte er sich ausdrücklich distanziert –, vielmehr vertrat er in Nordafrika den an der Regierung behinderten Staatschef und stützte sich dabei auf das Verfassungsgesetz von 1941. Indem die Generalräte die Legalität der Regierung Pétain bis zur Totalbesetzung anerkannten, konnten sie auch die Gültigkeit der in dieser Zeit erlassenen Gesetze schwerlich bestreiten. Auch de Gaulle hatte sich bei der Bildung des ‚Conseil de Défense de l'Empire' 1940 auf die Verfassung der 3. Republik berufen, dabei aber ausdrücklich die Legalität Pétains von Anfang an bestritten[134]. Die Generalräte bestritten diese erst ab der Totalbesetzung Frankreichs. Obwohl sie, wie ‚Combat' am Vortag, Clemenceau beschworen, dürfte es sich nicht um eine mit dem gaullistischen Lager abgesprochene Aktion gehandelt haben. Das Schreiben zollte dem Marschall Pétain ausdrücklich Dankbarkeit und Hochachtung; Capitant hätte das nicht zugelassen. Auch der Hinweis auf den Grafen von Paris kam eher einer Distanzierung von der Initiative der Generalräte gleich, von der Capitant gewiß rechtzeitig informiert war.

Nun eröffneten die Verfassungsgesetze von 1875 den Generalräten Algeriens kei-

[132] A. de Serigny, Echos d'Alger, Paris 1972, S. 145.
[133] Text vollst., jedoch engl. Übers.: PREM 3/442/3.
[134] de Gaulle in: „Déclaration organique ..."; Mémoires de guerre, 1, l'Appel, S. 313 ff.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nen Weg zur Bildung einer provisorischen Regierung. Es kam ihnen auch in erster Linie auf die propagandistische Wirkung an, da Auszüge aus dem Schreiben in Abschriften unter die Bevölkerung gebracht wurden[135]. Die von der einschlägigen Literatur aufgestellte Behauptung, die Generalräte hätten sich schon jetzt auf die Loi Treveneuc vom 15. Februar 1872 berufen[136], trifft nicht zu; das geschah erst später im Dezember-Komplott.

Ein Hintergrund der republikanischen Offensive verdient Beachtung. Ihr Wortführer war der mit Murphy befreundete Paul Saurin, Deputierter der Nationalversammlung und Präsident des Generalrates von Oran. Als spiritus rector hinter den Kulissen aber galt der mit Saurin befreundete und auch mit Lemaigre wie Murphy bekannte Pierre Flandin[137]. Er hatte rechtzeitig nachdem Lemaigre zum letztenmal im Mutterland war, seinen Wohnsitz auf Cap Ferrat an der Côte d'Azur verlassen und war am 7. November in Algier eingetroffen. Murphy hielt ihn für den Fall einer republikanischen Lösung bereit. Doch weder Washington noch London waren willens, einen Flandin zu akzeptieren, der 1938 Hitler ausdrücklich zu seinem Erfolg von München beglückwünscht hatte und wegen seiner positiven Einstellung zur deutschen Regierung nach dem Sturz Lavals im Dezember 1940 für kurze Zeit an die Spitze des Außenressorts in Vichy berufen worden war.

Nichts belastete das Hochkommissariat so stark wie das jüdische Anliegen, das in Algerien ein besonderes Gewicht und einen eigenen Hintergrund hatte. Hier waren mit dem Décret Crémieux von 1870 die Juden französische Staatsbürger geworden, wodurch ihnen der Zugang zu den Ämtern der Verwaltung und Justiz wie dem Bank- und Börsenwesen, zu den Gymnasien und Hochschulen und damit den akademischen Berufen offenstanden. Die Kluft zwischen Juden und Moslems wurde hierdurch größer[138]. Das Décret Crémieux wurde im Oktober 1940 aufgehoben, wodurch die Juden in Algerien die französische Staatszugehörigkeit verloren. Zwar blieb hier, trotz weiterer Gesetze, wie Ausschluß aus dem öffentlichen Dienst und der Armee, numerus clausus für Gymnasien, Hochschulen und die Ausübung freier Berufe sowie erste Vermögensbeschlagnahmen[139], die Lage der Juden besser als im Mutterland. Aber die Vorgänge in Frankreich im Sommer 1942 und pogromartige Aktionen

---

135 Ein in den Straßen von Oran verteiltes Exemplar in: ANDOM 11 H 54, 23. déc. 1942. Bisher einziger Beleg für den französ. Wortlaut.

136 So zuletzt, den früheren Autoren folgend, Duroselle, S. 399.

137 Flandin hatte in der Zwischenkriegszeit mehreren Regierungen angehört: Erstmals 1920 als Luftfahrtminister; 1934/35 Ministerpräs. mit Laval als Außenminister. 1936 unter Sarraut als Außenminister. Am 10. Juli 1940 sprach er sich in der Nationalversammlung in Vichy für die Beibehaltung der Republik aus. Pétain betraute ihn nach dem 13. Dezember mit dem Außenressort, das er jedoch im Februar 1941 an Darlan abtreten mußte.

138 Es handelt sich um zwei Gesetze vom 24. Okt. 1870. Eines erklärte alle eingeborenen Juden Algeriens zu französischen Staatsbürgern. Das andere band weiterhin die Verleihung der Staatsbürgerrechte an Moslems an ein kompliziertes Verfahren. Bulletin des Lois, XII Serie du 12 sept. 1870 au 18 fév. 1871.

139 Das betraf Kinos, Gaststätten und Getränkevertriebe, die Treuhändern unterstellt wurden.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

des S.O.L. in Oran[140] erweckten Furcht vor der Zukunft. Hatte doch Hitler dem Großmufti von Jerusalem, él Husseini, im Falle eines deutschen Durchbruchs in den Nahen Osten auch die Vernichtung des im arabischen Raum lebenden Judentums versprochen[141]. Nur in einer baldigen Landung der Alliierten schien Rettung und Sicherheit zu liegen.

Es waren in erster Linie einflußreiche Juden der Stadt Algier, die nach der alliierten Landung die sofortige Aufhebung aller von Vichy erlassenen Judengesetze forderten. Die französische Verwaltung aber fürchtete, durch zu schnelles Handeln der deutschen Propaganda in die Hände zu spielen und Reaktionen der moslemischen Bevölkerung zu bewirken. Darlan ließ alles, was den Charakter einer Verfolgung hatte, einstellen, ohne jedoch die einschlägigen Gesetze formell aufzuheben, und verfügte eine schrittweise Integration der Juden, wobei die durchführenden Instanzen einen gewissen Spielraum hatten[142]. Natürlich genügte den Juden die unvollständige Rehabilitierung nicht. Die offene Diffamierung durch das Inkraftbleiben der Gesetze wurde bei den Einberufungen in besonders verletzender Weise sichtbar[143]. Zum Kern des Problems wurde das Décret Crémieux. Wenngleich es im Augenblick von weniger Gewicht war, da seine Bedeutung in der Ausübung des Wahlrechts lag und das vor Kriegsende unbedeutend war, ging es den Juden um eine grundsätzliche Sache. Doch hier warnte das Generalgouvernement und zögerte daher Darlan. Auch Eisenhower und Murphy vertraten den Standpunkt, daß „sensationelle Schritte zur Verbesserung des Loses der Juden unvermeidlich zu einer heftigen Moslemreaktion führen" würden, die „im gegenwärtigen Zeitpunkt unwillkommen" sei, und selbst auf jüdischer Seite gab es Stimmen, die zu behutsamem Vorgehen rieten, um keine ungünstige arabische Reaktion zu provozieren[144]. Andererseits war es verständlich, daß in den Augen der Juden alle die ihre Gegner waren, die, ob freiwillig oder gezwungen, an ihrer Benachteiligung oder Verfolgung Anteil hatten, und Darlan war immerhin für einen Teil der Gesetze mitverantwortlich. Der Kampf gegen die, die mit ihm verhandelten, also Murphy, Eisenhower und Clark, fand Verständnis bei den Glaubensgenossen im Psychological Warfare Board und seine Fortsetzung in Angriffen der amerikanischen Presse gegen das Pentagon, State Department und auch Roosevelt. Dieser stellte sich hinter Eisenhower und nannte es gerecht, daß den Juden das Wahlrecht genommen sei, da es die Mohammedaner auch nicht hätten[145], aber er drängte dennoch den

[140] MGM-Dokumentation, Nr. 6.

[141] Unterredung Hitler-Großmufti am 30. Nov. 1941, ADAP, D, XIII, Nr. 515.

[142] Vertrauliches Rundschreiben Darlans an die Generalgouverneure und Residenten vom 5. Dez. 1942, Chamine, Annexe IV.

[143] Die öffentliche Einberufung des Jahrgangs 1918 nahm unter ausdrücklichem Verweis auf das Gesetz vom 2. Juli 1941 die Juden aus, ebenso die Sammlung der Anciens Chantiers de la Jeunesse, Dépêche Algérienne vom 18. u. 19. Nov. 1942. Ab Ende November wurde die Einberufung der Juden ermöglicht, aber auch dann nur in besondere Arbeitskompanien. Als Begründung wurde angegeben, daß auch die Moslems in besonderen Einheiten dienten.

[144] Eisenhower an Marshall, Murphy an Hull am 5. Dez. 1942 wie auch die Warnung des Rabbiners von Constantine in: PRO, FO 660/6.

[145] Halifax an Eden über Gespräch mit Roosevelt am 9. 12. 1942, PRO, PREM 442/2.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Oberbefehlshaber, auf Darlan im Sinne der jüdischen Forderungen einzuwirken. Nun war man im Generalgouvernement nicht gerade begeistert, daß Dr. Aboulker zusammen mit Dr. Alexandre, dem Sprecher der jüdischen Gemeinde, Verhandlungen mit moslemischen Notabeln führte über die Bildung einer gemeinsamen Front, nicht nur gegen das Hochkommissariat, sondern gegen die französische Herrschaft überhaupt[146]. Darlan mußte zwischen die Mühlsteine geraten, da seine Bereitschaft, die Juden wieder in ihre alten Rechte einzusetzen, ihm die Verbitterung moslemischer Kreise und den Haß der Rechten eintrug, seine Rücksicht auf die Gefühle der Moslems aber Feindschaft der einflußreichen Juden Algeriens bewirkte. Der Hochkommissar verwies darauf, daß 350000 Juden in Französisch-Afrika 25 Millionen Arabern gegenüberständen, und warnte davor, zu einer Zeit, da alle mohammedanischen Länder auf der alliierten Seite seien, Maßnahmen zu ergreifen, die weit über die Grenzen Nordafrikas Widerhall finden würden und einen Konflikt mit unberechenbaren Konsequenzen verursachen könnten. Auch würde es der Achsenpropaganda das Argument liefern, daß die Amerikaner die französische Souveränität nicht achten[147]. Schließlich gab er am 16. Dezember vor der amerikanischen und britischen Presse in Algier die Erklärung ab, daß alle auf deutsche Veranlassung durchgeführten Benachteiligungen aus rassischen und religiösen Gründen unverzüglich eingestellt würden[148].

Die Rehabilitierung der Juden mußte von einer Beschwichtigung der moslemischen Bevölkerung begleitet sein. Diese zeigte wenig Begeisterung für Teilnahme am Krieg und verwies auf die 1914/18 und wieder 1940 gegebenen und nicht eingehaltenen Versprechungen und verlangte nunmehr vor Aufnahme des Kampfes Garantien für ihre Gleichstellung mit den Franzosen[149]. Doch Darlan wollte weder das Hochkommissariat noch eine künftige französische Regierung durch verbindliche Zusagen festlegen. Er rührte sich schließlich am 13. Dezember mit einem Aufruf an die mohammedanische Bevölkerung in Nord- und Westafrika, der nur vage Versprechungen enthielt und um Kampfbereitschaft warb und, der Stimmung unter den Eingeborenen Rechnung tragend, den Krieg gegen Italien in den Vordergrund stellte. Mit Entrüstung wurde aber dann vermerkt, daß Darlan in seiner Presseerklärung vom 16. Dezember kein Wort über die Zukunft der Moslems gesagt hatte[150]. Möglicherweise aber war der Admiral zu einer schrittweisen Revision der französischen Kolonialpolitik in Algerien bereit, denn am 22. Dezember empfing er die moslemischen Führer der

[146] ANDOM 11 H 54, 1 u. 2 déc. 1942.

[147] Bericht Darlans an Eisenhower vom 8. 12. 1942 über Liberalisierungsmaßnahmen, PRO, PREM 3/442/1.

[148] Wortlaut ‚Echo d'Alger' vom 17 déc. 1942. Nach dieser Erklärung wurden die Kontakte Aboulkers und Alexandres mit moslemischen Persönlichkeiten abgebrochen. Boumendjel hatte daher den Eindruck, daß die Gespräche nur den Zweck hatten, „neutraliser les indigènes pour permettre aux juifs de rentrer dans leur droits sans opposition de la part musulmans". ANDOM 11 H 54, 22 déc. 1942.

[149] Ebenda, 28 nov. 1942.

[150] Ebenda, 17 déc. 1942.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

drei Departements zur Darlegung ihrer Ansichten und Beschwerden. Leider gibt es kein Protokoll über den Verlauf der Gespräche, doch können wir gewiß sein, daß dabei die Forderungen eine Rolle spielten, die der algerische Nationalistenführer Ferhat Abbas am 20. Dezember Franzosen und Amerikanern unterbreitet hatte. Es wurde vereinbart, weitere Konferenzen abzuhalten, um eine Verbesserung der arabischen Situation einzuleiten[151]. Das beinhaltete nichts Konkretes, war aber geeignet, den Argwohn mancher Colons zu erregen.

Das Komplott mit Wissen de Gaulles

Ende November wurde Alfred Pose Delegierter für Wirtschafts- und Finanzfragen, dem die drei wirtschaftspolitischen Ressorts unterstanden. Das entsprach dem Wunsch des mit Pose befreundeten Finanzministers Tron. Die Ordnung des Finanzwesens der nordafrikanischen Föderation bedurfte einer Fachkraft ersten Ranges mit Verbindungen im Mutterland und anderen Teilen des Empire, und das war Pose, Direktor der B.N.C.I. Afrique[152]. Für ihn war die Einheit des Empire von entscheidender Bedeutung für die Finanzkraft Frankreichs, doch diese Einheit schien nur mit einer Beteiligung de Gaulles an der provisorischen Regierungsgewalt in Algier erreichbar. In der nun von Pose und Henri d'Astier ausgehenden neuen Verschwörung – d'Astier war das Herz, Pose ihr kühl berechnender Kopf – ging es um eine Entmachtung Darlans und eine Lösung, die eine Beteiligung de Gaulles an der Regierungsgewalt zuließ, ihn jedoch nicht in die Lage versetzen sollte, der politischen Führung des befreiten Gebietes oder einer künftigen provisorischen Regierung Frankreichs seinen Willen aufzuzwingen. Zugleich sollte, und darin deckten sich die Ansichten Poses mit denen seines Freundes Lemaigre, das autoritäre System der révolution nationale durch eine Aussöhnung zwischen Pétain und de Gaulle erhalten werden. Die Ambitionen des Grafen von Paris, mit dem Pose wie Lemaigre seit 1941 in Kontakt stand, entsprachen diesen Plänen[153].

---

151 Das hatte Darlan dem alliierten Hauptquartier als Ergebnis mitgeteilt. NA, RG 331, AFHQ, roll 626 B, Darlan file. Die Presse Algiers berichtete nur die Tatsache der Konferenz.

152 Die Banque Nationale pour le Commerce et l'Industrie war 1932 auf Initiative und mit Hilfe der Regierung gegründet worden. Der damals 32jährige Pose wurde Generaldirektor. Zu den Teilhabern der Bank gehörten Laval, Flandin und auch Lemaigre. Im Dezember 1940 übernahm Pose die Leitung des Tochterunternehmens B.N.C.I.Afrique, das durch beachtlichen Kapitalzufluß aus dem Mutterland bis 1942 zur bedeutendsten Bank Nordafrikas mit über 30 Zweigstellen und Niederlassungen in Martinique und Madagaskar wurde. Report on the Banque Nationale pour le Commerce et l'Industrie, NA, RG 226/34395.

153 Für die Royalisten galt als Thronprätendent der jeweilige Chef des Hauses Orleans. Das war ab 1894 des Bürgerkönigs Urenkel Philippe, ab 1926 dessen Vetter Jean, Duc de Guise und Comte de Paris, der sich mit seiner Familie in Larache (Spanisch Marokko) niederließ. Die Loi d'Exile von 1886 verbot den Mitgliedern der verschiedenen Königshäuser Frankreichs das Betreten französischen Bodens, doch verfuhren nicht alle französischen Regierungen, besonders in der Zwischenkriegszeit, mit gleicher Engherzigkeit. Nach den Vorstellungen des Grafen Jean sollte sein 1908 ge-

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der Graf stand, seitdem er im September 1940 die Residenz in Larache (Spanisch-Marokko) übernommen hatte, über Tanger und Lissabon in Kontakt mit dem Foreign Office. Aus dessen Akten lassen sich seine Absichten und Aktivitäten bis Ende 1942 recht gut verfolgen[154]. Eine vom Foreign Office beim Royal Institute of International Affairs in Oxford in Auftrag gegebene Studie über die Aussichten einer monarchistischen Restauration in Frankreich vertrat 1941 die These, de Gaulle würde eine monarchistische Lösung unterstützen, wenn sie den Bruch Vichys mit den Deutschen bedeute, und sich dann dem Grafen von Paris unterstellen. Ende Dezember 1941 sandte ein Verbindungsmann des Grafen in London eine Denkschrift an das Foreign Office, die insofern Beachtung verdient, als ähnliche Argumente später das royalistische Komplott motivieren sollten und Parallelen, wenngleich mit anderen Vorzeichen, in den Ausführungen de Gaulles gegenüber Eden am 8./9. November erkennbar sind. Anlaß war die Absicht de Gaulles, eine Mission nach Moskau zu entsenden. Die sowjetische Regierung, so hieß es, habe das Ziel, sich das Deutsche Reich und dessen Satelliten in Europa zu unterwerfen. De Gaulle suche die Allianz mit Moskau, damit sich ihm die französischen Kommunisten unterstellten. In dem Zustand, in dem sich Frankreich bei Kriegsende befinden werde, sei alles möglich, einschließlich einer auf die Gaullisten gestützten kommunistischen Diktatur. Moskau habe damit die Möglichkeit, den Kontinent von England und den Vereinigten Staaten zu trennen, wonach die U.S.A. kein Interesse mehr am Europäischen Kontinent haben werden. Der einzige Ausweg, um diese Entwicklung zu verhindern, liege in einer monarchistischen Restauration auf nordafrikanischem Territorium als Vorstufe der künftigen politischen Ordnung Frankreichs. Der Verfasser wandte sich wenig später erneut an das Foreign Office mit dem Argument, daß, wenn die Alliierten nicht rechtzeitig der Bildung einer „legitimen französischen Regierung" ihre Unterstützung geben, nach dem Sieg die Revolution in Frankreich unvermeidlich sei, diese aber nur der kommunistischen Partei zum Nutzen gereichen könne. Der einzige Ausweg (voie de salut) sei eine monarchistische Restauration auf dem nordafrikanischen Territorium, solange dieses noch französisch sei. Während im Foreign Office einerseits die Ansichten als übertrieben galten, wurde andererseits auch vermerkt, daß die mit de Gaulle gemachten Erfahrungen nicht ausschließen, daß er sich auch unter sowjetischer Vormundschaft als Diktator einsetzen lassen würde[155]. So abwegig war die in der Denkschrift geäußerte Ansicht auch nicht, wenn man die wenige Monate später von de Gaulle ge-

---

borener Sohn Henri Frankreichs König werden. Henri war wie sein Vater zunächst Anhänger der Action Française, brach jedoch 1937 mit der Bewegung, die ihrerseits weiterhin zum Comte hielt. Der Prinz trat für bürgerliche Freiheiten und die Lösung der sozialen Frage ein und propagierte die Monarchie nach dem Vorbild Englands und der skandinavischen Länder. 1940 konnte er einige Wochen bis zum Waffenstillstand in der Fremdenlegion dienen. Im August 1940 starb der Duc de Guise, und Henri wurde Chef der Maison de France. Dazu S. M. Osgood, French Royalism under the Third and Fourth Republic, The Hague 1960.

154 PRO, FO/371/28331 und 31986; das folgende danach.

155 „... our experience of General de Gaulle does not suggest that he would be altogether unwilling to be established as dictator even under soviet tutelage"; 14. 1. 1941.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

genüber Botschafter Bogomolow gestellte Frage berücksichtigt[156]. Offenbar aber überwog bei dem Grafen wie bei vielen Royalisten und Maurassiens die Furcht vor Moskau die vor dem Hitlerregime. Im Februar 1942 bot er sich gegenüber Ribbentrop und Hitler als die einzige zur Führung Frankreichs geeignete Person an, wobei er die nationalsozialistische Sprachregelung vom Kommunismus als „Weltfeind" und „einem neuen Europa", mit dem der englische Hegemonieanspruch unvereinbar sei, durchaus beherrschte. Unklugerweise verwies der Graf auf seine zahlreichen Helfer in Nordafrika und Frankreich, die in „einer erneuerten royalistischen Regierungsform auch ihre völkische und moralische Erneuerung suchten"[157]. Das Auswärtige Amt war recht gut informiert darüber, was sich in Nordafrika unter den Fittichen Murphys abspielte, und hielt sich zurück[158]. Es gilt zu beachten, daß zu diesem Zeitpunkt aus der Gruppe der Fünf wenigstens Lemaigre, Rigault und d'Astier mit dem Grafen persönlich Kontakt aufgenommen hatten, was den royalistischen Hintergrund der Initiative der Cinq belegt. Im Sommer 1942 wußte der Graf, daß die Amerikaner jemanden suchten, der fähig schien, die politische Führung in Nordafrika nach einer alliierten Landung zu übernehmen, und so reiste er im August nach Vichy. Nach des Grafen eigener Darstellung ging es ihm darum, zu erfahren, ob der Marschall im Falle einer alliierten Landung in Nordafrika jemandem und gegebenenfalls wem die Regierung übertragen und Widerstand befehlen würde. Pétain soll einer klaren Antwort ausgewichen, Laval hingegen zum Widerstand entschlossen gewesen sein, allerdings nur, um den Deutschen keinen Vorwand für eine Strafaktion zu geben. Auf seinem Rückweg berichtete er sofort in Tanger, er habe Laval und Pétain klar erklärt, zu gegebenem Zeitpunkt die Nachfolge des Marschalls als „king of France" antreten zu wollen. Pétain und Laval hätten das weder gebilligt noch mißbilligt[159]. Nach dem Vichy-Besuch ist ein Vertrauensverlust des Grafen in London zu erkennen[160]. Ende Oktober, als man sich bei den Cinq durch die Militärkonferenz von Cherchell schon das Landungsdatum errechnen konnte, bat er den amerikanischen Konsul in Tanger, ihm eine Begegnung mit Murphy zu vermitteln. Er wolle dann zu gegebenem Zeitpunkt eine Erklärung gegen die Vichy-Regierung abgeben[161].

Darlans Machtergreifung paßte nicht in des Grafen Pläne. Doch des Marschalls Desavouierung des Admirals beeindruckte ihn. Sogleich schrieb er an Laval, um sich über Darlans Ungehorsam zu beschweren und zu bitten, daß ihm eine Möglichkeit

---

156 Vgl. Anm. 122.

157 Generalkonsul Auer, Casablanca, an A.A. am 19.2. 1942 über einen Besuch des Grafen bei ihm; ADAP, E, I, Nr. 258.

158 Ebenda, Anm. 4; ein daraufhin von Strack erstelltes Dossier über den Comte in: AAPA, UStS, Frankreich, Bd. 2, 243711 f.

159 Henri Comte de Paris, Mémoires d'exil et de combat, Paris 1979, S. 179 f.

160 Gascoigne an F.O. am 12.8. 1942; PRO, FO 371/31986. Andererseits widmete das Foreign Office der royalistischen Bewegung in Spanien gleiche Aufmerksamkeit; PRO, FO 371/31227, Spain. Die Propagierung der Restauration der Monarchie in Spanien durch britische Zeitungen notierte der span. Botschafter in London, Herzog Alba, 9.12. 42, MAE, R 1117 exp. 6.

161 Childs an SSt am 30.10. 1942, PRO, FO 371/31986.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gegeben werde, sich über den Rundfunk an die algerische Bevölkerung zu wenden. Dieser wolle er mitteilen, daß er, der Thronfolger, Vichy treu bleibe. Es gebe keine andere Autorität als den Marschall[162].

Zwei Tage später berichtete Tanger nach London, daß der Graf sich mit dem Gedanken trage, den Platz Darlans einzunehmen, nicht unbedingt als König, sondern als Haupt des französischen Staates in Nordafrika[163], was nun allerdings nicht recht ins britische Konzept paßte. Demnach war Capitants Hinweis im ‚Combat' vom 24. November durchaus begründet und auch schon das Schreiben der Generalräte eine republikanische Initiative mit royalistischem Hintergrund. Die bislang ausnahmslos in der Literatur vertretene Meinung, Pose und d'Astier hätten erst Ende November den Grafen gewonnen, ist damit widerlegt[164]. Vielmehr hatte der Graf mit Pose seinen Mann in Algier, der nun allerdings in Henri d'Astier den gesuchten Mitstreiter fand. Beide waren sich einig, daß eine royalistische Lösung nur mit de Gaulle möglich sein würde. Nachdem Saurin als Sprecher der Generalräte zustimmte, widersetzte sich auch Capitant nicht länger. Während es diesem darum ging, de Gaulle mit Hilfe des Grafen den Weg nach Algier zu ebnen, war es den Royalisten darum zu tun, den Thronprätendenten durch eine Kombination mit de Gaulle und Giraud an die Macht zu bringen. Die Häupter der neuen Konspiration waren Pose, sein Sekretär Jacquet, Henri d'Astier und der Leutnant und Priester Cordier, der bei den d'Astiers wohnte. Der Abbé war ein fanatischer Royalist. Gemeinsam galt es, den Admiral zu verunsichern und rücktrittswillig zu machen. Die Aufschriften an den Häuserwänden, die den Rücktritt oder den Tod Darlans forderten, nahmen zu, ebenso die Drohbriefe, die er erhielt.

Bei diesen Aktionen spielte das ‚French Commando' eine Rolle, in dem sich die ‚Harten' aus den Einsatzkommandos der Landungsnacht zusammengefunden hatten. Es wurde von britischen Truppen versorgt, bekleidet und ausgerüstet, einzelne erhielten sogar Waffen. Hier war der Haß gegen Darlan lebendig, gab es Zorn über Eisenhower und Clark und eine gewisse Verachtung für die Amerikaner schlechthin, Sympathie für die Briten und Bewunderung für de Gaulle. Viele allerdings waren überzeugt, Patrioten zu sein, und der Résistance des Mutterlandes innerlich verbunden. Als die Auflösung drohte, wurde die Einheit Kern der neugegründeten „Corps Francs d'Afrique". Den Befehl über diese ‚corps d'élite' erhielt der General Mon-

[162] PRO, FO, 371/28986, und NA, RG 226/22185, dazu auch Gosset, S. 283. Die Sache wurde dadurch bekannt, daß Laval auf einer Pressekonferenz am 14. Dezember das Schreiben erwähnte, um damit zu demonstrieren, daß er die Unterstützung des Grafen habe und dieser gegen Darlan stehe. Der Graf hat später behauptet, Laval habe die Sätze aus dem Zusammenhang gerissen, jedoch die Tatsache des Schreibens nicht bestritten; Osgood, S. 170. Daß der Graf über den spanischen Botschafter in Vichy den Kontakt mit seiner Vertretung in Frankreich hielt, belegt MAE, R 1117 exp. 17. Mitte Dezember muß es ein Ersuchen Vichys an die spanische Regierung gegeben haben, den Grafen aus Spanisch Marokko auszuweisen, was jedoch abgelehnt wurde. Jordana an Span. Botschaft in Vichy am 17. Dez. 1942, MAE, R 1117 exp. 16.

[163] Gascoigne an F. O. am 18. Nov, PRO, FO 371/28986.

[164] Auch der Graf nennt Ende November als Zeitpunkt für die Botschaft Poses, Mémoires, S. 190 f.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sabert, der zur November-Konspiration gehört hatte und seiner Funktion enthoben worden war. Die Corps stellten eine nur Giraud unterstehende und der Befehlsgewalt Juins entzogene Sondereinheit dar[165], und van Hecke sorgte für ihre Auffüllung aus den Chantiers. Das Komplott hatte seine Einsatztruppe.

Der Graf war bereit, nach einem Rücktritt Darlans dessen Nachfolge anzutreten, sofern alle politisch einflußreichen Kräfte des Landes und auch die Alliierten zustimmten. In der Nacht zum 9. Dezember holten Cordier und Jacquet in Ouidja, unmittelbar hinter der algerisch-marokkanischen Grenze, den dort wartenden Grafen ab, um ihn nach Algier zu bringen. Wagen und Chauffeur hatte van Hecke gestellt, und für den reibungslosen Ablauf der Aktion sorgte ein von Monsabert gezeichnetes Dokument, das der Polizei untersagte, die Insassen des Wagens zu kontrollieren. Der Graf wechselte in Algier mehrmals sein Quartier und logierte schließlich bei den d'Astiers. Wenige Tage nach seinem Eintreffen lag die Zustimmung der gesellschaftlich wichtigsten Gruppierungen, wie Kirche, Generalräte, Loge und jüdische Gemeinde, vor, ebenso der Republikaner und Gaullisten. Girauds war man sich sicher.

Nach den Vorstellungen des Komplotts sollte der Comte nach dem Rücktritt Darlans als eine Art Präsident und ‚rassembleur' die Staatsführung übernehmen. Eine später zutage geförderte Regierungsliste nannte de Gaulle als Staatsminister und Vertreter des Grafen, Giraud als Kriegsminister, d'Astier für das Innenressort, Pose für Finanzen und Jacquet für Justiz. De Gaulle wäre damit Vertreter des Staatschefs und zugleich faktisch Kabinettschef gewesen. Die Anlehnung an Vichy ist deutlich. Wir können auch davon ausgehen, daß Giraud nur als Kriegsminister de Gaulle unterstehen sollte, als Oberbefehlshaber der Streitkräfte aber direkt dem Grafen. De Gaulle schien eingerahmt, denn für seine Anhänger waren keine Ressorts vorgesehen. General Mast sollte das Generalgouvernement von Algerien erhalten und Jacquet später Boisson in Dakar ablösen.

Am 18. Dezember, spätestens bis zum 24., sollte eine Delegation Darlan einen von den Vertretern der verschiedenen Gruppierungen unterzeichneten Brief überreichen, worin der Rücktritt des Hochkommissars zugunsten des Grafen von Paris gefordert wurde. Murphy wurde ersucht, die Zustimmung Roosevelts einzuholen. Um diese zu gewinnen, übersandte Saurin dem Präsidenten eine Abschrift des Schreibens der Generalräte vom 24. November, nunmehr mit dem Hinweis auf die Loi Treveneuc. Tatsächlich war das Gesetz von 1872, das als Bestandteil der Verfassung der Republik gelten konnte, als Rechtsgrundlage für die Sache unbrauchbar, es sollte nur einem illegalen Akt den Schein der Legalität verleihen[166].

---

[165] Offiziell wurden die Corps gegründet, „um Kriegsfreiwillige jeder Herkunft, aller Klassen und Religionen aufzunehmen" (Gründungsaufruf vom 29. November 1942 in Dépêche Algérienne vom 1. 12. 1942). Daß es jedoch dabei um die Bildung einer allein Giraud unterstehenden und dem Befehl Juins entzogenen Sondereinheit ging, um deren Ausrüstung von britischer Seite sich General Monsabert bemühte, belegt eindeutig SHAT, 5 P 18, Commandant en chef civil et militaire. dos. Les corps francs d'Afrique. Zum „French Commando" auch M. Faivre (vgl. Anm. 188).

[166] Das Schreiben an Roosevelt vom 16. Dezember 1942 trug die Unterschrift der Präsidenten der drei Generalräte von Oran, Algier und Constantine, Saurin, Froger und Deyron, sowie zweier weiterer

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Den Beteiligten soll die Zustimmung de Gaulles als sicher gegolten haben[167]. Den Beweis liefern jetzt die französischen Akten. Danach hat General Catroux am 15. Dezember das folgende Telegramm aus Gibraltar an de Gaulle geschickt:

„Pour Général de Gaulle.
Secret le plus absolu.
Il m'a été affirmé à Gibraltar que d'Astier de la Vigerie qui serait auprès de Darlan à vous proposer une combinaison succeptible d'écarter l'amiral et de réaliser une coordination. Un télegramme par voie anglaise aurait demandé une rencontre avec d'Astier à Gibraltar.
Etes-vous au courant? signé: Catroux
(handschriftliche Notiz:) Réponse faite par Général oui"[168]).

Bei d'Astier kann es sich nur um Henri gehandelt haben[169], und bei der „combinaison succeptible" somit um den Plan des Komplotts. Wann und auf welchem Wege de Gaulle informiert wurde, ist bislang nicht belegt. Allerdings stand Achiary mit London in Funkverbindung. Anfang Dezember lag die Zustimmung des Comte zur Kombination mit Giraud und de Gaulle vor, und am 2. Dezember ersuchte de Gaulle dringend um Zustimmung der britischen Regierung zur Mission François d'Astiers nach Algier[170]. Hier ist ein Zusammenhang erkennbar. Am 19. Dezember traf in Algier zur Überraschung des Komplotts General François d'Astier de la Vigerie als Abgesandter

---

Generalräte, Serdat und Cuttoli; PRO, PREM 3/442/3. In dem Schreiben wird behauptet, daß nach dem Gesetz von 1872, wenn das Parlament nicht zusammentreten könne, die den beiden Kammern erteilten Vollmachten auf die Generalräte übergehen. Daher sollte eine Versammlung der Generalräte der drei freien französischen Departements über die Verfassung einer provisorischen Regierung befinden. Nach dem Gesetz vom 15. Februar 1872, das gewiß als Bestandteil der Verfassung der 3. Republik gelten konnte, stand das Recht einer Initiative zur Bildung einer provisorischen Zentralgewalt ausschließlich einer Delegiertenversammlung der Generalräte zu, in der mehr als die Hälfte aller französischen Departements durch je zwei Delegierte vertreten waren. Bis zum Zusammentritt einer solchen Versammlung konnte unter bestimmten Umständen jeder Generalrat in seinem Departement für die Aufrechterhaltung der Ordnung zuständig sein. Das Singular schließt die Möglichkeit einer gemeinsamen Initiative mehrerer Generalräte aus. Bulletin de la République Française, XII serie, prem. Sem. 1872, S. 178 f. Die Frage, ob Pétains Suspension der Generalräte von 1940 rechtens war, ist dafür gegenstandslos und wurde von den conseillers auch nicht angesprochen.

[167] So Mario Faivre gegenüber dem Vf. im August 1983. Zu Faivre s. Anm. 188.

[168] MRE, CNF 130, S. 261.

[169] Das läßt sich mit dem Bericht von Catroux über sein Gespräch mit dem Major de Beaufort in Gibraltar am 14. Dezember und dem von dem Generalgouverneur Mac Farlane darüber angefertigten Bericht belegen. Catroux an de Gaulle am 15. 12. 1942, MRE, CNF 130, S. 262; Mac Farlane in: NA, RG 218 CCS 358. 7 sec 2. Die Notizen in Alain Darlan, S. 263 ff., sind falsch datiert. Das äußerst aufschlußreiche Treffen Catroux-de Beaufort kann hier nicht abgehandelt werden, doch ist eindeutig, daß der von Eisenhower und Darlan entsandte Beaufort gleichzeitig als Bote Henri d'Astiers fungierte. 1959 wurde de Beaufort Chef des „état-major particulier" des Staatspräsidenten de Gaulle.

[170] de Gaulle an Churchill, 2 déc. 1942, Lettres, p. 455. Bemühen um Zustimmung der amerikanischen Regierung in: MRE, CNF 130 p. 200.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

de Gaulles ein. Als Darlan bei Murphy und Eisenhower dagegen protestierte, taten diese, als seien sie selbst überrascht worden, was nicht dem Sachverhalt entsprach. Darlan hatte nicht mehr die Macht, den ungewünschten Besucher festsetzen zu lassen, und so konnte dieser drei Tage lang seine Aktivitäten entfalten, wobei sein Bruder Henri die gewünschten Begegnungen vermittelte: mit dem Comte, Giraud, Capitant, Lemaigre, Pose, Saurin. Béthouard erhielt einen Brief de Gaulles, der die Notwendigkeit betonte, daß die Einigung der Franzosen von diesen selbst ohne Einmischung von außen zustande gebracht werde[171]. Eisenhower bestand auf einer Begegnung d'Astiers mit Darlan, der Bergeret, Giraud und Rigault daran teilnehmen ließ. Ostentativ ignorierte der General den Admiral, wenn immer dieser eine Frage stellte, und antwortete nur Giraud. Das reizte den Hochkommissar, der nach einem kurzen Wortwechsel keinen Sinn in der Fortsetzung des Gespräches sah und den Auftritt beendete. D'Astier wollte noch einige Wochen in Nordafrika bleiben, doch Eisenhower bestand, einer Forderung Darlans entsprechend, auf Abreise. François d'Astier verließ Algier am 21. Dezember nachmittags.

Ein Ergebnis der Mission war, daß von nun an Henri d'Astier in engem Zusammenwirken mit Capitant und Joxe die gaullistischen Interessen in Algier vertreten sollte. Sein Bruder hatte außer Weisungen de Gaulles für die weitere Arbeit den Betrag von 40000 Dollar überbracht[172]. Über ‚radio trottoir' wurde schnell die Nachricht verbreitet, Darlan habe sich geweigert, den mit besten Absichten gekommenen Botschafter de Gaulles zu empfangen, und sich damit als das einzige Hindernis für die Einigung der Franzosen erwiesen. Der Comte begab sich am 22. Dezember auf das Landgut eines Freundes unweit Algiers, um, wie es Pose und d'Astier wollten, die weitere Entwicklung abzuwarten. Darlan, von Attentatsplänen gegen seine Person informiert, besprach am 23. Dezember mit Murphy die Möglichkeiten seiner Nachfolge[173]. Er schloß de Gaulle nicht aus, hielt jedoch dessen Zeitpunkt noch nicht für gekommen. Giraud war in seinen Augen nur eines militärischen Befehls fähig. Zu einem Ergebnis kam man nicht, doch daß der Admiral Albert Sarraut für die beste aller Möglichkeiten hielt, wenn er aus Frankreich herausgebracht werden könnte, zeigt, daß ihm an einer Perpetuierung der révolution nationale nicht gelegen war. Der Behauptung, Darlan sei zum Rücktritt bereit gewesen[174], steht die Tatsache entgegen, daß er in seiner letzten Verlautbarung[175] erneut bekundete, er werde, sobald Frank-

[171] de Gaulle an Béthouard, 14 déc. 1942, Lettres, p 464.

[172] Der Untersuchungsrichter Voituriez vertritt die Meinung, daß dieses Geld geradezu belegt, daß London die Beseitigung Darlans erwartet habe, da unter dessen Regierung gaullistische Propaganda und somit die Verwendung des Geldes nicht möglich gewesen sei; A. J. Voituriez, L'affaire Darlan. L'instruction judicaire, Paris 1980, S. 175 u. 225. Diese Auffassung ist jedoch insofern nicht haltbar, als de Gaulle damals beachtliche Mittel für die sich ihm angeschlossenen Bewegungen zur Verfügung stellen konnte. So überbrachten Frenay und E. d'Astier am 19. November Jean Moulin in Lyon 20 Millionen Francs aus London, und zwar auch in amerikanischer, britischer und schweizer Währung. Calef, S. 296 f.

[173] Alain Darlan, S. 239, und R. Murphy, Diplomat unter Kriegern, Berlin 1964, S. 177 f.

[174] Clark, S. 53.

[175] Neue Zürcher Zeitung vom 27. 12. 1942, BAMA, RM 7/210, Anl. 59.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

reich frei sei und sein politisches Regime bestimmen könne, seine Rolle ausgespielt haben. Bemerkenswert sind in dieser letzten und daher als politisches Testament Darlans geltenden Erklärung die Worte: „Der Zusammenschluß aller kämpfenden Franzosen ist eine dringende Notwendigkeit. Wer gegen Deutschland kämpft, kann nicht unser Feind sein. Es hat keine Bedeutung, daß Franzosen sich um mich geschart haben oder um irgendeinen anderen. Das spielt wirklich keine Rolle. Aber wichtig ist, daß diese Einigung möglichst bald zustande kommt." Das bedeutete doch, daß er nicht Hindernis für eine Einigung sein wollte. Aber das reichte nicht mehr für einen Brückenschlag nach London.

Die Ermordung Darlans und ihre Hintermänner

Am frühen Nachmittag des 24. Dezember wurde Admiral Darlan, als er seinen Amtssitz im Palais d'Eté aufsuchte, von einem vor seinem Bureau wartenden jungen Mann niedergeschossen; wenig später erlag er im Militärhospital seinen Verletzungen[176]. Der Täter wurde überwältigt und als Bonnier de la Chapelle identifiziert. Man fand bei ihm außer seinem Ausweis einen auf einen anderen Namen ausgestellten Reisepaß, jedoch mit seinem Paßbild. Ferner hatte er 2000 Dollar und kleinere Beträge in französischer und spanischer Währung. Nach der Herkunft dieser Dinge wurde nicht gefragt. Die Dollars stammten nach späteren Ermittlungen aus dem Fonds, den Henri d'Astier von seinem Bruder François erhalten hatte. Dem Polizeikommissar Garidacci gab er zu Protokoll, er habe sich entschlossen, Darlan zu töten, da dieser in seinen Augen ein Verräter sei und den Interessen Frankreichs im Kriege schade. Er habe völlig allein und nur aus patriotischem Geist gehandelt. Bergeret gab am späten Abend eine Verlautbarung heraus, nach der der Mord als die Tat eines Agenten der Achsenmächte erscheinen sollte[177]. Giraud, von der tunesischen Front gerufen, traf am Mittag des 25. Dezember in Algier ein[178]. Ein Kriegsgericht verurteilte noch am Abend Bonnier zum Tode. Die vom Verteidiger Bonniers beantragte Aufschiebung der Hinrichtung wurde verweigert, sie wurde auf Befehl Girauds am frühen Morgen des 26. Dezember, ca. 40 Stunden nach der Tat, vollzogen. Zwei Wochen später durchgeführte Untersuchungen brachten zutage, daß das Geständnis, auf das sich das Urteil

[176] Die einzige ausführliche Darstellung des Geschehens in deutscher Sprache ist P. Tompkins, Mord für Frankreich, Wien – München 1965 (Übers. a. d. Engl.). Sie ist jedoch zu fehlerhaft und phantasiereich. Die hier folgende grobe Skizzierung des Geschehens nach Kammerer u. Chamine (s. Anm. 3) sowie Paillat (s. Anm. 186), sofern nicht andere Belege angegeben.

[177] 1. Abs. d. Erklärung: „L'Amiral Darlan vient de comber à son poste victime d'un attentat inspiré par ceux qui ne lui pardonnaient pas d'avoir répondu au voeu du peuple français en reprenant, aux côtés des Alliés, le combat contre l'Allemagne." Echo d'Alger vom 25 déc. 1942.

[178] Nach einem Gesetz des Conseil d'Empire hatte im Falle einer Verhinderung Darlans der General Noguès das Hochkommissariat zu führen. Bei längerer oder endgültiger Verhinderung hatte der Conseil einen neuen Hochkommissar zu wählen. Bis zum Eintreffen Girauds lag jedoch die Verantwortung bei General Bergeret, Vertreter Darlans. Er hatte Giraud die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung übertragen.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stützte, mindestens manipuliert war und Bonnier am Abend des 24. Dezember ein zweites Geständnis abgelegt hatte, das erkennen ließ, daß der Abbé Cordier und möglicherweise auch Henri d'Astier hinter der Tat standen. Dieses Geständnis, das weitere Untersuchungen hätte veranlassen müssen, war von Garidacci unterschlagen worden, der zudem weitere detaillierte Aussagen des Täters gar nicht erst zu Protokoll gegeben hatte. Bonnier war gezielt um die Chancen eines gerechten Verfahrens gebracht worden. Auch weitere Einzelheiten, die Bonnier in der Nacht vor seiner Hinrichtung zwei ihn bewachenden Offizieren preisgab, wurden von diesen erst am Tag nach der Hinrichtung weitergegeben.

Der Graf erfuhr am späten Nachmittag von dem Geschehen und begab sich sofort nach Algier. Am folgenden Mittag galt seine Wahl durch den Conseil d'Empire als sicher[179], doch am Abend traf Eisenhower ein und bestand auf der Nachfolge Girauds. Murphy behauptete am Morgen des 26. Dezember gegenüber Pose, er habe die Nachricht, daß Roosevelt eine Kandidatur des Grafen nicht billigen könne, da die Restauration der Monarchie sich nicht mit den Kriegszielen der U.S.A. vereinbaren lasse. Die Meinung des Diplomaten war wohl zutreffend, allein auf einer Anfrage in Washington beruhte sie nicht[180]. Doch verlautete aus Eisenhowers Hauptquartier, daß auch nur der Versuch einer Machtergreifung des Grafen ernste Konsequenzen für die französisch-amerikanischen Beziehungen nach sich ziehen würde, was nichts anderes als amerikanische Militärverwaltung bedeuten konnte[181]. Giraud bekundete gegenüber dem Grafen von Paris zwar seine monarchischen Sympathien, lehnte aber dessen Wahl ab mit der Begründung, daß weder das Nationalkomitee in London für Frankreich zuständig sei noch ein royalistisches Abenteuer das Land retten könne[182].

Darlan wurde am Vormittag des 26. Dezember mit von Abordnungen der französischen, amerikanischen und britischen Truppen bezeugten militärischen Ehren und großer Anteilnahme der Bevölkerung bestattet. Der Conseil d'Empire wählte am Nachmittag einstimmig Giraud zum neuen Hochkommissar und Oberbefehlshaber der Erd-, Luft- und Seestreitkräfte mit der Bezeichnung „Commandant en chef civil et militaire".

Das Komplott gab sich noch nicht geschlagen. Flandin glaubte noch immer, die Briten für eine Initiative der Generalräte gewinnen zu können[183], und der Comte hielt sich weiterhin in Algier in Bereitschaft. In der Nacht zum 31. Dezember wurde im Einvernehmen zwischen Bergeret, Chatel und Murphy eine Gruppe von Männern verhaftet, die im Verdacht der Vorbereitung eines neuen gaullistisch-royalistischen Putsches standen. Da sich Gerüchte hielten, die Ermordung Darlans sei vom britischen oder amerikanischen Geheimdienst oder gar von Murphy angezettelt wor-

[179] Soustelle, S. 91; Aboulker, S. 43.

[180] Weder im NA noch in der Roosevelt Library ist ein Hinweis auf eine solche Anfrage zu finden.

[181] Colonel Holmes gegenüber Major Dorange, Kabinettchef Juins, am 26. Dez. 1942. Aussage des Generals Dorange gegenüber dem Verf. im März 1984.

[182] Giraud, Un seul but, S. 77, dazu Comte de Paris, Mémoires, S. 212.

[183] Randolph Churchill an seinen Vater Winston am 28. 12. 1942 über ein Gespräch mit Flandin, PRO, PREM 3/442/3.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den[184], forderten Eisenhower und Macmillan, der Anfang Januar sein Amt in Algerien antrat, eine neue Untersuchung des Falles. Macmillan ging es darum, Gerüchte von einer britischen Komplizenschaft, da diese zugleich de Gaulle belasten mußte, zu widerlegen. Schließlich waren die Vorbereitungen für ‚Symbol' im Gange, und er hatte die Aufgabe, mit Hilfe des Nationalkomitees Französisch-Nordafrika unter britische Kontrolle zu bringen[185]. Offiziell brachten die neuen Untersuchungen des Militärrichters Voituriez[186] den Nachweis, daß es sich um einen rein royalistischen Putsch gehandelt hatte. Henri d'Astier und Cordier wurden aufgrund der Aussage des tief in das Komplott verstrickten Kronzeugen Achiary, der dafür Straffreiheit erhielt, als Schuldige inhaftiert. Als Voituriez auch Alfred Pose und seinen Sekretär Jacquet als die eigentlichen Drahtzieher festsetzen lassen wollte, intervenierten Bergeret und Giraud mit dem Argument, sie könnten auf die Mitarbeit dieser Männer nicht verzichten. Die Belastung d'Astiers und des Abbé genügte. Ebenso untersagte Giraud jede Einvernahme des Grafen von Paris, auch nur als Zeuge. Auf Betreiben Murphys und Macmillans wurde der Comte endlich, zwei Monate nach der Ermordung Darlans, nach Spanisch-Marokko gebracht, mit der Auflage, französisches Territorium nicht mehr zu betreten. Die Chancen der Royalisten waren zerschlagen. Voituriez wollte auch den Beweis führen, daß de Gaulle voll informiert und bereit gewesen war, sich dem Grafen zu unterstellen. Als jedoch Giraud im Februar 1942 von der Anfa-Konferenz zurückkam, erklärte er, er sei sich mit de Gaulle einig, die ganze Affaire ruhen zu lassen. Voituriez mußte die Sache abgeben. Im September 1943 wurde auf Befehl de Gaulles das Verfahren formell eingestellt, und alle im Zusammenhang mit der Darlan-Affaire Inhaftierten erhielten ihre Freiheit. 1945 wurde vom Appellationsgericht in Algier das Todesurteil gegen Bonnier annulliert, wobei festgestellt wurde, daß der Admiral gegen die Interessen Frankreichs verstoßen und folglich Bonnier mit seiner Tat der Befreiung Frankreichs gedient habe. Cordier erhielt die Medaille der Résistance, und Henri d'Astier war inzwischen Major. Für Achiary hatten die Beschuldigungen der beiden keine negativen Folgen.

Der Graf von Paris hat in seinen Erinnerungen behauptet, man habe gezielt das Gerücht ausgestreut, er habe den Mord angezettelt, da man de Gaulle erwartete und einen anderen Sündenbock finden mußte[187]. Die These von einem direkten Auftrag de Gaulles steht im Raum, seit sich 1975 Mario Faivre zu Wort gemeldet hat, der zusammen mit Jean Bernard d'Astier, dem Sohne Henri d'Astiers, und einem weiteren

---

[184] Die Auffassung, der britische Intelligence Service sei Urheber des Attentats gewesen, wurde in Berlin und Vichy vertreten. Auf einer Pressekonferenz in Vichy am 26.12. sagte de Brinon, London habe damit die Ursache des Zwistes mit Washington beseitigen wollen. Schleier an A.A. am 26.12. 1942, BAMA, RW 5/v. 489.

[185] Instruction des F.O. an Macmillan vom 26.1. 1943, PRO, FO 660/2. „Symbol" war das Deckwort für die Konferenz von Anfa (Casablanca).

[186] Das Folgende nach Voituriez, passim. Teile der Untersuchungen Voituriez' wurden nach Kriegsende bekannt, doch sind die Akten verschwunden. Teile der Aufzeichnungen Voituriez' wurden bereits verwendet von C. Paillat, L'Echiquier d'Alger, t. 2, Paris 1967.

[187] Comte de Paris, Mémoires, S. 217.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Vertrauten am Nachmittag des 24. Dezember den Attentäter zur Ausführung seines Auftrags ins Palais d'Eté gefahren hatte[188]. Faivre, damals 20, Sohn einer angesehenen und wohlhabenden Familie in Algier, war in der Landungsnacht Adjutant des die Einsatztruppen befehlenden Hauptmanns Pillafort gewesen und verkehrte hernach viel in der Familie d'Astier, wodurch er Zeuge entscheidender Gespräche und Vorgänge war. Er war und ist noch heute überzeugt, daß Darlan ein Verräter war, der den Tod verdiente[189]. Von Interesse ist, daß er als eines der Motive des Dezember-Komplotts für dessen Bemühungen um eine schnelle Lösung die auf Informationen beruhende Furcht angibt, daß de Gaulle, wenn er nicht in Algier zum Zuge kommen würde, sich mit den Kommunisten und der Sowjetunion verbünden würde, um sich mit deren Hilfe bei Kriegsende die Macht zu sichern[190]. Als François d'Astier in Algier war, wurde der erkrankte Graf von Paris in der Wohnung der Familie d'Astier versorgt, und hier fand auch am Abend des 19. November seine erste Begegnung mit dem Gesandten de Gaulles statt, die offenbar für beide Seiten noch hoffnungsvoll verlief. Die Notwendigkeit einer physischen Beseitigung Darlans war nicht Gesprächsgegenstand. Im Komplott ging man davon aus, daß die Amerikaner sich einer durch einen Rücktritt Darlans bedingten und zudem scheinbar verfassungsrechtlich abgesicherten Betrauung des Grafen mit der Staatsführung nicht widersetzten, besonders wenn sie vor vollendete Tatsachen gestellt würden. Durch die Ankunft d'Astiers schien die vorgesehene Initiative der Generalräte im Augenblick untunlich, so setzte man alles auf die Begegnung zwischen François und Darlan und glaubte, es würde dem General gelingen, den Admiral von der Notwendigkeit des Rücktritts zu überzeugen. Der Ausgang der Begegnung d'Astier-Darlan war jedoch für das Komplott eine große Enttäuschung, zumal der General verschwieg, womit er selbst zum Eklat beigetragen hatte. Nach der Begegnung mit Darlan traf François d'Astier erneut mit dem Comte zusammen. Dieser hat nun, laut Faivre, am folgenden Morgen gegenüber Henri d'Astier, dessen Frau und Cordier erklärt, Darlans Festhalten an der Macht verhindere jede Lösung, er gebe den Befehl, ihn zu „eliminieren". Auf die Frage, wie „éliminer" aufzufassen sei, habe der Graf geantwortet, „ihn mit allen Mitteln beseitigen" (le faire disparaître par tous les moyens)[191].

---

188 M. Faivre, Nous avons tué Darlan, Alger 1942, Préface de Jean-Bernard d'Astier de la Vigerie, Paris 1975; ohne neue Fakten, jedoch erweitert und mit Belegen, ders., Le chemin du Palais d'Eté, Alger 1942, Paris 1982; die folgenden Zitate nach diesem. M. Faivre war und ist noch befreundet mit Jean-Bernard d'Astier, Sohn Henri d'Astiers, und galt als Freund der Familie. Er verfügt über klare Erinnerungen an Einzelheiten. Er gehörte wie Jean-Bernard d'Astier zum „French Commando" und wurde nach Kriegsende von de Gaulle mit der Croix de Guerre avec palme ausgezeichnet. Später Capitaine de Réserve.

189 So Faivre in einer Rundfunksendung France I, Tribune de l'histoire, am 17. 12. 1982. Tonband im Besitz des Vf.

190 Der Vf. hat im August 1983 eingehend mit Faivre über die in seinen Büchern vertretene Auffassung gesprochen und dabei die Überzeugung gewonnen, daß F. sich dabei auf keine Literatur stützte, keine Kenntnisse von Akten hatte und ihm auch de Gaulles „Lettres, notes et carnets" nicht bekannt waren.

191 Faivre, S. 209.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der Graf von Paris hat in seinen Memoiren darauf bestanden, niemals einen solchen Befehl gegeben zu haben[192]. Mme d'Astier hat daraufhin ihre Aussage in schriftlicher Form wiederholt, und auch ihr Sohn Bernard hat bestätigt, daß Faivres Darstellungen dem Sachverhalt entsprechen. Dennoch, Faivre selbst war nicht Zeuge des „Befehls" des Grafen. Zugegen aber war er, als am Abend des 21. Dezember Henri d'Astier mit der Nachricht kam, sein Bruder François habe aus London die formelle Anweisung gebracht, Darlan zu eliminieren (l'instruction formelle d'éliminer Darlan). Dabei habe sich „aus London" ausdrücklich auf de Gaulle und nicht auf Churchill bezogen[193]. Cordier verstand das als Hinrichtungsbefehl (ordre d'exécution) und nahm sich der Sache an. In Bonnier fand er das Instrument, und nach seinen Vorkehrungen sollte dieser nach der Tat entkommen können und der Mord einem Italiener in die Schuhe geschoben werden[194]. Nach Faivre war die Version vom Achsenagenten Voraussetzung für eine Machtergreifung des Grafen. François d'Astier war am Nachmittag des 21. Dezember, bevor er Algier verließ, noch einmal mit seinem Bruder zusammengetroffen. Wenn er schon gegenüber de Gaulle am 18. November gesagt hatte, Darlan sei ein Verräter, „qui doit être liquidé", dann hat er gewiß diese Meinung nach seinen Erfahrungen in Algier nicht geändert. Es ist nötig, auf die Wörter ‚éliminer' und ‚liquider' einzugehen. Im politischen Bereich ist französisch ‚éliminer' im Sinne von ‚écarter' (ausschalten, außer Funktion setzen) sprachgebräuchlich. Es kann aber auch, muß jedoch nicht, physische Beseitigung bedeuten. Darüber, ob „éliminer par tous les moyens" einem Mordbefehl gleichkommt, kann man streiten. Anders verhält es sich mit ‚liquider'. Auf Sachen oder Vorgänge bezogen, kann es soviel wie ‚bereinigen, zum Abschluß bringen' bedeuten. Es wird auch gelegentlich so verwendet. Auf Personen aber bedeutet es, wie deutsch ‚liquidieren', physische Beseitigung. Nach dem Erscheinen des ersten Buches Faivres hat ein französischer Historiker umfangreiche Recherchen angestellt. Er kam zu dem Ergebnis, daß es sich nicht um einen Befehl des Grafen gehandelt haben muß, sondern eher um dessen Zustimmung zu der von François d'Astier überbrachten Weisung[195]. Paul Saurin aber, Wortführer der Generalräte, erklärte, daß ihm gegenüber François d'Astier am Abend des 20. Dezember, unmittelbar nach der Begegnung mit Darlan, die Notwendigkeit der physischen Beseitigung des Admirals betont habe[196]. Daß François d'Astier die Ermordung ausgelöst hat, Bereitschaft dazu war in Algier mehrfach vorhanden, kann als gesichert gelten.

Keineswegs aber ist erwiesen, daß de Gaulle seinem Beauftragten einen Mordbefehl mit auf den Weg gegeben hat. Daß François d'Astier solches behauptet hat, ist schwerlich bestreitbar, doch kann er eigenwillig gehandelt haben. Übrigens hat er sich gegenüber Saurin nicht auf einen Befehl de Gaulles berufen. Da aber de Gaulle kei-

---

192 Comte de Paris, Mémoires, S. 219.

193 Faivre, S. 199.

194 Der im einzelnen von Cordier entwickelte Plan ebenda, S. 202.

195 A. Decaux, L'Assassinat de l'Amiral Darlan, in: Alain Decaux raconte, t. 2, Paris 1978, Chap. XIII. Decaux hat die Recherchen auch für eine Sendung des franz. Fernsehens durchgeführt.

196 Ebenda, S. 349.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

neswegs bereit war, sich Giraud zu unterstellen, wie es Lemaigres Vorstellungen entsprach[197], war ihm gewiß die royalistische Lösung, die ihn neben Giraud stellte und ihm die politische Führung sicherte, annehmbarer. Er hatte in London nach der Nachricht von dem Mord „detest of the crime" gezeigt, aber auch zugleich Überzeugung, daß nunmehr der Weg zu einer Vereinbarung mit Giraud offen sei, den er noch am gleichen Tag schriftlich um ein Treffen ersuchte[198]. Während er jetzt noch von der „disparition" Darlans sprach, verwendete er drei Tage später in einer Botschaft an seine Vertretungen den Begriff von der Hinrichtung Darlans (mais Darlan a été exécuté)[199], womit er den vom Komplott verwendeten Terminus für die Beseitigung Darlans übernahm. Das ist um so bedeutender, als diese Botschaft sprachregelnden Charakter hatte. Dennoch können wir daraus nicht mehr entnehmen, als daß de Gaulle die Ermordung Darlans nun billigte, nicht aber, daß er sie angeordnet hat. Beweisen können wir letztlich nur folgendes, was allerdings Beachtung verdient.

1. De Gaulle war, und das recht eingehend und rechtzeitig, von dem royalistischen Komplott informiert. Sobald in Algier die Zustimmung des Grafen zu der von Pose entwickelten Kombination vorlag, betrieb er die Mission François d'Astiers.
2. De Gaulle hat eine Unterstellung unter Giraud abgelehnt, nicht aber unter den Grafen von Paris.
3. Als François d'Astier seine Reise nach Algier antrat, war davon auszugehen, daß das Komplott Darlan zum Rücktritt zwingen würde. Allerdings hat de Gaulle François d'Astier mit der Mission beauftragt, obwohl er wußte, daß dieser von der Notwendigkeit einer physischen Beseitigung Darlans überzeugt war. Die Erteilung eines Befehls war danach nicht nötig.

Ob de Gaulle wirklich von einer Verräterrolle Darlans überzeugt war, kann bezweifelt werden. Das Bestreben des Generals, jeden auszuschalten, der ihm seinen Anspruch auf die gegenwärtige und spätere Führung Frankreichs streitig machen konnte, ist an zu vielen Stellen greifbar. Drei Tage nachdem Giraud, der nicht als Verräter gelten konnte, die Nachfolge Darlans angetreten hatte, eröffnete de Gaulle in einer Botschaft an seine Vertretungen den entschlossenen Kampf gegen seinen neuen Rivalen mit den gleichen Argumenten, deren er sich zu Beginn seines Kampfes gegen Darlans Rolle in Algier bedient hatte[200].

Die Affaire Darlan war nicht nur persönlicher Machtkampf, in dem der siegte, der zu keiner Konzession bereit war und durch konsequente, sich ständig steigernde Ar-

---

197 Nach Lemaigres Vorstellungen sollte Giraud Staatschef werden und er, Lemaigre, Ministerpräsident, um dann de Gaulle das Verteidigungsministerium anzubieten (de Gaulle, L'unité, S. 65). Lemaigre war in das Dezemberkomplott nicht voll eingeweiht. Die Darlegung de Gaulles ist glaubhaft, denn Lemaigre versuchte noch im Juli 1944, de Gaulle in Frankreich mit einer Regierungsbildung zuvorzukommen; ADAP, E, VIII, Nr. 109.

198 de Gaulles „detest", Winant an SSt am 26. 12. 1942, NA, RG 59 box 4611 bzw. 851 r 00/125; de Gaulle an Giraud am 25 déc. 1942, L'unité, S. 71 und 429.

199 de Gaulle an Catroux am 26 déc. 1942, an seine Vertretungen am 29 déc. 1942, Lettres, S. 473 und 476.

200 Ebenda.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gumentation und Agitation von der Schädlichkeit seines Gegners zu überzeugen verstand. Sie war auch Konsequenz imperialistischer Rivalitäten und Ambitionen. Zugleich wirft die Affaire bereits Schatten des Kalten Krieges voraus. Ihre Rückwirkungen in London und noch mehr in Washington, wenige Wochen vor Casablanca, haben offensichtlich zur Entstehung des Unconditional Surrender Postulates beigetragen, welches die Wiederholung eines solchen Vorgangs ausschließen sollte, und sie markiert damit auch, abseits vom militärischen Geschehen, die Kriegswende im Spätjahr 1942.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

OTTO DOV KULKA

DIE NÜRNBERGER RASSENGESETZE UND DIE DEUTSCHE BEVÖLKERUNG IM LICHTE GEHEIMER NS-LAGE- UND STIMMUNGSBERICHTE*

Die Forschung zur Geschichte der Juden im Dritten Reich hat sich bisher zumeist auf die politischen und ideologischen Aspekte des Themas konzentriert oder auf deskriptive Darstellungen der Entrechtung, Verfolgung und Vernichtung der Juden beschränkt[1]. Der inneren Struktur und Organisation der jüdischen Gesellschaft, ihrem Aufbau und ihren verschiedenen Tätigkeitsbereichen unter dem nationalsozialistischen Regime sind nur verhältnismäßig wenige Arbeiten gewidmet worden[2]. Bis in die letzten Jahre sind außerdem keine systematischen Versuche unternommen worden, die Stellung der Juden innerhalb der deutschen Gesamtbevölkerung von sozialen, politischen, religiösen oder anderweitigen Standpunkten her zu ermitteln; gemeint ist damit im besonderen das Verhältnis der nichtjüdischen Umwelt zu den

---

* Diese Arbeit ist im Rahmen eines Forschungs- und Quelleneditionsprojekts über die Einstellung der Bevölkerung im Dritten Reich zu den Juden und der Judenpolitik des NS-Regimes entstanden, das mit meinem Mitarbeiter David Bankier am Institute for Jewish Studies der Hebrew University, Jerusalem durchgeführt wird. Sie wurde teilweise ermöglicht durch die Unterstützung der Israel Academy of Sciences, der Memorial Foundation for Jewish Culture und des Schönbrunn Endowment der Hebrew University.

Das benützte Quellenmaterial stammt größtenteils aus den folgenden Archiven: Bayrisches Hauptstaatsarchiv, München (Abt. II, Geheimes Staatsarchiv) *(BHStA);* Bundesarchiv, Koblenz *(BA);* Document Center, Berlin *(DC);* Geheimes Staatsarchiv der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Berlin *(GStA);* Imperial War Museum/Foreign Document Centre, London *(IWM/FDC);* Institut für Marxismus und Leninismus/Zentrales Parteiarchiv der SED, Berlin, DDR *(IML/ZPA);* Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn *(PA);* Wiener Library, London *(WL);* Yad Vashem Archives, Jerusalem *(YV);* Zentrales Staatsarchiv, Potsdam *(ZStA).*

Allen diesen Institutionen habe ich für die Erlaubnis zur Verwendung ihres Materials zu danken und bin ihnen für die große Hilfe bei der Vorbereitung meiner Arbeit sehr verpflichtet.

1 Das trifft sowohl auf die allgemeinen Darstellungen des Dritten Reiches und der zeitgenössischen europäischen Geschichte zu (wobei einige Autoren die zentrale Rolle des Antisemitismus in nationalsozialistischer Ideologie und Politik überzeugend hervorheben) als auch auf Arbeiten, die sich thematisch auf die Judenpolitik des Dritten Reiches und die „Endlösung" konzentrieren. Vgl. K. Hildebrand, Das Dritte Reich, München 1980; A. Hillgruber, Endlich genug über Nationalsozialismus und Zweiten Weltkrieg? Forschungsstand und Literatur, Düsseldorf 1982; O. D. Kulka, Major Trends and Tendencies in German Historiography on National Socialism and the „Jewish Question" (1924–1982), in: The Fifth International Historical Conference of Yad Vashem, Jerusalem 1983.

2 Kulka, ebenda; ders., The „Jewish Question" in the Third Reich. Its Significance in National Socialist Ideology and Politics and its Role in determining the Status and Activities of the Jews, Jerusalem 1975, Vol. I (hebr. mit engl. Zusammenfassung) (künftig zit.: Jewish Question); dazu Vol. II, Documents (deutsch) (künftig zit.: Dokumente).

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Juden und der antijüdischen Politik des Regimes in ihren verschiedenen Stadien und Ausdrucksformen[3].

Es erhebt sich dabei zunächst die Frage, wieweit die Bedingungen des totalitären Regimes im Dritten Reich eine solche Ermittlung ermöglichen. Die Forschungsliteratur und die Auseinandersetzung um die Geschichte der Juden im Dritten Reich geben keine eindeutigen Antworten auf diese Frage und stützen sich nur selten auf das zum Thema vorliegende Quellenmaterial. Vielmehr gewinnen sie ihren Ansatz aus Verallgemeinerungen, aus ideologischen, ethischen und psychologischen Voraussetzungen oder aus der Sicht persönlicher Erlebnisse. Die Ergebnisse dieser Literatur haben nicht nur unter dem objektiven Mangel an Quellenmaterial gelitten, das erst in den letzten Jahren zugänglich geworden ist, sondern auch unter dem Einfluß vorgefaßter Haltungen, die den Weg zur Erforschung der öffentlichen Meinungsbildung im NS-Staat versperrten. Wo die Autoren davon ausgehen, daß die Wirksamkeit des totalen Terrorregimes die moralische und praktische Verhaltensweise der Bevölkerung zu einer Funktion der von den Machthabern vertretenen politischen Linie macht[4], oder wo sie davon ausgehen, daß das Regime und seine Ideologie vom permanenten Enthusiasmus der politischen Massenbewegung getragen und dadurch zu einem Ausdruck des „Volkswillens" umfunktioniert werden[5] – in beiden Fällen wird nicht an der Authentizität des Wirklichkeitsbildes einer monolithischen Einheit von Gesellschaft und Regime gezweifelt. Obwohl die vorausgesetzten Gründe für diese Einheit unterschiedlich sind, steht es für beide Auffassungen fest, daß jede Untersuchung der hinter diesem Bild verborgenen Wirklichkeit a priori überflüssig sei. Ein anderer Ansatz – der für beinahe alle Forschungen über den Nationalsozialismus und den deutschen Antisemitismus als Ausgangspunkt diente – betrachtet das Jahr 1933 als zeitlichen Endpunkt für Untersuchungen zu diesem Thema[6]. Nach dieser Ansicht gibt es aus der Zeit nach der Machtergreifung keine authentischen Quellen zur Beantwortung der Fragen, die in der öffentlichen Diskussion über den Antisemitismus in der Kaiserzeit und der Weimarer Republik gestellt wurden[7].

---

[3] Die wenigen bisher veröffentlichten Beiträge auf diesem Gebiet, die als grundlegende Vorarbeiten zu betrachten sind und sich auf das im folgenden Aufsatz behandelte Quellenmaterial stützen, sowie die Gesamtarbeiten über die soziale Geschichte des Dritten Reiches unter Berücksichtigung der Judenfrage werden in den Anm. 18–24 dieses Aufsatzes behandelt.

[4] Als führende Vertreter dieses Ansatzes, deren Einfluß besonders in der außerdeutschen Historiographie lange angehalten hat, seien erwähnt: H. Arendt, The Origins of Totalitarianism, New York 1958, ferner die Aufsatzsammlung von B. Bettelheim, The Informed Heart. The Human Condition in Mass Society, London ³1970.

[5] J. L. Talmon, The Origins of Totalitarian Democracy, London 1952, sowie seine späteren Forschungen zum „Politischen Messianismus", darunter insb. „European History as the Seedbed of the Holocaust", in: Holocaust and Rebirth. A Symposium sponsored by Yad Vashem, Jerusalem 1973, S. 11–75.

[6] E. Reichmann, Hostages of Civilisation. The Social Sources of National Socialist Anti-Semitism, London 1950.

[7] Ebenda, S. 190 f.: „... a strict line is to be drawn between Nazism during the so called period of struggle, before the accession to power and Nazism after this accession ... No single word was spoken or written after the 30th of January 1933 which gives any direct indication of the feeling of the

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der hier gewählte Ansatz könnte sich daher nicht nur für die Erforschung des jüdischen Aspekts unter den besonderen Bedingungen im nationalsozialistischen Deutschland als fruchtbar erweisen, sondern auch für die Erforschung der Meinungsbildung der Bevölkerung in totalitären Systemen überhaupt.

Die folgende Darstellung besteht aus zwei Hauptteilen: 1., einer Besprechung der herangezogenen Quellen, ihrer Arten und ihrer Problematik; 2., der exemplarischen Behandlung einer Frage im Bereich der Meinungsforschung aufgrund dieser Quellen. Der erste Teil ist also zunächst einer Klärung der methodologischen Fragen gewidmet, die sich aus der Entdeckung, der Neuzusammensetzung und sogar der Rekonstruktion des Materials aus Sekundärquellen ergeben, das nach dem Zweiten Weltkrieg in den verschiedensten Archiven gelagert wurde, und sodann der besonderen Problematik der Quellenkritik. Diese Klärung bildet die notwendige Grundlage für den zweiten Hauptteil, in dem die Ergiebigkeit dieser Quellen an einem konkreten Beispiel aus der Mitte der dreißiger Jahre überprüft wird: an der Reaktion der Bevölkerung auf die antijüdische Rassengesetzgebung vom September 1935, die allgemein unter dem Namen „Nürnberger Gesetze" bekanntgeworden ist.

Es sei vorausgeschickt, daß die Ergebnisse dieser Untersuchung eine bestimmte Phase betreffen, die allerdings für das sich herausbildende Verhältnis der Bevölkerung zu den Juden nicht unbedeutend ist. Die Ergebnisse reflektieren weder die späteren Wandlungen, die angesichts der radikalisierten Judenpolitik gegen Ende der dreißiger Jahre eingetreten sind, noch die völlig andersartige Problematik des Verhältnisses angesichts der Deportation und Massenvernichtung während der Jahre 1941–1943[8].

I

Quellen und Forschungsstand

Für das Quellenmaterial zur Untersuchung der Meinungsbildung der Bevölkerung in Deutschland sind grundsätzlich zwei Kategorien zu unterscheiden: einerseits die offen zugänglichen Quellen, die entweder innerhalb der Reichsgrenzen vom Regime selbst, zumindest aber unter seiner Aufsicht veröffentlicht wurden, oder außerhalb der Reichsgrenzen, zumeist von Gegnern oder Kritikern des Regimes; andererseits die geheimen Quellen, die nicht zur Veröffentlichung bestimmt waren, sondern nur für das Regime und seine ausführenden Organe erstellt wurden, um ihnen ein möglichst wahrheitsgetreues Bild der Stimmung zu vermitteln, die zu den verschiedenen Fragen in der Bevölkerung herrschte, und um ihnen die Kontrolle regimefeindlicher Gruppen zu ermöglichen.

---

masses ... The Nazi Party had then ceased to be a people's movement marshalling the whole nation for or against itself; ... none of its utterances any longer expressed the natural reactions of the masses ... The analysis of Nazism which follows will deal only with the first stage of the movement."

[8] Für diesen Zusammenhang vgl. meine in Anm. 23 angeführten Arbeiten.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Schon ein kritisches Lesen der Presse und anderer Publikationen, die im nationalsozialistischen Deutschland erschienen, würde das monolithische Bild, das das Regime nach außen hin zu projizieren suchte, in Frage stellen[9], aber das reicht als Grundlage für eine erschöpfende Erforschung des Themas natürlich nicht aus. Als die Archive und Privatsammlungen aus der Zeit des Dritten Reiches der Forschung zugänglich gemacht wurden, kam ein reiches Material über die Konferenzen zutage, auf denen Anweisungen an Presse und Medien ausgegeben wurden; ein Teil dieses Materials ist bereits veröffentlicht und ermöglicht eine kritischere Sichtung der von der Regierung veröffentlichten Quellen, aber die Bedingtheit ihres Informationsgehaltes wird davon nicht wesentlich betroffen[10]. Ähnliches läßt sich auch über die Presse und die zahlreichen Publikationen sagen, die die Gegner des Regimes im Untergrund oder außerhalb der Reichsgrenzen herausbrachten – denn trotz der reichen und vielgestaltigen Information in diesen Publikationen muß der Forscher immer voraussetzen, daß ihm eine einseitige Quelle vorliegt, die durch ihren politischen Kampf gegen das Regime tendenziös festgelegt ist[11].

Entscheidend hat sich der Quellenstand mit der Entdeckung des umfangreichen Archivmaterials geändert, in dem die geheimen Quellen der verschiedenen Regierungs- und Parteiorgane zutage traten, die die Stimmungen der Bevölkerung syste-

---

[9] Vgl. auch die vielseitige und aufschlußreiche Verwendung von Presseberichten im Dritten Reich in den grundlegenden Untersuchungen, die in den dreißiger und anfangs der vierziger Jahre außerhalb Deutschlands herauskamen: G. Warburg, Six Years of Hitler. The Jews Under the Nazi Regime, London 1939; E. Fraenkel, The Dual State. A Contribution to the Theory of Dictatorship, London/New York/Toronto 1941; F. Neumann, Behemoth. The Structure and Practice of National Socialism, New York 1942 (rev. Ausg. ²1944). Für unser Thema: A. Rodrigue, German Popular Opinion and the Jews under the Nazi Dictatorship, B. A. Thesis, University of Manchester 1978 (Ms. in Wiener Library, London and Yad Vashem, Jerusalem).

[10] Unter dem im Bundesarchiv (BA) und Zentralstaatsarchiv zu Potsdam (ZStA) aufbewahrten Archivmaterial fanden sich große Sammlungen der Anweisungen des Propagandaministeriums an die Massenmedien, die gewöhnlich auf den verschiedenen Pressekonferenzen ausgegeben wurden. Unter den Teilveröffentlichungen aus diesem Material sind besonders zu erwähnen: W. A. Boelcke, Kriegspropaganda 26.10. 1939–5.6. 1941. Geheime Ministerialkonferenzen im Reichspropagandaministerium, Stuttgart 1966; ders. (Hrsg.), „Wollt ihr den totalen Krieg?" Die geheimen Goebbels-Konferenzen 1930–1943, Stuttgart 1967; J. Hagemann, Die Presselenkung im Dritten Reich, Bonn 1970; E. Fröhlich, Die kulturpolitische Pressekonferenz des Reichspropagandaministeriums, in: VfZ 22 (1974), S. 347–381.

[11] Die für unser Thema bedeutendste Zeitschrift dieser Art, mit den umfangreichsten und zuverlässigsten Informationsquellen, war zweifellos der *Deutschland-Bericht der SoPaDe*, der in den Jahren 1934–1938 in Prag erschien, später bis 1940 in Paris. Er geht detailliert auf die Stimmung der Bevölkerung ein und schildert auch die Lage der Juden, das Verhältnis der Bevölkerung zu ihnen und die Stellung der Öffentlichkeit zu den Ausschreitungen gegen sie auf der Reichs- und Lokalebene. Die Rubrik „Terror gegen Juden" war ein fester Bestandteil der Zeitschrift, der in den Ausgaben der Jahre 1937–1938 viele Seiten umfaßte. (Faksimile-Neudruck der Zeitschrift erschien 1980 im Verlag Zweitausendeins, Frankfurt a. M.) Über Umfang und Wesen dieser Presse vgl. z. B. den Ausstellungskatalog der Deutschen Bibliothek in Frankfurt a. M. zum Thema Exil-Literatur 1933–1945, Frankfurt a/M. ²1966 (324 + 40 S.), sowie W. Sternfeld u. E. Tidemann, Deutsche Literatur 1933–45. Eine Bio-Bibliographie, Heidelberg ²1970.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

matisch verzeichneten. Diese Quellen bilden eine breite Informationsgrundlage und bieten sich darüber hinaus bei der Auslegung der oben erwähnten offen zugänglichen Quellen als Kontrollinstanz an.

Wie aus diesen geheimen Quellen hervorgeht, war man sich an einflußreichen Stellen des Regimes der Tatsache bewußt, daß das äußere Bild der monolithischen Gesellschaft im Dritten Reich nicht der Wirklichkeit entsprach. Im Aufbau eines Nachrichtensystems, das geheime, aber zuverlässige Information über die Stimmungen der verschiedenen Bevölkerungsteile auf allen Lebensgebieten bereitstellen konnte, sah man eine notwendige Voraussetzung reibungsloser Verwaltung und politischer Entscheidungsfreiheit. Nach den Worten eines der Begründer dieses Systems, des späteren Chefs einer SD-Einsatzgruppe in Rußland, Otto Ohlendorf, diente das System der Regierung eines totalitären Staates zur Beschaffung zuverlässiger und repräsentativer Information über die Auffassungen der Bevölkerung, da ihr die Ausdrucksmittel der demokratischen Staatsformen – Parlament und freie Presse – nicht zur Verfügung standen[12]. Daneben ist natürlich auch die Notwendigkeit bestimmend gewesen, sich über eine Widerstandsbildung innerhalb der Bevölkerung zu informieren.

Gemeint ist das Informationssystem, das sich auf periodische Lageberichte stützte, die von den verschiedenen Regierungs- und Parteistellen angefertigt wurden. Teilweise waren diese Berichte eine neue Einrichtung des Dritten Reiches, wie zum Beispiel die SD-Lageberichte; andere aber bildeten die Fortsetzung von älteren Nachrichtensystemen, die aus der Zeit vor 1933 überkommen waren, wie zum Beispiel die Lageberichte der Polizeidirektionen und der Regierungs- und Oberpräsidenten an die Staatsministerien des Innern der verschiedenen Länder[13].

Das bedeutendste Quellenmaterial dieser Art für die Zeit des Dritten Reiches bilden zweifellos die Berichte des SD und der Gestapo, die dank ihrer amtlichen Zielsetzung verhältnismäßig zuverlässig sind. Auf das Thema der vorliegenden Untersuchung bezogen, ist die Bedeutung dieser Lageberichte um so größer, als die „Bekämpfung des Gegners Judentum", die Beobachtung seiner Tätigkeit und das Verzeichnen seiner Stellung innerhalb der Gesamtbevölkerung zu den wichtigen Zielen gehörte, die das Regime sich gesetzt hatte. Aus diesem Grunde sind dem Thema besondere Abschnitte gewidmet,

---

[12] Vgl. Ohlendorfs Memorandum zum Thema, in: H. Boberach (Hrsg.), Meldungen aus dem Reich. Auswahl aus den geheimen Lageberichten des Sicherheitsdienstes 1939–1944, Neuwied u. Berlin 1965, S. IX.

[13] In einem Rundschreiben vom 17.7. 1934, in dem das bayerische Staatsministerium des Innern den Regierungspräsidenten und dem Polizeipräsidenten von München seine Anweisungen zur fortgesetzten Berichterstattung in politischen Angelegenheiten erteilt, heißt es: „Die ... monatliche(n) Gesamtübersichten über die politische Lage *(Lageberichte)* ... müssen ein erschöpfendes und wahrheitsgemäßes Bild der politischen Gesamtlage enthalten. Unbedeutende Einzelheiten sind außer acht zu lassen. Besonderer Wert ist darauf zu legen, daß im Interesse einer ungeschminkten Unterrichtung der Reichsregierung alle persönlichen und sonstigen Rücksichten ausgeschaltet werden und daß über alle politisch wesentlichen und für die Stimmung im Lande maßgeblichen Ereignisse und Zustände rückhaltlos berichtet wird. Die Berichte, für deren Vollständigkeit und Wahrhaftigkeit die berichtenden Behördenleiter persönlich verantwortlich gemacht werden, sind geheim zu halten und anderen als den in dieser Entschließung bezeichneten Stellen *nicht* zugänglich zu machen."

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

doch kommt es auch indirekt zur Sprache, wie zum Beispiel in den periodischen Berichten über die Stimmung unter anderen „weltanschaulichen Gegnern", unter Parteigenossen und in den verschiedenen Bevölkerungskreisen.

Ausgewählte Dokumente aus diesem Material über die Einstellung der deutschen Bevölkerung zu den Juden sind bisher nur in beschränktem Umfang erschienen[14]. Auch andere Publikationen bieten nur Dokumente in Auswahl. Sie spezialisieren sich auf ein bestimmtes Gebiet (z. B. die „Kirchen und das Kirchenvolk"), auf einen Teil des Reiches (Bayern; einige preußische Regierungsbezirke) oder auf einen beschränkten Zeitraum (z. B. 1934–36 oder 1939–45) und analysieren zumeist nur die Lageberichte einer einzelnen berichtenden Behörde[15]. Erste Untersuchungen zum Aufbau der Lageberichte und zur Methodik ihrer Auswertung finden sich bei A. L. Unger[16], A. L. Smith[17] sowie in den Einführungen zu den meisten Dokumentenauswahlen, die in Anm. 15 angeführt sind.

Forschungsarbeiten über das Dritte Reich, die bereits auf Grund von Lageberich-

---

[14] O. D. Kulka, Changes in the Status and Activities of the Jews under the Impact of the Third Reich 1933–1939, Selected Sources, Hebrew University, Jerusalem 1966 (hebr. und engl.) (künftig zit.: Selected Sources); F. Wiesemann, Judenverfolgung und nichtjüdische Bevölkerung, in: M. Broszat et al. (Hrsg.), Bayern in der NS-Zeit, Bd. I: Soziale Lage und politisches Verhalten der Bevölkerung im Spiegel vertraulicher Berichte, München-Wien 1977, S. 427–486.

[15] Als wichtigste dieser bisher veröffentlichten Quellenpublikationen kann noch immer die erste Auswahl von SD-Lageberichten aus den Kriegsjahren, herausgegeben 1965 von H. Boberach, betrachtet werden (vgl. Anm. 12). Boberach hat auch eine weitere Auswahl von SD- und Gestapo-Lageberichten zum Kirchenkampf herausgegeben: Berichte des S. D. und der Gestapo über Kirchen und Kirchenvolk in Deutschland 1934–1944, Mainz 1971. Zum gleichen Thema sind die entsprechenden Teile der erhaltenen Lageberichte der bayerischen Regierungspräsidenten und Polizeidirektionen aus den Jahren 1933–1943 veröffentlicht worden: H. Witetschek et al. (Hrsg.), Die kirchliche Lage in Bayern nach den Regierungspräsidentenberichten 1933–1943, Bd. 1–7, Mainz 1966–81. Über verschiedene Lebensgebiete in Bayern, auf Grund dieser und anderer, bisher unbenützter Quellen, siehe die oben (Anm. 14) angegebene wichtige Dokumentation hrsg. v. Broszat et al. Zum Verhalten der Arbeiter: T. W. Mason, Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft, Dokumente und Materialien zur deutschen Arbeiterpolitik 1936–1939, Opladen 1975. Die Lageberichte der Gestapo und der Regierungspräsidenten aus dem Regierungsbezirk Aachen sind ebenfalls in einer Auswahl veröffentlicht: B. Vollmer (Hrsg.), Volksopposition im Polizeistaat. Gestapo- und Regierungsberichte 1934–1936, Stuttgart 1957. Lageberichte der Gestapo und zusätzliche Dokumente aus den Regierungsbezirken Ostpreußens für die Jahre 1934–1936 sowie aus Pommern für das Jahr 1934–1935: R. Thévoz/H. Branig/C. Lowenthal-Hensel (Hrsg.), Die Geheime Staatspolizei in den preußischen Ostprovinzen 1934–1936. Pommern 1934/35 im Spiegel von Gestapo-Lageberichten und Sachakten, I–II, Köln und Berlin 1974. Über Baden: J. Schadt (Hrsg.), Verfolgung und Widerstand unter dem Nationalsozialismus in Baden. Die Lageberichte der Gestapo und des Generalstaatsanwalts Karlsruhe 1933–1940, Stuttgart 1976.

[16] A. L. Unger, The Public Opinion Reports of the Nazi Party, in: The Public Opinion Quarterly XXIX (1965), S. 565–582. Diese Arbeit ist besonders wichtig im Hinblick auf die SD-Lageberichte, die der Autor für das zuverlässigste und glaubwürdigste Meldeverfahren unter den von ihm besprochenen Berichterstattungen hält. Sie geht aber nicht über einen ersten Versuch auf diesem Gebiet hinaus.

[17] A. L. Smith Jr., Life in Wartime Germany: Colonel Ohlendorf's Opinion Service, The Public Opinion Quarterly XXXVI (1972), S. 1–7.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ten unternommen worden sind, beschränken sich bisher ebenfalls auf bestimmte Teile des Reiches oder auf begrenzte Zeiträume: so die vom Institut für Zeitgeschichte in München herausgegebene vierbändige Studie über *Bayern in der NS-Zeit*[18], M. J. Steinert über *Hitlers Krieg und die Deutschen. Stimmung und Haltung der deutschen Bevölkerung im Zweiten Weltkrieg*[19] und der erste Band des ebenfalls in Anm. 15 erwähnten Werkes von Thévoz et. al. über die preußischen Ostprovinzen in den Jahren 1934–36.

Auch eine systematische Arbeit über die Einstellung der deutschen Bevölkerung zu den Juden und der Judenpolitik des NS-Regimes, wie sie sich aus den Lageberichten ablesen läßt, ist bisher noch nicht erschienen. Von der Einstellung der deutschen Bevölkerung zur Judenverfolgung und -vernichtung, allerdings auf den Zeitraum des Zweiten Weltkriegs beschränkt, handeln ein diesem Thema gewidmetes Kapitel des erwähnten Buches von M. J. Steinert[20] und die Studie von L. D. Stokes „The German People and the Destruction of the European Jews"[21]. Beide stützen sich im wesentlichen auf SD-Lageberichte und ergänzendes Material aus anderen Quellen, wie Augenzeugenberichte und Erinnerungen. Ein weiterer detaillierter Beitrag, der zwar die Gesamtzeit des Dritten Reiches umfaßt, aber auf Bayern und auf bayerische Quellen beschränkt bleibt, ist die Arbeit von Ian Kershaw „Antisemitismus und Volksstimmung. Reaktion auf die Judenverfolgung"[22].

Im Rahmen des eingangs erwähnten Forschungsprojekts des Institute for Jewish Studies an der Hebräischen Universität in Jerusalem wird gegenwärtig eine mehrbändige Darstellung und Quellenausgabe des bisher zugänglichen Archivmaterials vorbereitet, die in der Schriftenreihe des Bundesarchivs veröffentlicht wird. Als erstes Ergebnis dieses Projekts darf meine Untersuchung „‚Public Opinion' in National Socialist Germany and the ‚Jewish Question'"[23] angesehen werden. Sie behandelt einschneidende Perioden der Geschichte der Juden im Dritten Reich und stützt sich auf Lageberichte verschiedener Art aus dem gesamten Reichsgebiet. Auf dieser Quellen-

[18] Vgl. Broszat et al., Bd. I; dies., Bd. II–IV: Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt, München-Wien 1979–1981; I. Kershaw, Der Hitler-Mythos. Volksstimmung und Propaganda im Dritten Reich, Stuttgart 1980; ders., Popular Opinion and Political Dissent in the Third Reich: Bavaria 1933–1945, Oxford 1983.

[19] Düsseldorf-Wien 1970.

[20] Kap. II, 2: „Die Verfolgung der Juden", S. 236–263.

[21] In: Central European History 6 (1973), S. 167–191.

[22] In: Bayern in der NS-Zeit, Bd. II, S. 281–384. Eine weitere regionale Studie wurde von S. A. Gordon, German Opposition to Nazi Anti-Semitic Measures between 1933 and 1945, with Particular Reference to the Rhine-Ruhr Area, Buffalo Univ. Diss. 1979, verfaßt.

[23] In: Zion, Quarterly for Research in Jewish History 40 (1975), S. 186–290 (in hebräischer Sprache, Dokumentation in deutscher Sprache, engl. Zusammenfassung S. XLII ff.) (künftig zit.: Public Opinion), gekürzte engl. Version des Teils II mit zusätzlichen Quellen in: The Jerusalem Quarterly, 1982, Nr. 25, S. 121–144, Nr. 26, S. 34–45 (künftig zit.: Jerusalem Quarterly). Vgl. auch Kulka, The Churches in the Third Reich and the „Jewish Question" in the Light of Secret Nazi Reports on German „Public Opinion", in: Bibliothèque de la Revue d'Histoire Ecclésiastique, Miscellanea historiae eclesiasticae, t. VI, Section IV, Louvain 1984, S. 490–505; sowie in: Judaism and Christianity under the Impact of National Socialism (1919–1945), International Symposium, The Historical Society of Israel, Jerusalem 1982, S. 227–252.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

basis wurde vor kurzem auch die Arbeit von David Bankier „German Society and National Socialist Antisemitism 1933–1938"[24] abgeschlossen.

Andere Untersuchungen zur Sozialgeschichte des Dritten Reichs – wie die Arbeiten von Allen, Schoenbaum, Grunberger und Dahrendorf – haben das Quellenmaterial der Lageberichte nicht berücksichtigt[25].

Im Folgenden werden die wichtigsten Arten der Lageberichte besprochen, die für die vorliegende Untersuchung relevant sind.

Die bisher erfaßten und der Forschung zugänglichen Lageberichte des Sicherheitsdienstes beleuchten in verschiedenen Graden der Vollständigkeit die Jahre 1934–1939[26]. Auch während der Kriegsjahre sind diese Berichte fortgesetzt worden; da sich aber zu diesem Zeitpunkt ihre Form geändert hat, sind die späteren Dokumente für den jüdischen Aspekt weniger ergiebig[27].

In periodischen Abständen gab das SD-Hauptamt neue Anweisungen zur Vorbereitung der Lageberichte heraus. Obwohl uns die Berichte seit dem Jahre 1934 vorliegen, wurde die endgültige Form der Monatsberichte erst durch die Anweisung des Hauptamtes vom Februar 1936 festgelegt; die Vierteljahres- und Jahresberichte bildeten sich 1938–39 heraus. Aus den Tätigkeitsberichten der Abteilung II 112 können wir die Veränderungen in der Häufigkeit, der Form und der Vorbereitung der Lageberichte zur Judenfrage ablesen, wie sie auf der Ortsebene der SD-Außenstellen, auf der Regionalebene der SD-Unterabschnitte und SD-Oberabschnitte sowie auf der Reichsebene des SD-Hauptamtes angefertigt wurden. Das ist der Ansatzpunkt zur Überprüfung der allgemeinen Zusammenfassungen von Lageberichten auf der Reichsebene anhand der Nachrichten, die auf der Ortsebene zusammengetragen wurden. Ebenso enthalten die Tätigkeitsberichte Einzelheiten zur Informationsbeschaffung und -verarbeitung, zum Ausbau der örtlichen Agentennetze und zu den Anweisungen, die ihnen erteilt wurden[28].

---

[24] The Hebrew University of Jerusalem, Diss. 1983.

[25] W. S. Allen, The Nazi Seizure of Power. The Experience of a Single German Town, Chicago 1965; D. Schoenbaum, Hitler's Social Revolution. Class and Status in Nazi Germany 1933–1939, London 1967; R. Grunberger, The 12-Year Reich. A Social History of Nazi Germany 1933–1945, New York 1972; R. Dahrendorf, Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1965. Die einzige Ausnahme hier ist eine andere Arbeit von Allen (zum Teil auf Grund von Gordon – s. Anm. 22) über „Die deutsche Öffentlichkeit und die Reichskristallnacht", in: D. Peukert und J. Reulcke (Hrsg.), Alltag im Nationalsozialismus, Wuppertal 1981, S. 381–396.

[26] Der erste erhaltene Lagebericht für das gesamte Reichsgebiet betrifft die Monate Mai-Juni 1934 und wurde mir im Berliner DC zur Verfügung gestellt. Vom letzten Bericht dieser Art aus der Vorkriegszeit hat sich nur der Entwurf der für die Juden im SD-Hauptamt zuständigen Abteilung II 112 gefunden, unter dem Titel „Das Judentum in Deutschland". Er trägt das Datum vom 15. 6. 39 (BA/R58/956; Dokumente [s. Anm. 2], Nr. 48).

[27] Eine Beschreibung der Lageberichte aus den Kriegsjahren, die unter verschiedenen Namen wie „Berichte zur innerpolitischen Lage" und „Meldungen aus dem Reich" bekannt sind, sowie eine Darstellung der Unterschiede zur Berichterstattung aus der Vorkriegszeit siehe Boberach, S. XI–XXVIII.

[28] Vgl. z. B. den periodischen Tätigkeitsbericht der Abteilung II 112 vom 18. 12. 1936 nach ihrer Reorganisation, in dem wichtige Einzelheiten zu den verschiedenen Lageberichten zu finden sind, An-

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Lageberichte aus den Jahren 1934–1939 sind zumeist schematisch gegliedert; dem Abschnitt oder dem Band zu den „weltanschaulichen Gegnern" ist immer ein besonderes Kapitel über den „Gegner Judentum" beigeordnet. Die wichtigsten anderen Gegner werden zumeist in eigenen Kapiteln nach ihrer Gruppendefinition behandelt: Marxismus, Liberalismus, Freimaurer, politische Kirchen (die katholische und evangelische Bewegung) sowie die konservative Reaktion und regimefeindliche oder verdächtige „Rechtsbewegungen". Auch dieser Aufbau hat sich im Laufe der Jahre aus der einfachen Form des ersten Lageberichtes vom Mai/Juni 1934 entwikkelt[29].

Im Jahre 1936 erweiterte sich der Abschnitt „Allgemeine jüdische Betätigung" des Lageberichts über das Judentum insbesondere auf Beobachtung der Beziehungen zur nichtjüdischen Umgebung:

> „Jüdische Organisationen untereinander/Verhältnis zu Staatsstellen/Verhältnis zu Partei und Nebenorganisationen/Verhältnis zur Wehrmacht/Verhältnis zur Wirtschaft/Verhältnis zur Justiz/Verhältnis zur Presse/Verhältnis zur Olympiade/Verhältnis zum Ausland/Verhältnis zu den Kirchen/Verhältnis zu anderen Gegnern."

Seine verzweigteste Form hatte der Aufbau des Lageberichts in den Jahren 1938/39 erreicht. Zu diesem Zeitpunkt umfaßte er alle Bereiche des Lebens und der Gesellschaft, entsprechend der Auffassung vom „totalen Staat", wie sie die Führer des Regimes im allgemeinen und die Leiter des Sicherheitsdienstes im besonderen vertraten[30].

Das Kapitel „Judentum" geht auf die Stellung der Juden in ihrer Umwelt ein. Ferner wird das jüdische Thema oft auch in anderen Kapiteln berührt, die die Stellung und die Tätigkeit weiterer Gruppen von „Gegnern" behandeln. Über die Bedeutung des jüdischen Themas in den verschiedenen Kapiteln der Berichte geben auch die einführenden Übersichten Aufschluß, in denen die Ergebnisse zusammengefaßt werden. Ein deutliches Beispiel dafür bietet die „Allgemeine Übersicht" zu dem Jahreslagebericht 1938, in der es unter anderem heißt:

> „Die gegnerische Tätigkeit der verschiedenen Weltanschauungsgruppen stand während des Jahres 1938 im wesentlichen unter dem Einfluß der großen außenpolitischen Ereignisse ... Innenpolitisch wirkten vor allem die von Seiten der Partei und des Staates getroffenen Maßnahmen gegen das Judentum."[31]

Und im Kapitel über den Liberalismus werden folgende Beobachtungen zu der Reaktion gemacht, die die Ereignisse der „Kristallnacht" in liberalen Kreisen fanden:

---

weisungen und ihre Ausführung, Formen der Lageberichterstattung, Ausbau des V-Männernetzes usw; BA/R58/991.

[29] Faksimile des Inhaltsschemas in: Public Opinion, gegenüber S. 196. Anweisungen aus dieser Zeit an die SD-Oberabschnitte zur Überwachung jüdischer Organisationen und Berichterstattung über ihre Tätigkeit zum Zweck der Vorbereitung der Lageberichte sind im Hessischen Hauptstaatsarchiv, Wiesbaden, erhalten; siehe George C. Browder, Die Anfänge des SD. Dokumente aus der Organisationsgeschichte des Sicherheitsdienstes des Reichsführers SS, in: VfZ 27 (1979), S. 320–21.

[30] Inhaltsschema des dreibändigen Jahreslageberichts für 1938 (Bd. 1. Weltanschauliche Gegner; Bd. 2. Kulturelles Leben; Bd. 3. Wirtschaft), in: „Jewish Question" (s. Anm. 2), S. 108–109.

[31] DC, sowie BA/R58/1094; Public Opinion, Dokumentation, S. 283 (S. 2 des Lageberichts).

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„Die Kritik war je nach der Einstellung des Einzelnen verschieden. Wirtschaftskreise wiesen auf den Schaden hin, der durch die Aktionen gegen die Juden entstanden war, andere übten an den gesetzlichen Maßnahmen Kritik, und das gerade von der Kriegsangst befreite Bürgertum wies auf die gefährlichen Auswirkungen hin, die im Ausland entstehen könnten ... *Es war zu beobachten, daß die Maßnahmen gegen das Judentum im Süden (mit Ausnahme der Ostmark) und im Westen des Reiches (katholisch, dichter besiedelt, überwiegend städtische Bevölkerung) weit stärkere Ablehnung erfuhren als im Norden (protestantisch, weniger dicht besiedelt, Landbevölkerung).*"[32]

Dagegen teilt ein Zwischenbericht vom 1.11.1938 (kurz vor der Kristallnacht, aber auch vor der Ermordung Ernst vom Raths) über „die Einstellung der Bevölkerung zur Judenfrage" mit, daß sich die Spannungen sehr verschärften und an zahlreichen Orten zu tätlichen Ausschreitungen geführt hätten. Dabei handelte es sich gewöhnlich um lokale Initiativen, die von den örtlichen Parteistellen ausgingen oder ihre Unterstützung fanden[33].

Allgemeine Zusammenfassungen, wie die aus dem Jahreslagebericht 1938 zitierte Darstellung der Reaktion des Liberalismus, lassen sich dabei mit Zwischenberichten zu verschiedenen Zeitpunkten sowie mit Lageberichten auf der Regional- und Ortsebene vergleichen; ein interessantes Beispiel bietet der Lagebericht des SD-Unterabschnitts Thüringen über den Stadt- und Landkreis Gotha[34].

Als der SD und die Gestapo im September 1939 im Rahmen des Reichssicherheitshauptamtes formal zusammengelegt wurden, änderten sich Form und innere Gliederung der Lageberichte, und sie wurden den Kriegsbedingungen angepaßt. Ihre Aufgabe bestand jetzt im Verzeichnen der öffentlichen Meinung. Da nun zumeist die Einteilung in gesonderte Kapitel wegfiel, wurde auch das Judentum in der Regel nicht mehr als getrenntes Thema behandelt. Dafür nahm die Häufigkeit der Berichte zu, da sich infolge der Kriegsereignisse die Lage ständig veränderte: wöchentlich wurden jetzt mehrere Berichte zusammengestellt, und dieses neue Meldeverfahren wurde beinahe bis zum Kriegsende beibehalten[35]. Für das jüdische Thema sind diese Berichte weniger ergiebig, zumindest in ihren das gesamte Reichsgebiet betreffenden Zusammenfassungen, die uns beinahe vollständig und für alle Kriegsjahre erhalten sind. Die konkrete Berichterstattung dagegen, auf der diese Zusammenfassungen beruhen, wäre auch für die Erforschung des jüdischen Aspektes ergiebiger; das läßt sich

---

32 Ebenda, S. 286 (S. 109 des Lageberichts; Hervorhebung von mir).

33 BA/R58/956.

34 „Wie im gesamten Reich so wurde auch in Gotha in der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 eine allgemeine Aktion gegen die Juden durchgeführt. Bemerkenswert hierbei ist jedoch, daß befürwortende Stimmen für die Juden nicht aus Arbeiter- oder Bauernkreisen kamen, sondern aus dem Lager der sogenannten ‚besseren' Kreise." SD-Unterabschnitt Thüringen, 4. Vierteljahresbericht 1938, A. Allgemeine jüdische Betätigung. I. Beziehung zwischen der Stimmung in der Bevölkerung und dem Sachgebiet, BA/Sammlung Schumacher, Anhang 463; vollständig abgedruckt in „Public Opinion" (s. Anm. 23), Dokumentation, S. 282–83.

35 Vgl. Boberach, S. XV–XXVIII.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

aus den Beispielen erkennen, in denen Berichte aus den SD-Außenstellen vorliegen, wie etwa die Meldungen aus Leipzig während der ersten Kriegsmonate, die unter den Dokumenten aus dem Ministerium Speers im Londoner Imperial War Museum aufgefunden wurden[36]. Die zusammengefaßten SD-Lageberichte aus den Kriegsjahren erlauben aber nur bedingte Rückschlüsse aus der Reaktion der Bevölkerung auf hervorstechende Ereignisse, zum Beispiel auf die Einführung des Judensterns im Reichsgebiet am 1. 9. 1941 oder, in geringerem Maße, auf die Massendeportationen und die Nachrichten über die Vernichtung der deportierten Juden im Osten, bzw. die möglichen Folgen der Judenvernichtung für das deutsche Volk[37].

Die verschiedenen SD-Lageberichte – so darf allgemein gesagt werden – vermitteln ein Bild von der vielgestaltigen und sich wandelnden Haltung, die die Bevölkerung dem Regime und seiner Politik gegenüber einnahm; dieses Bild steht in deutlichem Gegensatz zu der monolithischen Einheit, die das Regime nach außen und nach innen projiziert sehen wollte – als das konkrete und eindrucksvolle Ergebnis seiner Politik, das gleichzeitig seine Rechtfertigung darstellen sollte. Dieser Widerspruch brachte nicht selten Schwierigkeiten mit sich, die die Fortsetzung der Lageberichterstattung in Frage stellten. Unter anderem wurde auf die Gefahr hingewiesen, daß die Berichte in feindliche Hände geraten und wegen ihres offiziellen Charakters zur Waffe im politischen Kampf gegen das Regime werden könnten. Ferner wurde eine mögliche Verunsicherung in Betracht bezogen, die die SD-Lageberichte bei den Funktionären in ihren verschiedenen Stellungen zur Folge haben konnten. Auch bei anderen Arten der Lageberichterstattung wurden ähnliche Auseinandersetzungen um Anfertigung und Grade der Geheimhaltung geführt; das trifft besonders auf die Lageberichte der Regierungspräsidenten und der Gestapo aus der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre zu. Doch obwohl die Tendenz zur Einschränkung der Lageberichte teilweise erfolgreich war, hat es diese Berichterstattung gegeben, solange das Dritte Reich bestand[38].

Das Gesamtbild, das sich aus den zusammengefaßten Lageberichten ergab, bot die Grundlage für die Beurteilung des Verhältnisses, das die Bevölkerung zu den Juden hatte. Die politische Führung brauchte ein solches Gesamtbild, sobald sie mit den verschiedenen Aspekten der Judenfrage in Berührung kam, und dieses Bild spielte bei ihren jeweiligen Entscheidungen seine Rolle. Das trifft natürlich auch für den Sicherheitsdienst selbst zu, der ja nicht nur berichtendes, sondern auch ausführendes Organ war und als solches in eigener Initiative praktische Maßnahmen zur „Lösung der Judenfrage" angeregt und durchgeführt hat. Und obwohl es nur indirekte Andeutungen dafür gibt, darf doch angenommen werden, daß diese Berichte zumindest in Auszü-

[36] IWM/FDC, unter 271/46; 332/46; vgl. auch Verwendung von Lageberichten der SD-Außenstellen und Hauptaußenstellen aus Bayern aus der Kriegszeit zum Thema Juden, in: Bayern in der NS-Zeit, Bd. I, S. 638, Bd. II, S. 339 ff.

[37] Vgl. hierzu das Kapitel über die Juden bei Steinert, bei Stokes sowie entsprechende Stellen bei Boberach, obwohl das Quellenmaterial für das Thema Juden unter BA/R58/144–194 ergiebiger ist, als aus der getroffenen Auswahl erkenntlich wird.

[38] Boberach, S. XXVI ff.; Unger.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gen auch Hitler persönlich erreichten und ihren Einfluß auf seine Entscheidungen gehabt haben könnten. Dieser Eindruck drängt sich auf, wenn man die Stellungnahmen zum Thema der öffentlichen Meinung analysiert, die sich in seinen Reden und Gesprächen finden: Wo er zum Beispiel von Kritik oder Zustimmung spricht, die seine Politik im Jahre 1938 in der Öffentlichkeit gefunden habe, läßt sich das in direkte Beziehung zu den Lageberichten des jeweiligen Monats bringen[39]. Auch später, wie aus der Aufzeichnung eines Gesprächs in Anwesenheit von Himmler und Heydrich von Ende Oktober 1941 hervorgeht, bezog er sich auf Stimmen aus der Bevölkerung: „Es ist übrigens keine schlechte Sache, daß das öffentliche Gerücht uns einen Plan zur Vernichtung der Juden zuschreibt ..."[40]. Ähnlich reagierte Hitler im Jahre 1943 laut Himmler auf die Beunruhigung der Bevölkerung und die Möglichkeit von Protesten gegen die Fortsetzung bzw. Vollendung der „Endlösung":

> „Der Führer sprach auf meinen Vortrag in der Judenfrage hin aus, daß die Evakuierung der Juden trotz der dadurch in den nächsten 3–4 Monaten noch entstehenden Unruhen radikal durchzuführen sei und durchgestanden werden müsse."[41]

Die Lageberichte der Gestapo und der Regierungs- und Oberpräsidenten[42] aus den dreißiger Jahren ähneln in mancher Hinsicht den Berichten des SD; auch sie behandeln über lange Zeitstrecken „weltanschauliche Gegner", allerdings in anderen Gruppierungen und Aufteilungen.

Aber im Gegensatz zur SD-Lageberichterstattung, die erst im Dritten Reich entstanden ist, handelt es sich bei diesen Berichten um eine Fortsetzung älterer Verwaltungstraditionen der beiden wichtigsten Länder des Reiches – Preußen und Bayern.

In erster Linie ist das aus fast allen der 33 Regierungsbezirke der 12 preußischen Provinzen vorliegende Material der Lageberichte in Form getrennter Zusammenfassungen erhalten, die in den Regierungsbezirken angefertigt wurden. Diese Berichte sind in ihren Details konkreter als die auf der Reichsebene zusammengefaßten Lage-

---

[39] Die Lageberichte kamen gewöhnlich an den Chef der Reichskanzlei, Lammers, an den Chef der Parteikanzlei und Stellvertreter des Führers, Heß (und später an seinen Amtsnachfolger Bormann, der in den letzten Jahren des Dritten Reiches weitgehend bestimmte, wer Zugang zu Hitler erhielt), sowie an Himmler, Goebbels, Göring, Rosenberg und alle Reichsminister. Eine ausführliche Analyse des Quellenmaterials zum Verhältnis zwischen Hitlers Reden und politischen Entscheidungen einerseits und der Meinung der Bevölkerung andererseits, insbesondere im Jahre 1938, siehe Jewish Question, S. 223–230.

[40] H. R. Trevor-Roper (ed.), Hitler's Table Talks 1941–44, London 1973, S. 87: 25. 10. 41 abends, Gäste: RFSS Himmler, Obergruppenführer Heydrich. Vgl. auch F. Genoud (ed.), Adolf Hitler, Libres Propos sur la Guerre et la Paix, o. O. 1952, S. 87.

[41] M. Broszat, Hitler und die Genesis der „Endlösung", in: VfZ 25 (1977), S. 767. Über die Reaktion der deutschen Bevölkerung zu dieser Zeit (1943) auf die Massenvernichtung der Juden im Osten siehe die z. T. verschiedenen Interpretationen bei Steinert, Stokes Kershaw, Kulka (s. Anm. 23).

[42] Obwohl die Lageberichte zum Teil von den jeweiligen Stapo(leit)stellen und zum Teil von den Regierungspräsidenten verfaßt sind, wurden sie von allen Regierungsbezirken und Provinzen Preußens und von den Polizeidirektionen Bayerns an das Geheime Staatspolizeiamt (Abk. Gestapa) in Berlin geschickt. Die hier verwendeten Sammelbände der preußischen Monatslageberichte aus GStA und IML/ZPA stammen aus dieser Stelle. Im folgenden werden diese preußischen Lageberichte auch allgemein „Lageberichte der Gestapo" genannt.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

berichte des SD: Der Abstraktion der SD-Berichte auf der Reichsebene, die nur allgemein auf die Haltungen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen eingehen, stehen in den Lageberichten aus den Regierungsbezirken eine größere Anzahl konkreter Beispiele und aktueller Informationen aus einzelnen Orten gegenüber. Allerdings liegen mit Ausnahme einer kurzen Periode im Jahre 1937 für diese Art der Berichterstattung keine überregionalen Zusammenfassungen der Ergebnisse vor[43].

Die Lageberichte der Gestapo aus den preußischen Regierungsbezirken, die in zweiwöchentlichem oder monatlichem Abstand für die Jahre 1934–1936 angefertigt wurden, liegen fast vollständig vor. Aus den Anweisungen des internen Nachrichtenblattes der Gestapo läßt sich entnehmen, daß diese Lageberichterstattung durch die Gestapo schon um die Jahreswende 1933/34 begonnen hatte[44].

Die Bedeutung dieses Quellenmaterials liegt in seiner Kontinuität und vor allem in der Tatsache, daß uns hier die Vorgänge in zahlreichen preußischen Bezirken gleichzeitig vor Augen geführt werden: dadurch wird die vergleichende Erforschung verschiedener territorialer Einheiten ermöglicht. Im Rahmen der vorliegenden Darstellung erweist sich das besonders im Hinblick auf Ereignisse von zentraler Bedeutung wie die Bekanntmachung der Nürnberger Gesetze als Vorteil – aus den Lageberichten für den Monat ihrer Veröffentlichung (September 1935) können wir die unmittelbare Reaktion ablesen, die sie in beinahe allen preußischen Bezirken gefunden haben[45]. Aber auch in anderen Zeiten enthalten die Lageberichte Informationen über das passive und aktive Verhältnis der Bevölkerung zu den Juden.

Ein charakteristisches Beispiel für die Periode vor der Bekanntmachung der Nürnberger Gesetze ist der Lagebericht des Oberpräsidenten aus Breslau für die Monate April–Mai 1935. Im Abschnitt über „Juden und Freimaurer" heißt es:

> „Der Regierungspräsident in Breslau hat bereits auf eine sonntägige Neuerung im Breslauer Straßenbild hingewiesen, die darin besteht, daß SA-Leute unter Vorannarsch eines Trompetenbläsers Plakate durch die Straßen tragen, auf denen die Namen derjenigen christlichen Frauen verzeichnet sind, die mit jüdischen Männern in Beziehungen stehen ... Die Bevölkerung verhält sich dazu, wie bereits der Regierungspräsident berichtet hat, teils zustimmend, teils ablehnend ... Im Übrigen ist wesentlich Neues zur Judenfrage nicht zu berichten. Die Lage ist im allgemeinen unverändert. Trotz der Agitation gegen die Juden, wie z.B. in Breslau, bleibt die bedauerliche Tatsache, daß nicht nur jüdische Ärzte nach wie vor großen Zu-

[43] Der einzige Lagebericht dieser Art ist vom Gestapa angefertigt worden, nach einer mehrmonatigen Pause in der laufenden Berichterstattung, für die Monate Oktober 1936–Februar 1937; er ist aufbewahrt unter GStA/Rep. 90 P/86; siehe auch Dokumente, Nr. 12b.

[44] Nachrichtenblatt des Geheimen Staatspolizeiamtes Nr. 2 [Jg.] I., 28. 12. 33, BA/R58/1083. Auch in der Anweisung des Nachrichtenblatts Nr. 6 vom 3. 3. 34, die im GStA unter Rep. 90 P aufbewahrt ist, wird wieder die Notwendigkeit wahrheitsgetreuer Lageberichterstattung betont. Ferner findet sich dort ein Hinweis darauf, daß wichtige Berichte ganz oder teilweise an Reichs- und Staatsministerien weitergeleitet wurden.

[45] Nach IML/ZPA/St 3/99; Dokumente, Nr. 11; eine Auswahl weiterer Reaktionen nach den Lageberichten für Oktober 1935, Selected Sources, S. 67–69.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lauf haben, sondern das Publikum überhaupt, insbesondere auch die Landesbevölkerung, jüdische Geschäfte und jüdische Händler bevorzugt."[46]

Wie schon im Zusammenhang mit den SD-Lageberichten festgestellt wurde, führte diese Art der Berichterstattung zu Diskussionen innerhalb der verschiedenen Regierungskreise und hatte Auseinandersetzungen um Fortsetzung und Form des Meldeverfahrens zur Folge. Auch zwischen den Regierungsstellen und führenden Persönlichkeiten in Preußen hat es zu Beginn des Jahres 1936 scharfe Auseinandersetzungen gegeben, weil man die negativen Rückwirkungen fürchtete, die diese Berichte auf ihre Empfänger haben konnten. Göring, in seiner Eigenschaft als preußischer Ministerpräsident, schrieb am 2.4. 1936 in dieser Angelegenheit an die Regierungs- und Polizeipräsidenten u.a.:

„Da aber schon die Herstellung und Bearbeitung der Lageberichte es mit sich bringt, daß diese einem größeren Kreis von Personen bekannt werden, entsteht so die Gefahr, daß die Lageberichte selbst zur Verschlechterung der Stimmung beitragen. Was es schließlich bedeuten würde, wenn betont pessimistische Lageberichte, wie ich sie so in der letzten Zeit öfters gesehen habe, in falsche Hände, insbesonders in dem uns gegenüber noch feindlich eingestellten Auslande, geraten sollten, braucht nicht näher dargelegt zu werden.

Hiernach erscheint mir die Erstattung von Lageberichten nicht mehr möglich."[47]

Infolge dieses Briefes ordnete zunächst Heydrich als Chef der Gestapo am 8.4. 1936 die sofortige Einstellung der Lageberichterstattung an[48]. Dennoch erschienen die Lageberichte in unveränderter Form auch im folgenden Monat, und im Hintergrund wurde inzwischen der Kampf um die Frage geführt, wer zur Anfertigung und wer zum Empfang der Lageberichte berechtigt sei. Schließlich, um die Jahresmitte 1936, wurde die Form der Berichterstattung dahingehend geändert, daß die Regierungspräsidenten nur noch über Stimmung und Wirtschaftsfragen berichteten, während die Gestapo die Beobachtung weltanschaulicher Gegner übernahm und sich dabei besonders auf den „Gegner Marxismus" konzentrierte[49]. Für diese Periode vom Oktober 1936 bis zum Februar 1937 hat sich ausnahmsweise auch der überregionale Lagebericht der Gestapo erhalten, der die Vorgänge und Stimmungen in ganz Preußen zusammenfaßt[50]. Für die Folgezeit und bis zum Kriegsbeginn liegen Lageberichte der Gestapo aus den verschiedenen Regierungsbezirken Preußens, sowie einzelne Gesamtberichte des Gestapa für das Reichsgebiet vor, die die Tätigkeit des „Gegners Marxismus" behandeln. Auch hier hat sich besonders für das Jahr 1938 bedeutendes Material gefunden, das die Judenfrage betrifft[51].

---

[46] GStA/Rep. 90 P/88.

[47] GStA/Rep. 90 P/86.

[48] Ebenda, Runderlaß an die Regierungspräsidenten in dieser Angelegenheit.

[49] Ebenda, Fortsetzung der Korrespondenz zwischen den zuständigen Regierungsstellen.

[50] S. Anm. 43.

[51] Das von mir verwendete Material befindet sich im IML/ZPA und ist aufschlußreich im Hinblick auf die Reaktionen, die die Ereignisse der Kristallnacht unter Arbeitern und Marxisten überhaupt fan-

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Da die preußischen Lageberichte heute auf verschiedene Archive verteilt sind und die beiden wichtigsten dieser Archive sich diesseits und jenseits der Berliner Mauer befinden, ist es bisher nicht möglich gewesen, das Material zu konzentrieren und in seinen ursprünglichen Zusammenhang zu bringen. Für die vorliegende Untersuchung sind erstmals alle Sonderabschnitte zusammengestellt worden, die die Thematik des Judentums behandeln, und darüber hinaus nach Möglichkeit auch weitere relevante Stellen aus den allgemeinen Übersichten, die die Berichte zusammenfassen, oder Material zum jüdischen Aspekt, das sich in Sonderabschnitten zu anderen Themen fand[52].

Die parallele Gruppe von Lageberichten aus den Regierungsbezirken Bayerns weist eine ähnliche Struktur auf; sie wurde hauptsächlich von den Regierungspräsidenten, den Polizeidirektionen und der Gestapo verfaßt und betrifft alle sechs Regierungsbezirke des Landes. Die besondere Bedeutung dieses Materials liegt in der Tatsache, daß es vor der Machtübernahme der NSDAP bis ins Jahr 1944 in ununterbrochener Folge und fast vollständig erhalten ist[53]. Daraus ergibt sich unter anderem die Möglichkeit, die formale und thematische Entwicklung eines Meldeverfahrens zu verfolgen, dessen Anfänge in die Zeit vor der nationalsozialistischen Machtergreifung zurückreichen: diese Lageberichte spiegeln also den Kampf der NSDAP seit Anbeginn, einen Kampf, in dem der jüdische Aspekt bekanntlich eine nicht geringe Rolle gespielt hat[54].

Von besonderer Bedeutung sind die bayerischen Lageberichte für die Erforschung des Hintergrundes, auf dem sich die judenfeindlichen Ausschreitungen während und nach der Sudetenkrise im September-Oktober 1938 ausweiteten, bis sie im Rahmen der Pogrome der „Reichskristallnacht" im gesamten Reichsgebiet einen Höhepunkt fanden. Ihre Angaben ergänzen und konkretisieren die zusammenfassende, einigermaßen abstrakte Schilderung der SD-Lageberichte für das gesamte Reichsgebiet[55].

---

den. Vgl. z. B. Selected Sources, S. 89–90, sowie die in Public Opinion auf S. 279–282 abgedruckten Teile des Gesamtlageberichts des Gestapa, Abt. II A 4, zu diesem Thema.

52 Der größte Teil der Lageberichte der Gestapo und der Regierungs- und Oberpräsidenten aus Preußen befindet sich in zwei Archiven West- und Ostberlins, GStA und IML/ZPA. Mitunter kommt es vor, daß ein Monatsband, etwa der vom Oktober 1935, sich im IML/ZPA unter St3/100 findet, seine Fortsetzung dagegen, der vom November 1935, im GStA unter Rep. 90 P/84.

53 Näheres zu diesem im BHStA aufbewahrten Material bei Witetschek, Bd. I, S. VII–XIII (Ein Teil der dort als fehlend bezeichneten Lageberichte der Polizeidirektion München befindet sich im IML/ZPA, und die für das vorliegende Thema relevanten Teile dieses Materials wurden mir zur Verfügung gestellt). Ausführlicher über diese und andere bayrische Quellen und ihre Auswertung (insb. Berichte der Bezirksämter, der Landpolizei, der kreismittelbaren Städte, sowie der Oberstaatsanwälte, der Präsidenten der Oberlandesgerichte und des Rassenpolitischen Amtes in München) Broszat et al., Bayern in der NS-Zeit.

54 Vgl. dazu besonders die Quellen, die Phelps zu diesem Thema veröffentlicht und besprochen hat. R. H. Phelps, Hitler als Parteiredner im Jahre 1920, in: VfZ 11 (1963), S. 274–330.

55 Siehe z. B. „Auszug aus dem Jahresbericht der Zentralabteilung II 1 [im SD-Hauptamt] vom 1. November 1938", in dem berichtet wird: „Die Einstellung der Bevölkerung zur Judenfrage zeigte sich in den besonders in den letzten Monaten sehr zahlreichen Einzelaktionen, die zumeist eine Förderung durch die örtlichen Parteiorganisationen erfuhren" (BA/R58/956; Dokumente, Nr. 37). Vgl. dazu über Bayern in: Public Opinion, S. 230–234; Jerusalem Quarterly, 25, S. 137–139. In der mo-

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Daß die Lageberichterstattung auf der bayerischen Ortsebene kontinuierlich erhalten ist, ermöglicht uns auch Einblicke in die Haltung, die die Bevölkerung in den verschiedenen Orten zur Massendeportation der Juden in den Jahren 1941–43 eingenommen hat.

Dennoch könnte die Auslegung der bayerischen Lageberichte ohne eine vergleichende Befragung von Quellen aus anderen Ländern und von anderer Art verschiedentlich zu unberechtigten Schlüssen führen. Ein deutliches Beispiel dafür bietet die rege und vielschichtige Reaktion der Bevölkerung in allen Teilen des Reiches auf die Nürnberger Gesetze, die im zweiten Teil unserer Untersuchung dargestellt wird; Ian Kershaw hat hingegen für seine ansonsten aufschlußreiche Untersuchung über das Verhältnis der Bevölkerung zu den Juden im Dritten Reich in den bayerischen Lageberichten kaum einen sinnvollen Bezug auf diese Gesetze gefunden[56].

Ein anderes Beispiel für die methodologischen Probleme, die sich aus der Verwendung des bayerischen Quellenmaterials ergeben, bieten die Abschnitte, in denen die Reaktion der Bevölkerung auf die Nachrichten über die Massenvernichtung der nach dem Osten deportierten Juden geschildert wird. So lesen wir zum Beispiel im Monatslagebericht des Regierungspräsidenten in Augsburg vom 10. Juni 1943:

> „Der Schock von Stalingrad ist noch immer nicht ganz abgeklungen; es besteht in manchen Kreisen die Befürchtung, daß die dort von den Russen gemachten Gefangenen in Vergeltung für angebliche Massenerschießungen von Juden durch Deutsche im Osten getötet werden könnten."[57]

Wegen ihrer Wichtigkeit und ihres allgemeinen Charakters stehen solche Mitteilungen nicht in den nur den Juden gewidmeten Abschnitten, sondern zu Beginn der allgemeinen Zusammenfassungen über die Stimmung der Bevölkerung überhaupt. Bei der Quellenauswahl und den Untersuchungen zum jüdischen Aspekt haben jedoch die Forscher anscheinend die allgemeinen Abschnitte nicht in derselben Weise nach relevantem Material abgesucht. Und da sowohl Wiesemann als auch Kershaw den Mangel an Reaktionen betonen, den die Judenvernichtung bei der bayerischen Bevölkerung gefunden hat, darf vermutet werden, daß ihre Schlußfolgerungen vielleicht doch etwas anders ausgefallen wären, wenn sie bei der Auswertung der Lageberichte einem anderen methodologischen Ansatz gefolgt wären[58].

Andere geheime Lageberichte, die die Meinungsbildung der Bevölkerung im Dritten Reich zum Thema haben – wie zum Beispiel die Berichterstattung der Partei-

---

nographischen Darstellung über Bayern in der NS-Zeit (s. Anm. 14, 22) blieb dieses Material unbeachtet, wodurch das traditionelle Bild der schlagartig ansetzenden, ausschließlich von oben angestifteten „Novemberaktion" unangetastet erscheint.

[56] Kershaw, Antisemitismus.

[57] BHStA, MA 106703, I. Allgemeines, A. Volksstimmung und -haltung, S. 1; Dokumente, Nr. 61. Eine ähnliche Mitteilung enthält ein Lagebericht aus dem gleichen Bezirk, im gleichen Abschnitt, schon einen Monat zuvor: am 10. 5. 43, S. 1–2 ebenda.

[58] Diese methodologische Problematik besteht auch für andere Zeitabschnitte, wie etwa die Sudetenkrise und die Nürnberger Gesetzgebung, die weiter oben schon in einen anderen methodologischen Zusammenhang gestellt worden sind.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dienststellen, des Propagandaministeriums und der SA –, haben für die Forschung, soweit sie erhalten sind, geringeres Interesse[59]. Dennoch bringen die zentralen Lageberichte der Münchner Parteikanzlei mitunter Auszüge aus anderen Lageberichten wie etwa des SD, die sich an keiner anderen Stelle erhalten haben und aus denen sich die ursprünglichen Berichte teilweise rekonstruieren lassen. In einigen Fällen haben sich auf diese Weise bedeutende Berichte über Stellungnahmen der deutschen Bevölkerung zur Massenvernichtung gefunden[60].

Diese Stellen werden in den Untersuchungen von Steinert[61] und Stokes[62] nicht erwähnt, obwohl beide Arbeiten das Verhältnis der deutschen Bevölkerung zur Judenvernichtung im Dritten Reich in erster Linie auf Grund der SD-Lageberichte im Bundesarchiv bzw. ihrer in den Vereinigten Staaten befindlichen Mikrofilme behandeln. Ein methodologischer Ansatz, der auch scheinbar weniger ergiebige Quellen heranzieht, kann daher zweifellos zur Erweiterung der Quellenbasis beitragen, um neues Licht auf schwierige Themen zu werfen, und sei es auch auf dem Wege der Rekonstruktion von Fragmenten.

Als zusätzliches Quellenmaterial anderer Art sind die vertraulichen periodischen Berichte nicht unbedeutend, die in Deutschland stationierte ausländische Vertretungen über die Stimmung im Reich verfaßten und in denen sie unter anderem auch auf den jüdischen Aspekt eingingen[63], sowie eine Anzahl von Tagebüchern und Memoiren ehemaliger Diplomaten und Korrespondenten. Von den veröffentlichten Tagebüchern und Memoiren sollten besonders die Tagebücher Ulrich von Hassells erwähnt werden, die unter anderem wertvolle Berichte über Stellungnahmen konservativer Kreise zu den Vorgängen der „Reichskristallnacht" und zur Behandlung der Juden im besetzten Polen enthalten, darunter ziemlich genaue Angaben über Massenvergasungen der deportierten Juden. Von Bedeutung sind auch das Tagebuch des 1934–41 in Deutschland tätigen amerikanischen Journalisten Shirer und das Tagebuch des amerikanischen Botschafters Dodd[64].

Weiteres Material, das insbesondere die Haltung der Bevölkerung zu den Juden während der Novemberpogrome des Jahres 1938 beleuchtet, bieten die Gerichtsakten zu Hunderten von Prozessen, die nach dem Zweiten Weltkrieg in verschiedenen Or-

---

59 Vgl. hierzu Unger sowie Steinert.

60 Parteikanzlei II B4, München, Auszüge aus Berichten der Gaue u.a. Dienststellen; aus SD-Abschnitt Linz, III C4, Presse. Auswirkungen der Presse- und Rundfunklenkung in der Zeit v. 5.5.–8.5.1943, BA/NS6/409; diese Quelle – und einige andere, ihr ähnliche – sind im BA von meinem Mitarbeiter David Bankier aufgefunden worden. Vgl. Public Opinion, S. 288–290.

61 S. Anm. 19, 20.

62 S. Anm. 21.

63 Dieses Material ist heute zum Teil in den offiziellen Veröffentlichungen, z. B. „Documents on British Foreign Policy 1919–1939" einbezogen oder als Archivquelle weitgehend zugänglich.

64 U. v. Hassell, Vom anderen Deutschland. Aus den nachgelassenen Tagebüchern 1938–1944, Frankfurt a. M., 1964; W. L. Shirer, Berlin Diary 1934–1941, London 1941; E. W. Dodd, ... Ambassador Dodd's Diary 1933–1938; vgl. auch Martha Dodd, Through Embassy Eyes, New York 1939 (ein besonderes Kapitel ist den Juden und ihrer Stellung in Staat und Gesellschaft gewidmet, S. 303–318).

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ten der Bundesrepublik gegen Teilnehmer an diesen Ausschreitungen angestrengt worden sind. In vielen Fällen bietet die Darstellung der Ereignisse, wie sie die Akten verzeichnen, eine detaillierte Schilderung des Verhaltens, das die verschiedenen Kreise der Bevölkerung an den Tag gelegt haben[65]. Die große Anzahl der Orte, an denen diese Ermittlungen und Rekonstruktionen durchgeführt worden sind, erlaubt auch hier eine vergleichende Forschung und einige zusammenfassende Schlußfolgerungen.

Schließlich sollten hier noch einige Quellensammlungen Erwähnung finden, die ebenfalls Material von Bedeutung enthalten: so die Sammlungen von Aussagen deutschstämmiger Juden über ihr Leben unter dem nationalsozialistischen Regime, die oft kurz nach ihrer Auswanderung oder wenige Jahre nach Kriegsende schriftlich niedergelegt worden sind, entweder von den Zeugen selbst oder in ihrem Namen. Die größten Sammlungen dieser Art befinden sich in den Archiven des Leo Baeck Instituts in New York und Jerusalem bezw. im Yad Vashem Archiv in Jerusalem; die Yad Vashem-Sammlung enthält Abschriften ähnlicher Aussagen, die von der Londoner Wiener Library gesammelt worden sind[66].

Zusammenfassend kann zur Problematik des hier besprochenen Quellenmaterials und den Möglichkeiten seiner kritischen Erforschung gesagt werden: Die Anweisungen, die von leitenden Stellen zur Informationssammlung und Abfassung der erhaltenen Lageberichte vorliegen, können uns einen Hinweis zur Beurteilung des Wirklichkeitsbildes geben, das uns aus diesen Berichten entgegentritt. Die Vielzahl und die Kontinuität der verschiedenen Lageberichte ermöglichen einen hierarchisch oder territorial angelegten kritischen Vergleich, ferner eine Gegenüberstellung mit anderen Quellen, aus denen Informationen zu gleichen Themenkreisen vorliegen.

Ein besonderer Vorteil dieses Quellenmaterials liegt darin, daß man mit seiner Hilfe durchgehende Entwicklungslinien überprüfen kann. Es ermöglicht eine Darstellung der chronologischen Entfaltung, indem es eine Fülle nuancenreicher Details bietet, die die Schwankungen in der Haltung der Bevölkerung belegen, wie Phasen der Unterstützung des Regimes und der kritischen Distanz zu ihm, der abnehmenden und der zunehmenden Feindseligkeit den Juden gegenüber; auch das Verhältnis der Bevölkerung zur jeweiligen Judenpolitik und zu Maßnahmen des Regimes gegen die Juden können wir überprüfen, ebenso die Ablehnung bzw. Zustimmung oder Gleichgültigkeit, mit der die verschiedenen Teile der Bevölkerung den antijüdischen „Einzelaktionen" auf der Ortsebene gegenüberstanden.

Die kritischen Situationen und Ereignisse, die die Wendepunkte im Schicksal der Juden und in der NS-Judenpolitik bilden, führten gewöhnlich zu einer verstärkten Reaktion der Bevölkerung, was es uns ermöglicht, Veränderungen in der Haltung zu registrieren, die die verschiedenen Bevölkerungsteile besonders zu den Ereignissen

---

[65] Eine umfangreiche Sammlung dieses Materials, die in der Hauptsache Anklageschriften und Gerichtsurteile dieser Prozesse umfaßt, ist im Yad Vashem Archiv, Jerusalem, aufbewahrt.

[66] S. Ball-Kaduri, Testimonies and Recollections about Activities organized by German Jewry during the Years 1933–1945 (Catalogue of Manuscripts in the Yad Vashem Archives), in: Yad Vashem Studies 4 (1960) and 7 (1968). Diese Quellen wurden zum Beispiel in den Arbeiten von Rodrigue (s. Anm. 9) und Kershaw (s. Anm. 22) herangezogen.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

einnahmen, die die zunehmende Radikalisierung der antijüdischen Politik bestimmten. Für die Geschichte der Juden im Dritten Reich lassen sich eine ganze Reihe solcher Situationen festhalten. Als Beispiele wären zu nennen: der Judenboykott vom 1. April 1933 und die ihm folgende antijüdische Gesetzgebung; die erneute Terror- und Boykottwelle im Sommer 1935 und die Bekanntmachung der Nürnberger Gesetze im September 1935; das Verhältnis zu den Juden zur Zeit der Sudetenkrise im September–Oktober 1938; die Pogrome der „Kristallnacht" im November 1938; die Haltung zu den Juden bei Ausbruch des Zweiten Weltkrieges; die Einführung des Judensterns im September 1941; die gleichzeitig einsetzenden Massendeportationen von Juden; die Nachrichten über die Massenvernichtung der Deportierten in den besetzten Ostgebieten, deren Widerhall in der ersten Jahreshälfte 1943 infolge der Nachrichten über die Niederlage bei Stalingrad und über Katyn einen Höhepunkt erreichte. Es sollte betont werden, daß angesichts der Ereignisse und der sich ständig verändernden Lage nicht nur Reaktionen, sondern auch das Ausbleiben von Reaktionen auf die Judenpolitik von Bedeutung sind; aufschlußreich sind ebenso Vergleiche mit Reaktionen auf Maßnahmen des Regimes, die nicht gegen Juden, sondern gegen andere Bevölkerungsteile gerichtet waren[67].

Ein weiterer Aspekt, der auf Grund der hier besprochenen Quellen erforscht werden kann, ist ihr Informationsgehalt bezüglich des inneren Lebens der jüdischen Gesellschaft im Dritten Reich. Denn die dem Judentum gewidmeten Abschnitte der Lageberichte geben auch ein detailliertes Bild der Stimmungen, der Reaktionen und der Tätigkeiten, die den jüdischen Sektor in allen Lebensbereichen charakterisierten. Dieser Aspekt konnte jedoch im Rahmen der vorliegenden Untersuchung nicht behandelt werden[68].

Abschließend sei noch auf die wichtige Tatsache hingewiesen, daß die Informationen der Lageberichte – besonders die der Gestapo- und der SD-Lageberichte – auch eine Grundlage für die Initiativen, Vorschläge und Entscheidungen zu konkreten Maßnahmen bildeten, die das Regime zur „Lösung der Judenfrage" unternahm; die geheime Lageberichterstattung muß daher auch als Quellenmaterial zur praktischen Judenpolitik des nationalsozialistischen Regimes herangezogen werden.

---

[67] Gemeint sind z. B. verschiedene Phasen der Verfolgung der Geistlichen und Bekämpfung der kirchlichen Organisationen, die „Euthanasie", aber auch allgemeine, spannungserregende Maßnahmen und Situationen, die zu starken Reaktionen der Bevölkerung führten, wie etwa die Aufrüstungspolitik und der dadurch verursachte Mangel an Konsumgütern, die Kriegsgefahr während der Sudetenkrise 1938 und in den Monaten vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs, die militärische Lage während des Krieges und ähnliches.

[68] Zum Problem der methodologischen Behandlung dieser Teile der Lageberichte siehe Jewish Question, S. 53 ff.; in Bezug auf konkrete geschichtliche Problematik ebenda, S. 236 ff.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

II

Die deutsche Bevölkerung und die Nürnberger Rassengesetze

Wenden wir uns nun dem Versuch zu, das Quellenmaterial am Beispiel einer konkreten Situation auszuwerten: der Reaktion der Bevölkerung auf die Nürnberger Gesetze. In den wenigen Arbeiten, die sich bisher auf Grund dieser Quellen mit dem Verhältnis der Bevölkerung zu den Juden beschäftigt haben, hat dieses Thema keine eingehende Behandlung erfahren, sei es wegen ihrer Konzentration auf die Kriegsjahre[69], sei es wegen der beschränkten Quellenbasis, die ihnen eine solche Behandlung nicht ermöglichte[70]. Aus drei Gründen ist aber die Untersuchung dieses Themas von besonderer Bedeutung: Einmal läßt sich durch sie ein grundlegendes Verständnis der Stellung der Juden innerhalb der deutschen Gesellschaft in den Anfangsjahren des Dritten Reiches erarbeiten; zum andern beleuchtet sie die Wechselbeziehungen, die zwischen der Meinung der Bevölkerung und der offiziellen Politik dieser Periode bestanden; und schließlich ist sie aufschlußreich im Hinblick auf die Frage nach der Kontinuität und dem Wandel in der Haltung, die die Bevölkerung zum späteren Schicksal der Juden bis in die Zeit der „Endlösung" durch Massendeportationen und Vernichtung einnahm.

Die beiden Verfassungsgesetze – das „Reichsbürgergesetz" zur Aberkennung der bürgerlichen Gleichberechtigung der Juden und das „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre" – wurden vom Reichstag erlassen, der anläßlich des „Reichsparteitags der Freiheit" im September 1935 in Nürnberg einberufen worden war[71]. Nachträgliche Aussagen zum Thema haben den Eindruck geschaffen, als wären diese Gesetze in Eile und improvisiert entstanden; zugleich aber bildeten sie offensichtlich die legale Grundlage für Forderungen, die bereits im ursprünglichen Parteiprogramm der NSDAP verankert waren[72]. Hitlers Reichstagsrede, in der er für die Annahme der Gesetze eintrat, endete mit der eindeutigen Erklärung: „Hinter allen drei Gesetzen[73] steht die Nationalsozialistische Partei und mit ihr und hinter ihr die Nation."[74] Dieses Bild monolithischer Identifikation der Partei und des deutschen Volkes mit der antijüdischen Gesetzgebung in Nürnberg vor dem Hintergrund eksta-

---

69 S. die Arbeiten von Steinert und Stokes.

70 S. Wiesemann und Kershaw.

71 Den Text der beiden Gesetze vom 15. September 1935 sowie der ersten Durchführungsverordnung vom 14. November, in dem der Begriff „Jude" im Rahmen dieser Rassengesetze definiert wird, bei W. Scheffler, Judenverfolgung im Dritten Reich, Berlin 1960, S. 21, 71.

72 Zu den Aussagen Bernhard Löseners und ihrer Problematik siehe S. 617 f. und Anm. 123, 124. Zur Entstehung der Nürnberger Rassengesetze vgl. jetzt L. Gruchmann, „Blutschutzgesetz" und Justiz, in: VfZ 31 (1983), S. 418–442.

73 Einschließlich des Flaggengesetzes, mit dem das nationalsozialistische Hakenkreuz zur einzigen Nationalflagge erklärt wurde. „Juden ist das Hissen der Reichs- und Nationalflagge und das Zeigen der Reichsfarben verboten. Dagegen ist ihnen das Zeigen der jüdischen Farben gestattet..."

74 M. Domarus (Hrsg.), Hitler. Reden und Proklamationen 1932–1945, Wiesbaden 1973, S. 537.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tischer Beifallskundgebungen der Massen auf dem Parteitag fand natürlich auch in der deutschen Presse seinen Niederschlag und verfehlte seinen Eindruck auf das Ausland nicht.

Wie aber wurden die Gesetze in Wirklichkeit aufgenommen, und welche Bedeutung wurde ihnen in der deutschen Bevölkerung beigemessen? Nach der Serie monatlicher Lageberichte der Gestapo und der Regierungs- und Oberpräsidenten, die für den Zeitraum August–November 1935 in allen Regierungsbezirken Preußens und Bayerns angefertigt wurden[75], muß zunächst festgestellt werden, daß die Reaktionen auf die Gesetze recht unterschiedlich waren und sie die nach außen projizierte Einheitlichkeit ihrer Aufnahme durchaus nicht bestätigten.

In vielen Regierungsbezirken wurde die positive Aufnahme hervorgehoben, die die Gesetze bei der Mehrheit der Bevölkerung gefunden hätten: Besonders habe die Schaffung eines formalen gesetzlichen Rahmens Zustimmung gefunden; dabei würden die verkündeten Gesetze als die erwünschte Lösung einer sozialen, kulturellen und biologischen Ausschaltung der Juden und ihrer Absonderung von der deutschen Bevölkerung angesehen, die gleichzeitig die Grundlage für ein „autonomes" Leben der Juden bilden sollte. Charakteristisch für diese Reaktion ist der Lagebericht für September aus Berlin, in dem es heißt:

„Die vom Reichstag auf dem Parteitag der Freiheit verabschiedeten neuen Gesetze, und zwar das Reichsbürgergesetz und das Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre, haben nach Jahren des Kampfes zwischen Deutschtum und *Judentum* endlich klare Verhältnisse geschaffen: Das Judentum wird zur nationalen Minderheit gestempelt und erhält bei staatlichem Schutz die Möglichkeit, ein eigenes Kulturleben und sein eigenes völkisches Leben zu entfalten. Jede Einmischung in die völkischen Belange der deutschen Nation ist für alle Zukunft unmöglich und verboten. Die Gesetze haben überall große Befriedigung und Begeisterung im Volke ausgelöst."[76]

Ähnlich der Lagebericht aus Koblenz:

„Das Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre wurde größtenteils mit Genugtuung aufgenommen, nicht zuletzt deshalb, weil es psychologisch mehr als die unerfreulichen Einzelaktionen[77] die erwünschte Isolierung des Judentums herbeiführen wird ... Die Frage, wie weit das jüdische Blut aus dem

[75] Eine systematische Überprüfung der Lageberichte aus annähernd vierzig Regierungsbezirken der beiden größten Länder des Reiches wurde möglich durch die Zusammenstellung von relevanten Stellen und Abschnitten aus Archiven in Ostberlin (IML/ZPA/St 3/99–100), Westberlin (GStA/Rep. 90 P/83–84) und München (BHStA/MA/106 677). Wegen des umfangreich und vielgestaltig vorliegenden Quellenmaterials wird im begrenzten Raum der vorliegenden Untersuchung weder sekundäres noch ergänzendes Material herangezogen.

[76] IML/ZPA/St 3/99 (Dokumente, Nr. 11). Das Zitat ist der allgemeinen Einführung des Lageberichts entnommen, in der die zentralen Themen und Ereignisse des Berichtsmonats behandelt werden.

[77] Der Begriff Einzelaktionen bezeichnet in der Regel antijüdische, von lokaler Initiative ausgehende Ausschreitungen. Vgl. dazu Wiesemann, S. 453 Anm. 17.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

deutschen Volkskörper ausgeschaltet werden soll, gibt noch zu lebhaften Diskussionen Anlaß."[78]

Anders heißt es hingegen im gleichen Monat im einleitenden, allgemeinen Teil des Lageberichts aus dem Regierungsbezirk Aachen:

„Die in Nürnberg verkündeten neuen Gesetze haben nicht den einhelligen Beifall der Bevölkerung gefunden ... Die Juden-Gesetzgebung findet, wie bei der bekannten Mentalität der hiesigen katholischen Bevölkerung nicht anders zu erwarten war, in kirchlichen Kreisen keinen Beifall; begrüßt wird lediglich, daß die Juden-Gesetzgebung Auswüchse in der antisemitischen Propaganda und Ausschreitungen unterbindet. Es wäre in der Tat begrüßenswert, wenn nunmehr solche antisemitische Ausschreitungen, die von dem überwiegenden Teil der Bevölkerung verurteilt werden, ihr Ende finden würden; im Berichtsmonat waren noch mehrere Einzelaktionen gegen Juden zu verzeichnen, die bei der hiesigen Bevölkerung – und zumal bei der Nähe der Reichsgrenze – mehr Schaden als Nutzen angerichtet haben."[79]

Eine detaillierte Beschreibung solcher „Einzelaktionen" an verschiedenen Orten im Regierungsbezirk Aachen, einschließlich der Texte antijüdischer Hetzschriften an Hauswänden, findet sich im Abschnitt des Lageberichtes, der dem Thema „Juden"[80] gewidmet ist; wir werden später noch auf diesen Aspekt zurückkommen.

Konkrete Beispiele für „Ausführungen, die der nationalsozialistischen Weltanschauung widersprechen und die vom Staate ergriffenen Maßnahmen auf dem Gebiete der Rassenfrage ... kritisieren", werden aus Predigten evangelischer Pfarrer im Septemberbericht der Stadt Speyer und ihres Regierungsbezirks, der Pfalz, zitiert. Diese Predigten fanden auch in zwei Kirchenblättern Abdruck, die daraufhin konfisziert wurden. Im gleichen Zusammenhang wird berichtet, daß innerhalb der evangelischen Kirche noch immer darüber diskutiert werde, ob man Juden, die den Glaubensübertritt vollziehen wollten, in die christliche Kirche aufnehmen solle; die Befürworter gehörten der Bekenntnisfront an[81]. Dagegen wird in der allgemeinen Übersicht zu Beginn des Lageberichtes mitgeteilt, die „vom Deutschen Reichstage in

---

[78] Lagebericht der Stapostelle Koblenz für September, IML/ZPA/St 3/99, S. 9. Eine ähnliche Haltung z. B. im Bericht aus Oldenburg, ebenda, S. 1.

[79] Ebenda, S. 9 f. des Lgb. auch Aachen.

[80] Ebenda, S. 63 ff.

[81] BHStA/MA/106 677, S. 7 f. des Lageberichtes, Abschnitt: „Evangelische Kirche". Die Reaktion der evangelischen Kirche auf die Nürnberger Gesetze wurde auf der Bekenntnissynode der altpreußischen Union in Steglitz besprochen, die Ende September 1935 stattfand. Obwohl verschiedene Teilnehmer einen ausdrücklichen Bezug auf die Nürnberger Gesetze forderten, war der einzige Paragraph ihrer offiziellen Beschlüsse, der sich auf das Thema der Juden bezog, eine Rüge der Gemeinden, die eine Fortsetzung der Judentaufe verboten. Vgl. dazu W. Niemöller, Steglitzer Synode, Arbeiten zur Geschichte des Kirchenkampfes, Bd. 23, Göttingen 1970. Der erwähnte Lagebericht scheint das Echo auf diese Beschlüsse zu verzeichnen. Eindeutige Aussagen finden sich in anderen Lageberichten vom Oktober, wie etwa im Bericht der Gestapo aus dem Reg. Bez. Harburg-Wilhelmsburg, in dem es unter anderem heißt: „Die Beschlüsse der Steglitzer Bekenntnissynode sind in Kirchenkreisen lebhaft besprochen worden. Namentlich die Stellungnahme der Synode zu der Judenfrage ..." (IML/ZPA/St 3/100; Kirchenpolitik, a. Evangelische Kirche, S. 5 des Lgb.).

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Nürnberg am 15. September 1935 beschlossenen neuen Reichsgesetze ... haben bei dem größten Teile der Bevölkerung unverkennbare Zustimmung gefunden. Durch diese neuen Bestimmungen wurde mancher Streitstoff ... nunmehr endgültig beseitigt"[82].

Ein deutliches Beispiel dafür, daß eine Stadt wie Allenstein, deren Bevölkerung in der Mehrheit katholisch war, sich in ihrer Einstellung zu den Juden von ihren protestantischen Nachbarstädten im gesamten Regierungsbezirk unterschied, bietet der Oktoberbericht des Oberpräsidenten Ostpreußens aus Königsberg. Das findet nicht nur in der Reaktion auf die Nürnberger Gesetze seinen Ausdruck, sondern auch im Gesamtbereich täglicher Beziehungen im Wirtschafts- und Gesellschaftsleben. Der Lagebericht vermerkt unter anderem:

„In der Stadt Allenstein, mit überwiegend katholischer Bevölkerung, mußte die Wahrnehmung gemacht werden, daß nach wie vor viel in jüdischen Geschäften gekauft wird. Hinzu kommt noch, daß ein Teil der katholischen Bevölkerung judenfreundlich eingestellt ist und wenig Verständnis für die Rassengesetzgebung zeigt ... In Allenstein selbst sind deshalb sichtbare Erfolge der antisemitischen Bestrebungen und ein größeres Absinken der jüdischen Bevölkerungsziffer nicht wahrzunehmen. Dagegen zeigen die Städte des Bezirks ein anderes Bild ..."[83]

Die konfessionelle Bindung war nicht der einzige Faktor, auf den in den verschiedenen Lageberichten eine kritische Einstellung der Bevölkerung zu der antijüdischen Rassengesetzgebung zurückgeführt wurde[84]. Ein Beispiel ist ein Bericht aus Berlin, in dem eine politisch motivierte Ablehnung des Antisemitismus und der Nürnberger Gesetze seitens der marxistischen Linken deutlichen Ausdruck findet. Im Abschnitt „Verbreitung von Hetzschriften" heißt es dort:

„In den Zellenzeitungen und Flugblättern nimmt die Hetze gegen den Antisemitismus einen großen Raum ein. Durch Verbreitung von Streu- und Klebezetteln wird versucht, auf die Bevölkerung einzuwirken. Von den in größerer Zahl erscheinenden Hetzzetteln seien einige hier angeführt:

‚Wir hassen keine Rasse – aber wir hassen die Kapitalistenklasse.'

‚Ob Jude oder Christ – des Arbeiters Feind heißt Kapitalist.'

‚Arbeiter! Augen auf! Die Judenhetze soll von dem Bruch aller Naziversprechungen ablenken!'

---

82 Ebenda, S. 2, Abschnitt: „Allgemeines".

83 IML/ZPA/St3/100, S. 15 f., Abschnitt: „Juden und Freimaurer". Im Folgenden wird die feindselige Haltung geschildert, die die Bevölkerung in den Städten der protestantischen Umgebung den Juden gegenüber an den Tag legte, der Erfolg der antisemitischen Parteitätigkeit, die Verschärfung des Wirtschaftsboykotts sowie Einzelheiten über Auflösung und Liquidierung jüdischer Geschäfte.

84 Im vorliegenden Rahmen kann keine zusammenfassende Analyse der Haltungen vorgenommen werden, wie sie die beiden Kirchen und die Laienbevölkerung den Juden gegenüber eingenommen haben. Es muß jedoch gesagt werden, daß nicht jede kirchliche Kritik an der antisemitischen Politik des Regimes frei ist von religiösem oder sozialem Antagonismus gegen die Juden selbst. Vgl. dazu W. Tal, Law and Theology. On the Status of German Jewry at the Outset of the Third Reich (1933/4), Tel Aviv 1982.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

‚Wir Arbeiter kämpfen nicht nur gegen Wertheim und Tietz, wir kämpfen auch gegen Siemens und Krupp!'

Auch in den Flugblättern, die sich mit diesem Thema befassen, wird der Antisemitismus als Ablenkungsmanöver der nationalsozialistischen Regierung hingestellt. So schreibt das Flugblatt ‚Anti-Stürmer', Kampfblatt gegen Antisemitismus und Rassenhaß ... Aufruf an die werktätige Bevölkerung:

‚Der Antisemitismus als Ablenkungsmanöver ist nicht etwa eine Erfindung des Nationalsozialismus, sondern ein alterprobtes Mittel aller auf Ausbeutung beruhenden Wirtschaftsformen ...

Verwandelt alle antisemitischen Kundgebungen in antifaschistische Demonstrationen. Fragt die Kundgeber und die neugierig Umherstehenden, ob durch Schließung eines jüdischen Geschäfts die Lebensmittel billiger werden, oder durch die Überfälle auf Juden die Löhne steigen.

Bleibt nicht auf halbem Wege stehen. Verbindet Euren Kampf gegen den Antisemitismus mit dem gegen den Faschismus überhaupt ... Bedenkt, es kommen neue Abzüge und Lohnkürzungen. Die Kriegsvorbereitungen werden immer eifriger betrieben. Die Lebenshaltung des Volkes wird immer weiter herabgedrückt werden. Man wird versuchen, Euch von Eurer Not durch eine Judenhetze abzulenken. Laßt Euch nicht durch Eure Ausbeuter irreführen. Bleibt nicht untätig. Wer sehenden Auges eine solche Entwicklung duldet, macht sich mitschuldig und mitverantwortlich für alle kommenden Greuel."[85]

Ein ähnliches, allerdings seltenes Beispiel kommunistischer Aktivität liegt in einem Bericht der Gestapo über Bochum vor. Der dort zitierte Aufruf wandte sich jedoch nicht an die Arbeiterschaft, sondern an katholische und protestantische Organisationen:

„Bemerkenswert ist eine von Kommunisten in Bochum verbreitete Flugschrift, die sich an die katholische Jugend und die Verbände der protestantischen Bekenntniskirche richtet. Das Flugblatt hat folgenden Wortlaut:

‚Durch die verschiedene Weltanschauung sind wir junge Kommunisten von der Jugend der katholischen und der protestantischen Anti-Nazi-Kirche getrennt. In einem Punkt müssen wir aber in einer Front stehen. Der Terror des Nazismus verlangt von uns die Einheitsfront im Widerstand gegen den gemeinsamen Feind

[85] IML/ZPA/St 3/99; Stapo-Lagebericht, Berlin, für September 1935, III. Verbreitung von Hetzschriften, S. 24 f. Auch im Lagebericht aus Berlin für Oktober wird über „Verbreitung illegaler Hetzschriften" in Bezug auf die Nürnberger Gesetze berichtet: „Inhaltlich beschäftigen sich die Hetzblätter im wesentlichen mit denselben Themen, die bereits in dem Bericht des Vormonats im einzelnen aufgeführt sind. Die Hauptpunkte sind der Nürnberger Parteitag, die Judengesetze, der Butter- und Fettmangel, die niedrigen Löhne im Gegensatz zu den hohen Gehältern, die deutsche Aufrüstung, die Einziehung der Jahrgänge 1914/15 und der Hinweis auf einen bevorstehenden Krieg. Neu ist die Hetze gegen die Winterhilfe" (ebenda, St 3/100, S. 21). Über die illegalen Tarn- und Flugschriften vgl. H. Gittig, Illegale antifaschistische Tarnschriften 1933–1945, Lizenzausgabe Frankfurt a. M. 1972 (Printed in D.D.R.); P. Dohms, Flugschriften in Gestapo-Akten des Hauptstaatsarchivs Düsseldorf mit einem Literaturbericht und Quellenübersicht zu Widerstand und Verfolgung im Rhein- und Ruhrgebiet 1933–1945, Siegburg 1977. Über die Einstellung der KPD zur Judenfrage und der NS-Judenpolitik vgl. D. Bankier (s. Anm. 24).

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Hitler! ... Organisiert planmäßig den Kampf für die Gewissensfreiheit! Erhebt die Forderung: Heraus mit den politischen Gefangenen! Heraus mit den eingekerkerten Pfarrern, Ordensschwestern und den Pastoren der Bekenntniskirche aus Zuchthäusern, Gefängnissen und Konzentrationslagern! Beunruhigt durch religiöse Propaganda die Massen gegen die Unterdrückung! Erzwingt Toleranz für die Juden, die Menschenantlitz tragen wie wir alle! ...'"[86]

Vielerorts wird in den Lageberichten die ablehnende Haltung ausdrücklich in Zusammenhang mit der Einstellung bestimmter Bevölkerungsschichten gebracht:

„Während im Allgemeinen Verständnis für die Eindämmung des jüdischen Einflusses besteht, gibt die Einstellung der ländlichen Bevölkerung in dieser Hinsicht zu Klagen Anlaß."[87]

Im gleichen Bericht wird auch die „volle Ablehnung der Anti-Juden-Propaganda in den Kreisen der früheren Angehörigen der SPD und KPD" im Regierungsbezirk Hannover erwähnt[88].

Aus Kreisen des liberalen Bürgertums waren ebenfalls kritische Stimmen gegen die antijüdische Rassenpolitik vernehmbar. Das kommt zum Beispiel im Abschnitt „Juden" des Lageberichts aus Halle zum Ausdruck:

„Die weitere Entwicklung des gesamten Judenproblems wurde selbstverständlich in entscheidender Weise durch die Gesetze des Nürnberger Reichstages beeinflußt ... In der Bevölkerung sind die Gesetze zum großen Teil, auch in nicht nationalsozialistischen Kreisen, mit Verständnis aufgenommen worden. Es kann im allgemeinen festgestellt werden, daß im Volke die Erkenntnis für diese grundlegende Frage der gesamten Weltanschauung des Nationalsozialismus wächst. An Einsicht mangelt es am meisten bei vielen Personen, die den sogenannten besseren und gebildeten Kreisen angehören. Gerade hier kann man sehr häufig feststellen, daß der rassische Urinstinkt nahezu völlig verloren gegangen zu sein scheint. Man glaubt – ähnlich wie beim Abstoppen des U-Boot-Krieges – einen notwendigen Kampf umgehen zu können, indem man dem Gegner auf seinem Gebiet Konzessionen macht"[89].

Einen weiteren Ausdruck der Kritik oder zumindest der Besorgnis vor negativen Rückwirkungen riefen die antijüdischen Rassengesetze in Wirtschaftskreisen hervor: dort fürchtete man die Reaktion des Auslandes, besonders die Gefahr eines verstärk-

---

[86] Allgemeine Übersicht über die politische Lage im Monat September 1935 im Bezirk der Staatspolizeistelle für den Bezirk Arnsberg in Dortmund, IML/ZPA/St 3/99, S. 6.

[87] Stapo Lagebericht, Reg. Bez. Hannover für September 1935, Juden, S. 3 f., ebenda. Vgl. Wiesemann und Kershaw (s. Anm. 14 u. 22) über die ablehnende Einstellung der Landbevölkerung in Bayern zum NS-Antisemitismus insbesondere im wirtschaftlichen Bereich. Dabei kann aber gerade die Zentralität der Beziehungen zwischen dem jüdischen Viehhändler und dem bayerischen Bauer in diesen beiden Arbeiten gewissermaßen irreführend sein; denn der sozio-ökonomische Charakter des bayerischen Judentums und die spezifisch bayerischen Quellen sind nicht repräsentativ für das Gesamtbild des deutschen Judentums und für die Rolle des Antisemitismus im sozio-ökonomischen Bereich.

[88] IML/ZPA/St 3/99, S. 4.

[89] Ebenda, St 3/99, S. 7 f.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ten Wirtschaftsboykotts gegen Deutschland, wie er von den Juden des Auslandes und den von ihnen beeinflußten Kreisen ausgehen könnte. Im Lagebericht der Polizeidirektion München für August-September wird diese Frage in der „Allgemeinen Übersicht über die innenpolitische Entwicklung" erörtert:

„Die gesetzgeberischen Maßnahmen, zu deren Behandlung der Reichstag nach Nürnberg einberufen worden war, gaben der Einwohnerschaft Anlaß zu angeregter Besprechung ... Das zuletzt genannte Gesetz [zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre] fand allgemeine Billigung ... In Handelskreisen hat das Gesetz die Befürchtung ausgelöst, daß die deutschfeindlichen Judenkreise im Ausland diese Gesetzesregelung als Anlaß zum Ausbau des Boykotts der deutschen Wirtschaft nehmen werden."

Schon sei auf „dem Zionistenkongreß im vergangenen Monat ... ernsthaft hierüber gesprochen worden"[90]. Auch in verschiedenen Lageberichten aus Preußen ist von Besorgnis die Rede; es werden konkrete Angaben über Boykottmaßnahmen gemacht (Briefe, die Exportwaren abbestellen oder die Teilnahme an der Leipziger Messe absagen und dabei die Nürnberger Gesetze als direkten Anlaß angeben); als Quellen für diese Informationen sind „maßgebende Wirtschafts- und Industriekreise" genannt[91]. Daneben befürchteten Angestellte in jüdischen Firmen und Geschäften den Verlust ihrer Stellung[92].

Als letzter Aspekt der Kritik, die die Bevölkerung im Rahmen ihrer Reaktion auf die Nürnberger Gesetze äußerte, muß die häufige Ablehnung erwähnt werden, die die antisemitische Propaganda in der Zeitschrift des fränkischen Gauleiters Streicher „Der Stürmer" fand. Hier ist die lapidare Zusammenfassung des Lageberichtes aus Merseburg für die Monate September–Oktober typisch. Zwar heißt es zu Beginn: „Die Nürnberger Gesetze haben allgemeine Zustimmung gefunden." Aber dann wird festgestellt: „Die Propagandamethoden des Stürmer werden scharf kritisiert; man glaubt, daß der Stürmer seine Aufgabe erfüllt habe."[93]

Die Ablehnung, die der „Stürmer" bei der Bevölkerung fand, ist daher nicht unbedingt identisch mit einer Ablehnung der Nürnberger Gesetze und ihrer Prinzipien.

---

[90] Polizeidirektion München, Lagebericht für die Monate August und September 1935: I.), Allgemeine Übersicht über die innerpolitische Entwicklung, BHStA/MA/106 677. Eine ähnliche Formulierung findet sich auch im September-Bericht aus München, der einige Tage später verfaßt wurde, im Abschnitt „Allgemeine politische Lage", S. 2, ebenda. Ein ausführlicher Sonderbericht des Gestapa Berlin über den 19. Zionistenkongreß in Luzern, in dem das Thema Boykott ebenfalls hervorgehoben wird, ist im GStA, Rep. 908/71 erhalten.

[91] Lagebericht für September 1935 aus dem Reg. Bez. Harburg-Wilhelmsburg, S. 9 f. (IML/ZPA/St 3/99); Lagebericht für September 1935 aus dem Reg. Bez. Wesermünde, ebenda, „Einleitung", S. 1, sowie Abschnitt „Juden", S. 6; auch der September-Lagebericht aus dem Reg. Bez. Aachen (vgl. Anm. 79), wie seine Fortsetzung im Oktober, Abschnitt „Juden", S. 70 (IML/ZPA/St 3/100).

[92] So z. B. im September-Lagebericht aus Bielefeld: „Wenig freundlich haben im allgemeinen die arischen Angestellten, die bei jüdischen Firmen in Diensten stehen, die Bekämpfung des Judentums gutgeheißen. Sie fürchten meist um ihre Stellung ..." Ebenda, St 3/99, „Juden und Freimaurer", S. 18. Vgl. auch Wiesemann, S. 457 f.

[93] „Wesentlicher Inhalt des Lageberichts für September/Oktober 1935", S. 1 f., IML/ZPA/St 3/387.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Sie kann sogar das genaue Gegenteil bedeuten. Oft wurden diese diskriminierenden und erniedrigenden Gesetze als eine legale Lösung anerkannt, die unter anderem dazu diene, den unkontrollierten antijüdischen Terror einzudämmen oder in erwünschte Richtungen zu lenken.

Damit ist ein Punkt berührt, dem in den Lageberichten wohl am meisten Platz eingeräumt wurde: der Terror, die Ausschreitungen und die Denunziationen seitens der Bevölkerung, insbesondere der radikalen antisemitischen Elemente, wie sie sich hauptsächlich in den verschiedenen Parteiorganisationen fanden. Trotz der paradox anmutenden Verordnungen, die die Bekanntgabe der Gesetze begleiteten und die persönliche Sicherheit der Juden gewährleisten sollten, sahen diese radikalen Elemente in der Verkündigung der Rassengesetze eine nachträgliche Legitimation der antisemitischen Ausschreitungen, die vor dem Parteitag auf örtlicher Ebene stattgefunden hatten. Nach den Lageberichten aus den verschiedenen Regierungsbezirken erreichten die Hetzkampagnen und Terroraktionen in einigen von ihnen in den Monaten April–Mai 1935 ihren Höhepunkt, in anderen erst im September, also im Monat des Parteitages, und in wieder anderen wurden die Ausschreitungen auch nach dem Monat September mit unverminderter Intensität fortgesetzt. Die Aktionen bestanden zumeist aus Demonstrationen gegen jüdische und „arische Rassenschänder", ihrer öffentlichen Anprangerung und Mißhandlung und der Aufstellung von Boykottwachen vor jüdischen Unternehmen; dazu kamen Belästigungen, Demonstrationen und Drohungen gegen Teile der Bevölkerung, die den Boykott nicht einhielten, Ausschreitungen gegen jüdische Wohnungen und Geschäfte, Schändung jüdischer Friedhöfe und Synagogen, antisemitische Hetzaufschriften und Transparente mit beleidigendem oder drohendem Inhalt an jüdischen Hauswänden oder anderen öffentlichen Stellen, Denunziationen und Gewalttätigkeiten sowie erniedrigende Mißhandlungen einzelner Juden oder Personen, die fälschlich für Juden gehalten wurden[94].

Nur ein Teil der radikalen Elemente sah in den Nürnberger Gesetzen die Erfüllung des ursprünglichen Parteiprogramms, die nicht zuletzt das Resultat ihrer eigenen unermüdlichen Aktivität war. Viele dieser Aktivisten strebten jedoch eine andere „restlose Lösung der Judenfrage" an und setzten ihre antijüdische Gewalttätigkeit fort. So wird zwar aus Kassel berichtet:

„Auch die Aktivisten und alten Kämpfer sind voll befriedigt und es wird allgemein

[94] Die monatlichen und zweimonatlichen Lageberichte enthalten Schilderungen dieser sogenannten Einzelaktionen und des Echos, das sie in der Bevölkerung fanden; ferner wird in ihnen mitgeteilt, ob sich die Zahl dieser Aktionen im Verhältnis zur vorherigen Berichtsperiode nach oben oder nach unten verändert hat. Detaillierte Schilderungen eines großen Teils dieser Aktionen und der Behandlung, die sie durch die Behörden erfuhren, werden in besonderen Ereignisberichten gegeben, von denen für diese Monate in den Akten der Gestapo unter GStA/Rep. 90 viele erhalten sind. Gegenüber den vom Zufall abhängigen und ungenauen Meldungen, die über diese Ereignisse in der freien Presse außerhalb des Reiches veröffentlicht wurden, oder den Darstellungen, die auf Grund von Augenzeugenberichten und nach dem Hörensagen später rekonstruiert worden sind, liegt uns hier ein reiches, auf Tatsachen beruhendes Material vor, das sich zumeist auf polizeiliche Information stützt und besonders für die Geschichte der einzelnen jüdischen Gemeinden in dieser Zeit von Bedeutung ist.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mit Freude ausgerufen: Der Staat ist doch noch revolutionär! Die Programmpunkte der Partei sind nicht vergessen! Die Ausschreitungen gegen Juden haben durch den scharfen Erlaß des Innenministers Frick und durch die eindeutige Erklärung des Führers ganz aufgehört."[95]

Doch war aus anderen Bezirken zu hören, „daß die Ausschreitungen gegen Juden im Monat September zugenommen haben"[96].

Diese Tendenz im Verhalten der „Aktivisten" war anscheinend eine Folge der schon einige Monate vor dem Erlaß der Gesetze „in weiten Kreisen der Bewegung, insbesondere der SA ... vorherrschenden Einsicht, daß jetzt die Zeit gekommen sei, die Judenfrage restlos zu lösen. Man will – wie man sich ausdrückt – *das Judenproblem von unten aus aufrollen und in Angriff nehmen und glaubt, daß die Regierung dann folgen muß.*"[97]

Auf diesem Hintergrund ist es verständlich, daß sich für den September auch Reaktionen wie die folgende finden:

„Die neuen Gesetze, insbesondere das Judengesetz, sind in weiten Volkskreisen mit großer Befriedigung aufgenommen worden. Allgemein wird erwartet, daß das Judengesetz klare und geordnete Verhältnisse schaffen wird und damit weitestgehende Beruhigung auf diesem Gebiet herbeiführen wird. Im Zusammenhang damit wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß ähnliche Lösungen hinsichtlich des Kirchenstreites und des Stahlhelms bald folgen mögen."[98]

Symptomatisch für den inneren Widerspruch, in den Staat und Bewegung, Gesetz und Ideologie nun geraten waren, ist der Bericht aus Trier für den ersten Monat nach dem Erlaß der Nürnberger Gesetze:

„Die Ausschreitungen gegen einzelne Juden bzw. jüdisches Eigentum haben trotz der wiederholt ergangenen strengen Anweisungen nicht nachgelassen ... Soweit die Täter ermittelt werden konnten, wurden Verfahren eingeleitet und die Akten der Amtsanwaltschaft übersandt. Die Ermittlungen sind in fast allen Fällen noch nicht restlos abgeschlossen. Sie werden dadurch ungeheuer erschwert und in den

---

95 Stapo-Lagebericht für den Monat September 1935: „Juden und Freimaurer" (ohne Seitenzahl), IML/ZPA/St 3/99.

96 Ebenda, Staatspolizeistelle für den Regierungsbezirk Aachen, Lagebericht für den Monat September 1935: „Juden", S. 64 f.

97 Stapo-Lagebericht aus Recklinghausen, Reg. Bez. Münster, für den Monat Mai 1935: „Juden und Freimaurer", S. 46, ebenda, St 3/98 (Hervorhebung von mir – O.D.K.). Bezeichnenderweise betont derselbe Lagebericht im Gegensatz dazu, daß „die katholische Bevölkerung kein rechtes Verständnis dafür hat, daß in letzter Zeit die Judenfrage wieder so stark in den Vordergrund gestellt wird und aus ihrer religiösen Einstellung heraus auch die Art des Kampfes gegen die Juden nicht billigt" (S. 45 f.). Ebenso muß betont werden, daß in einem anderen Abschnitt des Lageberichts – „NSDAP und ihre Gliederungen", S. 39 ff. – geschildert wird, wie SA-Mitglieder in eine Synagoge während des Gebets eindringen, den Rabbiner verwunden und die fliehenden Betenden verfolgen. In der Fortsetzung wird geschildert, wie die SA-Männer in eine Kirche eindringen und auch dort das Gebet unterbrechen.

98 Stapo-Lagebericht aus Kiel, Reg. Bez. Schleswig, für den Monat September 1935, A. „Allgemeines", S. 1, IML/ZPA/St 3/99.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

meisten Fällen zur Erfolglosigkeit verdammt, daß die Überzeugung von der unbedingten Wahrhaftigkeit der gegen Einzelaktionen gerichteten Anordnungen noch nicht jeden Angehörigen der Bewegung, politische Leiter, Führer der Formationen nicht ausgenommen !!! restlos erfüllt. Immer wieder trifft man bei Vorhalt auf ein überlegenes Lächeln, das etwa sagen soll: ‚Wir wissen schon besser! Nur außenpolitische Gründe !!'"[99]

An einigen Orten griff die Polizei erst ein, als die Ausschreitungen gegen Juden auf spontanen Widerstand der Bevölkerung stießen, der die Initiative der Aktivisten unerwünscht war. Typisch ist die Schilderung im zusammenfassenden Lagebericht aus dem früheren Anhalt, der in der Hauptstadt Dessau verfaßt wurde[100]. Am Ende einer Liste von Ausschreitungen im August und September wird „eine recht unkluge Sonderaktion" beschrieben, in deren Verlauf zwei von der Fürsorge unterstützte Juden in der Stadt Jessnitz gezwungen worden waren, mit großen Schildern durch die Stadt zu gehen, auf denen gebrandmarkt wurde, wer gegen den Judenboykott verstieß. „Die Folge davon war, daß in der Bevölkerung eine Stimmung entstand, die teilweise sogar für die Juden Partei nahm. Die Aktion ist von den Ortspolizeibehörden sofort, als sie ihr zur Kenntnis kam, unterbunden worden."[101] In der Einführung zu diesem Lagebericht, wo die allgemeinen Reaktionen der Bevölkerung in Anhalt auf die Nürnberger Gesetze geschildert werden, heißt es, es seien „selten Worte der Kritik zu diesem Gesetz zu hören, ... vornehmlich aus Kreisen eines sogenannten besseren Bürgertums, die ... noch nicht die richtige Einstellung zu den rassepolitischen Notwendigkeiten gefunden haben"[102].

Aus Regensburg in Bayern wird berichtet: „Die schnelle gesetzliche Regelung der Judenfrage wurde begrüßt; Unklarheiten bestehen noch über die Frage, inwieweit die Abneigung gegen das Judentum öffentlich bekundet werden darf ..." Und es folgen Beispiele von öffentlicher Erniedrigung, Einschüchterung und Belästigung, worüber es abschließend heißt: „Ein gleichmäßiges Vorgehen im Reich ist geboten."[103]

Aus Bielefeld in Westfalen wurde gemeldet: „Bis Anfang des Berichtsmonats machte sich die antisemitische Welle im Stapobezirk noch recht bemerkbar." Auch hier folgt eine typische Liste von Terroraktionen und lokalen Propagandakampagnen, so die Schilderung einer Synagogenschändung in Minden, dazu Texte von Transparenten und Warnschildern an verschiedenen Orten: „Juden sind keine Menschen"; „Juda verrecke!"; „Auf nach Palästina!"; „Juden haben hier nichts zu schnüffeln"; „Wer den

[99] Lagebericht der Staatspolizeistelle für den Regierungsbezirk Trier für den Monat September 1935: „Gegner des Staates und der Bewegung", „Juden", S. 6 f., IML/ZPA/St 3/99.

[100] Bericht über die politische Lage in Anhalt in den Monaten August und September 1935, IML/ZPA/St 3/222.

[101] Ebenda, Abschnitt „Juden", S. 7.

[102] Ebenda, S. 1.

[103] Lagebericht für den Reg. Bez. Niederbayern und Oberpfalz im Monat September 1935, S. 1, IML/ZPA/St 3/417 (dieser bayerische Lagebericht ist einer der wenigen, die sich im Berliner Archiv unter den preußischen Lageberichten gefunden haben).

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Juden kennt, kennt den Teufel". Im Anschluß an die Schilderung der Synagogenschändung wird auch über geplante Aktionen berichtet, so sei vorgesehen gewesen:

„... den jüdischen Bankdirektor ... in Bielefeld an den Pranger [zu stellen], [der] den Ruf ‚als Liebhaber deutscher blonder Mädchen' genießt, und [ihn] ... mit einem Schild um den Hals durch die Stadt [zu führen]. Eine Anzahl von Volksgenossen hatte sich bereits zur Durchführung dieses Planes zusammengeschlossen. In ähnlichem Sinne war geplant, den Juden S. G., wohnhaft in Bielefeld ..., [an den Pranger zu stellen]...

Durch das inzwischen herausgegebene Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre und der vom Führer gegebenen Richtlinien, daß Einzelaktionen zur Bekämpfung des Judentums aus außenpolitischen und wirtschaftspolitischen Gründen zu unterbleiben haben, wurden die vorgesehenen Einzelaktionen nicht durchgeführt"[104].

Im gleichen Lagebericht ist aber auch die Rede von einer Protestdemonstration, die die Bürger der Stadt Brackwede gegen die Aufstellung von Boykottwachen vor einem jüdischen Kaufhaus veranstalteten – „aus einer gewissen Opposition"[105]. Andererseits wird anschließend von einer Demonstration in Paderborn berichtet, wo eine wütende Menge das Rathaus belagerte, weil die Frau eines hohen Beamten ihre Einkäufe in einem jüdischen Kaufhaus zu machen pflegte. Erst nach Beruhigungsbemühungen der Stadtpolizei löste sich die Demonstration wieder auf.

Bezeichnend sind auch einige Angaben der Polizeidirektion München über Anzahl und Gründe von Festnahmen wegen „politischer" Vergehen in den Monaten August–September 1935:

	August	September
Rassenschändung	18	32
Beleidigung führender Persönlichkeiten	16	7
Verdacht der illegalen Betätigung für die KPD (Verdacht der Beihilfe zum Hochverrat)	12	8
Lügen und Greuelmeldungen	4	2
Verdacht der Spionage und des Landesverrats[106]	2	–

Zu den Festnahmen auf Grund von „Rasseschändung" heißt es, die betroffenen Personen mußten

[104] Staatspolizeistelle f. d. Reg. Bez. Minden in Bielefeld, Lagebericht für den Monat September 1935, „Juden und Freimaurer", S. 14–18, IML/ZPA/St 3/99.

[105] Ebenda, S. 15; der Verfasser des Lageberichts erklärt den Sachverhalt aus einem persönlichen Antagonismus zwischen der Bevölkerung und den Organisatoren des Boykotts.

[106] Für Vergehen anderer Art, wie etwa Abweichungen von der politischen Linie oder Veruntreuungen durch Amtsträger in den Parteiorganisationen, wurden in dieser Periode fast keine Festnahmen verzeichnet.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„polizeilich gesichert werden, da ihnen aus Kreisen der Bevölkerung rassenschänderisches Treiben vorgeworfen wurde und in vielen Fällen Gefahr für die persönliche Sicherheit der Betroffenen bestand. Ein großer Teil dieser Personen wurde in Schutzhaft genommen ... [die jüdischen Männer] in das Konzentrationslager Dachau."[107]

Ein ähnliches Bild bietet der Anhang zum Lagebericht der Gestapo aus Berlin für den Monat August. An der Spitze der Festnahmen wegen politischer Vergehen stehen bei sechzehn Verhaftungsgründen:

(1)	Juden: staatsfeindliches Verhalten, Rasseschändung	119
(2)	Kommunistische Umtriebe	70
(3)	Beleidigung von Regierungsmitgliedern	68
(4)	Vorbereitung zum Hochverrat	23
(5)	Verbreitung illegaler Schriften	16
(6)	Verbreitung von Greuelnachrichten[108]	11

Für den Monat September liegen keine statistischen Angaben aus Berlin vor, aber im Abschnitt „Juden" wird mitgeteilt: „Die Anzeigen wegen Rassenschande und wegen staatsfeindlichen Verhaltens von Juden haben sich im Vergleich zum Vormonat nicht verändert." Doch falle es schwer, die Juden und ihre „Komplizen" nach dem neuen Gesetz vor Gericht zu bringen: „Den Ermittlungen stellen sich erhebliche Schwierigkeiten entgegen"[109]. Auch der Verfasser des Münchner Lageberichts sah sich in diesem Zusammenhang veranlaßt, auf die Tatsache hinzuweisen, daß unter allen für Rasseschändung Verhafteten nur zwei *nach* dem Erlaß der Gesetze vom 15.9. 1935 festgenommen und vor Gericht gestellt worden seien[110].

Es zeigt sich also, daß die Gesetze einer nachträglichen Institutionalisierung des

[107] Polizeidirektion München, Lagebericht für Monate August und September 1935, „Judenbewegung", S. 25–27, Übersicht über die Festnahmen der politischen Abteilung der Polizeidirektion München, S. 29f., BHStA/MA/106 677. Obwohl es im Dritten Reich üblich war, bei politischen Festnahmen ohne Prozeß und Beweisführung (einschließlich der Inhaftierung von Juden in Konzentrationslagern) von Schutzhaft zu sprechen, ohne daß in Wahrheit von einem Schutz der Verhafteten die Rede sein konnte, muß doch in diesen Fällen angesichts der feindseligen Haltung seitens der Bevölkerung den „Rassenschändern" gegenüber dem Begriff der „Schutzhaft" eine objektive Bedeutung beigemessen werden.

[108] Anhang I.: „Allgemeine Übersicht über die im Monat August 1935 festgenommenen Personen", S. 75 des Lgb., GStA/Rep. 90 P/83. Aus den Angaben des Lageberichtes geht nicht hervor, ob auch zu den unter den Punkten 2–6 verzeichneten Verhaftungen jüdische Personen zu rechnen sind. Es sollte beachtet werden, daß der jüdische Anteil an der Gesamtbevölkerung des Reiches damals weniger als 1% betrug.

[109] IML/ZPA/St 3/99, Abschnitt „Juden und Emigranten", Unterabschnitt „Judenbewegung", S. 46 des Lageberichtes. In der Fortsetzung werden neun „beachtenswerte Fälle" polizeilicher Maßnahmen gegen „Rasseschändung" geschildert sowie zehn Beispiele für Maßnahmen gegen „staatsfeindliche Einstellung" der Juden im Bereich von Berlin (ebenda, S. 46–50).

[110] Vgl. Anm. 107, S. 26 des Lageberichtes.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Druckes und der Initiativen gleichkamen, die Ideologie und Propaganda schon vorher in der Bevölkerung geschaffen oder freigesetzt hatten. Der Rassenkampf gegen das Judentum und die Verhaftungen, die größtenteils auf Initiative der Bevölkerung und besonders der radikalen Elemente in den Parteiorganisationen durchgeführt wurden, waren lange vor Erlaß der Gesetze zu einem festen Bestandteil der nationalsozialistischen Wirklichkeit geworden, ohne einer legalen Grundlage zu bedürfen. Andererseits muß die feierliche Verkündigung der antisemitischen Rassengesetze in Nürnberg – mit der die Verwirklichung bedeutender Teile des Parteiprogramms und ihre Umwandlung in einen konstitutiven Teil der neuen gesellschaftlichen und politischen Ordnung demonstriert wurde, wie sie auch im Flaggengesetz und in der kurz zuvor eingeführten allgemeinen Wehrpflicht ihren Ausdruck fand – im Kontext der allgemeinen Stimmung gesehen werden, wie sie die Lageberichte in den Monaten vor dem September 1935 spiegelten: einerseits wachsende Gleichgültigkeit, Enttäuschung und Kritik seitens der Bevölkerung und auch innerhalb der nationalsozialistischen Bewegung selbst, die an eine Vertrauenskrise grenzten und da und dort schon die Erwartung eines Regimewechsels mit sich brachten, und daneben andererseits den schwer bestimmbaren Einfluß, den die antisemitischen Propagandakampagnen auf die breiten Volksmassen gehabt hatten: teils Zurückhaltung und Ablehnung, teils aber auch eine übersteigerte Reaktion, die zur Freisetzung „revolutionärer", unkontrollierbarer Gewalttätigkeit führte und die für Ordnung und Gesetz verantwortlichen Behörden mit einer gefährlichen Situation konfrontierte.

Ein deutliches Zeugnis dafür bietet der bereits zitierte Lagebericht aus Berlin vom August (doch ebenso gleichzeitige Lageberichte aus anderen Bezirken): „Die Stimmung auf innerpolitischem Gebiet" sei besonders durch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten beeinflußt, denen sich die Bevölkerung gegenübersehe, und deshalb würden zunächst die gefährlichen Tendenzen „bei der arbeitenden Bevölkerung" beschrieben, durch die „einer umfangreichen staatszersetzenden Kritik und einer nicht minder gefährlichen Propaganda von Mund zu Mund gegen alle möglichen staatlichen Einrichtungen und Maßnahmen der Regierung" der Boden bereitet werde.

> „Die Verhältnisse auf dem sonstigen innerpolitischen Gebiete haben sich weiterhin bedenklich verschärft. Auf der einen Seite kehren die dem Nationalsozialismus nur oberflächlich gewonnenen Kreise der Bevölkerung ihm wieder den Rücken, auf der anderen Seite dagegen ist zu beobachten, daß in immer stärkerem Maße gerade die nationalsozialistisch eingestellten Volksteile sich von der Partei abzuwenden beginnen. So gefährlich die erste Erscheinung auch ist, so wird doch gerade der zweiten die stärkste Bedeutung beigemessen werden müssen."

Nach einer Aufzählung verschiedener Gründe für diese Tendenzen – unter anderem der wiederholten Klagen darüber, daß „die in der Kampfzeit gegebenen Versprechungen ... nicht gehalten wurden", sowie über die „Unsauberkeit, die sich in den Parteiorganisationen breit gemacht hat" – wird das „Mißtrauen in die objektive Berichterstattung der N.S.-Presse" beschrieben:

> „Diese scheint den Kontakt mit der Bevölkerung immer mehr zu verlieren, da sie viele das Volk interessierende Fragen unberührt läßt. Die immer wieder gebrachten

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Reden, die anläßlich von Tagungen und Aufmärschen gehalten werden, finden keine besondere Beachtung mehr, zumal diese Reden sich oft einem zu weitgehenden Pathos nähern ...

Im Volke wird ferner über mangelnde Organisation, über ein Gegeneinanderregieren von Parteiorganisationen untereinander und mit Staatsstellen Klage geführt; jede Stelle regiere für sich ohne Rücksicht auf die andere. Jede habe ihre besonderen Befugnisse, die sich an keiner übergeordneten Stelle vereinigt fänden. Hierdurch ist eine allgemeine Unsicherheit entstanden, da in jedem Falle die Bevölkerung der leidtragende Teil ist. Insbesondere ist dieser Zustand bei der Behandlung der Judenfrage deutlich geworden, wie im nachstehenden Bericht näher ausgeführt wird."[111] Im Kapitel über die Juden heißt es dann:

„In der antisemitischen Bewegung ist im Vergleich zum Vormonat keine grundlegende Änderung eingetreten ...

In der Bevölkerung und in der Partei wird überall eine gerade Linie in der Judenpolitik vermißt. Wie schon im letzten Lagebericht ausgeführt wurde, fällt allgemein das Nebeneinanderarbeiten von Staat und Partei in der Judenfrage auf. In dieser Hinsicht Abhilfe zu schaffen, erscheint unbedingt erforderlich, zumal dieser Zwiespalt auf den Köpfen der wenigen noch aktiven Parteigenossen ausgetragen wird; ihre Verfolgung von Seiten der staatlichen Behörden wird wenig verstanden, da man den Staat für den herrschenden Zustand allgemeiner Unklarheit verantwortlich macht. Mit polizeilichen Mitteln allein wird eine Wiederholung der judenfeindlichen Demonstrationen jedenfalls nicht verhindert werden können. Die Tätigkeit der Staatspolizeistelle hat durch die immer zahlreicher eingehenden Anzeigen wegen Rasseschändung eine weitere Steigerung erfahren. Im Berichtsmonat wurde bei insgesamt 208 Personen ein rassenschänderisches Verhalten festgestellt!"[112]

Im Abschnitt über die SA und die SS werden antijüdische Terroraktionen der SA beschrieben, aber der Berichterstatter stellt abschließend fest: „Wenn die judenfeindliche Propaganda nicht eingesetzt hätte ..., so wären nur sehr wenige strafbare Handlungen von SA-Männern zu verzeichnen."[113]

Ein ähnliches Gesamtbild, das bedeutende Schwankungen im Maß der antijüdischen Propaganda und besonders im Verhältnis der Bevölkerung zu dieser Propaganda aufwies, boten wie gesagt die meisten Lageberichte für den Monat August – am Vorabend des Parteitages und der Bekanntmachung der Nürnberger Gesetze[114].

---

[111] Vgl. Anm. 109, Allgemeines, S. 1–4 des Lageberichtes.

[112] Ebenda, S. 47 ff. des Lageberichtes.

[113] Ebenda, S. 53.

[114] Im folgenden seien einige der auffallendsten Darstellungen aus den preußischen Lageberichten erwähnt (die Seitenzahlen nach den einzelnen Lgb. im Band für August 1935 – GStA/Rep. 90 P/83): Bielefeld – Schilderung des Einflusses, den die Presse auf die Entstehung einer „Rasseschändung" – Psychose in der Bevölkerung hatte, die eine Bestrafung der Schuldigen und ihre Inhaftierung im Konzentrationslager forderte (S. 26 des Lgb.); Düsseldorf – das deutliche Bewußtsein wachsender Kritik in weiten Kreisen der Bevölkerung; es ist die Rede von einer „Vertrauenskrise ... in der die bisherige Gleichgültigkeit einer schärferen Neigung zur Kritik Platz gemacht hat, die ... einen ganz beachtlichen politischen Kern hat" und die einer „Kritik an der Partei und ihren Einrichtungen" so-

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Es besteht also kaum ein Zweifel, daß die Stimmung der Bevölkerung, wie sie sich den Machthabern in den Lageberichten offenbarte, eine nicht unwesentliche Rolle bei den Entscheidungen der politischen Führung gespielt hat. Die Rassengesetze sollten ein doppeltes Ziel erreichen: einmal die spektakuläre Verwirklichung eines Grundsatzes der „revolutionären" Ideologie, der sich die Bewegung seit ihren Anfängen verschrieben hatte – aber darüber hinaus auch die innen- wie außenpolitisch bedingte Institutionalisierung dieser revolutionären Ideologie zur Zügelung ihrer militanten Auswüchse in einem kontrollierbaren Rahmen. Damit haben wir ein Beispiel für die innere Dynamik vor uns, von der die Entwicklung des Regimes und der Gesellschaft im Dritten Reich getragen wurde: Die ideologischen Grundpositionen in der Judenfrage wurden nun formal in die Tat umgesetzt, wobei eine vielschichtige dialektische Beziehung zwischen der Politik des Regimes und der in der Bevölkerung herrschenden Stimmung in Gang kam[115].

Wie weit ein in den Lageberichten nachweisbarer Druck von unten die politischen Entscheidungen in der Judenfrage beeinflußt hat, belegen weitere Quellen aus zum Teil höchsten Regierungs- und Parteistellen, die diesen Kontext der antijüdischen Gesetzgebung sehr deutlich werden lassen. An erster Stelle ist hier eine bisher in der Forschung kaum beachtete Fassung einer Niederschrift zur „Chefbesprechung über das Judenproblem" zu nennen, die am 20. August 1935 „auf Anregung aus dem Kabi-

---

wie einer „Ablehnung der Parteipresse" gleichkomme (S. 1 f., 7); Erfurt – antijüdische Demonstrationen der SA stoßen auf Kritik der Bevölkerung (S. 1), ebenso lehnt die Mehrheit der Bevölkerung Aktionen ab, die gegen Juden und Kirchen gerichtet sind (S. 7); ein ähnliches Bild bietet der Lagebericht aus Frankfurt a. O. – aus Halle werden 50 Festnahmen für „Rasseschändung" gemeldet, eine öffentliche Erregung um das Thema, aber auch Kritik an den antijüdischen Aktionen seitens der „Reaktion" und jüdische Tätigkeit in den Kreisen des „Marxismus" (S. 5); Magdeburg – im August stand die politische Aktivität ganz im Zeichen der großen Propagandakampagnen gegen Judentum, Katholizismus und Reaktion, der Erfolg war nicht einheitlich (S. 1, 10–11); Münster – ähnlich wie in Magdeburg, gleichzeitig aber wird ausdrücklich festgestellt, daß die Bevölkerung der antisemitischen Hetze ablehnend gegenübersteht und sich teilweise sogar mit den Juden solidarisch erklärt (S. 29); aus Osnabrück berichtet die Staatspolizeistelle: „Die innerpolitische Entwicklung im Berichtsmonat wurde maßgeblich durch die Aktion der Bewegung gegen den politischen Katholizismus und gegen das Judentum beeinflußt. Die einzelnen von den verschiedenen Gliederungen der Bewegung zur Aufklärung der Bevölkerung getroffenen Maßnahmen ... lösten naturgemäß in der Bevölkerung nicht unerhebliche Spannungen aus" (S. 1); Potsdam – Befürchtungen in der Bevölkerung, das Ausland und besonders die Vereinigten Staaten könnten auf die antijüdische Kampagne mit einem Wirtschaftsboykott gegen das Reich reagieren (S. 1); Schneidemühl – wie in Potsdam (S. 7), die Bevölkerung sei sich der Gefahr durch das Judentum noch nicht bewußt (S. 12); Wesermünde – auch hier Mangel an genügendem Verständnis seitens der Bevölkerung, trotz intensiver Aufklärung durch die Partei, die öffentliche Kampagne gegen die Juden (und in geringerem Maße gegen Katholizismus und Reaktion) habe „die äußerste Grenze des Zulässigen" erreicht.

[115] Auch in anderen entscheidenden Entwicklungsphasen der ideologischen Grundpositionen und ihrer praktischen Verwirklichung im Dritten Reich spielt diese Dynamik eine wesentliche Rolle; die „Judenfrage" in ihren verschiedenen Aspekten bildet dabei einen der wichtigen Brennpunkte. Vgl. Jewish Question, Teil III, und das chronologisch zusammenfassende Kapitel: „Guidelines for the Periodisation of the History of the Jews under the NS-Regime", S. 273–284; ferner Public Opinion, S. 230 f.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nett" im Reichswirtschaftsministerium stattfand. Den Vorsitz führte Schacht, und neben Vertretern der Parteiführung nahmen an der Besprechung auch Reichs- und Staatsminister teil – u.a. der Reichsminister des Inneren Frick, Reichsjustizminister Gürtner, der Preußische Finanzminister Popitz, der Gauleiter und Bayerische Innenminister Adolf Wagner als Repräsentant des Stellvertreters des Führers sowie Vertreter des SD, der Gestapo und des Rassepolitischen Amtes der NSDAP.

Aufschlußreich ist der Name des Mannes, der die uns vorliegende Niederschrift zu dieser Chefbesprechung unterzeichnet hat: es ist kein anderer als der Rassereferent im Reichsministerium des Inneren, Dr. Bernhard Lösener[116]. Frick, schreibt Lösener, gab einen „Überblick über die in Vorbereitung befindlichen gesetzgeberischen und verwaltungsmäßigen Arbeiten seines Ministeriums", im Sinne des Parteiprogramms der NSDAP. Gleichzeitig „gab er den Wortlaut eines sofort herauszugebenden Erlasses bekannt, der schärfstes Vorgehen der Polizei gegen gesetzwidrige Ausschreitungen gegenüber Juden anordnet"[117].

Danach sprach Adolf Wagner von einem Druck der Bevölkerung, die nach einer antijüdischen Gesetzgebung verlange; eine Mißachtung dieses Drucks könne die Position des Regimes gefährden:

> „Staatsminister Wagner mißbilligte ebenfalls die Ausschreitungen. Er erklärte sie damit, daß in der Judenfrage eine Divergenz sowohl zwischen Staat und Partei als auch innerhalb einzelner Ressorts der Reichsregierung bestehe. Etwa 80 v. H. des Volkes dränge nach Lösung der Judenfrage im Sinne des Parteiprogramms, dem müsse die Reichsregierung Rechnung tragen, sonst erleide sie eine Einbuße an Autorität."[118]

---

[116] Die endgültige Fassung wurde von Lösener am 27. August 1935 geschrieben und wurde im GStA, Rep. 320, Nr. 513 aufbewahrt. Eine andere Niederschrift über den Inhalt der Besprechung, die vermutlich vom Reichswirtschaftsministerium vorbereitet wurde und deren offizielle Kopie den Zusatz „unleserliche Unterschrift" trägt, lag dem Internationalen Militär-Tribunal in Nürnberg vor (IMT, NG-4067), und nur diese wurde von der Forschung bisher als die für das Thema relevante Quelle angeführt (vgl. etwa H. Genschel, Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich, Göttingen 1966, S. 112 f.; U. Adam, Judenpolitik im Dritten Reich, Düsseldorf 1972, S. 123 f.). Eine weitere Fassung wurde vom Auswärtigen Amt vorbereitet; sie enthält hauptsächlich die Stellungnahme des Vertreters des Auswärtigen Amtes und ist in ADAP, C, Bd. IV, 1, No. 267 abgedruckt. Der von Lösener unterzeichnete Vermerk unterscheidet sich wesentlich von den beiden anderen Dokumenten und berichtet über Äußerungen, die sich weder im Dokument des IMT noch im Dokument der ADAP finden. Die drei Texte sind selektive Zusammenfassungen von 2–4 Seiten; nach einer Aussage im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß, die in Schachts „76 Jahre meines Lebens", Bad Wörishofen 1953, S. 449, gebracht wird, dauerte die Chefbesprechung ungefähr zwei Stunden. Löseners Vermerk und auch die anderen zeitgenössischen Dokumente stehen in erstaunlichem Widerspruch zu seiner autobiographischen Darstellung aus der Nachkriegszeit, nach der die Nürnberger Gesetze ohne jede Vorbereitung erlassen worden seien (VfZ 9, 1961, S. 262–313) und die von einer ganzen Forschergeneration fast kritiklos akzeptiert wurde.

[117] Der volle Text des Erlasses, unterzeichnet von Frick, wurde gemeinsam mit Löseners Vermerk im GStA aufbewahrt.

[118] Über den Anteil Wagners an der Vorbereitung und Anstiftung von antisemitischen Ausschreitungen in München im Mai 1935 und seine kurz danach veränderte, distanzierende Haltung vgl. Wiesemann, S. 430.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ähnlich berief sich auch Gürtner auf die Stimmung im Volke angesichts der Unklarheit, die über die Ziele und die praktischen Maßnahmen der Regierung und der Partei bestehe:

„Reichsminister Dr. Gürtner betonte, daß jede Anordnung von Staat und Partei solange wirkungslos bleiben müsse, als im Volke der Glaube genährt werde, daß die leitenden Stellen es nicht ungern sähen, wenn ihre einschränkenden Anordnungen übertreten würden, da sie nur aus politischen Rücksichten nicht so handeln könnten, wie sie gern wollten. Der Grundsatz des Führerstaates müsse demgegenüber durchgesetzt werden."

Diese Worte spiegeln die Lage wider, wie sie etwa der Bericht des Regierungspräsidenten aus Trier über die Handlungsweise der örtlichen Aktivisten beschrieben hatte[119], und die Stellungnahme Wagners läßt sich aufschlußreich mit dem zitierten Lagebericht aus Berlin vergleichen, der die Stimmung der Bevölkerung behandelt[120].

Auch die aus den Lageberichten abzulesenden wirtschaftlichen Aspekte fanden in der Chefbesprechung ihren Ausdruck:

„Staatsminister Dr. Popitz wies an Hand einiger Beispiele auf den Geschäftsrückgang und den dadurch bewirkten Rückgang an Staatseinnahmen infolge der Ausschreitungen hin. Er wünschte, daß die Regierung eine bestimmte Grenze – *gleichviel wo*[121] – für die Behandlung der Juden setze, dann aber mit Nachdruck dafür sorge, daß die Grenze innegehalten werde."

Ähnlich sprach Hjalmar Schacht

„über die schweren Schädigungen der deutschen Wirtschaft infolge der Übertreibungen und Ausschreitungen der antisemitischen Propaganda und wies darauf hin, daß das gesetzlose Treibenlassen u. a. auch die wirtschaftliche Grundlage der Aufrüstung in Frage stelle ... Seine Ausführungen gipfelten darin, daß das Programm der NSDAP durchgeführt werden müsse, aber ausschließlich auf der Grundlage von gesetzlichen Anordnungen"[122].

In diesem Zusammenhang sind auch warnende Worte des Gauleiters Wagner von Bedeutung, der auf der Sitzung einen Vorschlag zum Vorantreiben der antijüdischen Gesetzgebung zum gegenwärtigen Zeitpunkt machte; interessant sind diese Äußerungen besonders im Lichte der späteren Darstellung Löseners, der nach dem Kriege die Auseinandersetzungen um die Frage herausgestrichen hat, ob die Nürnberger Rassengesetze auch für Mischlinge oder nur für Volljuden zu gelten hätten[123]. Wie

---

[119] Vgl. oben, S. 609 f. und Anm. 99.

[120] S. 614 und Anm. 111 u. 112 sowie in dem zweimonatlichen Bericht aus Wagners Betätigungsort München, vgl. Anm. 90.

[121] Hervorhebung von mir – O.D.K.

[122] Man vergleiche diese Auffassungen von Schacht und Popitz mit Nachrichten zum Thema, wie sie in Lgb. aus Potsdam und Schneidemühl (s. Anm. 114) sowie aus München und den verschiedenen Regierungsbezirken Preußens (vgl. Anm. 90–92) enthalten sind.

[123] Vgl. B. Lösener, Als Rassereferent im Reichsministerium des Innern (1950), in: VfZ 9 (1961), S. 264–313, sowie seine Aussage im Nürnberger Prozeß vom 24. 2. 1948, IMT, NG-1944, auszugs-

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wagner erklärte, „soll man sich zunächst auf Maßnahmen gegen *Volljuden* beschränken, damit nicht die Frage der Einbeziehung der Mischlinge in diese oder jene Bestimmung wieder die Gesetzgebung ins Stocken brächte"[124]. Und Lösener schreibt in seinem Vermerk: „Präsident Dr. Schacht stimmte der letzten Ansicht zu."

Abschließend wurde auf der Chefbesprechung festgehalten:

„Notwendig sei,

1. die geplanten Einzelmaßnahmen bald durchzuführen und
2. engeres Zusammenarbeiten der Partei mit dem Staate in der Weise, daß die Partei nicht nur das Volk durch Propaganda vorwärts treibe, sondern vor allem der Reichsregierung Anregungen über wünschenswerte Maßnahmen zugehen lasse."[125]

Wohl infolge dieser Chefbesprechung – deren Inhalt auch Hitler zur Kenntnis kam und in einer grundsätzlichen Aussprache zwischen ihm und Schacht behandelt wur-

---

weise abgedruckt bei Bracher/Sauer/Schulz, Die nationalsozialistische Machtergreifung, Köln 1962, S. 286 f.

[124] In diesem Zusammenhang ist ein Blick auf die erwähnte autobiographische Darstellung Löseners aus dem Jahre 1950 aufschlußreich (der 1931 in die NSDAP eingetreten war und deshalb in das konservative Ministerium berufen wurde, um das Amt des Rassereferenten zu übernehmen, wo er für die antijüdische Rassengesetzgebung verantwortlich war). Im Jahre 1950 stellt er die Tendenz, die Rassengesetze nur auf Volljuden anzuwenden, als eine von ihm persönlich gegen die offizielle Parteilinie entwickelte Taktik dar, um „das vielleicht noch zu Rettende zu retten". Diese „Gegenwirkung", heißt es in seiner Darstellung, „zieht sich durch meine gesamte Tätigkeit im RMdI, vom Frühjahr 1933 bis zu meinem Ausscheiden" [am 1. April 1943]. Diese Haltung Löseners, und besonders die dramatische Darstellung seines Anteils an der Vorbereitung der verschiedenen Gesetzesentwürfe am Vorabend ihrer Verkündung, hat in der Geschichtsschreibung starke Beachtung gefunden und ist sogar als ein Beispiel für den „Widerstand" seitens der Staatsbürokratie hervorgehoben worden, die die radikale nationalsozialistische Politik mäßigen wollte. Vgl. z. B. K. Schleunes, The twisted road to Auschwitz. Nazi Policy toward German Jews 1933–1939, Urbana 1970, S. 131 f. Auch ein vorsichtig kritischer Vergleich zwischen der Haltung des Gauleiters Wagner und ihrer von Lösener 1935 notierten Begründung einerseits und Löseners autobiographischer Darstellung aus dem Jahre 1950 andererseits führt zu dem Schluß, daß Lösener keineswegs der einzige war, der die Rassengesetze nur auf Volljuden angewendet wissen wollte. Für diese Haltung gab es seinerzeit pragmatische Gründe, die mit „Mäßigung" und einem „Retten des vielleicht noch zu Rettenden" nichts zu tun hatten. Es muß im Gegenteil gesagt werden, daß diese Haltung einem Ziel diente, das einer Mäßigung diametral entgegenstand: sie beschleunigte die praktische Durchführung des nationalsozialistischen Parteiprogramms oder räumte zumindest ein Hindernis aus dem Weg, das sich zum gegebenen Zeitpunkt und auch später hemmend auswirken konnte.

[125] In der Niederschrift des Auswärtigen Amtes wird die Chefbesprechung folgendermaßen zusammengefaßt: „Aus der Besprechung ergab sich, daß allgemein an dem Judenprogramm der Partei materiell festgehalten, die einzuschlagende Methode jedoch einer Kritik unterworfen werde. Die uferlose Ausdehnung antisemitischer Betätigung unverantwortlicher Organisationen, bzw. Privater auf allen möglichen Lebensgebieten soll durch gesetzliche Maßnahmen unterbunden werden. Gleichzeitig soll das Judentum einer Sondergesetzgebung ... unterworfen werden" (a. a. O., S. 560). In dem dritten, unter IMT NG-4067 aufbewahrten Dokument, vermutlich im Reichswirtschaftsministerium verfaßt, findet sich auch eine operative Zusammenfassung: „Staatsminister Adolf Wagner wird so bald als möglich neue Anregungen dem Reichsbankpräsidenten unterbreiten, die ein legales Fortschreiten der Bekämpfung des Judentums ermöglichen."

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

de[126] – wurden die konkreten Schritte zur Vorbereitung der Gesetze eingeleitet, über deren einstweilige legislative und administrative Anwendung Frick während der Besprechung berichtete[127]. Zweifellos wirkten auch der nahe bevorstehende Parteitag in

[126] Da der Chef der Reichskanzlei Lammers nicht persönlich an der Chefbesprechung teilnehmen konnte, ging auch ihm auf seinen Wunsch eine Niederschrift ihres Inhalts zu. In einer Anmerkung vom 5.9. 1935 steht auf der letzten Seite dieser Niederschrift: „Der Führer hat Kenntnis. Er hatte heute in der Angelegenheit eine grundsätzliche Aussprache mit Dr. Schacht." Aber schon vorher, am 3.5. 1935, hatte Schacht persönlich in dieser Angelegenheit für Hitler ein Memorandum verfaßt, in dem er eine Sondergesetzgebung in der Judenfrage verlangte, um die unkontrollierten antisemitischen Ausschreitungen zu bremsen, die in letzter Zeit wieder zu einem verstärkten Wirtschaftsboykott gegen Deutschland geführt hätten. In seinem Memorandum hatte Schacht die Vorschläge folgendermaßen zusammengefaßt: „Man stempele die Juden in jedem gewünschten Maße zu Einwohnern minderen Rechts durch entsprechende Gesetze, aber für die Rechte, die man ihnen lassen will, gewähre man ihnen staatlichen Schutz gegen Fanatiker und Ungebildete" (ADAP, C, Bd. IV, 1, No. 67). Vgl. auch „76 Jahre meines Lebens" (s. Anm. 116), S. 436–439: dort teilt Schacht Hitlers mündliche Reaktion an diesem Tage mit, die ihn aber nicht befriedigte; deshalb kam er noch einmal öffentlich, in seiner bekannten „Königsberger Rede" vom 18.8. 1935, auf das Thema zurück. In dieser Rede betonte er erneut die Notwendigkeit einer Sondergesetzgebung, die den Status der deutschen Juden im Sinne der Punkte 4 und 5 des Parteiprogramms der NSDAP festlegen würde, und fügte hinzu: „Diese Gesetzgebung ist in Vorbereitung und muß abgewartet werden" (S. 11 der gedruckten Rede). Diese Worte wurden drei Tage nach Aussendung der Einladungen zur Chefbesprechung im Reichswirtschaftsministerium und zwei Tage vor ihrem Zusammentritt gesprochen. Sie mögen ihren Einfluß auf die Ergebnisse dieser Besprechung gehabt haben.

[127] Diese Gesetze, für deren Vorbereitung Lösener als Rassereferent im Reichsministerium des Innern verantwortlich war, betrafen bereits alle Aspekte der Nürnberger Rassengesetze: das Reichsbürgergesetz, das Verbot der Mischehen (und im Zusammenhang damit auch die Strafbarkeit der „Rassenschande" außerhalb der Ehe) und den Paragraphen des Reichsflaggengesetzes, der den Juden das Hissen der deutschen Flagge untersagte. Praktisch wurden diese Gesetze zu verschiedenen Zeitpunkten durch Erlasse rechtskräftig, bei denen hinzugesetzt wurde: „die Reichsregierung beabsichtigt die Frage ... binnen kurzem allgemein gesetzlich zu regeln." Über die Vorbereitung eines neuen, auf der Rassentheorie fußenden Reichsbürgergesetzes äußerte sich Frick in einem öffentlichen Interview vom 26. April (Jüdische Rundschau, 30. 4. 1935); über seine schon vorher stattfindende Anwendung de facto vgl. Deutsche Justiz, 1935, S. 860, Meldung vom 7.7. 35. Ein Sendschreiben, das Aufgebote oder Eheschließungen zwischen Juden und Ariern untersagte, erging am 27.7. 35 aus dem Ministerium des Innern an die Landesregierungen (BA/NS/Vorl. 271 a); der volle Text findet sich auch in Andernacht et al. (Hrsg.), Dokumente zur Geschichte der Juden in Frankfurt a. M., Frankfurt 1963, S. 217 f. An bestimmten Orten wurde der Begriff der strafbaren „Rassenschande" in dieser Zeit auch für außereheliche Geschlechtsbeziehungen in Anspruch genommen (vgl. Der gelbe Fleck, Paris 1936, Kap. 1 u. 9, sowie G. Warburg, Six Years of Hitler, London 1939, S. 211 f.). Unter dieser Rubrik erschienen sie auch in den Berichten über Verhaftungen, neben anderen politischen Vergehen (vgl. Anm. 106–108). Die Forderung, die Arbeit arischer Angestellter in jüdischen Häusern gesetzlich zu verbieten, wurde unter anderem im „Angriff" vom 24. 8. 1935 erhoben (Warburg, S. 222). Auch der Paragraph des Reichsflaggengesetzes, der das Hissen der Hakenkreuzflagge durch Juden untersagte, wurde am 27.7. 1935 vom Ministerium des Innern erlassen (Adam, S. 118; vgl. auch Warburg, S. 193, der über die Veröffentlichung des Erlasses in der Westfälischen Landeszeitung vom 29. 4. 1935 berichtet). Löseners spätere autobiographische Darstellung erwähnt merkwürdigerweise von allen diesen Entwicklungen nur das neue Flaggengesetz, und auch das unter Auslassung des Judenparagraphen (a. a. O., S. 272 f.); so ist es kein Wunder, daß er auch ein für die Entstehung der Nürnberger Gesetze so wichtiges Ereignis wie die Chefbesprechung vom 30. 8. 1935 unerwähnt läßt, deren schriftliche Zusammenfassung seinen Namen trägt.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Nürnberg und die gleichzeitige Einberufung des Reichstags beschleunigend. Schon am 30. 8. 1935, also zehn Tage nach der Besprechung, erschienen im Ausland eindeutige Nachrichten über diesen Plan[128]. Auf dem Parteitag selbst gab der Vertreter des Rassepolitischen Amtes, „Reichsärzteführer" Dr. Gerhard Wagner, die bevorstehende antijüdische Rassengesetzgebung schon am 12. 9. 1935 bekannt[129].

Die prinzipielle Bedeutung dieser Gesetze, wie sie Hitler in seiner Reichstagsrede am 15. September darstellte, ist an anderem Ort dargelegt[130]. Im Rahmen unserer Untersuchung kommt es jedoch darauf an, daß Hitler in der gleichen Rede, als er sich zur Wahl des Zeitpunktes und zur unmittelbaren Aufgabe der Gesetzgebung äußerte, sie als Antwort auf gewisse, (zumindest im gegenwärtigen Augenblick) unerwünschte Stimmungen der Bevölkerung bezeichnete. Deutlich reflektiert Hitler das Bild, das sich aus den Lageberichten und ihrer Auswertung ergibt, wie wir es kennengelernt haben. In einer charakteristischen Umkehrung stellte er die antijüdischen Ausschreitungen als Reaktion und Abwehr der Bevölkerung dar, indem er erklärte:

> „Aus zahllosen Orten wird auf das Heftigste geklagt über das provozierende Vorgehen einzelner Angehöriger dieses (d. h. des jüdischen) Volkes." Im gleichen Zusammenhang spricht er von einer „auffälligen Häufung und Übereinstimmung des Inhalts" der Berichte. „Soll dieses Vorgehen nicht zu sehr entschlossenen, im einzelnen nicht übersehbaren Abwehraktionen der empörten Bevölkerung führen, bleibt nur der Weg einer gesetzlichen Regelung des Problems übrig."[131]

Auch „die erneute Boykotthetze, die das jüdische Element gegen Deutschland soeben in Gang setzte"[132] – Schacht hatte sie Hitler gegenüber als direkte Folge der zahlreichen antijüdischen Ausschreitungen innerhalb des Reiches erklärt –, wird in der Reichstagsrede als einer der Beweggründe erwähnt, die zu diesem Zeitpunkt zur Gesetzgebung geführt hätten. Sollte aber, so führte Hitler weiter aus, „die innerdeutsche und internationale jüdische Hetze ihren Fortgang nehmen" – und aufgrund der

---

[128] Das belegen die Nachrichten im Londoner Wochenblatt „The Jewish Chronicle" vom 30. 8. 1935. In einem Artikel unter dem Titel „Regulating the Jews' Status. Forthcoming Racial Legislation" berichtet die Zeitung über „Reports on proposed legislation ... to regulate the question of German citizenship, ban mixed marriages and enact heavy penalties for ‚racial desecration', i. e., relations between ‚Aryan' girls and Jews ... It is stated that the new Citizenship-Law is to be officially proclaimed at the Nazi-Congress at Nuremberg on September 10th." Auch im Lichte dieser Meldung erstaunt Löseners spätere Darstellung, nach der der Rassereferent im RMdI bis zum 13. September nicht gewußt haben soll, was in London schon Ende August bekannt war.

[129] Gerhard Wagners Erklärung vom 12. 9. 1935 über die Absicht, ein Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes zu erlassen, erfolgte nach Adam, S. 126 u. Anm. 66, nach vorheriger Absprache mit Hitler.

[130] Siehe Jewish Question, S. 200–203, sowie Public Opinion, S. 212 f., wo Hitlers grundlegende Äußerungen aus seiner „ersten politischen Schrift" von 1919 mit seinen Ausführungen in dieser Reichstagsrede vergleichend analysiert werden. Grundsätzliches über die Auffassungen anderer Parteiführer siehe jetzt bei Gruchmann, a. a. O.

[131] Domarus, S. 537.

[132] Ebenda.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Rasse deterministisch vorgegebenen Drang jedes einzelnen Juden zu dieser zersetzenden und zerstörerischen Aktivität konnte es auf lange Sicht gar keine andere Entwicklung geben[133] –, „wird eine neue Überprüfung der Lage stattfinden" und das Problem „zur endgültigen Lösung der Nationalsozialistischen Partei übertragen werden"[134].

Noch drei ergänzende Tatsachen seien erwähnt: Erstens sind in einigen Lageberichten gar keine Stellungnahmen der Bevölkerung zur Nürnberger Rassengesetzgebung verzeichnet; dem Anschein nach hat es in diesen wenigen Bezirken keine offenen Reaktionen gegeben, die für die Darstellung der allgemeinen Stimmung ins Gewicht gefallen wären. Ferner ist festzustellen, daß auch dort, wo eine solche Reaktion wiedergegeben ist, aus der Schilderung nicht in allen Fällen hervorgeht, welcher Teil der Bevölkerung unbeteiligt blieb – sei es aus Gleichgültigkeit oder aus Vorsicht. Zweitens muß gesagt werden, daß die Reaktionen nicht auf die ersten beiden Monate nach dem Erlaß der Gesetze beschränkt blieben und daß das Thema die Bevölkerung auch weiterhin beschäftigte. Nach den Lageberichten für den November scheinen solche Reaktionen auf dem Hintergrund verschärfter Kritik und Opposition gegen das Regime und seine Politik auf den verschiedenen Lebensgebieten entstanden zu sein, hauptsächlich aber infolge der wirtschaftlichen Notlage (zeitweiliges Ansteigen der Arbeitslosenzahl und wachsende Schwierigkeiten in der Lebensmittelversorgung). Die Behandlung der Judenfrage findet sich in den verschiedenen Abschnitten der Lageberichte, die die einzelnen Bevölkerungsgruppen zum Thema haben, und im allgemeinen läßt sich sagen, daß die Reaktionen sich nicht wesentlich von denen für die Monate September–Oktober unterscheiden[135]. Drittens soll die erstaunlich übereinstimmende Kritik aller Kreise der Bevölkerung am dritten Gesetz des Nürnberger Parteitages – am Flaggengesetz – hervorgehoben werden, im Gegensatz zur uneinheitlichen, jedoch vorwiegend zustimmenden Reaktion auf die beiden antisemitischen Gesetze.

Schlußbetrachtung

Die Reaktionen der Bevölkerung auf die Nürnberger Gesetze lassen einige Linien und Tendenzen deutlich werden, die die Meinungsbildung der Bevölkerung bestimmten: 1. Die Reaktionen waren nicht einheitlich, und in vielen Fällen wurde in den Lageberichten auf die Beziehung hingewiesen, die zwischen der jeweiligen Stellungnahme zum Antisemitismus und konfessionellen, ideologischen, sozialen oder regionalen Einflüssen bestand. 2. Kritische und oppositionäre Haltungen, die in der Stimmung

[133] Vgl. z. B. Hitlers „grundlegende" Rede über den Antisemitismus, VfZ 16 (1968), S. 406, sowie seine Äußerung vom 11. 12. 1941 in: Hitlers Tischgespräche, hrsg. v. A. Hillgruber, München 1968, S. 36. Grundsätzliches dazu in Jewish Question, Teil III, Kap. 4, sowie in den dort im Teil II angegebenen Auffassungen von Bracher, Nolte, Jäckel, Hillgruber, Hildebrand.

[134] Domarus.

[135] GStA/Rep. 90 P/84.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ihren Ausdruck fanden und verschiedene Bereiche betrafen, darunter die Judenpolitik, waren im Dritten Reich möglich und haben in der Tat bestanden. 3. Im Hintergrund der Haltung zu den Juden steht die Polarisierung in der öffentlichen Stimmung, die einerseits in der Vertrauenskrise ihren Ausdruck fand, die zwischen der Regierung und bestimmten Bevölkerungskreisen, Parteigenossen und spezifischen Oppositionsgruppen bestand, jedoch zugleich in der wachsenden Radikalisierung anderer Bevölkerungskreise, zu denen in erster Linie die Aktivisten der nationalsozialistischen Bewegung und ihre Propagandisten gehörten; ein gewisser Teil der Bevölkerung dagegen steht den ideologischen und politischen Fragen gleichgültig gegenüber, äußert aber Kritik angesichts der schlechteren Wirtschaftslage oder der Verletzung eines nationalen Konsensus, wie im Falle des Flaggengesetzes. Auf diesem Hintergrund lassen sich die verschiedenen Haltungen zur Judenfrage in vier Hauptkategorien einteilen:

I. Die Nürnberger Gesetze wurden als eine Lösung angesehen, in deren Rahmen die Stellung der Juden in Staat und Gesellschaft ihre dauerhafte Regelung gefunden habe: Ihre Ausschaltung bzw. Absonderung, nach der „jede Einmischung in die völkischen Belange der deutschen Nation für alle Zukunft unmöglich und verboten ist", schienen ebenso eindeutig festgelegt wie die Tätigkeitsbereiche und Grenzen eines eigenständigen jüdischen Lebens, dazu die Befugnisse von Staat und Partei, die nun im jüdischen Sektor für Recht und Ordnung sorgen würden.

II. Die Rassengesetze und ihre Prinzipien sowie Terroraktionen und Ausschreitungen gegen Juden seitens ihrer Mitbürger oder der Parteiorganisationen stießen häufig auf Ablehnung, Kritik und selbst offene Opposition. Die Ablehnung richtete sich entweder gegen die Gesetze und die Terroraktionen zugleich oder aber nur gegen eines von beiden. Im letzteren Fall wurden die Terroraktionen häufiger verurteilt als die Gesetze, mitunter fanden die Terroraktionen gerade die Mißbilligung derjenigen, die die Rassengesetze eindeutig befürworteten. Unter den „weltanschaulichen Gegnern" des Nationalsozialismus standen Kirchengänger oder Geistliche beider Konfessionen (vorwiegend Katholiken), frühere Angehörige der sozialistischen Parteien sowie der liberalen bürgerlichen Intelligenz der Judenpolitik ablehnend gegenüber.

Vielfach beruhte die Ablehnung der Rassengesetze, der Terroraktionen und vor allem der antijüdischen Boykottmaßnahmen auf reinen Nützlichkeitserwägungen: Man fürchtete negative wirtschaftliche bzw. berufliche Auswirkungen, insbesondere Vergeltungsmaßnahmen des Auslands. Diese Haltung läßt sich nicht immer deutlich umrissenen Bevölkerungsgruppen zuschreiben.

Nur in wenigen Bezirken oder Orten wird die Ablehnung der Judenpolitik als Haltung der Mehrheit geschildert, gewöhnlich erscheint sie in den Berichten als die Haltung einer Minderheit oder vereinzelter Personen; in anderern Fällen sagen die Lageberichte nichts über solche Relationen aus.

III. Die vor dem Nürnberger Parteitag mit besonderer Intensität betriebene antisemitische Propaganda hatte eine aktive Identifikation zur Folge, und die antisemitische Gesetzgebung wurde als Legitimierung von Boykott- und Terroraktionen, antijüdischen Demonstrationen und der öffentlichen Mißhandlung jüdischer Personen

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

angesehen, wie sie im Rahmen lokaler Initiativen stattfanden, die zumeist von Parteiorganisationen ausgingen, unter denen die SA zu den aktivsten gehörte. Hier wurde monatelang vor dem Nürnberger Parteitag die Radikalisierung der antijüdischen Gesetzgebung bzw. die „restlose Lösung der Judenfrage" „von unten aus" angestrebt.

Die radikalen antisemitischen Elemente, die in den meisten Lageberichten als aktive Minderheit bezeichnet werden, hatten kein Verständnis für den Gegensatz, der zwischen der öffentlichen antisemitischen Hetze von Regierungspartei wie politischer Führung und den gesetzlichen wie polizeilichen Einschränkungen der praktischen Durchführung der Ideologie bestand. Ähnlich gerieten Polizei und Gestapo in Schwierigkeiten oder zögern zumindest, wenn sie im Namen des Gesetzes gegen die „Aktivisten" einschreiten und ihnen die eventuelle Strafbarkeit ihrer Handlungsweise klarmachen sollten.

Allgemein ist festzuhalten, daß antijüdische Terroraktionen das Bild in allen Regierungsbezirken und fast an jedem Ort bestimmen; die Tendenz jedoch, ob also die Zahl solcher Aktionen abnimmt oder steigt, ist in den hier behandelten Berichtsmonaten uneinheitlich. In einem großen Teil der Regierungsbezirke hatten die gesetzlichen Bestimmungen zur Einschränkung der Terroraktionen ihre Wirkung getan, doch in anderen wird eindeutig festgestellt, daß der Umfang der Terroraktionen im August (im Monat vor dem Parteitag) und im September–Oktober (den Monaten nach dem Parteitag) gleichgeblieben sei.

Wie sich aus den statistischen Angaben zu Festnahmen von Juden auf Grund von „Rasseschändung" und „staatsfeindlichem Verhalten" um die Zeit der Nürnberger Gesetzgebung ergibt, auch aus der Schilderung des öffentlichen Druckes, der in diesen Festnahmen seinen Ausdruck fand, läßt sich ferner sagen, daß die Gesetzgebung nicht zu einer Häufung von Verhaftungen „zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre" geführt hat, sondern einem Nachgeben vor öffentlichem und „ideologischem" Druck gleichkam, dem hier ein offizieller, legaler und kontrollierbarer Rahmen geschaffen wurde.

IV. Nur in wenigen Lageberichten ist keine Reaktion der Bevölkerung auf die antijüdischen Nürnberger Gesetze verzeichnet; in allen dagegen findet sich eine Reaktion auf das Flaggengesetz. Ebenso gibt es in dieser Zeit kaum einen Regierungsbezirk, aus dem keine lokalen antijüdischen Terroraktionen gemeldet werden. Gleichzeitig aber läßt sich aus den Lageberichten schließen, daß ein gewisser Teil der Bevölkerung allen ideologischen und politischen Fragen passiv bzw. gleichgültig gegenüberstand, auch der nationalsozialistischen Rassengesetzgebung (wenngleich nicht immer den Ausbrüchen antijüdischer Gewalttätigkeit).

Zum Verhältnis zwischen der Meinung der Bevölkerung und der Politik des Regimes lassen sich für die besprochene Periode zwei Ergebnisse festhalten:

1. Das Bild der öffentlichen Meinung, das sich aus den Lageberichten ergibt, unterscheidet sich von jenem, das aus den offen zugänglichen Quellen der Zeit entsteht oder auch aus dem subjektiven Urteil, das im Rahmen der notwendigen Bekämpfung des Nationalsozialismus als totalitäre Massenbewegung und Herrschaftssystem ge-

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

troffen wurde und das die Geschichtsschreibung der freien Welt während des Bestehens des Dritten Reiches geprägt und noch die der Nachfolgezeit beeinflußt hat.

2. Es war aber das in den Lageberichten gespiegelte Bild, das dem Regime vor Augen stand, als es seine Judenpolitik in jener Phase gestaltete. So ist die Aufhellung dieses Bildes notwendig – in dieser wie in allen anderen Phasen der Politik zur „Lösung der Judenfrage" –, weil sich damit nicht nur der Prozeß öffentlicher Meinungsbildung als solcher erforschen läßt, sondern auch ihre Rolle als Faktor in der Genealogie politischer Entscheidungen – bis zu der letzten, verhängnisvollen Entscheidung zur „Endlösung" und während der Jahre ihrer grauenhaften Durchführung.

Jedoch bezeichnen die Ergebnisse der hier vorgelegten Untersuchung nur eine frühe Phase in der Haltung der Bevölkerung zu den Juden und im reziproken Verhältnis zwischen ihr und der Politik des Regimes. Die Haltung, die aus den Lageberichten der besprochenen Periode deutlich wird, ist keineswegs repräsentativ für die weiteren Entwicklungen der Judenpolitik im Dritten Reich, und diese Einschränkung gilt besonders für die späteren Phasen ihrer Radikalisierung. Scharf tritt das Problem von Kontinuität und Wandel in den Reaktionen auf die dramatischen Ereignisse des Jahres 1938 hervor, die in der „Reichskristallnacht" ihren Höhepunkt fanden, und insbesondere während des Krieges, als die Politik der Deportationen und der Massenvernichtung einsetzte. Im Verhältnis der Bevölkerung zu den Juden und zur „Judenfrage" traten eine zunehmende Depersonalisierung und Passivität bzw. eine Art von makabrem Pragmatismus ein. Angesichts der offiziellen Propaganda, in der die Juden in dieser Phase als die Hauptverantwortlichen für den Krieg hingestellt werden, ist diese Erscheinung paradox, angesichts des Schicksals aber, das die Juden aufgrund dieser Propaganda erleiden mußten, erschreckend.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Miszelle

FRANZ W. SEIDLER

DAS NATIONALSOZIALISTISCHE KRAFTFAHRKORPS UND DIE ORGANISATION TODT IM ZWEITEN WELTKRIEG

Die Entwicklung des NSKK bis 1939

Die ersten Ansätze der Organisation führte die Legende des NSKK in das Jahr 1922 zurück, als mit Hilfe Dietrich Eckarts, des Herausgebers des Völkischen Beobachters, in München einige Lastkraftwagen angeschafft wurden, um schnelle Einsätze der SA zu ermöglichen und um Propagandamaterial zu transportieren. Die Fahrer und KfZ-Mechaniker fühlten sich als eine besondere Gruppe in der Partei. Offiziell verfügte Hitler erst am 1. April 1930 die Aufstellung eines „Nationalsozialistischen Automobil-Korps". Früher als andere Parteiführer erkannte er den Wert mobiler Einsätze für die Verbreitung des nationalsozialistischen Gedankenguts und für die Wahlpropaganda. Die Mitglieder des NSAK verpflichteten sich, ihre privaten Kraftwagen für die Zwekke der NSDAP zur Verfügung zu stellen, führende Persönlichkeiten der Partei- und SA-Abteilungen zu befördern, Kurierdienste zu leisten, KfZ-Unterricht zu geben und Übungs- und Propagandafahrten durchzuführen. Diejenigen Mitglieder, die über KfZ-Reparaturwerkstätten verfügten, sollten diese zur Instandsetzung der NSAK-Automobile bereithalten. Da die Untergruppen der SA über keine verbandseigenen Fahrzeuge verfügten, waren die Standartenführer und Sturmbannführer auch noch später auf die Hilfe der Motorstürme angewiesen[1]. Die Leitung des NSAK übernahm in Personalunion der damals Oberste SA-Führer Franz von Pfeffer[2]. Da nur wenige Parteigenossen eigene Kraftfahrzeuge besaßen, blieb die Basis des NSAK zunächst schmal. Die Zahl der aktiven Mitglieder betrug damals nicht einmal 300. Erst als eine Reihe von Sympathisanten sich bereit erklärte, dem Korps Kraftfahrzeuge zur Verfügung zu stellen, wurde die Bewegung effizient. Der Erfolg der Partei bei der Reichstagswahl 1930 war u. a. darauf zurückzuführen[3]. Im Dezember 1930 ernannte Hitler einen alten Mitstreiter und Haftgenossen der Landsberger Zeit, den Major a. D. Adolf Hühnlein, zum Chef des Kraftfahrwesens der SA und zum Stellvertretenden Korpsführer des NSAK. Mit ihm begann der eigentliche Aufstieg der Organisation, die am 20. 4. 1931 in „Nationalsozialistisches Kraftfahrkorps" umbe-

[1] Heinrich Bennecke, Hitler und die SA, München und Wien 1962, S. 161.
[2] Vgl. Andreas Werner, SA und NSDAP, Studien zur Geschichte der SA und der NSDAP 1920–1923, Erlanger Dissertation 1964, S. 405 ff.
[3] Heinrich Bennecke, S. 146.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nannt wurde. Das NSKK erhielt einen eigenen Dienstweg in der SA neben den weiter bestehenden Motorstaffeln der SA[4]. Beide umfaßten im Reich 680 Motorstürme.

Beim Braunschweiger SA-Tag am 18.10. 1931 standen bereits 5000 Kraftfahrzeuge zum Antransport der SA-Männer aus allen deutschen Gebieten zur Verfügung. Das NSKK zählte damals fast 10000 Mann[5].

Nach der Regierungsübernahme Hitlers im Januar 1933 wurde die Kraftfahrzeugindustrie des Reiches als eine Schlüsselindustrie zur Ankurbelung des Wirtschaftslebens eingesetzt. Das Organisationsbuch der NSDAP stellte die Behauptung auf, daß die „Abwehrkraft der Nation" vom Stande der Motorisierung abhänge[6]. Das NSKK profitierte davon. Die Automobilclubs der Weimarer Republik wurden, soweit ihre Mitglieder den rassischen Kriterien entsprachen, im Deutschen Automobil-Club zusammengefaßt. Das war neben der Motor-SA[7] und dem NSKK die dritte Organisation, die sich dem KfZ-Wesen verschrieben hatte. Die Mitgliedschaft in der Motor-SA und im NSKK hing im Unterschied zum DAC nicht vom Besitz eines eigenen Kraftfahrzeugs ab. Voraussetzung für den Eintritt war die „innere Bereitschaft zu kämpferischem Einsatz"[8]. Nach dem 30.6. 1934 wurde das NSKK von der SA abgekoppelt und erhielt den Status einer selbständigen Gliederung der NSDAP. Die Motorstürme der SA traten zum NSKK über[9]. Dadurch erhielt die Organisation Auftrieb. In der folgenden Zeit war die Ausbildung von Fahrern und Mechanikern vorrangig. Es entstanden die Reichsschule Zeesen für die Führerausbildung, die Reichsschule Elsgrund zur Schulung technischer Ausbilder und Lehrkräfte und die Technische Führerschule des Inspekteurs des NSKK für technische Ausbildung und Geräte in München. Dazu kamen insgesamt 21 Motorsportschulen. Die Lehrgänge dauerten 5 Wochen. Fahrbare Lehrwerkstätten und korpseigene Schulfahrzeuge förderten die Fortbildung der NSKK-Männer in abgelegenen Standorten. Durch die Schulorganisation des NSKK liefen bis zum Beginn des Krieges 200000 junge Männer, die nach ihrem Eintritt in die Wehrmacht in den motorisierten Truppenteilen, besonders bei der Panzertruppe, dienten. 1934 übertrug Reichsjugendführer Baldur von Schirach dem NSKK die „motorische Ertüchtigung" der Motor-HJ, deren Stärke damals etwa 100000 Jugendliche im Alter von 16 bis 18 Jahren betrug[10]. Der Arbeit der Motor-HJ waren jedoch enge Grenzen gesetzt. Die Organisation verfügte lediglich

---

[4] In der SA wurde das NSKK jahrelang als „Hilfsorganisation der SA" angesehen. Vgl. Ernst Bayer, Die SA. Geschichte, Arbeit, Zweck und Organisation der Sturmabteilungen des Führers und der Obersten SA-Führung, Berlin 1938, S. 13; Andreas Werner, S. 552.

[5] Vgl. Heinrich Bennecke, S. 166 f.; Alfred Vagts, Hitler's Second Army, Washington 1943, S. 96.

[6] Organisationsbuch der NSDAP, München 1936, S. 394.

[7] Vgl. Wolfgang Horn, Der Marsch zur Machtergreifung. Die NSDAP bis 1933, Athenäum/Droste Tb 7234 (1980), S. 278 ff.

[8] Hans-Helmuth Krenzlin, Das NSKK. Wesen, Aufgaben und Aufbau des Nationalsozialistischen Kraftfahrkorps, dargestellt an einem Abriß seiner geschichtlichen Entwicklung, Schriften der Hochschule für Politik, Heft 34, Berlin 1939, S. 14.

[9] Vgl. Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, München 1958, S. 326; Alfred Vagts, S. 98.

[10] Vgl. Hans-Christian Brandenburg, Die Geschichte der HJ. Wege und Irrwege einer Generation, Köln 1968, S. 173.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

über 350 eigene Kraftfahrzeuge zu Ausbildungszwecken. Trotzdem erwarben jährlich bis zu 10000 Mitglieder den Führerschein und übten sich im Werkstattdienst[11]. Am 23.8. 1934 verfügte Hitler die Verschmelzung der Motor-SA, die doppelt soviel Mitglieder hatte wie das NSKK, mit diesem, dessen Umfang damals etwa 100000 Mann betrug[12]. Von den Mitgliedern des NSKK waren 34% Arbeiter, 23% Angestellte, 11,3% Handwerker, 6,3% Beamte, 15,5% Freiberufliche und 9,9% Angehörige landwirtschaftlicher und sonstiger Berufe[13].

Am 19.10. 1935, beim „Tag von Coburg", sprach Hitler dem Führerkorps des NSKK öffentlich seine Hochachtung aus: „Es ist das große Verdienst des NSKK und seines Korpsführers Hühnlein, daß es als Banner- und Willensträger mit der ihm eigenen Zähigkeit den Motorisierungsgedanken im Volke lebendig werden ließ, ihn geistig vorbereitet und zum Durchbruch gebracht hat."[14]

Unter Anleitung der Polizei nahmen zahlreiche NSKK-Männer mit schwarzem Käppi, Ringkragen und Anhaltestab an Verkehrsknotenpunkten Aufgaben der Verkehrsregelung wahr. Das kam der Popularität der Organisation ebenso zugute wie die zahlreichen Kraftfahrzeugwettbewerbe, die auf regionaler und überregionaler Basis durchgeführt wurden. Der NSKK-Verkehrserziehungsdienst widmete sich in sogenannten Verkehrserziehungsgärten der Unterweisung von Verkehrssündern. Bei der Berliner Olympiade 1936 übernahm das NSKK Transportaufgaben vielfältiger Art. Politisch wirkungsvoll waren Rundfahrten für ausländische Besucher zur Propagierung der Aufbauleistungen des Nationalsozialismus. Auch die Umstellung des Linksverkehrs auf Rechtsverkehr nach der Eingliederung Österreichs als Ostmark ins Reich wurde 1938 vom NSKK organisiert. Im gleichen Jahr entstand im Einvernehmen mit dem Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei der „NSKK-Verkehrshilfsdienst". Zu seinen Aufgaben gehörten Unfall- und Pannenhilfe. Die Telefone des Straßen-Rufstellennetzes waren von ehrenamtlichen NSKK-Männern besetzt. Die Hinweisschilder auf die Rufsäulen im Abstand von 6 bis 10 km zeigten eine rote Wählerscheibe mit blauem Rand und das Hoheitsabzeichen des NSKK neben dem Zeichen des Deutschen Roten Kreuzes.

Für die Verdienste um das NSKK und angesichts der Erfolge des NSKK wurde Korpsführer Hühnlein auf dem Reichsparteitag 1938 zum Reichsleiter der NSDAP ernannt. Er war jetzt der Bevollmächtigte Hitlers für Fragen des Straßenverkehrs und der Verkehrserziehung. Alle Gesetze und Verordnungen auf dem Gebiet des Straßenverkehrs bedurften seiner Zustimmung. Gleichzeitig entwickelte sich das NSKK auch zum alleinigen Träger des Kraftfahrsports im Dritten Reich. Die Oberste Nationale Sportbehörde für die Deutsche Kraftfahrt (ONS) wurde vom Korpsführer des NSKK übernommen. Alle nationalen KfZ-Sportveranstaltungen und die Teilnahme

---

[11] Vgl. auch Günter Kaufmann, Das kommende Deutschland. Die Erziehung der Jugend im Reich Adolf Hitlers, Berlin 1940, S. 94f.; Arno Klönne, Hitlerjugend. Die Jugend und ihre Organisation im Dritten Reich, Hannover und Frankfurt 1957, S. 36ff.

[12] Vgl. Karl-Heinz Ludwig, Technik und Ingenieure im Dritten Reich, Düsseldorf 1974, S. 315.

[13] Hans-Helmuth Krenzlin, S. 18.

[14] Ebenda, S. 21.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

an ausländischen Wettbewerben mußten von ihm gebilligt werden. Am 27.1. 1939 machte Hitler das NSKK schließlich zum alleinigen Träger der gesamten motortechnischen Wehrertüchtigung. Die Ausbildung des Kraftfahrerersatzes für das Heer fiel jetzt in die ausschließliche Zuständigkeit des Korps. Sie umfaßte die kraftfahrzeugtechnische Ausbildung von 16-jährigen HJ-Buben ebenso wie die Führerscheinausbildung für Soldaten des Beurlaubtenstandes.

In dieser Zeit gliederte sich das NSKK in 5 Motor-Obergruppen und 23 Motorgruppen. Jede Motorgruppe bestand aus 7 Motorstandarten, jede Motorstandarte aus 5–6 Motorstaffeln und jede Motorstaffel aus 6 Motorstürmen. Die Kopfstärke des NSKK betrug fast eine halbe Million Männer[15]. Die Dienststellen der Korpsführung waren in München und Berlin. Wichtigster Mann war der Chefstabsführer. Er arbeitete alle Richtlinien, Befehle, Verfügungen und Anordnungen nach Weisung des Korpsführers aus. Für die weltanschauliche Schulung der Mitglieder bediente sich das NSKK der politischen Leitung der NSDAP. Von dort wurden weltanschauliche Schulungsreferenten an die 24 Schulen und in die Gliederungen entsandt. Die amtlichen Organe der Korpsführung waren die im Zentralparteiverlag der NSDAP erscheinende Kampfschrift „Der NSKK-Mann" und die Monatsschrift „Deutsche Kraftfahrt".

Während zu Beginn der dreißiger Jahre die Fahrzeuge des NSKK fast ausschließlich im Privatbesitz seiner Mitglieder waren, besaß das NSKK 1939 einen eigenen Motorpark. Er umfaßte einige hundert PKW und LKW[16]. Alle Motorfahrzeuge des NSKK trugen die Korpsplakette in Silber vorne am Wagen und während des Dienstes den Dienstwimpel[17].

Die Vorstufen der OT

Das „Gesetz über die Errichtung eines Unternehmens Reichsautobahnen"[18] vom 27.3. 1933 ermächtigte die Deutsche Reichsbahnverwaltung, zum Bau und zum Betrieb von „Kraftfahrbahnen" ein Zweigunternehmen einzurichten. Am 23.11. 1934 wurde die neue Direktion in Berlin gegründet. Sie übernahm die Leitung der „Gesellschaft Reichsautobahnen". Vorsitzender des Vorstandes war der Generaldirektor der

[15] Alfred Vagts, S. 98; Hans-Helmuth Krenzlin, S. 18.

[16] Vgl. Alfred Vagts, S. 100.

[17] Oppermann, Unter den Sturmstandern des NSKK, München 1936, S. 10.

[18] Zur Frage des Reichsautobahnbaus vgl. vor allem Karl Krämer, Autobahnbau in Deutschland 1933–1945. Zu den Hintergründen, Ostberlin 1975; Karl-Heinz Ludwig, S. 303 ff.; Hansjoachim Henning, Kraftfahrzeugindustrie und Autobahnbau in der Wirtschaftspolitik des Nationalsozialismus 1933 bis 1936, in: Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 1978, S. 217 ff.; Jürgen Stelzner, Arbeitsbeschaffung und Wiederaufrüstung 1933–1936. Nationalsozialistische Beschäftigungspolitik und der Aufbau einer Wehr- und Rüstungsindustrie, Tübinger Dissertation 1976; James D. Shand, The Reichsautobahn: Symbol for the Third Reich, in: Journal of Contemporary History, 2/1984, S. 189 ff.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Deutschen Reichsbahngesellschaft. Zu den Aufgaben der Direktion gehörten Baufinanz- und Personalangelegenheiten, Konstruktions- und Beschaffungsfragen, die Herausgabe von Dienstvorschriften und die Vertretung der Gesellschaft nach außen. In Entsprechung zu den Reichsbahndirektionen wurden für den Autobahnbau Oberste Bauleitungen eingerichtet. Die Bauausführung oblag den Bauabteilungen. Die örtliche Leitung und Baubeaufsichtigung war in den Händen von Streckenbaumeistern, denen von Fall zu Fall Bauwarte zugeteilt wurden. Bis 1935 entstanden nach und nach 15 Oberste Bauleitungen und 74 Bauabteilungen.

Mit Erlaß vom 23. 1. 1935 wurden die Aufsichtsrechte der Reichsregierung für das Unternehmen Reichsautobahnen dem „Generalinspektor für das Straßenwesen" übertragen. Amtsinhaber war Fritz Todt. Er fungierte seit 30. 11. 1933 als Oberste Reichsbehörde und verfügte über einen Haushaltstitel von 1 Mrd. RM im Jahr. Seine Aufgabe war ursprünglich die Zentralisierung des deutschen Landstraßenwesens. Bei seiner Amtsübernahme teilten sich über 600 Körperschaften (Länder, Provinzen, Kreise, Bezirke, Gemeinden) mit rund 700 Staats-, Provinzial- und Kreisbauverwaltungen die Aufsicht über das deutsche Straßennetz. Zur Bewältigung der ihm übertragenen Aufgaben gründete der Generalinspektor im Herbst 1933 eine Dienststelle in Berlin. Entsprechend seinem Führungsprinzip, Entscheidungen vor Ort zu delegieren, versuchte Todt mit einem möglichst kleinen Mitarbeiterstab auszukommen. Sein Amt gliederte sich auch nach der Übernahme des Reichsautobahnbaus in nur drei Abteilungen mit je 5 Referenten. Dazu traten die fachtechnischen Zentralreferate Bodenmechanik, Vermessung, Deckenbau, Brückenbau, Transport und Geräte, Fernmeldewesen.

Am 1. 6. 1938 erhielten die Reichsautobahnen schließlich eine ähnliche Stellung wie die Deutsche Reichsbahn, deren uneingeschränkte Zuständigkeit das Reich durch die Erklärung des Reichskanzlers vom 30. 1. 1935 an sich gezogen hatte. Die Dienststellen der Reichsautobahnen waren von da an unmittelbare Reichsbehörden. Vorsitzender des Vorstandes wurde nun anstelle des Generaldirektors der Deutschen Reichsbahngesellschaft der Generalinspektor für das Straßenwesen. Die Deutsche Reichsbahn war nur noch durch ein Mitglied im Vorstand vertreten. Zum Vorstand trat ein Beirat, dessen Vorsitz der Reichsverkehrsminister übernahm. Zum Zeitpunkt dieser Umorganisation unterstanden der Direktion insgesamt 17 Oberste Bauleitungen und 10 Bauabteilungen[19].

Der Reichsautobahnbau und der Landstraßenbau brachten der Bauwirtschaft nach den Jahren der Stagnation ein erhebliches Auftragsvolumen ein. Ab 1936 sollten jährlich etwa 1000 km Autobahnen fertiggestellt werden. Diese Leistung erreichte Todt 1936 und 1937 u. a. dadurch, daß er die Unternehmer von bürokratischen Hemmnissen befreite, ihnen gute Profitspannen in Aussicht stellte, eine Typisierung der Bauarbeiten erreichte und eine Normierung des Baugeräteparks durchsetzte. Der Reichsautobahnbau erfolgte ausschließlich durch zivile Bauunternehmungen im Auftrags-

[19] Rudolf Dittrich, Vom Werben, Wesen und Wirken der Organisation Todt, Manuskript Berlin 1946, Bundesarchiv, Kleine Erwerbungen Nr. 529/1, S. 8; Karl-Heinz Ludwig, S. 331.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

verfahren. Sie stellten neben dem Maschinenpark die sogenannten Stammarbeiter. Die Masse der Bauarbeiter, bis zu 90%, wurde durch Vermittlung der Arbeitsverwaltungen an die Baustellen geschafft[20]. Ab 1935 traten Einheiten des Reichsarbeitsdienstes dazu[21].

Die Unterbringung und Verpflegung der Arbeitskräfte war Angelegenheit des Generalinspektors. Da die Neubauten der Reichsautobahnen über große Strecken weitab von größeren Wohngebieten lagen, wurde die Einrichtung von Wohnlagern mit Baracken, Küchen und Betreuungsräumen erforderlich. Die Organisierung dieser Arbeitermassen und ihre Betreuung wurde zu einem besonderen Charakteristikum der Arbeitsweise Todts. Im „Gesetz über die Unterkunft bei Bauten" vom 13.12. 34 wurden seine Richtlinien[22] für die Unterbringung und Verpflegung der Autobahnarbeiter verbindlich für die Durchführung von öffentlichen Bauten überhaupt[23].

Wegen seiner Erfahrungen beim Autobahnbau, wegen seines Kontaktes zu allen größeren Tiefbaufirmen des Reiches und aufgrund der Arbeitsleistungen seiner Organisation beim Erstellen der Autobahnen, Reichsstraßen und Landstraßen erhielt Todt am 28.5. 1938 von Hitler den Auftrag, in Zusammenarbeit mit den militärischen Dienststellen einen Westwall nach dem Vorbild der Maginotlinie zu bauen[24]. Todt behielt das System des Reichsautobahnbaus prinzipiell bei. Zur Effizienzsteigerung setzte er jedoch sogenannte Hauptunternehmer ein, die für größere Bauabschnitte verantwortlich waren und die von sich aus kleinere Baufirmen als Nachunternehmer heranziehen konnten. Die Zentralisierung der Bauindustrie, die in der „Wirtschaftsgruppe Bauindustrie" zusammengeschlossen war, und die Zusammenfassung aller Bauhandwerksbetriebe im „Reichsinnungsverband des Bauhandwerks" waren der schnellen Bauausführung förderlich. Um ausreichend Arbeiter zu bekommen, initiierte Todt die „Verordnung zur Sicherstellung des Kräftebedarfs für Aufgaben von besonderer staatspolitischer Bedeutung", die am 26.6. 1938 erlassen wurde. Sie ermächtigte den Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, deutsche Staatsangehörige „für eine begrenzte Zeit" zur Arbeit zu verpflichten und ihnen einen Arbeitsplatz bzw. einen Ausbildungsplatz zuzuweisen. Mitte Februar 1939 legte Göring in seiner Funktion als Beauftragter für den Vierjahresplan noch einmal fest, daß die „Durchführung unaufschiebbarer Aufgaben von be-

---

20 Vgl. Hansjoachim Henning, S. 236.

21 Vgl. Wolfram Mallebrein, Konstantin Hierl. Schöpfer und Gestalter des Reichsarbeitsdienstes, Hannover 1971, S. 69 ff.; Wiebke Stelling/Wolfgang Mallebrein, Männer und Maiden. Leben und Wirken im Reichsarbeitsdienst in Wort und Bild, Preußisch Oldendorf 1979, S. 31 ff. Obwohl beide Bücher in die Kategorie der Memoiren- und Rechtfertigungsliteratur gehören, geben sie angesichts des Fehlens wissenschaftlicher Literatur zum RAD nach 1935 brauchbare Hinweise zu einigen Projekten der Organisation.

22 RGBl I, 1934, S. 1234.

23 Zur Einschätzung des Autobahnbaus durch Todt selbst vgl. Eduard Schönleben, Fritz Todt. Der Mensch, der Ingenieur, der Nationalsozialist, Oldenburg 1943, S. 56 f.

24 Vgl. besonders Walter F. Renn, Hitler's Westwall. Strategy in Concrete and Steel, Michigan 1970; Franz W. Seidler, L'Organisation Todt, in: revue d'histoire de la deuxième guerre mondiale et des conflits contemporains, 134/1984, S. 33 ff.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sonderer staatspolitischer Bedeutung" nicht durch einen Mangel an Arbeitskräften gefährdet werden dürfe. Für Aufgaben, die der Beauftragte für den Vierjahresplan als „besonders bedeutsam und unaufschiebbar" bezeichnete, sollten die Arbeitsämter Dienstleistungspflichtige auch aus privaten und öffentlichen Betrieben bzw. Verwaltungen herausziehen können. „Zur Erfüllung hoheitlicher Aufgaben" wurde am 15.10. 1938 die Notdienstverordnung erlassen. Damit sollten die Bedürfnisse der öffentlich-rechtlichen Körperschaften befriedigt werden. Das Recht, zu Notdienstleistungen einzuberufen, erhielten die Behörden der Arbeitseinsatzverwaltung, d.h. alle Polizeibehörden sowie die Bürgermeister und Landräte[25].

Zur Unterbringung der 600000 Arbeiter am Westwall wurden Baracken aus allen Teilen des Reiches herangeschafft. Die Verpflegung übernahm die Deutsche Arbeitsfront. Da die Baufachleute zur Führung großer Arbeitermassen ungeeignet waren, entschloß sich Todt, zur Erreichung einer strafferen Führung nach militärischen Gesichtspunkten ein eigenes Führerkorps aufzustellen. Das war die Keimzelle des Stammpersonals der OT[26].

Die großen Staatsaufträge für die Bauindustrie beim Bau der Reichsautobahnen und des Westwalls blieben nicht ohne Auswirkung auf das Preisgefüge im Baugewerbe. 20% Profit war die Grundlage der Verträge, die Todt abschloß[27]. Der Abzug von Arbeitskräften, Maschinen und Baustoffen für diese Projekte brachte den Hoch- und Tiefbau im Reich fast zum Erliegen. Etwa 1,5 Millionen Wohnungen fehlten. Privataufträge wurden zu überhöhten Preisen ausgeführt. In mehreren Fällen schritt die Gestapo zu Verhaftungen[28]. Todt, der bisher nur für den Westwall und den Straßenbau zuständig war, wurde deshalb am 9.12. 1938 von Göring zum „Generalbevollmächtigten für die Regelung der Bauwirtschaft" ernannt. Er sollte die Mißstände im Bauwesen des Reiches abschaffen. Dazu gehörten neben den Preissteigerungen das Abwerben von Arbeitskräften durch die Gewährung von Locklöhnen und Abweichungen von der vom Beauftragten für den Vierjahresplan festgelegten Prioritätenliste, wonach Bauten der Reichsverteidigung Vorrang hatten vor rüstungswirtschaftlichen Produktionsstätten, diese vor Führerbauten und diese vor Verkehrswegen. Der Wohnungsbau rangierte an letzter Stelle. Todt erhielt das Recht, Baustoffkontingentierungen festzulegen, die über Eisen, Zement und Holz hinausgingen[29].

Schwierigkeiten hatte Todt in seiner neuen Funktion mit den für Hochbauten zuständigen Stellen, während die Tiefbauämter und -firmen zur Kooperation bereit waren. Zur besseren Kontrolle der Hochbaufirmen und ihrer Auftraggeber setzte Todt am 30.12. 1939 Gebietsbeauftragte bei den Bezirkswirtschaftsämtern ein. Sie erhiel-

---

[25] Vgl. Walter F. Renn, S. 229; Franz W. Seidler, Frauen zu den Waffen?, Bonn 1978, S. 45f.; Dörte Winkler, Frauenarbeit im Dritten Reich, Hamburg 1977, S. 82ff.

[26] Vgl. Walther Kumpf, Die Organisation Todt im Kriege, in: Bilanz des Zweiten Weltkriegs, Oldenburg 1953, S. 289ff.

[27] Vgl. Walter F. Renn, S. 219.

[28] Ebenda.

[29] Vgl. Der Beauftragte für den Vierjahresplan, Az. 8746, Dezember 1938, in: Bundesarchiv, Kleine Erwerbungen Nr. 529-1, Anl. 11.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ten die Befugnis, von allen Behörden und Stellen des Staates und der Partei Auskünfte über Bautätigkeiten zu verlangen[30]. Die Gebietsbeauftragten wählte Todt zumeist aus den Reihen seiner bisherigen Mitarbeiter aus, z. B. Leiter Oberster Bauleitungen oder Leiter von Straßenbauverwaltungen. Mit dem Erlaß von Neubauverboten, mit Erlassen für die Preisbildung, mit Verordnungen zur Kontingentierung von wichtigen Baustoffen wie Ziegel, Zement, Holz, Stahl und Dachpappe und mit der Einrichtung von Baustoffleitstellen reglementierte Todt in den folgenden Monaten die Bauwirtschaft immer strenger. Die größten Probleme hatte Todt mit den Gauleitern, die nur ungern ihre repräsentativen Bauvorhaben aufgaben. Nicht nur zur Erklärung der zivilen Produktionseinschränkungen, sondern auch zur Erläuterung der Restriktionen auf dem Bausektor gründete Todt ein monatliches Bulletin an die Gauleiter, dessen erste Nummer allerdings erst unter Speers Namen herauskam, obwohl sie von Todt redigiert worden war[31]. Die SS entzog ihre Bauten bis zu einem gewissen Grade der Aufsicht und Kontrolle Todts, indem die 1938 gegründete Deutsche Erd- und Steinwerke GmbH (DEST) als SS-Betrieb mit KZ-Häftlingen geführt wurde[32].

Das Transportwesen der OT

Die OT besaß zu Beginn weder einen eigenen Fuhrpark noch ein eigenes Fahrerkorps. Beim Bau der Reichsautobahnen reichten die Kraftfahrzeuge und das Baugerät der einzelnen Bauunternehmungen aus. Im Notfall wurden Speditionen herangezogen. Der von Hitler kurz terminierte Bau des Westwalls erforderte eine größere Mobilität als der bisherige Straßenbau. Baumaterial, Baugeräte und Bauarbeiter mußten nach einem genauen Netzplan befördert werden, wollte man in der Zeit bleiben. Fahrzeuge wurden aus allen Gegenden des Reiches herangezogen, aber es fehlte an qualifizierten Chauffeuren und Mechanikern. Deshalb trat Todt an den NSKK-Führer Hühnlein mit der Bitte heran, ihn beim Bau dieses nationalen Monuments zu unterstützen. Hühnlein sagte zu.

Im August 1938 begann der Einsatz des NSKK am Westwall mit der Aufstellung eines Kurierdienstes für die OT. Das Personal bestand zu dieser Zeit ausschließlich aus Angehörigen der Gruppe Westmark. Sie beförderten geheime Schriftstücke, wichtige Meldungen, Baupläne und ähnliche Dokumente, die der Post nicht übergeben werden konnten, von der Zentrale der OT zu den einzelnen Oberbauleitungen und zurück. Ihre guten Dienste veranlaßten Todt zu der Bitte an den Korpsführer des NSKK, Reichsleiter Hühnlein, die Überwachung des LKW-Einsatzes im Rahmen der Aufgaben, die dem Reichskraftwagenbetriebsverband beim Bauvorhaben West gestellt waren, zu übernehmen. Hühnlein sah in dem Vorhaben eine Chance, die Po-

[30] Ebenda, Anl. 14.

[31] Vgl. dazu Alan S. Milward, Fritz Todt als Minister für Bewaffnung und Munition, in: VfZ 14 (1966), S. 58.

[32] Vgl. Enno Georg, Die wirtschaftlichen Unternehmungen der SS, Stuttgart 1963, S. 42 ff.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

pularität des NSKK zu festigen und seinen Beitrag zur Reichsverteidigung zu leisten. Im April 1939 begann der eigentliche Einsatz des NSKK innerhalb der OT. Zuerst wurden Verkehrskompanien und Straßensicherungsdienste im Rahmen des Verkehrshilfsdienstes des NSKK aufgestellt. Schließlich legte Todt auch die Gesamtorganisation des Fuhrwesens beim Westwall in die Hände des NSKK. Insgesamt waren 15 000 LKW in Betrieb, um das Baumaterial an die 22 000 Baustellen des Westwalls zu bringen. Täglich wurden 200 000 Arbeiter mit 5000 Bussen aus den Lagern zur Baustelle und zurück transportiert. Die Fahrzeuge stammten von öffentlichen und privaten Busunternehmungen und Speditionen. Um die Fahrpläne zu straffen, teilte die „Kraftwagenleitung West", kurz Kra-West genannt, die Fahrzeuge und Fahrer in LKW-Staffeln ein. Auch der Reparatur- und Instandsetzungsdienst für die Fahrzeuge wurde vom NSKK organisiert. Zu Beginn des Frankreichfeldzuges wurden die Staffeln in Sonderkommandos zusammengefaßt und den einzelnen Oberbauleitungen, die der kämpfenden Truppe auf dem Fuß folgten, unterstellt[33].

Zur gleichen Zeit, als Todt am Westwall baute, bediente sich auch Albert Speer, der die staatlichen Bauaufträge zur Neugestaltung des Reiches plante und durchführte, des NSKK. Für ihn wurde die „NSKK-Transport-Brigade Speer" gegründet. Sie hatte für den Baustab Speer die gleiche Aufgabe wie die Kraftwagenleitung West für den Westwallbau. Im Unterschied zur elastischen Organisation Todt wurde die Transport-Brigade Speer nach militärischen Gesichtspunkten organisiert. Die Einheiten waren in Regimenter, Abteilungen, Kompanien und Züge gegliedert. Zu Beginn des Krieges, als die Bautätigkeit zur Verschönerung des Reiches reduziert wurde, leistete die NSKK-Transport-Brigade Speer in erster Linie Dienste für die Luftwaffe im Reichsgebiet, z. B. beim Bau von Flugplätzen und Bunkern. Nach dem Beginn des Rußlandfeldzuges folgte sie der Heeresgruppe Süd zur infrastrukturellen Sicherung des Nachschubs. Die Mitglieder der Transport-Brigade Speer behielten die graublaue Uniform der deutschen Luftwaffe oder die braune Uniform des Baustabes Speer[34]. Die für die OT arbeitenden NSKK-Männer wurden nach dem Westfeldzug unter dem Namen „NSKK-Transport-Brigade Todt" zusammengefaßt. Jeder Einsatzgruppe der OT im Besatzungsgebiet wurde eine Abschnittsführung der „Motorgruppe Todt" zugeteilt, wie sie auch genannt wurde. Von den Oberbauleitungen wurde der Kraftfahrzeugbedarf angefordert und von den Abschnittsführungen gedeckt[35]. Sie stellten den Transport der Baustoffe und des Baugeräts aus den Nachschublagern der Einsatzgruppe zu den Baustellen sicher. Im Gegensatz zur Wehrmacht hatte die OT kein Interesse an Pferdefahrzeugen, so daß nur in Ausnahmefällen, z. B. in Rußland und auf dem Balkan in unbefahrbarem Gelände, auf dieses Transportmittel zurückgegriffen wurde. Als der verfügbare LKW-Bestand der Abschnittsführungen für die Aufgaben der OT nicht ausreichte, wurde dem NSKK genehmigt, Fahrzeuge in

---

[33] Carl-Otto Windecker, Das NSKK in der OT, Bundesarchiv R 50/I/336, S. 40f.

[34] Confidential Report, Bundesarchiv R 50/I/1c, S. 78.

[35] Richtlinien für die Frontführer in den OT-Baueinheiten v. 24. 12. 1943, Bundesarchiv R 50/I/226, S. 139.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den besetzten Gebieten zu kaufen, anzumieten oder zu requirieren. 1944 waren dementsprechend in Frankreich 95% aller LKW und Busse französische Typen. Der Zustand der Fahrzeuge litt während des Krieges erheblich. Im Mai 1943 waren z. B. von den 535 LKW der Oberbauleitung Cherbourg nur 318 in Betrieb, während 217 in der Reparatur oder in der Umrüstung auf Holzgas waren[36]. Am 24. 3. 1944 erging die Weisung, daß im Falle der Invasion unverzüglich alle Fahrzeuge der OT den Streitkräften zur Verfügung gestellt werden mußten.

Fast zwei Jahre lang wurden die Fahrzeuge bei der OT mit einem auf die Spitze gestellten Dreieck zwischen den Buchstaben O und T gekennzeichnet. Erst als Todt darauf aufmerksam gemacht wurde, daß dieses Dreieck ein Freimaurerzeichen war, gab er am 12. 11. 1941 eine neue Vorschrift über die Kennzeichnung der Kraftfahrzeuge im Dienst der OT heraus. Die Buchstaben O und T wurden wie auf den Rangabzeichen ineinander verschmolzen[37].

Da das NSKK als eine Gliederung der NSDAP nur Deutsche beschäftigen konnte, wurde im September 1942 für das ausländische Transportpersonal die „Legion Speer" gegründet. Die Führung übernahm der NSKK-Gruppenführer Jost mit dem Rang eines Generalkapitäns und dem Titel „Kommandeur der Legion Speer". Grundsätzlich rekrutierte sich die Legion Speer aus Freiwilligen aller Völker Europas. Den größten Anteil stellten russische Kriegsgefangene und Hilfswillige. Schließlich blieben nur noch die Führungsstellen in der Hand der Deutschen. Deutsche LKW-Fahrer waren die Ausnahme. Der Eid der Legionäre enthielt eine persönliche Bindung an Hitler: „Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen diesen Eid, daß ich unbedingten Gehorsam gegenüber dem Führer des Deutschen Reiches, Adolf Hitler, üben werde, und daß ich bereit bin, jederzeit mein Leben für diesen Eid hinzugeben."[38] Die Uniform der Legionäre war ursprünglich aus schwarzem Stoff. Im April 1943 trat an ihre Stelle eine olivgrüne Uniform. Da die Lieferungen unzureichend waren, gab es 1944 ein Sammelsurium an Uniformen. Einheitlich war nur die Armbinde „Legion Speer".

Der Einstellungsvertrag mit den Legionären, die in den Ersatzabteilungen in Berlin-Nikolassee, in Paris, in Oslo und Belgrad und beim Ersatzregiment in Kiew ausgebildet wurden, sah für Fahrer und KfZ-Schlosser eine wöchentliche Bezahlung von 45 RM vor, mit der alle Überstunden und Sonntagsarbeiten abgegolten waren. Alle 6 Monate stand ihnen ein Urlaub von 14 Tagen zu[39].

Im Oktober 1942 wurden sämtliche Lastwagen-Transport-Organisationen der OT zusammengefaßt und dem NSKK-Gruppenführer Willi Nagel unterstellt. Unter dem

---

[36] Confidential Report, S. 84.

[37] Vgl. Rudolf Dittrich, Vom Werden, Wesen und Wirken der Organisation Todt, Maschinenmanuskript, Bundesarchiv, Kleine Erwerbungen Nr. 529–1, S. 30.

[38] Franz W. Seidler, Die Organisation Todt im Zweiten Weltkrieg, Teil 1, in: Damals 8/1980, S. 657. Die Eidesformel der Ostlegionäre der Wehrmacht lautete ähnlich: „Ich schwöre bei Gott diesen heiligen Eid, daß ich im Kampf gegen den Bolschewismus dem Obersten Befehlshaber der Deutschen Wehrmacht, Adolf Hitler, unbedingten Gehorsam leisten und als tapferer Soldat bereit sein will, jederzeit für diesen Eid mein Leben einzusetzen." Vgl. u. a. IfZ MA 302.

[39] Vgl. Confidential Report, S. 79.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Namen NSKK-Gruppe Todt umfaßte sie die NSKK-Transport-Gruppe Todt, die NSKK-Transport-Brigade Speer und die Legion Speer. 1944 erhielt sie den Namen „Transportkommando Speer" oder „Transportkorps Speer". Dieses verfügte über fast 50000 Fahrzeuge und umfaßte etwa 70000 Mann. Die Bindungen zum NSKK wurden gelockert, obwohl die Grußpflicht zwischen den Angehörigen der OT und des NSKK beibehalten wurde[40]. Auch war die OT zu diesem Zeitpunkt nicht mehr der einzige Nutznießer des Transportkorps Speer, weil dieses für zahlreiche Aufgaben des Reichsministers für Rüstung und Kriegsproduktion benutzt wurde. Auch das Heer und die Luftwaffe bedienten sich jeweils einer NSKK-Transportbrigade, weil der Nachfolger des 1942 verunglückten Hühnlein, Korpsführer Kraus, die Folgen einer einseitigen Bindung des NSKK an die OT voraussah[41]. Die bei den Einsatzgruppen tätigen Kraftwagenstaffeln blieben diesen zwar nominell unterstellt, wurden jedoch den Oberbauleitungen zugeordnet. Zu einer Staffel mit rund 600 Fahrzeugen gehörten etwa 800 Mann Personal. Es waren überwiegend Ausländer. Die Kraftwagenstaffel 67 in St. Nazaire setzte sich z. B. zusammen aus 108 Deutschen, 380 Franzosen und 265 Russen[42]. Die Abschnittsführungen bei den Einsatzgruppen West, Wiking, Rußland-Nord, Rußland-Mitte, Süd-Ost, Italien und Reich beschränkten sich auf den Ausgleich der Fahrzeuge zwischen den einzelnen Oberbauleitungen je nach Bedarf. Im Januar 1943 übernahm das NSKK-Transportkorps auch die im Winterdienst eingesetzten Lastkraftwagen der OT im Reichsgebiet. Es wurde zuständig für die Reparatur der Fahrzeuge und bekam die Disziplinargewalt über alle eingesetzten Kraftfahrer. In dieser Zeit gingen die meisten OT-Werkstätten im Reich in den Besitz des Transportkorps über. Eine Ausnahme bildeten lediglich die Autobahn-Werkstätten Stettin und Kirchheim/Teck[43].

Als im Herbst 1944 die Front-OT zum Einsatz im Reichsgebiet, insbesondere zur Beseitigung von Bombenschäden, aufgestellt wurde, spielte die Mobilität der einzelnen Kompanien eine erhebliche Rolle. Die für die Kraftfahrzeuge der ersten Welle erforderlichen 40000 Fahrer wurden vom Transportkommando Speer gestellt und zur OT abkommandiert. Für die Teilmotorisierung der zweiten Welle konnten die Fahrzeuge nicht mehr aufgebracht werden. Die personellen Vorbereitungen liefen jedoch weiter: Die Abteilungsstäbe erhielten einen Instandsetzungstrupp zur Ausbesserung von Kraftfahrzeugen und Baugeräten und die Regimentsstäbe einen Werkstattzug und einen Gerätezug[44].

Seit Mitte 1942 besaß die Organisation Todt auch eine eigene Flotte. Sie erhielt den Namen „Transportflotte Speer" und hatte ursprünglich die Aufgabe, als Binnenflotte die Versorgung Berlins mit Kohle und anderen Rohstoffen über das Flüsse- und Kanalnetz zu bewerkstelligen. Als ihr auch die Versorgung der OT-Einsatzgruppe Wi-

---

[40] Vgl. Bundesarchiv R 50/222.

[41] Confidential Report, S. 82.

[42] Erlaß Leiter OT vom 8. 1. 1943, Bundesarchiv R 50/I/108.

[43] Der Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion an Bau-OT vom 8. 11. 1944, Bundesarchiv R 50/I/17, S. 48f.

[44] Confidential Report, S. 83.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

king in Norwegen übertragen wurde, übersiedelte der Stab nach Groningen, weil in den Niederlanden Schiffsmaterial und ausgebildetes Binnenschifferpersonal zur Verfügung stand. Einsatzleiter war Großkapitän Seyd. Der Umfang der Transportflotte Speer wuchs bis auf etwa 10000 Mann. Ihr oblagen die Materialzufuhr und der Gerätetransport für alle Baustellen in Dänemark und Norwegen. Ein Großteil des Personals rekrutierte sich auch aus norwegischen Seeleuten, die in der Speer-Schule in Sandefjord ausgebildet und geschult wurden[45].

Bei Kriegsende waren nur wenige Fahrzeuge der OT in den nicht besetzten Gebieten des Reiches einsatzbereit. Die meisten der Fahrzeuge, die nicht von der Wehrmacht übernommen worden waren, lagen brach, weil kein Treibstoff verfügbar war. Die Rolle des NSKK im Rahmen der Organisation Todt, die beim Westwallbau als erfolgversprechende Hauptrolle begonnen hatte, war schon Monate vor dem Ende der Kampfhandlungen zur Statistenrolle abgesunken. Die Organisation konnte der OT die Mobilität, um derentwillen sie zur Kooperation aufgefordert worden war, nicht länger gewährleisten. Als eine Organisation der NSDAP entging sie nach dem Krieg im Unterschied zur OT nicht dem Verdikt der Richter des Nürnberger Kriegsgerichtshofs.

[45] Vgl. Alfred Vagts, S. 102; Nachlaß Wolters, Bundesarchiv NL 312/1, S. 43 f., 99 f.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokumentation

WALTER LIPGENS

EVG UND POLITISCHE FÖDERATION

Protokolle der Konferenz der Außenminister der an den Verhandlungen über eine europäische Verteidigungsgemeinschaft beteiligten Länder am 11. Dezember 1951

Die im folgenden zum Abdruck kommende Dokumentation ist die letzte Veröffentlichung von Prof. Dr. Walter Lipgens. Er hat sie uns mit einem längeren Begleitbrief vom 24. Februar 1984 angeboten, in dem er – rastlos und voll Enthusiasmus wie immer – eine Reihe von Plänen für die endlich überall in Gang kommende Erforschung der europäischen Einigungsbewegung entwickelte. Aber am 29. April ist er im Alter von 58 Jahren unerwartet verstorben.

Die Einigung Europas – dies war sein großes Thema, seit er Mitte der fünfziger Jahre als Mitarbeiter von Wilhelm Cornides im Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik seine einschlägigen Beiträge für die ersten Bände des Jahrbuchs „Die Internationale Politik" verfaßt hat. Mit einem Aufsatz über „Die darstellenden ‚Jahrbücher' der internationalen Politik seit 1945" stellte er sich übrigens auch den Lesern der „Vierteljahrshefte" erstmals vor (Jg. 6, 1958).

Ursprünglich hatte sein Hauptinteresse der Kirchengeschichte gehört. Die bei Rudolf Stadelmann gefertigte Dissertation aus dem Jahr 1948 galt dem Thema „Kardinal Johannes Gropper (1503–1559) und die Anfänge der katholischen Reform in Deutschland" (= Reformationsgeschichtliche Studien und Texte, Bd. 75, Münster 1951). Und während er bereits mit unermüdlicher Sammelleidenschaft die über ganz Westeuropa verstreuten Quellen zur Frühgeschichte der Europabewegung zusammentrug, schrieb er parallel dazu für die Habilitation in Heidelberg im Jahr 1960 die umfassende Monographie über „Ferdinand August Graf Spiegel und das Verhältnis von Kirche und Staat 1789–1835" (= Veröff. der Hist. Komm. Westfalens XVIII, Biogr. IV, Münster 1965).

Doch fortan war sein großes Thema „Europa". Damit war er nicht nur der deutschen Geschichtswissenschaft, sondern ebenso der ähnlich dieser vorwiegend nationalgeschichtlich ausgerichteten Zeitgeschichtsforschung gute zwei Jahrzehnte voraus. So wie die kleindeutsche Geschichtsschreibung des späten 19. Jahrhunderts vor allem unter dem Einfluß Treitschkes die Geschichte der deutschen Staaten als Vorgeschichte der Reichsgründung begriff, hat auch er sich von einem teleologischen Konzept leiten lassen. Er wollte herausarbeiten, wie die Idee der europäischen Föderation, einsetzend in den späten zwanziger Jahren, dann buchstäblich im Untergrund

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wirksam in den Widerstandsbewegungen im Zweiten Weltkrieg und schließlich in der Europabewegung zusammenströmend, zum großen Hauptthema der westeuropäischen Außenpolitik geworden ist.

Ein transnationaler Forschungsansatz schien ihm dabei selbstverständlich, wobei für die Anfänge nicht die nationalstaatlichen Regierungen ins Zentrum der Aufmerksamkeit treten mußten, sondern die Europabewegung – entstehend und sich fortentwickelnd aus einer Vielzahl von Vereinigungen, wirksam in den meisten Parteien und mehr oder weniger zögernd aufgegriffen auch von den Regierungen.

Bei diesem Ansatz war es unerläßlich, erst einmal die dokumentarische Basis für eine staatenübergreifende Forschung zu legen. Das war zeitraubend, zumal Lipgens eine Gesamtdarstellung überhaupt erst verantworten wollte, wenn er auch die letzte erreichbare Quelle gesammelt oder eingesehen hatte.

Der erste große Markstein, den er 1968 in die Forschungslandschaft setzte, war die umfassende Dokumentation „Europa-Föderationspläne der Widerstandsbewegungen 1940–1945" (=Schriften des Forschungsinstituts der DGAP, Bd. 26, München 1968). Dieses Buch ist aus der Europa-bezogenen Geschichtswissenschaft gar nicht mehr wegzudenken. Es ruft übrigens auch in Erinnerung, daß sich die Europabewegung sowohl als antitotalitäre Bewegung wie als Friedensbewegung verstanden hat.

Ein großes Dokumentarwerk über Vorgeschichte und Frühzeit der Europabewegung, das er teilweise während seiner Tätigkeit am Europäischen Hochschulinstitut Florenz erarbeitet hat, wird hoffentlich vollständig erscheinen (Band 1 befand sich bei Lipgens' Tod im Umbruch, Band 2 war im Satz, Band 3 beim Übersetzer). Auch die folgende Dokumentation, die einer entscheidenden Phase der Entstehungsgeschichte der EVG gilt, stammt aus diesem nie enden wollenden Ringen mit einem gewaltigen Quellenbestand, dem er sich weitgehend als einzelner stellte und das seine Kräfte erschöpfte.

Der zweite Markstein dieser leidenschaftlichen Bemühung um die Geschichte der Europabewegung ist die großangelegte Darstellung „Die Anfänge der europäischen Einigungspolitik, 1945–1950. Erster Teil: 1945–1947" (Stuttgart 1977). Lipgens, dieser im ganzen westeuropäischen Bereich genaueste Kenner der vielschichtigen Vorgänge, hat damit ein Werk geschaffen, das Dauer hat. Wie immer, wenn sich ein einzelner angesichts weitgehenden Desinteresses an einem überragend wichtigen Thema innerhalb der Zunft durchsetzen muß, war eine gewisse Einseitigkeit der Betrachtungsweise nicht völlig vermeidbar. Lipgens dachte und schrieb auch dieses Buch als eine Art europäischer Patriot – entschieden in seiner Ablehnung nationalstaatlichen Denkens, wo und in welcher Gestalt es ihm auch begegnete. (So hat er etwa in den „Vierteljahrsheften", beruhend auf breiter Quellenbasis und bezogen auf die Jahre 1944–1946, eine Art zeitgeschichtlicher Abrechnung mit de Gaulle vorgenommen, den er stets als eine der großen perniziösen Figuren europäischer Nachkriegsgeschichte perhorresziert hat; vgl. Jg. 16, 1968, und Jg. 21, 1973).

Es war diesem Einzelgänger, der sich bisweilen als Rufer in der Wüste vorkam, in den letzten Jahren beschieden, die Entstehung einer deutlich zusammenwachsenden westeuropäischen Integrationsforschung zu erleben. Er selbst hat bis in seine letzten Tage daran gearbeitet, sie zusammenzuführen und koordinierte Arbeiten anzuregen.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Auch das persönlichste Gespräch stand immer aufs neue unter diesem Bemühen – für das die Zeit nicht reichte. Sein wissenschaftliches Werk ist unvollendet wie die europäische Einigung selbst. Aber eine heute zunehmend breiter werdende Forschungsrichtung hat in ihm ihren einsamen Pionier. Hans-Peter Schwarz

Einführung

Die Verhandlungen über die von der französischen Regierung am 24. Oktober 1950 vorgeschlagene Schaffung einer „Europäischen Armee", erst am 15. Februar 1951 von Außenminister Robert Schuman in Paris eröffnet, sind bekanntlich von den anderen teilnehmenden Staaten Belgien, Luxemburg, Italien und der Bundesrepublik zunächst nur mit großer Skepsis und nur mit rangniederen Delegationen geführt worden. Erst nach einer gründlichen Veränderung der Voraussetzungen und Leitlinien, die sich vom Juni bis September 1951 durchsetzte, wurden die Verhandlungen ab 1. Oktober ernsthaft aufgenommen und mit dem Willen zu positivem Abschluß geführt[1]. Erst ab 1. Oktober wirkte z. B. die deutsche Delegation (die zuvor aus vier Mitgliedern ohne Mitarbeiterstab bestanden hatte) nunmehr unter Theodor Blank mit Generalleutnant Dr. Hans Speidel als militärischem Chefdelegierten und rund hundert Mitarbeitern an den Beratungen in Paris mit, ebenso wesentlich verstärkte und ranghöhere Delegationen der andern Länder, teilweise auch unter neuer Führung, und erstmals ab 8. Oktober 1951 eine niederländische Delegation als Vollteilnehmer. Binnen acht Wochen konnten dann für eine Mehrzahl der konkreten Probleme so weitgehend gemeinsame Lösungen formuliert, für andere alternative Lösungen zur politischen Entscheidung vorbereitet werden, daß Anfang Dezember 1951 eine erste Konferenz der Außenminister der sechs Teilnehmerstaaten auf den 11. Dezember in Straßburg verabredet wurde – was so kurzfristig möglich war, weil seit längerem vier der sechs Außenminister zugesagt hatten, am 10. Dezember 1951 vor der Beratenden Versammlung des Straßburger Europarats zu sprechen[2].

Bedeutung und Ablauf dieser Konferenz, auf der erstmals die Außenminister von

[1] Zu Pleven-Plan, Anfangsphase der Verhandlungen und Wende Juni-Sept. 1951, d. h. die fast einjährige Anlaufphase, vgl. unten S. 644 f.; in den beiden bisher besten Darstellungen: G. Wettig, Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung in Deutschland 1943–1955, München 1967, S. 363–75, 415–25 und 430–43; A. Baring, Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie, (München 1969[1]) dtv-Ausgabe München 1971, Bd. 1, S. 166 f., 172 f., 183–97.

[2] Zur Phase 1. Okt. bis Ende 1951: G. Wettig, S. 450–58 (zur Zusammensetzung der Delegationen vgl. S. 421 mit 438 und 450 f.); A. Baring, S. 197–200 (zur Zusammensetzung der deutschen Delegation (vgl. S. 186 mit 197); E. Fursdon, The European Defence Community: A History, London 1980, S. 126–34. Ansprachen vor der Beratenden Versammlung des Europarats vgl. unten S. 657 f.; die für die folgende Konferenz der Außenminister vorgeschlagene Tagesordnung, datiert Paris 6. Dez. 1951, zitiert unten Anm. 71. Zuvor war am 13. Nov. versucht worden, eine Außenminister-Konferenz am 15. Nov. zustande zu bringen, aber so kurzfristig kam es nur zu einem Treffen der Staatssekretäre mit Informations-Austausch (vgl. Bulletin des Presse- und Informationsamtes vom 15. 11. 1951, Nr. 9, S. 60), so daß die 1. Konferenz der Außenminister selbst tatsächlich am 11. 12. stattfand.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

10 Uhr morgens bis nachts 1 Uhr Kernfragen des künftigen EVG-Vertrages zu klären suchten, waren bisher nicht erkennbar. Das Bulletin der Bundesregierung vom 11. Dezember gab lediglich an, daß die Konferenz am gleichen Tage stattfinde: „die Bundesrepublik wird dabei durch Bundeskanzler und Außenminister Dr. Adenauer, Staatssekretär Prof. Hallstein und den Abgeordneten Blank vertreten"; seine folgende Nummer meldete lapidar: „Die in Straßburg versammelten Außenminister konnten in wichtigen politischen Fragen Übereinstimmung erzielen" – ohne zu sagen in welchen[3]. Kein Kommuniqué wurde für die Presse formuliert; erst in einem 20 Tage später publizierten wurde gesagt, die Außenminister hätten sich vom 27.–30. Dezember in Paris getroffen, „um den am 11. Dezember in Straßburg begonnenen Meinungsaustausch fortzusetzen", und u.a. einen dort von dem italienischen Ministerpräsidenten De Gasperi gemachten Vorschlag (aus dem der Art. 38 des EVG-Vertrages vom 27.5.1952 hervorging) zum Beschluß erhoben[4]. Offenbar haben die deutschen Vertreter auch kein Protokoll der Konferenz vom 11. Dezember angefertigt, sondern nur drei Beschluß-Formeln nach Hause gebracht[5]. Hingegen haben sowohl der in Begleitung De Gasperis teilnehmende Leiter der italienischen Delegation bei den Pariser Verhandlungen als auch der in Begleitung des Außenministers Stikker teilnehmende Leiter der niederländischen Delegation sehr informative Protokolle über Inhalt und Verlauf der Konferenz angefertigt, die unten in deutscher Übersetzung veröffentlicht werden[6].

---

[3] Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 11.12.1951, Nr. 19, S. 142, und vom 13.12.1951, Nr. 20, S. 147 mit dem Zusatz: „Andere bedeutungsvolle Probleme, insbesondere des Budgets der Verteidigungsgemeinschaft, müssen noch auf einer weiteren Konferenz besprochen werden. Diese wird vom 27. bis 29. Dezember in Paris stattfinden."

[4] Wortlaut deutsch in: Europa-Archiv, Folge 2/1952, S. 4659f. Ohne diesen Hinweis aufzugreifen, haben die beiden bisher grundlegenden Darstellungen lediglich die Existenz der Konferenz am 11. Dezember kurz erwähnt: G. Wettig, S. 458, A. Baring, S. 201 in Anmerkung 42. Die jüngste Darstellung von E. Fursdon referiert zwar S. 134 den Inhalt des Kommuniqués vom 31. Dez. einschließlich dem Vorschlag De Gasperis, aber konnte zur Konferenz 11. Dez. auch nichts weiter ermitteln (S. 132f. werden von Fursdon lediglich kurze Inhaltsangaben der Reden gebracht, die Schuman, De Gasperi und Adenauer am 10. Dez. vor der Beratenden Versammlung des Europarats hielten, irrtümlich als gehalten „at the Conference of Foreign Ministers of the Six at Strasbourg on 10 December" bezeichnet).

[5] Laut freundlichen Auskünften ist weder im Archiv des Auswärtigen Amtes (Schreiben Dr. Weinandy, 9.11.82) noch im Archiv der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus (Schreiben Dr. Poppinga, 29.11.82) noch im Bundesarchiv-Militärarchiv (Akten „Dienststelle Blank", Schreiben Dr. Granier, 6.12.82) ein Protokoll der Außenministerkonferenz Straßburg 11.12.51 vorhanden. Daß K. Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, Stuttgart 1965, S. 502, die Bedeutung der Straßburger Konferenz (vgl. hier Anm. 7) sowie dreimal (S. 534f., 545f. und 563) den Art. 38 für das politische Föderationsziel stark hervorhob, aber über den Verlauf der Konferenz nichts berichtete, zeigt an, daß auch ihm bei Abfassung der Memoiren kein Protokoll davon vorlag. – Die drei Beschluß-Formeln unten bei Anm. 84, 86 und 90f.

[6] Vgl. Angaben zu den Archiv-Originalen und zu den Verfassern unten Anm. 70 und 93. Wahrscheinlich hat auch der in Begleitung von R. Schuman teilnehmende Vorsitzende der Pariser Verhandlungen Hervé Alphand den Gesprächsablauf mitprotokolliert, aber auf entsprechende Anfrage haben die Archives Nationales leider nicht geantwortet.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Diese Protokolle (Dokumente 3 u. 4) machen erstmals die Konferenz der Forschung zugänglich und belegen u.a., wie treffend Adenauer vorweg ihr politisches Kernproblem formulierte, als er drei Tage vor der Konferenz, zum Abschluß seines ersten offiziellen Besuches in Großbritannien, am 8. Dezember 1951 vor der Foreign Press Association erklärte, daß „im Hinblick auf die bevorstehende Gründung der europäischen Verteidigungsgemeinschaft ein gemeinsames politisches Organ geschaffen werden sollte, das in der Lage ist, schwerwiegende Entscheidungen, z.B. über den Einsatz der europäischen Armee, zu treffen"[7]. Wie dieses Kernproblem zuvor in die Verhandlungen eingebracht worden war, das wird durch die Dokumente 1 u. 2 erstmals belegt.

I. Voraussetzungen

Zum Verständnis muß an drei Voraussetzungen erinnert werden, unter denen das Projekt einer Europäischen Armee zunächst in der Form des Pleven-Plans formuliert und auch nach den Veränderungen im Spätherbst 1951 ausgearbeitet wurde, zwei bekannte und eine z.Zt. wenig bewußte aber gleichgewichtige.

1. Der Plan einer Europäischen Armee mit integrierten Kontingenten aus Ländern, die noch in der ersten Hälfte des Jahrhunderts in zwei erbitterten Kriegen gegeneinander gestanden hatten, war nur denkbar unter der Voraussetzung einer unterdessen elementar herangewachsenen europäischen *politischen Einigungsbewegung*, erwachsen aus den Erlebnissen der europäischen Völker seit 1914: dem Niedergang Europas, seiner Selbstzerfleischung in zwei Weltkriegen, dem Aufstieg der neuen Weltmächte Rußland und Amerika, der totalitären Entartung der Nationalismen und schließlich des sukzessiven Zusammenbruchs aller ihrer Staaten (ausgenommen allein Großbritannien und die wenigen Neutralen). Nicht-kollaborierende neue Eliten hatten in den Widerstandsbewegungen und im politischen Exil die wesentlichen Probleme als transnationale erfaßt und den föderalen Zusammenschluß der europäischen Völker zu fordern begonnen: die Schaffung einer übernationalen Autorität in Europa, die künftig Menschenrechte und -freiheiten gegen nationalistische Etatismen schützen, innereuropäische Kriege definitiv unmöglich machen, das deutsche Problem durch Eingliederung lösen und verarmende wirtschaftliche Nationalismen durch Vereinigung der Märkte und Wirtschaftspolitiken überwinden müsse[8]. Nach

[7] Wortlaut „Der Bundeskanzler vor der Weltpresse" im Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 11. Dez. 1951, Nr. 19, S. 134. Vgl. K. Adenauer, Erinnerungen, S. 502: „Meine Unterredungen, insbesondere mit Churchill, erhielten durch die bevorstehende Tagung der Außenminister ... in Straßburg eine besondere Bedeutung. In Straßburg sollten die Möglichkeiten für die baldige Bildung einer politischen europäischen Autorität als ‚Überbau' über den Schuman- und Pleven-Plan erörtert werden."

[8] Vgl. W. Lipgens, Europa-Föderationspläne der Widerstandsbewegungen 1940–45, München 1968; völlig neu bearbeitete, unter Mitwirkung zahlreicher Fachkollegen wesentlich erweiterte englische Ausgabe: W. Lipgens (Ed.), Documents on the History of European Integration, vol. 1: Continental

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dem Einmarsch der beiden Weltmächte, deren Truppen in der Mitte des alten Kontinents zusammentrafen, und während ihres anderthalbjährigen Versuches einer einvernehmlichen Friedensorganisation, aus der auf sowjetischen Wunsch jeder Gedanke an eine europäische Union eliminiert war, um dauernde russisch-amerikanische Freundschaft zu sichern, hatten in allen westeuropäischen Städten entstandene Föderalisten-Gruppen den Gedanken durchgetragen und ausgestaltet; nach dem Beginn des Ost-West-Konflikts hatten sie sich zum „Beginnen in Westeuropa" entschlossen, transnationale Dachverbände bis hin zur „Europäischen Bewegung" geschaffen und im Rahmen der nunmehr von den USA geförderten Kooperation der westeuropäischen Länder das Ziel ihres föderativen Zusammenschlusses in der öffentlichen Meinung durchzusetzen begonnen[9]. Binnen zweier Jahre waren dann in den Ländern des kontinentaleuropäischen Zusammenbruchsraums die Mehrheiten in den demokratischen Parteien, insbesondere den sozialistischen und den christdemokratischen, für dies Ziel gewonnen, die linken und rechtsnationalen Gegenkräfte zu Minderheiten geworden, 1950/51 im Bereich der „Sechs" das Konzept des westeuropäischen Zusammenschlusses unbestritten dominierend[10]. Stets unbestrittener Teil des Konzepts war, daß zu den Kompetenzen der künftigen übernationalen Autorität Außenpolitik und Verteidigung gehören müßten. So haben denn auch die in der Straßburger Beratenden Versammlung des Europarats versammelten führenden Abgeordneten der westeuropäischen Parlamente nach dem Schock des Koreakrieges nach einer von dem französischen Sozialisten André Philip am 8. August 1950 eröffneten Debatte mit der großen Mehrheit von 89 gegen 5 Stimmen bei 27 Enthaltungen am 11. August gefordert „die sofortige Schaffung einer europäischen Armee . . ., der Autorität eines europäischen Verteidigungsministers unterstellt, entsprechender demokratischer Kontrolle unterworfen"[11]. Vollkommen zutreffend konnte Außenminister Schuman

---

Plans for European Union 1939–45, vol. 2: Plans for European Union in Great Britain and in Exile 1939–45, New York/Berlin 1984.

[9] Vgl. W. Lipgens, Die Anfänge der europäischen Einigungspolitik 1945–50, Bd. 1: 1945–47, Stuttgart 1977; erweiterte englische Ausgabe: A History of European Integration, vol. 1: 1945–47, Oxford, 1982 (darin sind insbesondere die Kapitel I/3 Britische Europa-Politik und III/3 Die Pariser 16er Konferenz völlig neu nach den diplomatischen Archiven erarbeitet und in dieser englischen Fassung zu benutzen).

[10] Umfassende Belege demnächst in Lipgens, Documents, vol. 3: 1945–50 (z. B. das Kapitel von W. Loth, French Political Parties and Pressure Groups in the struggle for European Union), und in Lipgens, Die Anfänge (wie Anm. 9), Bd. 2: 1948–50. Vgl. alle in dieser Einführung folgenden zeitgenössischen Zitate.

[11] A. Philip (ehem. frz. Wirtschaftsminister): Es gehe „nicht mehr um ein Zusammengehen unserer kleinen nationalen Armeen, die unter den heutigen Umständen nicht mehr sind als kostspielige, aber unwirksame Kinderspielzeuge, sondern um die Schaffung einer europäischen Armee, finanziert von einem europäischen Fonds, gebildet aus europäischen Steuern . . ., getragen von allen Bürgern Europas" (Conseil de l'Europe, Compte rendu 8. 8. 50, S. 55). Der Abgeordnete P. Reynaud (ehem. frz. Ministerpräsident) fügte das Verlangen nach einem europ. Verteidigungsminister hinzu (ebenda, 9. 8. 50, S. 112–23), der Abgeordnete W. Churchill einen Resolutionsentwurf (ebenda, 11. 8. 50, S. 222–29); Abstimmung ebenda, S. 310 f.; votierter Text deutsch in Europa-Archiv 5 (1950), S. 3350.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bei der verspäteten Eröffnung der Konferenz über die Bildung einer europäischen Armee am 15. Februar 1951 konstatieren: „Nicht der Gedanke als solcher schreckt die Gemüter, und die Kritik beruht weniger auf einer feindlichen Einstellung gegen die überstaatliche Organisation als solcher, als aus dem Gefühl, daß unsere Initiative unangemessen oder verfrüht ist"[12].

2. Ebenso wirksam und 1950/51 (zu Lebzeiten Stalins) noch ganz unabgeschwächt waren die Furcht vor der Sowjetunion und das Gefühl der Abhängigkeit von den USA, die Auffassung der *weltpolitischen Situation.* 1945 hatten die europäischen Völker von den einrückenden neuen Weltmächten, die Hitlers Tyrannei über Europa niederwarfen, die Wiederherstellung der Menschenrechte, Demokratie und Frieden erhofft. Dann hatten sie mit wachsendem Entsetzen erleben müssen, daß – wie Arnold Toynbee es formulierte – „in all den Ländern, die sich auf der russischen Seite der Linie wiederfanden, durch die Hitlers Europa nun in zwei Einflußsphären geteilt wurde, der Wechsel nur im Ersatz einer deutschen Tyrannei durch eine russische bestand"; daß die Sowjetunion in den osteuropäischen Ländern kommunistische Einparteien-Diktaturen erzwang, die Menschenrechts- und Verfassungsbewegung wieder auf den Nullpunkt zurückwarf; und besonders nach dem Umsturz auch in Prag Februar 1948 war die Furcht vor weiterer sowjetischer Expansion allgemein[13]. Allen war bewußt, daß wirksamen Schutz dagegen nur die USA bieten konnten, und so hatten die westeuropäischen Regierungen ein Jahr lang darum gefleht, bis sie endlich im April 1949 die NATO-Schutzgarantie erlangt hatten[14]. Als dann der kommunistische Angriff auf Südkorea im Juni 1950 schockartig die Schwäche der westlichen Verteidigungskräfte bewußt machte und die USA im September den westeuropäischen Regierungen substantielle Militärhilfe unter der Bedingung zusagten, daß diese der Aufstellung westdeutscher Truppenkontingente zustimmten, da sich die Bundesrepublik nicht auf Dauer nur von den Anstrengungen westlicher Steuerzahler schützen lassen könne, haben daher bis zum Abschluß der New Yorker NATO-Tagung am 26. September 1950 alle Außenminister zugestimmt, „daß Deutschland in die Lage versetzt werden muß, einen Beitrag zur Verteidigung Westeuropas zu leisten", die meisten mit der Vorstellung unmittelbarer Eingliederung in die Atlantischen Streit-

[12] Wortlaut der Eröffnungsrede deutsch in: Europa. Dokumente zur Frage der europäischen Einigung, München 1962, II. Teilband, S. 824 f. In welchem Sinne „verfrüht", dazu vgl. die Zitate unten bei Anm. 33–35. Insgesamt vgl. W. Lipgens, Die Bedeutung des EVG-Projekts für die politische europäische Einigungsbewegung, in: H.-E. Volkmann (Hrsg.), Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Stand und Probleme der Forschung, Boppard 1984.

[13] A. Toynbee, Introduction, in: A. and V. Toynbee, The Realignment of Europe (Survey of International Affairs, 1939–46, vol. 9), London 1955, S. 19 f. Angst vor weiterer sowjetischer Expansion: zahllose Quellen und allg. Darstellungen. Vgl. H.-P. Schwarz, Adenauer und Europa, in: VfZ 27 (1979), S. 475–77. Zu den Fakten J. K. Hoensch, Sowjetische Osteuropa-Politik 1945–75, Düsseldorf 1977.

[14] Derzeit beste Darstellung E. Reid, Time of Fear and Hope. The Making of the North Atlantic Treaty, Toronto 1977. Vgl. zur nötigen Perspektive „amerikanischer Großmachtpräsenz" H.-P. Schwarz, Die europäische Integration als Aufgabe der Zeitgeschichtsforschung, in: VfZ 31 (1983), S. 567 f.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kräfte[15]. Daß darauf in Paris ehrliche Europäer wie Monnet, Pleven und Robert Schuman auf die Idee kamen, die so kurz nach dem Krieg natürlich unpopuläre Idee deutscher Wiederbewaffnung einzubinden in den europäischen Einigungsgedanken, eine ja längst vorgedachte europäische Armee als „nächsten Schritt" zum westeuropäischen Zusammenschluß vorzuschlagen, dies aber am 24. Oktober 1950 in der unglücklichen Form des Pleven-Plans taten, das ist noch während der ganzen ersten Hälfte des Jahres 1951 von den Amerikanern wie von den meisten westeuropäischen Regierungen als pure französische Verzögerungstaktik angesehen worden. Auch Frankreich mußte im Dezember direkten Verhandlungen über deutsche Truppenkontingente, unabhängig von ihrer späteren eventuellen Eingliederung in eine europäische Armee, zustimmen, die ab Januar 1951 auf dem Petersberg von den Hohen Kommissaren geführt wurden, deutscherseits bis zum Juni 1951 dort mit Theodor Blank und Hans Speidel als Chefunterhändlern[16]. Erst im Juni 1951 haben auch die Amerikaner voll verstanden, „daß der Widerspruch zwischen französischem Sicherheitsverlangen und deutschem Gleichheitsverlangen ohne eine supranationale Lösung nicht aufzuheben war", und die Deutschen auf Fortsetzung der Verhandlungen im Rahmen der Pariser Konferenz über eine europäische Armee verwiesen; und dank gleichzeitiger wesentlicher französischer Zugeständnisse, die aus dem Pleven-Plan erst den Plan einer wirklich europäischen Armee werden ließen, haben erst im August/September 1951 die anderen beteiligten westeuropäischen Regierungen und schließlich auch die niederländische Regierung sich mit dem Willen zu positivem Abschluß auf die Pariser Verhandlungen konzentriert[17]. Die Amerikaner hatten nun zur nächsten Tagung des NATO-Rats Ende November 1951 in Rom klare Ergebnisse der Pariser EVG-Verhandlungen erhofft, aber von Schuman nur einen hinhaltenden Zwischenbericht erhalten. Nun wurden zum nächsten, auf Februar 1952 in Lissabon verabredeten NATO-Rat dringend klare Ergebnisse erwartet[18]. Dies waren im atlan-

---

[15] Vor dem Juni 1950 war die von einzelnen britischen, französischen und amerikanischen Generälen gewünschte Eingliederung westdeutscher Truppen noch von allen Regierungen abgewiesen worden; vgl. Wettig, S. 273–81. Korea-Schock und Schwäche: ebenda, S. 306–9; Beschluß Präsident Trumans und Verlauf der New Yorker Konferenzen 12.–26. 9. 50: ebenda, S. 338–52. Zitat aus dem Abschlußkommuniqué des NATO-Rates 26. 9. 50 deutsch in: Der deutsche Verteidigungsbeitrag. Dokumente und Reden, hrsg. vom Ausw. Amt, Bonn 1954, S. 18.

[16] Zum Pleven-Plan, seinen Diskriminierungen und zu seiner Bewertung unten S. 650 ff. Frankreichs Zustimmung zu direkten Verhandlungen und Beschluß des NATO-Rates 19. 12. 50: Wettig, S. 376–96. Verhandlungen Januar–Juni 1951 auf dem Petersberg: ebenda, S. 402–14 und 425–28, sowie Baring, S. 177–83.

[17] W. Loth, Die Teilung der Welt. Geschichte des Kalten Krieges 1941–55, München (dtv) 1980, S. 277 (das Zitat); Wettig, S. 429–43; französische Zugeständnisse vgl. unten bei Anm. 40 und 41.

[18] Wettig, S. 457 f. und 470; Fursdon, S. 127 und 131. Nach der Sitzung des NATO-Rats 26. 11. 51 in Rom kabelte Außenminister Dean Acheson am 1. 12. an Präsident Truman: „We were able to accomplish very little in the Council on the European defence force and the related question of the German contribution to defence . . . There is a general feeling . . . that the project is not going well, that the French chairmanship of the discussion is weak and confused . . . Eden shares my view that we must move quickly or face a possible complete stalemate on the creation of a European defence force" (Dean Acheson, Present at the Creation, London 1970, S. 757 f.).

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tischen Rahmen die drängenden Erwartungen, die die Westeuropäer im Bewußtsein ihrer wirtschaftlichen und militärischen Abhängigkeit von den USA nicht enttäuschen konnten und während der Konferenz der Außenminister am 11. Dezember 1951 bewußt waren.

3. Ebenso wirksam (und als 3. Voraussetzung zum Verständnis unerläßlich) war in der ganzen Debatte um die europäische Armee die im Herbst 1949 erstmals voll erfaßte Tatsache, daß Großbritannien als einzige europäische Siegernation des Zweiten Weltkriegs noch nicht zu dem auf dem Kontinent gewünschten Grad des westeuropäischen Zusammenschlusses bereit war, und die Tatsache, daß die zu dieser Zeit als Motor und Zentrum des Einigungsprozesses angesehene Beratende Versammlung des Europarats, in der damals die Spitzen aller westeuropäischen Parteien, die erste Garnitur aller Parlamente, zusammensaßen, in Antwort darauf 1950 sich mehrheitlich für eine Strategie der *Teilintegrationen und Sonderbehörden* entschieden hatte. – Im Jahr des Aufschwungs 1948 hatten die kontinentalen Europa-Verbände die direkte Methode einer Europäischen Verfassunggebenden Versammlung vorgeschlagen. Auch im britischen Unterhaus hatte ein am 18. März 1948 vorgelegter, von 190 Abgeordneten unterzeichneter Antrag verlangt, „sobald wie möglich eine Verfassunggebende Versammlung einzuberufen, die aus von den Parlamenten der teilnehmenden Staaten gewählten Vertretern besteht und die Verfassung für eine solche Föderation entwirft"; doch war der Antrag von der Mehrheit des Hauses abgelehnt worden. Ein gleichartiger, am 19. März 1948 von 169 Abgeordneten der französischen Nationalversammlung vorgelegter Antrag war von dieser an die Kommission für Auswärtige Angelegenheiten überwiesen worden; ihrem Vorschlag entsprechend hatte Außenminister Bidault am 20. Juli 1948, damit Großbritannien zustimme, dessen Abseitsstehen man sich noch nicht vorstellen konnte, eine vorerst nur Beratende Versammlung vorgeschlagen, die rasch die nächsten Schritte zu effektivem Zusammenschluß ausarbeiten sollte; so hatte man die Zustimmung auch der britischen Regierung zur Gründung des Europarats am 5. Mai 1949 erlangt[19]. Die Beratende Versammlung des Europarats, die den bisherigen belgischen Ministerpräsidenten, den Sozialisten Paul-Henri Spaak, zu ihrem Präsidenten wählte, hatte in ihrer 1. Sitzungsperiode August/September 1949 den Erwartungen voll entsprochen, mit über Zweidrittelmehrheit ihrer Mitglieder zwar maßvoll aber entschieden Empfehlungen zu effektivem Zusammenschluß vorgeschlagen: für eine Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, für eine europäische Sozialgesetzgebung etc., vor allem für eine „Europäische Politische Autorität mit begrenzten Funktionen, aber echten Vollmachten"[20]. Im Minister-Komitee des

[19] Antrag 18. 3. 48: Parliamentary Debates, vol. 448, S. 230 f.; Antrag 19. 3. 48: E. Bonnefous, L'Idée européenne et sa réalisation, Paris 1950, S. 189 f.; französischer Vorschlag 20. 7./18. 8. 48 und Verhandlungen darüber im Ministerrat des Brüsseler Paktes: Loth (Anm. 17), S. 242–44. Bisher gründlichste Darstellung zur Entstehung des Europarats: U. Leone, Le Origini diplomatiche del Consiglio d'Europa, Milano 1966; ferner W. Lipgens, Die Anfänge, Bd. 2: 1948–50. Die Statuten des Europarats vom 5. 5. 49 deutsch in: Europa. Dokumente, I. Teilband, S. 367–79.

[20] Empfehlung vom 6. 9. 49 deutsch in: Europa. Dokumente, I, S. 386 (das Zitat). Vgl. H.-P. Schwarz, Europa föderieren – aber wie? in: Demokratisches System und politische Praxis der Bundesrepu-

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Europarats aber, das laut Statut nur einstimmig beschließen konnte, hatte am 4. November 1949 der britische Außenminister Bevin ein „Nein" zu allen diesen Vorschlägen erzwungen. Dadurch waren die einigungswilligen Europäer vor die Entscheidung gestellt: ob sie ohne Großbritannien vorangehen, den supranationalen Zusammenschluß der dazu bereiten kontinentaleuropäischen Länder anstreben sollten, oder ob sie mit Teilintegrationen und Sonderbehörden im Rahmen des bestehenden Europarats Organisationsformen suchen sollten, an denen teilzunehmen auch Großbritannien einwilligen würde. Vom Spätherbst 1949 an waren beide Wege nebeneinander entwickelt und propagiert worden: Von der Mehrheit der Verbände und der demokratischen Parteien auf dem Kontinent das Konzept eines Pacte Fédérale, eines vollen bundesstaatlichen Zusammenschlusses, der in Kraft treten sollte, wenn Länder von zusammen mehr als 100 Millionen Einwohnern, d. h. notfalls ohne Großbritannien, ihn beschlossen; zum andern, insbesondere unter dem Einfluß von Sozialisten, die auf Labour-Großbritannien nicht verzichten wollten, vom Politischen Ausschuß der Beratenden Versammlung das Konzept eines Geflechts wechselnder Teilabkommen sowie der Verbindlichkeit von Beschlüssen des Ministerrats, das Großbritannien ein Mitwirken an der Stärkung des Europarats ermöglichen sollte[21].

Im Rahmen dieses zweiten Konzepts, das sich im Frühjahr 1950 in Beratungen zwischen Ausschuß und Minister-Komitee durchsetzen konnte, hatte die französische Regierung dann am 9. Mai mit dem Schuman-Plan eine besonders aussichtsreiche supranationale Teilintegration, die Unterstellung der gesamten Kohle- und Stahl-Industrie unter eine supranationale Behörde, vorgeschlagen[22]. Obwohl schon im Juni deutlich war, daß Großbritannien jedenfalls an dieser Teilintegration auch nicht teilnehmen würde, Frankreich hingegen bereit war, den Beginn wirklicher Integration nicht länger abhängig zu machen von der unerreichbaren Zustimmung Großbritanniens, entbrannte doch die Auseinandersetzung zwischen den Anhängern des einen und des anderen Weges in der zweiten Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung im August 1950 in voller Schärfe. Die Anhänger des einen Weges, unter Führung des französischen Sozialisten André Philip, kämpften für eine Entschließung, daß „alle Mitgliedsstaaten des Europarats unverzüglich durch einen feierlichen Vertrag eine

---

blik. Festschrift für Th. Eschenburg, München 1971, S. 379: „Erst die leidenschaftlichen und niveauvollen Debatten der Beratenden Versammlung des Europarats" erlauben ein Erfassen „der Strömungen und Argumente"; trotzdem fehlt bisher eine detaillierte Untersuchung. Vgl. vorerst W. Cornides, Die politischen Ergebnisse der ersten Sitzungsperiode des Europarates, in: Europa-Archiv 4 (1949), S. 2569–79; W. Loth, Sozialismus und Internationalismus. Die französischen Sozialisten und die Nachkriegsordnung Europas 1940–50, Stuttgart 1977, S. 244–47; W. Lipgens, Die Anfänge, Bd. 2: 1948–50.

[21] Veto vom 4. 11. 49: Loth, Sozialismus (wie Anm. 20), S. 247 f.; Bundespakt oder Teilabkommen; Entwicklung beider Wege bis Juli 1950: ebenda, S. 257–60; nach den Akten der „Aktion Bundespakt" und des Politischen Ausschusses Lipgens, Die Anfänge, Bd. 2.

[22] Das Memorandum von Jean Monnet 3. 5. 50 deutsch in: G. Ziebura, Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945, Pfullingen 1970, S. 195–200; R. Schuman, Erklärung vom 9. 5. 50, in: Europa. Dokumente, II, S. 680–82; vgl. P. Gerbet, La genèse du plan Schuman. Des origines à la déclaration du 9 mai 1950, in: Revue française de Science Politique 6, 1956, S. 525–53.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Politische Autorität schaffen, die ... nach dem Mehrheitsprinzip über Fragen der Menschenrechte, der auswärtigen Beziehungen, der Wirtschaftspolitik und der europäischen Sicherheit entscheiden" sollte, und daß darüber hinaus „die Staaten, die engere organische Verbindungen untereinander wünschen, einen Bundespakt schließen, mit dem sie ein demokratisch gewähltes Parlament und eine vor diesem verantwortliche Regierung ins Leben rufen". Dieser Text war von 58 Abgeordneten unterzeichnet, also nicht ganz die Hälfte, aber laut Statut war für einen Beschluß eine Zweidrittel-Mehrheit erforderlich[23]. Dagegen vermochten sich die Anhänger des anderen Weges, unter Führung des französischen Sozialisten Guy Mollet, des Vorsitzenden des Politischen Ausschusses, der mit aller Kraft sich noch gegen eine Entscheidung, ohne Großbritannien zu beginnen, sperrte, weil sie zum Auseinanderfallen des Europarats führen werde, schließlich am 28. August durchzusetzen: mit 68 gegen 19 Stimmen bei 7 Enthaltungen wurde als Empfehlung angenommen: „Einrichtung von Sonderbehörden im Rahmen des Europa-Rates, deren Zuständigkeit jeweils auf politischem, wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet liegen soll", wobei es „jeder Nation freistehen soll, den Sonderbehörden oder einer oder mehreren von ihnen beizutreten. Diese Sonderbehörden sollen allen Mitgliedstaaten für einen späteren Beitritt offenstehen"[24]. Dank dieser Resolution stimmten Großbritannien und die skandinavischen Länder einem entschlosseneren Vorgehen der kontinental-europäischen Länder durch Schaffung von Sonderbehörden zu; der Europarat war erhalten worden. Aber Mollets Sieg über Philip erwies sich als Pyrrhus-Sieg hinsichtlich der eigentlichen Zielsetzung: Am 13. November 1950 lehnte die Labour-Mehrheit im britischen Unterhaus die Empfehlung rundweg ab. Am 17. November legte Mollet sein Amt als Vorsitzender des Politischen Ausschusses nieder; die europäische Linke mußte sich notgedrungen damit abfinden, daß sich Großbritannien an bindenden Gemeinschaftsorganen vorerst nicht beteiligen würde. Dennoch hatte die im Laufe des Jahres mit soviel Einsatz durchgekämpfte Entscheidung der Beratenden Versammlung zugunsten von Teilintegrationen und Sonderbehörden eine solche Prägekraft, daß die französische Regierung sich mit ihrem Vorschlag, als nächste Teilintegration die des Militärwesens vorzusehen, in der richtigen Linie glaubte und Außenminister Schuman sich auch am 24. November bei seiner Vorstellung vor der Beratenden Versammlung in Straßburg darauf berief: „Sie selber haben dieses Verfahren empfohlen, indem Sie die Schaffung von Spezialbehörden auf den verschiedenen Gebieten erwogen"[25].

---

[23] Text im Europa-Archiv 5 (1950), S. 3360. Die entscheidende Schwierigkeit für die Gewinnung der an sich größeren Mehrheit föderalistisch gesinnter Abgeordneter war, daß viele dem zweiten Teil des Entwurfs, Bundespakt ohne Großbritannien, nicht zustimmen mochten, noch auf ein Mitgehen Englands hoffend, daß hingegen der erste Teil für die britischen, skandinavischen und türkischen Abgeordneten nicht akzeptabel war.

[24] Text im Europa-Archiv 5 (1950), S. 3361. Vgl. an bisherigen Übersichten W. Cornides, Die Straßburger Konsultativversammlung vor den Grundfragen der Europäischen Einigung, in: Europa-Archiv 5 (1950), S. 3347–60; E. Bonnefous, L'Europe en face de son destin, Paris 1953, S. 133–42; Loth, Sozialismus (wie Anm. 20), S. 270–75.

[25] Vgl. W. Cornides, Der Europarat und die nationalen Parlamente, in: Europa-Archiv 6 (1951),

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Konfusionen und Zwischenlösungen durch das in der Hoffnung auf britische Beteiligung erdachte Konzept der Sonderbehörden bestanden fort: noch hofften viele, nach dem zu erwartenden Regierungswechsel in Großbritannien werde eine konservative Regierung größere Bereitschaft zeigen, hatten doch die Konservativen 1948–50 oft „europäischer" gesprochen als Labour. Aber als am 27. Oktober 1951 tatsächlich ein neues Kabinett Churchill die Regierung übernommen hatte, erklärten kurz nach dem Beginn der zweiten Hälfte der 3. Sitzungsperiode, am gleichen 28. November 1951 ihr Außenminister Eden in Rom und ihr Sprecher vor der Beratenden Versammlung, Sir Maxwell Fyfe, in Straßburg: England werde „den Freunden auf dem Kontinent" helfen, auf dem Weg zur Einheit voranzukommen, mit dem Schuman-Plan wie mit der EVG, aber eine aktive Beteiligung, sei es auch nur an einer Teilintegration, komme für Großbritannien nicht in Frage[26]. Es war eine grausame Enttäuschung für alle, die in der Hoffnung auf britische Beteiligung das Konzept der Teilintegrationen ausgedacht hatten. In den folgenden Debattentagen beherrschten Verwirrung und das Gefühl ohnmächtiger Verbitterung die Beratende Versammlung. Sie konnte sich an ihrem vorletzten Beratungstag, dem 10. Dezember 1951, nachdem sie den Reden von De Gasperi, van Zeeland, Schuman und Adenauer applaudiert hatte, nur zur Verabschiedung einer relativ bescheidenen Reform der Statuten des Europarats, aber nicht zu einem neuen Konzept für Gesamt-Westeuropa aufraffen. Die Entwürfe zur politischen Resolution wandten sich vielmehr an die „Sechs", an die die Initiative zum Zusammenschluß übergegangen war. Der Entwurf der bisherigen Bundespakt-Anhänger forderte nun erst recht konsequent „unverzüglich ein Abkommen zu schließen, das eine von den Parlamenten der sechs Länder gewählte Versammlung konstituiert, die, beraten von Experten, einen Bundespakt ausarbeitet, der allen anderen europäischen Staaten zum Beitritt offensteht; dieser Pakt soll eine Europäische Politische Föderale Autorität schaffen und allen betreffenden Staaten zur Ratifikation vorgelegt werden". Doch dieser Entwurf wurde bei 41 Ja-Stimmen mit 45 Nein-Stimmen und 13 Enthaltungen abgelehnt[27]. Die bisherigen Anhänger des Teilintegrations-Konzepts aber blieben dabei, ihr begrenzteres Konzept, obwohl dessen Anlaß, Großbritannien zu gewinnen, hinfällig war, nunmehr den „Sechs" zu empfehlen; sie forderten den „raschen Abschluß eines Abkommens zwischen den dazu bereiten Staaten, das eine, der demokratischen Kontrolle einer parlamentarischen Versammlung unterstellte Politische Autorität schafft, deren Kompetenz auf diejeni-

S. 3655–76; Loth, Sozialismus (Anm. 20), S. 276 f.; Rede Schumans am 24. 11. 50 deutsch in: Europa. Dokumente, II. Teilband, S. 817–24 (Zitat S. 820).

[26] Eden vgl. Wettig, S. 460; A. Eden, Full Circle, London 1960, S. 32 ff.; Sir David Maxwell Fyfe in Straßburg: Conseil de l'Europe, Compte rendu 28. 11. 51, S. 512–16. Zu den Einstellungen in Großbritannien, wo die Konservativen zwar freundlicher den Zusammenschluß der Kontinentalen empfahlen als Labour, aber – bis auf wenige Ausnahmen – ohne Großbritannien, das Kapitel von W. Lipgens, Great Britain's Political Parties and Pressure Groups in the discussion on European Union, in: Lipgens, Documents, vol. 3: 1945–50.

[27] Conseil de l'Europe, Assemblée Consultative, Troisième Session, Documents, t. III, Doc. 110, S. 1011 f. (Proposition de Felice und weiterer 41 Föderalisten); Abstimmungsergebnis: Compte rendu 10. 12. 51, S. 1076. Reden der vier Außenminister unten bei Anm. 45–48.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gen Gebiete der Verteidigung und der Außenpolitik begrenzt sein soll, auf denen die gemeinsame Ausübung von Souveränität durch die Schaffung einer europäischen Armee und deren Einsatz im Rahmen des Atlantikpaktes notwendig wird". Dieser zurückhaltendere Text wurde mit der schwachen Mehrheit von 60 gegen 10 Stimmen bei 29 Enthaltungen angenommen. Tags darauf, am 11. Dezember, während nebenan die Konferenz der sechs Außenminister tagte, erklärte Paul-Henri Spaak der Versammlung seinen Rücktritt vom Präsidentenamt: „Heute ist es nicht mehr diese Versammlung, die die Sache des Vereinten Europa vertritt ...; die hier bestehenden Möglichkeiten sind nahezu gleich Null geworden ... Deshalb habe ich meine ganze Handlungsfreiheit zurückgewinnen und meinen Platz unter jenen wieder einnehmen wollen, die wirklich für Europa kämpfen"[28].

Zum nötigen Zusammensehen von Gleichzeitigem in verschiedenen Bereichen gehört schließlich: Am Tage der Konferenz der Außenminister nahm in der Pariser Nationalversammlung die Debatte über den aus dem Schuman-Plan entwickelten Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl ihren Fortgang, die am 13. Dezember 1951 mit dessen Ratifizierung endete; die große Mehrheit von 377 gegen 233 kommunistische und gaullistische Stimmen bejahte das supranationale Prinzip der Verschmelzung unter dem ersten Teilstück einer europäischen Regierung, der Hohen Behörde für den Montanbereich[29].

II. Zur Vorgeschichte

Unter diesen Voraussetzungen also, einer in den politischen Führungsschichten der „Sechs" dominierenden Bereitschaft zum westeuropäischen Zusammenschluß, eines energischen Verlangens der amerikanischen Schutzmacht nach Beteiligung westdeutscher Truppen an den westlichen Verteidigungsanstrengungen und der zur Überwindung des britischen Zögerns im Europarat erdachten, 1950 als *die* Weisheit geltenden Doktrin der Teilintegrationen, hatte das Kabinett Pleven am 24. Oktober 1950 seinen Plan einer „Europäischen Armee" der französischen Nationalversammlung vorgelegt: „Die französische Regierung glaubte, daß die Verwirklichung des Kohle-Stahl-Plans den Geistern erlauben würde, sich an die Idee einer europäischen Gemeinschaft zu gewöhnen, bevor die so heikle Frage der gemeinsamen Verteidigung angeschnitten würde. Die Weltereignisse lassen ihr jedoch keine Frist", und sie haben „daher die

[28] Der votierte Text (er war im letzten Moment durch ein Amendment der Föderalisten noch um die Worte „der demokratischen Kontrolle einer parlamentarischen Versammlung unterstellte" erweitert worden, vgl. Compte rendu 10. 12. 51, S. 1063) mit Abstimmmungsergebnis in: Compte rendu 10. 12. 51, S. 1076 f. Rücktrittsrede von Spaak in: Compte rendu 11. 12. 51, S. 1108–12 (das Zitat S. 1112). Vgl. P.-H. Spaak, Memoiren eines Europäers, Hamburg 1969, S. 284–90.

[29] Vgl. J. Monnet, Erinnerungen eines Europäers, München (dtv) 1980, S. 460–62. Die Ratifizierung in den Benelux-Ländern war vorangegangen, die im Bundestag folgte am 11. 1. 1952 mit 232 gegen 143 Stimmen.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Absicht, die Regelung dieser Frage mit denselben Methoden und in demselben Geiste vorzuschlagen". Die Verfasser, Monnet, Schuman und die Mehrheit des französischen Kabinetts, dachten durchaus europäisch: Wenn schon die natürlich unpopuläre Frage nach westdeutschen Truppen vorzeitig aufgeworfen war, sollte sie als Motor für einen nächsten Schritt des europäischen Zusammenschlusses genutzt werden. Unter dem Eindruck der geltenden Doktrin der Teilintegration und des erfolgreichen Verlaufs der Schumanplan-Verhandlungen kamen sie nicht auf die Idee, jetzt das Konzept eines umfassenden Pacte Fédérale aufzugreifen zur Bildung einer europäischen Bundesregierung, womit sich gleichzeitig definitive Garantie gegenüber jeder deutschen Gefahr und eine europäische Armee inklusive ergeben hätten. Plevens Erklärung enthielt nur einen Satz, der in diese Richtung zu deuten schien: „Die aus Angehörigen der verschiedenen europäischen Nationen gebildete Armee eines vereinten Europa muß eine möglichst vollständige Verschmelzung seiner menschlichen und materiellen Bestandteile unter einer einzigen politischen und militärischen europäischen Autorität darstellen"[30]. Doch schon zwei Sätze später war die „politische Autorität" zerronnen zu: „Der europäische Verteidigungsminister wäre mit der Durchführung der Richtlinien beauftragt, die er von einem aus Ministern der Teilnehmerstaaten gebildeten Rat erhalten würde." Weil demnach keine politische Föderation Deutschland einband, sah Plevens Erklärung andere, notwendig diskriminierende Sicherungen gegen deutsche Gefahr vor: Eingliederung nationaler Kontingente „auf der Stufe der kleinstmöglichen Einheit" (Bataillons à 1000 Mann); kein Generalstab oder Verteidigungsministerium für die Bundesrepublik, wohl aber deren Beibehaltung in den anderen Teilnehmerstaaten; denn: „Die gegenwärtig über nationale Streitkräfte verfügenden Teilnehmerstaaten würden ihre eigene Befehlsgewalt über den Teil ihrer bereits bestehenden Armee behalten, den sie nicht in die europäische Armee eingliedern würden." Auch die „europäischen Kontingente" sollten dem NATO-Oberbefehl unterstehen. Die französische Regierung wolle „auf der Grundlage dieser Leitsätze" die anderen westeuropäischen Länder einschließlich Großbritanniens zu Verhandlungen einladen – „sofort nach der Unterzeichnung des Montanunion-Abkommens". – Kein Wunder, daß die führenden westlichen – auch die französischen – Militärs eine so zusammengewürfelte Armee für militärisch ineffektiv und die meisten Politiker den ganzen Plan vorerst nur für ein Verzögerungsmanöver hielten[31].

---

[30] Pleven-Erklärung deutsch in: Der deutsche Verteidigungsbeitrag (Anm. 15), S. 19–24. Die bisher zitierten Sätze (ebenda, S. 21 f.) fast wörtlich aus dem Entwurf Monnets vom 16. 10. (Anm. 29, S. 439), während sich Monnet von den folgenden Sätzen der Pleven-Erklärung distanziert: „Diese Verschwommenheit verdeckte die Mißverständnisse, die im französischen Kabinett entstanden waren. Außerdem hatte Pleven die Worte ‚in der gleichen Uniform' unterdrückt, deren symbolische Tragweite uns wesentlich erschien" (Anm. 29, S. 440). Doch auch was Monnet von seinen Entwürfen mitteilt (ebenda, S. 437–39), enthielt (vor der britischen Absage vom 13. 11. 50, vgl. oben S. 647) noch keine nähere Angabe zur Bildung einer „politischen Autorität" über den zitierten Satz hinaus.

[31] Punkte 14–19 und 23 der Pleven-Erklärung in: Der deutsche Verteidigungsbeitrag (Anm. 15), S. 22 f. Das Ausmaß der Diskriminierung hatte vor allem der sozialistische Verteidigungsminister Jules Moch forciert, der im Grunde jede Wiederbewaffnung Deutscher verhindern wollte; vgl.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die französische Diplomatie hat dann in harten Verhandlungen in den NATO-Gremien November/Dezember 1950 – wie im einzelnen bekannt und hier nicht auszuführen – die Aussicht auf Verhandlungen über den Pleven-Plan nur dadurch offenhalten können, daß sie einer Eingliederung nationaler „Combat teams" in der Stärke von 5–6000 Mann zustimmte und darüber hinaus einwilligte in den sofortigen Beginn paralleler Verhandlungen der Hochkommissare mit der Bundesregierung über die alternative Lösung: die Direktunterstellung leichtbewaffneter deutscher Divisionen unter NATO-Behörden, und über entsprechenden Abbau des Besatzungsstatuts; und die Bundesregierung hat während der ganzen ersten Hälfte des Jahres 1951 ihre volle Aufmerksamkeit nur auf diese aussichtsreicher erscheinenden Petersberg-Gespräche gerichtet[32]. – Wichtiger zum Verständnis der Protokolle des 11. Dezember 1951 ist es, auf den eigentlichen Mangel des Pleven-Plans hinzuweisen (die Diskriminierungen waren im wesentlichen nur dessen Folge): die Vorstellung, man könne die Methode der Teilintegration wie eben auf einen Bereich der Wirtschaft, so nun auf so eminent staatliche Instrumente, wie die bisherigen nationalen Armeen anwenden, ohne die einfache Frage zu beantworten, wem denn diese Europa-Armee gehören und gehorchen solle, ohne zugleich eine europäische Politische Autorität zu schaffen. Alle wirklich bedeutenden Köpfe hatten auf das Aufkommen der Idee eines westdeutschen Verteidigungsbeitrags reagiert wie Léon Blum im Dezember 1949: er sei nur im Rahmen einer europäischen Föderation denkbar. Adenauer hatte im gleichen Dezember 1949 im Bundestag erklärt: „Auch wenn das Verlangen nach einem deutschen Beitrag zur Sicherheit Europas in einer unabdingbaren Weise von den Alliierten gestellt würde, käme die Aufstellung einer deutschen Wehrmacht nicht in Frage. Im äußersten Fall sei alsdann die Frage eines deutschen Kontingents im Rahmen der Armee einer europäischen Föderation zu überlegen." Carlo Schmid hatte in der Debatte der Beratenden Versammlung des Europarats am 11. August 1950 gegen die „sofortige Schaffung einer europäischen Armee" votiert, denn die Voraussetzung dafür sei die vorherige, zumindest aber gleichzeitige Schaffung einer supranationalen Politischen Autorität[33]. In der französischen Nationalversammlung hatten die Sozialisten dem Pleven-Plan nur unter der von Daniel Mayer vorgetragenen Bedingung zugestimmt, daß gleichzeitig eine europäische Politische Autorität geschaffen werde. Der II. Kongreß der deutschen „Europa-Union" forderte im Dezember 1950: „Es bedarf eines konkreten Vorschlages, wie eine europäische Verfassunggebende Versammlung durch alle Länder, die hierzu bereit sind, einzuberufen ist . . ., damit entstehen Parlament und Regierung des Europäischen Bundesstaates . . . Die Verteidigung Europas

J. Moch, Histoire du réarmement allemand depuis 1950, Paris 1965, S. 92 f. und 131 ff. Hierzu und Übersicht über die skeptische internationale Reaktion G. Wettig, S. 364–84, zu der Adenauers auch H. Blankenhorn, Verständnis und Verständigung. Blätter eines politischen Tagebuchs 1949–79, Frankf. 1980, S. 115 f.

32 Vgl. gründliche Darstellung bei Wettig, S. 384–414 und 425–29, sowie Baring, S. 167–83.

33 Léon Blum in Le Populaire 1. 12. 1949; Adenauer in Verhandlungen des Deutschen Bundestags, Sitzung vom 16. 12. 1949, S. 735 (beide nach Wettig, S. 280 und 286); Carlo Schmid in: Conseil de l'Europe, Compte rendu 10. 8. 1950, S. 154–59.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bleibt ohne einen Beitrag Deutschlands unvollständig. Dieser Tatsache kann das deutsche Volk nicht ausweichen." Aber „es ist unerläßlich, daß Schritte getan werden, um die europäische Föderation und den deutschen Verteidigungsbeitrag gleichzeitig vorzubereiten"[34]. Auch das Komitee der französischen Generalstabschefs hatte in einem denkwürdigen Memorandum am 6. Februar 1951 die Regierung kritisiert: „Eine Europa-Armee sollte das militärische Instrument eines politisch und wirtschaftlich vereinten Europas sein. Einer europäischen Bundesregierung zur Verfügung gestellt, würde diese Armee ihre moralische Kraft und ihren Zusammenhalt finden in einem erweiterten Patriotismus." Man hätte also mit der Schaffung von Institutionen beginnen müssen, und die „Europa-Armee hätte zum Schluß das bereits bestehende wirtschaftliche und politische Gebäude gekrönt". Nun aber habe die Regierung „das Pferde vom Schwanze aufgezäumt" und gerate mit ihren restriktiven Zielsetzungen in eine Sackgasse; die Generalstabschefs müßten in dieser Situation bestehen auf einer möglichst geringen Desorganisation der eigenen Streitkräfte und auf rascher Sicherstellung eines wirksamen deutschen Beitrags. Und auch Robert Schuman hat den Delegierten Italiens, Belgiens, Luxemburgs und der Bundesrepublik, als sie sich am 15. Februar 1951 zu Verhandlungen über den Pleven-Plan in Paris einfanden, das Problem durchaus eingestanden: „Diejenigen, die mit uns das gleiche Ziel verfolgen", kritisieren, „wie kann man eine Armee aufstellen und unterhalten, bevor eine europäische Autorität, eine europäische Regierung und ein europäisches Parlament vorhanden sind? Die reine Logik scheint unseren Kritikern Recht zu geben. Aber ... Politiker ... müssen täglich für dringende Bedürfnisse, für die nur eine Gesamtlösung in Frage kommt, Teillösungen finden und hinnehmen" – Schuman gab keinen Grund an, warum das in diesem Falle so sein müsse, sondern fuhr einfach fort: „Wir sind davon überzeugt, daß Europa" nur „Sektor für Sektor" entstehen könne[35]. Doch das Militär war nicht eine „Branche" wie dieser oder jener Wirtschaftszweig.

Statt dessen also begannen die Verhandlungen mit einem französischerseits vorgelegten Memorandum als Verhandlungsgrundlage, das sich eng an den Pleven-Plan hielt, zum Ausgleich für das Zugeständnis der größeren „Combat teams" insbesondere eine zeitlich unbegrenzte Übergangsperiode vorsah, in der die Deutschen militärisch wie politisch deklassiert sein sollten. Charakteristisch wohl für die Mehrheit der Mitglieder der kleinen Delegationen war die Erklärung des italienischen Delegationsführers Taviani zu Beginn der Konferenz: „Italien ist bereit, bis an die äußerste Grenze der Beschränkung und Auflösung der nationalen Souveränität zu gehen, d. h. bis zur Föderation, aber es ist nicht bereit zu halben Maßnahmen oder Scheinbeschlüssen. Die italienische Regierung sieht noch nicht klar, ob diese Konferenz ernst-

[34] Daniel Mayer als Fraktionssprecher: W. Loth, Sozialismus (wie Anm. 20), S. 286; Politische Entschließung des II. Kongresses der Europa-Union, Köln 10. 12. 1950, erneut gedr. in: K. Koppe, Das grüne E setzt sich durch, Köln 1967, S. 204 f.

[35] Memorandum der französischen Generalstabschefs vom 6. 2. 1951 zit. nach P. Guillen, Die französische Generalität, die Aufrüstung der Bundesrepublik und die EVG, in: H.-E. Volkmann (wie Anm. 12) (französ. in: Revue d'histoire de la deuxième guerre mondiale 33, Nr. 129, Jan. 1983, S. 10); Robert Schuman am 15. 2. 1951, deutsch in: Europa. Dokumente, II, S. 825 f.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hafte Absichten hat oder einfach ein Verzögerungsmanöver ist, um die Wiederaufrüstung einer deutschen Armee hinauszuziehen. Im ersteren Falle ist sie zur Mitarbeit bereit, aber sie möchte sich nicht hergeben zu einem vagen Spiel. Sie ist jedenfalls überzeugt, daß es nicht Italien zusteht, die Initiative zu ergreifen." Man werde abwarten, ob Frankreich ernstlich föderative Absichten habe. Da dies in den folgenden Wochen nicht erkennbar wurde, bezog Taviani in allen konkreten Fragen die Position der Verteidigung der nationalen Souveränität[36]. Die Niederlande nahmen, wie Großbritannien und die skandinavischen Länder, nur als „Beobachter" teil, entsprechend der Feststellung von Außenminister Dirk Stikker: „Ich konnte mich daher nicht zu dem Glauben an die Europäische Verteidigungsgemeinschaft durchringen, die das nächste Mittel Frankreichs war, um die Diskriminierung Deutschlands aufrechtzuerhalten"[37]. Unterdessen erarbeiteten auf der Ebene der Europa-Verbände Delegierte der UEF, des „Mouvement socialiste pour les États-Unis d'Europe" und der NEI der christdemokratischen Parteien auf einer Konferenz April 1951 in Lugano eine „Satzung der Konstituierenden europäischen Bundesversammlung", in der es hieß, „daß die bestehenden oder in Bildung begriffenen europäischen Fachbehörden nur unter der Leitung und Kontrolle einer Bundesregierung und eines Bundesparlaments ausgebaut und koordiniert werden" können[38].

Zwei Ereignisreihen veränderten im Juni 1951 die Situation und führten bis zum September alle Beteiligten zu dem Entschluß, die Verhandlungen über die nunmehr sogenannte Europäische Verteidigungsgemeinschaft zu einem positiven Ergebnis zu führen – das ist mehrfach gut dargestellt und hier nur knapp zusammenzufassen. Einmal gelangte die US-Administration, teils wegen zu hoher deutscher Forderungen auf dem Petersberg, die über den vom NATO-Rat im Dezember 1950 gesetzten Rah-

---

36 Erklärung des italienischen Delegationsführers nach A. Spinelli, Prefazione, in: I. M. Lombardo, L'Europa che sorge, Roma (Febr.) 1952, S. V f. (E. Taviani war zum Zeitpunkt dieser Veröffentlichung, seit dem 24.7. 51 bis Juni 1953, Unterstaatssekretär des italienischen Außenministeriums); vgl. P. E. Taviani, Solidarità Atlantica e comunità Europea, Firenze 1958⁴, S. 250–57. – Alle Darstellungen stimmen darin überein, daß die Konferenz Mitte Februar bis Mitte Juni durch das französ. Memorandum und den Widerspruch der anderen Delegationen „blockiert" war; vgl. Monnet, S. 453; Wettig, S. 417–24 und 431; Baring, S. 185 f.; R. Massigli, Une comédie des erreurs 1943–1956, Paris 1978, S. 275–79.

37 „. . . Ich hatte im Prinzip nichts gegen das Konzept einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, auch nicht gegen eine Föderation. Aber . . ." – nächst dem inneren Widerspruch, sie mit Deutschland zu wollen und ihm zugleich die Gleichberechtigung zu verweigern – „bevor wir darangehen konnten, über eine Föderation auf dem Gebiet der Verteidigung zu reden, würden wir erst einmal unsere Wirtschafts-, Handels-, Finanz- und Außenpolitik zusammenlegen müssen" (D. Stikker, Bausteine für eine neue Welt, Wien/Düsseldorf 1966, S. 343 f.).

38 „. . . in der Erwägung insbesondere, daß die Verteidigung des demokratischen Europas die Gründung einer Behörde erfordert . . .", müsse eine Konstituante baldmöglichst einen Bundespakt beschließen, durch den nach einem festzusetzenden Minimum von Ratifizierungen eine europäische Bundesregierung geschaffen wird, der sie untersteht. Wortlaut des Satzungsentwurfs in: Europa. Dokumente, I, S. 595–98; ein beigefügtes „Memorandum über die wesentlichen Bestimmungen eines zukünftigen Paktes einer Föderalistischen Union" ebenda, S. 598–601. Hauptverfasser waren die Professoren F. Dehousse, G. Scelle, H. Nawiasky und A. Spinelli.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

men hinausgingen, teils infolge des Votums des von Monnet für den europäischen Standpunkt gewonnenen NATO-Oberbefehlshabers Eisenhower zu der am 3. Juli der Bundesregierung mitgeteilten Entscheidung, die Frage des deutschen Verteidigungsbeitrages solle künftig nur noch im Rahmen der Pariser Verhandlungen weiter verhandelt werden[39]. Zum anderen nutzten die Proeuropäer und der französische Delegationsführer und Vorsitzende der Plevenplan-Konferenz, Hervé Alphand, die Absorbierung der Parteipolitiker durch die Wahlen zur Nationalversammlung vom 17. Juni und die anschließenden schwierigen Verhandlungen zur Bildung einer neuen Regierung zu einer substanziellen Änderung der französischen Verhandlungsposition, zu einem entschlossenen Abbau fast aller diskriminierenden Bedingungen des Pleven-Plans. Der am 24. Juli fertiggestellte Zwischenbericht der Konferenz ließ erkennen, daß nunmehr auch Frankreich zustimmte, daß unter nationalem Kommando nur noch Truppen in überseeischen Gebieten verbleiben, d. h. alle Truppen in Europa dem supranationalen Kommissariat unterstellt werden sollten; daß es nicht mehr auf einer Integration unterhalb der Divisionsebene beharren, sondern bereit sein würde, national homogene Divisionen in gemischte Armeekorps zu integrieren; daß jede Diskriminierung auch in der Aufstellungsphase vermieden, das ganze innere Gefüge der Europa-Armee in allen Mitgliedsländern von Grund auf gleich geregelt werden sollte[40]. Dem schließlich am 10. August neugebildeten Kabinett Pleven, dem als Außenminister wiederum Robert Schuman, aber Jules Moch nicht mehr angehörte, legte Alphand am 14. August einen sehr positiv formulierten Bericht über die Ergebnisse vor, die infolge des Drängens der meisten Delegationen auf „Effizienz und Gleichbehandlung" bisher erreicht seien: volle Integration aller Einheiten im Bereich der Ausrüstung und inneren Führung, gemeinsamer Haushaltsplan, Institutionen wie beim Schuman-Plan. Die Beteiligung der Bundesrepublik biete maximale Garantien gegen ein Wiederaufleben des deutschen Militarismus oder der alten Schaukelpolitik zwischen Ost und West. Vor allem nannte es nun auch Alphand „unmöglich, die [nach Ratifizierung beider Pläne in den Parlamenten] in Kraft gesetzten wirtschaftlichen und militärischen Projekte nicht auch unverzüglich durch ein politisches Projekt zu ergänzen". Die neue Regierung Pleven entschied sich am 23. August zur Weiterführung der Konferenz auf dieser neuen Grundlage; und spätestens am 25. August entschloß sich auch Adenauer, sein Nahziel – Gleichberechtigung durch Teilnahme an der westlichen Verteidigung – und sein Hauptziel – den Zusammenschluß der westeuropäischen Länder – nun auf diesem Weg zu verfolgen[41].

---

[39] Vgl. Wettig, S. 432–37; Baring, S. 182 f. und 191 f.; Monnet, S. 453–55; Massigli, S. 280–83, mit der genauesten Rekonstruktion des Gesprächs Monnet/Eisenhower am 27. 6. 1951.

[40] Zu der mit der amerikanischen parallel laufenden französischen Wendung vgl. Wettig, S. 430 und 435–42; Baring, S. 193–96; Monnet, S. 453; Massigli, S. 280 und 287 f.; Adenauer, S. 459–62. Der Zwischenbericht vom 24. 7. ist bis heute nicht veröffentlicht, nur detaillierte Angaben Alphands über seinen Inhalt in Le Monde vom 26. 7. 1951. Er sah für die Europa-Armee nun auch wieder (vgl. Anm. 30) gemeinsame Uniform und einheitliche Rangabzeichen vor.

[41] Bericht Alphands vom 14. 8. 1951 zit. nach R. Poidevin, Frankreich und das Problem der EVG. Nationale und internationale Einflüsse (Sommer 1951 bis Sommer 1953), in: H.-E. Volkmann (wie

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Über die am 1. Oktober 1951 neu beginnende, die „eigentliche" Phase der Konferenz zur Aushandlung eines „Vertrages zur Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft", zu der alle teilnehmenden Länder nun mit zahlenstarken Delegationen, meist unter neuen Delegationsleitern, erschienen und an der ab 8. Oktober auch die Niederlande als Vollmitglied teilnahmen, sind wir bisher nur in großen Zügen unterrichtet; Protokolle und Positionspapiere der sechs Delegationen sind noch nicht veröffentlicht. Für zahlreiche umstrittene Probleme – auf die hier nicht einzugehen ist – mußten gemeinsame Lösungen gefunden werden: für Detailfragen der militärischen Integration wie Anteil an Führungspersonal, gemeinsame Offiziersschulen, Rekrutierung und Territorialorganisation, der Anwendung auf Marine- und Luftstreitkräfte, des im Prinzip erstrebten Gleichgewichts zwischen französischen und deutschen Truppenstärken, das aber zunehmend durch die französische Beanspruchung in Indochina erschwert wurde; für hereinspielende Details der gleichzeitig in Bonn weiter verhandelten Revision des Besatzungsstatuts; für Details des Zusammenhangs zwischen künftiger EVG und NATO; für die Frage der Assoziierung Großbritanniens; für das Problem der Finanzbeiträge der Mitgliedstaaten bzw. eines gemeinsamen Haushalts; für die Kompetenzen der vorgesehenen Organe[42]. Die beiden letztgenannten Probleme berührten schon das Kernproblem, das die Außenministerkonferenz am 11. Dezember beschäftigte: Wenn nun Frankreich auf fast alle organisatorischen Diskriminierungen der Bundesrepublik verzichtete, statt dessen auf der unteren Ebene des inneren Gefüges der Europa-Armee die gegenseitige Sicherheitsgarantie in der vollen supranationalen Vereinheitlichung der Kontingente suchte, so stellte sich vollends die Frage, ob nicht mit gleicher Konsequenz für die obere Ebene der politischen Führung, der Organe, der Einbettung in politische Integration die supranationale Lösung angegangen werden solle.

Es war die italienische Delegation, die am 9. Oktober aus ihrer bisherigen Zurückhaltung heraustrat und die Frage offiziell auf die Tagesordnung brachte. Der italienische Ministerpräsident De Gasperi hatte bei einer Neubildung seines Kabinetts am 24. Juli 1951 das Außenministerium (erstmals seit 1946) nicht mehr Graf Sforza anvertraut, sondern es selbst übernommen; er hatte im September den bisherigen Außenhandelsminister Ivan Matteo Lombardo, der persönlich seit Jahren dem italienischen Föderalisten-Verband MFE angehörte, mit der Leitung der italienischen

---

Anm. 12) (französ. in: Revue d'histoire de la deuxième guerre mondiale 33, Nr. 129, Jan. 1983, S. 37); dazu die Anm. 40 genannte Lit.; zum Entschluß Adenauers Baring, S. 197.

[42] Bisher beste, aber noch nicht auf Akten gegründete Übersicht: Wettig, S. 451–59 (besonders ein Referat des deutschen Delegationsmitglieds de Maizière von 1954 auswertend). H. Speidel, Aus unserer Zeit. Erinnerungen, Berlin 1977, S. 298–302 und 306 f., beschreibt, wie die Anbahnung kameradschaftlicher Zusammenarbeit zwischen delegierten Militärs zur Lösung einiger der Probleme half (ohne Akten-Mitteilung). Das „Journal" des Konferenz-Vorsitzenden Hervé Alphand, L'étonnement d'être. Journal 1939–73, Paris 1977, bewahrt noch völliges Schweigen über den Konferenz-Ablauf: auf eine Eintragung vom 22. 4. 1951 (S. 225) folgt sogleich eine vom 28. 2. 1952. Übersicht über einige der Probleme mit Mitteilung bisher unbekannter Quellen, die auf die französ. Delegation einwirkten, bieten jetzt die Aufsätze von Guillen (Anm. 35) und Poidevin (Anm. 41). Demnächst erstmals Mitteilungen aus den Akten eines der Delegationsleiter, des italienischen, durch S. Pistone.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Delegation auf der Pariser EVG-Konferenz beauftragt und ihm weiten Verhandlungsspielraum gegeben. Lombardo legte, zweifellos nachdem er die Zustimmung De Gasperis dazu eingeholt hatte, am 9. Oktober ein Aide Memoire vor, dessen Kerngedanke war, daß entsprechend den fundamentalen Regeln des parlamentarischen Systems der vorgesehenen europäischen Versammlung die Kontrolle des Verteidigungshaushaltes übertragen werden müsse, die den nationalen Parlamenten entgleite, daß die in einer Übergangszeit von den nationalen Parlamenten gewählte Versammlung allgemeine Wahlen für ein direkt gewähltes Parlament vorbereiten solle und daß dem direkt gewählten europäischen Parlament dann auch das Recht, den Kommissar zu wählen, sowie „umfassende politische Kontrollgewalt über den europäischen Haushalt und die gesamte Amtsführung des Kommissars" zustehe. Der Hauptteil des Memorandums wird unten als Dokument 2 veröffentlicht. Als Dokument 1 werden Auszüge aus einem Memorandum mitgeteilt, das der Generalsekretär des MFE, Altiero Spinelli, im September Lombardo überreicht hatte und dessen Argumentation, insbesondere bezüglich der Kontrolle des Verteidigungshaushaltes, offensichtlich das Aide Mémoire inspiriert hat[43]. Diese Texte zusammen mit dem italienischen Protokoll vom 11. Dezember ermöglichen es, die Entstehung des späteren Art. 38 voll zu erfassen. Sie zeigen an einem typischen Beispiel, wie damals wesentliche Anstöße von den Pressure groups der Europa-Verbände, in diesem Fall vom italienischen MFE, auf regierungsseitige Verhandlungen ausgingen. – Von den Verhandlungen über Lombardos Memorandum in der Pariser Konferenz wissen wir bisher nur, daß die französische und die deutsche Delegation sein Anliegen unterstützte, die Benelux-Delegationen widersprachen, schließlich in den vorläufigen Vertragsentwurf ein Art. 7 H aufgenommen wurde, der die Bedeutung der vorgesehenen parlamentarischen Versammlung hervorhob, die über ein europäisches Wahlrecht und weitere Befugnisse der Versammlung zu beraten habe[44].

Doch über den Stand der Meinungsbildung von vier der sechs Außenminister zu

[43] Vgl. biographische Daten zu Lombardo in Anm. 70, biographische Daten zu Spinelli in Anm. 57 und zur persönlichen Beziehung beider Anm. 58 zu Dokument 1. Lombardo hat am 5. 1. 1952 vor dem Kongreß der Sozialdemokratischen Partei Italiens (Saragat-Richtung) eine anschließend gedruckte Rede gehalten, in der der noch amtierende Leiter der italienischen Delegation allerdings keine Texte zitierte, doch versicherte: „Eine europäische Armee setzt eine gemeinsame Außenpolitik voraus, denn sie kann unmöglich abhängen von sechs autonomen Außenpolitiken . . . Eine europäische Armee impliziert eine Politische Autorität, die entscheiden kann über den defensiven Einsatz der Streitkräfte . . . Italien hat besser als bestimmte andere Länder begriffen, daß das Problem über die europäische Armee hinausführt, und hat mit Beharrlichkeit die Notwendigkeit unterstrichen, zu einer Föderation zu gelangen" (I. M. Lombardo, L'Europa che sorge, Roma 1952, S. 36 und 40).

[44] Berichtet von A. Spinelli, Prefazione, in: Lombardo (Anm. 43), S. IX. Dort wird S. VIII als Zitat mitgeteilt, Lombardo habe 25. Oktober in einer Rede vor der „Fraternité mondiale" gesagt: „Italien hat vorgeschlagen, einen entscheidenden Schritt auf dem Wege zu einer europäischen Föderation zu tun und eine föderale Versammlung zu schaffen, die aus allgemeinen Wahlen hervorgeht und der als letzter Instanz die Streitkräfte der Gemeinschaft unterstehen." – Der genaue Wortlaut dieses „Artikel 7 H" oder sonstiger Artikel des vorläufigen Vertragsentwurfs, wie er den Außenministern am 11. Dezember als Verhandlungsgrundlage vorlag, ist noch nicht bekannt.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dieser Kernfrage geben die Reden Auskunft, die De Gasperi, van Zeeland, Schuman und Adenauer vor der Beratenden Versammlung des Europarats am Tage vor ihrer Konferenz, am 10. Dezember 1951 hielten. De Gasperi ging in seiner packenden, nur zehnminütigen Rede gleich ins Zentrum mit der Feststellung, es gelte Sicherheit nicht nur gegen eine äußere Bedrohung, sondern gegen eine Wiederkehr innereuropäischer Bürgerkriege zu schaffen; diese könne nur durch „Zusammenlegung der nationalen Souveränitäten, gegründet auf demokratische verfassungsmäßige Institutionen" erreicht werden, nicht durch „gemeinsame Verwaltungen ohne gemeinsamen politischen Willen, der durch zentrale Organe verwirklicht wird ... Der erste und wichtigste Pfeiler muß eine gemeinsame gewählte beratende Versammlung sein, die auch mit gewissen Entscheidungsbefugnissen und begrenzten Kontrollrechten über das, was gemeinsam verwaltet wird, ausgestattet ist und von der ein gemeinsames Exekutivorgan abhängt. Den zweiten Pfeiler würde ein gemeinsames Budget bilden, das bestritten wird aus individuellen Beiträgen, d.h. einem Steuer-System"[45]. Van Zeeland kreiste über eine Stunde um zwei Feststellungen: „Persönlich sehe ich das Europa von morgen als eine Staaten-Konföderation ... Aber ich frage Sie, ist die geistige Reife für eine solche Lösung in allen europäischen Ländern erreicht? Ich glaube es nicht!" – weshalb er in bezug auf eine Autorität über die europäische Armee „die Idee einer festen ‚superstructure' zurückweise, die schwierig und, meiner Meinung nach, sogar gefährlich für Europa ist, analog der, von der man, trotz ernsthafter Abschwächungen, noch einige Spuren im Schuman-Plan findet"[46]. – Schuman sprach kurz und mit eindringlichem Ernst über sein Problem: „Eine entnationalisierte gemeinsame Armee darf weder als ganze noch in den sie bildenden Einheiten einer nationalen Autorität gehorchen. Sie muß der Gemeinschaft Loyalität schwören und die Gemeinschaft allein darf die Autorität über sie ausüben. Wenn einzelne Einheiten dieser Armee den Befehlen einer nationalen Regierung gehorchen würden, so würden sie der Desertion und Meuterei schuldig sein. Wenn eine solche Armee gebildet wird, so kann sie nur Befehle von einer Autorität entgegennehmen, die alle Teilnehmerstaaten anerkennen.

Wie soll diese übernationale Behörde gestaltet sein? ... Man stelle sich ein Komitee vor, in dem jede Regierung durch einen Minister vertreten ist. Gründliches Nachdenken erweist die Schwierigkeit des Problems: Das Erfordernis der Einstimmigkeit für ein solches Minister-Kollegium würde zur Folge haben ..., daß jeder Mitgliedstaat die Verwendung der gemeinsamen Armee durch ein Veto verhindern könnte." Majoritätsentscheidungen hingegen würden zu einer übernationalen Behörde führen, wären aber mit den Verfassungen der Staaten unvereinbar, in denen das Recht der

[45] Conseil de l'Europe. Assemblée consultative, Compte rendu 10.12. 1951, S. 988–91 (Zitate S. 989 f.); italienisch in M. R. Catti De Gasperi, La nostra Patria Europa, Mailand 1969, S. 53–58. Vgl., mit Literatur, A. Kohler, Ein Überzeugungstäter: Alcide De Gasperi, in: Th. Jansen und D. Mahncke, Persönlichkeiten der Europäischen Integration, Bonn 1981, S. 257–88.

[46] Conseil de l'Europe, Compte rendu 10.12. 1951, S. 991–1000 (Zitate S. 993 und 998). Zu van Zeeland und belgischen Positionen vgl. W. Lipgens, Belgian Political Parties and Pressure Groups in favour of European Union, in: Lipgens, Documents, vol. 3, und hier unten Anm. 52.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kriegserklärung und die Abstimmung über die Militärbudgets den nationalen Parlamenten vorbehalten sei. „Die effektive Übertragung von Souveränität auf eine einzige Exekutive genügt also nicht für die europäische Armee. Es wäre gleichzeitig notwendig, ein gemeinsames Parlament und gemeinsame Ressourcen zu schaffen, aber dies würde das Problem nicht zufriedenstellend lösen. Die Minister, die Mitglieder des Rates sind, bleiben ihrem nationalen Parlament verantwortlich. Wären sie es in gleicher Weise vor der gemeinsamen Versammlung? Wie soll man sich vorstellen, daß eine europäische Versammlung die Demission eines Ministers erzwingen könnte, wenn er das Vertrauen seines nationalen Parlaments nicht verloren hat? Ich stelle die Frage; aber ich habe im Moment keine Antwort"[47]. – Adenauer schließlich verteidigte das realistische Konzept, „durch Inangriffnahme der speziellen Objekte eine Beschleunigung der Bewegung auf die Einheit Europas" zu erreichen. Bei der Planung einer europäischen Armee könne man „der Frage gar nicht ausweichen, welches Organ über den Einsatz dieses Instruments entscheidet"; sie habe „uns in die Notwendigkeit versetzt, zur eigentlich politischen Integration Europas etwas Entscheidendes beizutragen. Eine ähnliche Problematik ergibt sich bei den Fragen des europäischen Verteidigungshaushalts. In beiden Fällen stellt sich auch unabweisbar die Frage nach einer europäischen parlamentarischen Kontrolle der Exekutive ... Schon das Grundgesetz der Bundesrepublik enthält eine Bestimmung, die die Übertragung von Souveränitätsrechten auf größere Gemeinschaften vorsieht, und darin liegt zugleich ein Auftrag an die Bundesregierung ... Noch können wir kein exaktes Bild dieser Föderation zeichnen", aber man „muß, wenn das Ganze nicht erreichbar ist, den Teil davon verwirklichen, der möglich ist", und davon überzeugt sein, daß „all diese Einzellösungen auf eine Koordinierung, ja Verschmelzung hindrängen". Doch: „Handeln wir rasch! Morgen könnte es zu spät sein!"[48].

III. Zum Verlauf der Außenminister-Konferenz

Die sechs Außenminister, die tags darauf um 10 Uhr zusammentraten, taten dies also in dem Bewußtsein, politische Entscheidungen großer Tragweite treffen zu müssen. –

[47] Conseil de l'Europe, Compte rendu 10. 12. 1951, S. 1002–5 (Zitate 1003 f.); erstaunlich, daß er demnach als „Exekutive" noch den Ministerrat statt das ebenfalls „entnationalisierte" Kollegium der Kommissare sah, doch eindrucksvoll der Ernst seiner Suche, vielleicht angestoßen auch durch die erneute Kritik des Komitees der französischen Generalstabschefs am 15. Nov. 1951, es halte „die von der Regierung gelegten politischen Grundlagen nicht für ausreichend" (P. Guillen). Vgl. D. Dettke, Pionier der europäischen Integration: Robert Schuman, in: Jansen/Mahncke, S. 233–53; materialreich R. Mittendorfer, Robert Schuman – Architekt des neuen Europa, Hildesheim 1983; demnächst Monographie von Raymond Poidevin.

[48] Conseil de l'Europe, Compte rendu 10. 12. 1951, S. 1005–10 (Zitate S. 1007 f. und 1009 f.); deutsch in W. Weidenfeld, Konrad Adenauer und Europa, Bonn 1976, S. 335–41. Vgl. H.-P. Schwarz, Adenauer und Europa, in: VfZ 27 (1979), S. 471–523. – Hier war nicht der Inhaltsreichtum der vier Reden oder gar das Europa-Konzept ihrer Verfasser darzustellen, sondern ihre Stellungnahme zu Politischer Autorität über die EVG am Vorabend der Konferenz zu ermitteln.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zeigen die Dokumente 1 und 2, wie die Kernfrage einer politischen Autorität, die über die Armee verfügt, eines gemeinsamen Parlaments, das den Haushalt bewilligt, seit dem 9. Oktober in der vorbereitenden Konferenz der Sachverständigen gestellt war, so erlauben die Dokumente 3 und 4, die Protokolle zweier Delegationsführer, den Ablauf der Konferenz voll zu erfassen[49].

Die beiden Protokolle sind quellenkritisch gesehen nicht ganz gleichwertig und methodisch unterschiedlich aufgebaut. Das eine ist vom italienischen Delegationsleiter offenbar aufgrund eigener Mitschriften zum eigenen Gebrauch diktiert, aber nicht offiziell in die Akten seines Außenministers eingefügt worden. Methodisch referiert es, in Annäherung an ein Wortlaut-Protokoll, präzise den chronologischen Ablauf, was die Außenminister nacheinander sagten, und so läßt es die ganze Dramatik des Ablaufes, die Themenfolge tagsüber, die Pause 20 bis 22 Uhr zur Formulierung von Beschlüssen durch die Delegationsleiter, dann die Zuspitzung der Auseinandersetzung in der Nachtsitzung klar erkennen. Das andere Protokoll wurde vom niederländischen Delegationsleiter tags darauf diktiert und offiziell in die Akten seines Außenministers eingeheftet. Es ist methodisch mehr ein Ergebnisprotokoll, nach den Hauptthemen gruppiert, läßt aber doch die Positionen der einzelnen Delegationen erkennen und bestätigt inhaltlich offensichtlich die Authentizität des italienischen Protokolls, auch wenn es den Ablauf der Diskussion über das politische Kernproblem, am Ende angehängt, viel weniger klar erkennen läßt[50].

Inhaltlich referieren beide Protokolle übereinstimmend die Sachthemen der Vormittagssitzung, die relativ zügige Annäherung der Standpunkte in den Fragen der Rekrutierung, der Eingliederung aller Truppen außer den Kolonial-, Polizei- und den Besatzungs-Einheiten in Berlin und Österreich, der Ernennung der Offiziere und der einheitlichen Ausbildung. In der Kernfrage der politischen Autorität und des Haushalts präsentieren die zwei Protokolle inhaltlich die beiden gegensätzlichen Außenpositionen, die Pole der Diskussion. Das italienische ist geschrieben mit ständiger Präsenz des von De Gasperi vertretenen Willens, der Vertrag müsse den Entschluß zu gemeinsamen politischen Institutionen, die Befugnisse der parlamentarischen Versammlung in der Endphase verbindlich festlegen. Das niederländische Protokoll ist noch ganz geschrieben vom Standpunkt der Verteidigung der nationalen Interessen und der nationalen Souveränität, hebt laufend vor allem die niederländische

[49] Sie enthalten indessen keine Auskunft über den Teilnehmerkreis. Sie lassen nur die sechs Außenminister sowie Alphand als Sprecher auftreten, doch darf als sicher gelten, daß jeder Minister zumindest von dem Leiter seiner Delegation bei der Pariser Konferenz, wahrscheinlich noch einer weiteren Person (im Falle der Bundesrepublik: W. Hallstein, vgl. Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 11. 12. 1951, Nr. 19, S. 142) begleitet war, so daß man von ca. 18 Personen am Konferenztisch ausgehen kann. – Im folgenden Rest dieser Einführung werden nicht Auswertung und Interpretation der Protokollinhalte vorweggenommen, die dem Leser überlassen bleiben, sondern lediglich einige methodische und inhaltliche Hinweise zum Verständnis gegeben.

[50] Vgl. Angaben zu den Archiv-Originalen und zu den Verfassern unten Anm. 70 und 93. Nach den Auseinandersetzungen der Nachtsitzung läßt aber auch das niederländische Protokoll grundsätzlich europäischen Kompromißwillen erkennen.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Gegenposition hervor, oft unfähig, die föderative Lösung angemessen zu erfassen[51].

De Gasperi konzentrierte auf den zentralen Punkt, daß in Erweiterung des vorliegenden Entwurfs zu Art. 7 H die Sachverständigen beauftragt werden müßten, die Befugnisse der Versammlung in der Endphase bindend zu formulieren; d. h. er folgte nicht Spinellis Rat, einen sofortigen Beschluß zur Einberufung einer Verfassunggebenden Versammlung zu verlangen. Er wurde von Adenauer nachdrücklich, von Schuman im Prinzip unterstützt. Hingegen widersprechen Stikker, van Zeeland und Bech; diese Vertreter der kleinen Länder fürchteten offensichtlich noch, daß sie in supranationalen Organen hoffnungslos majorisiert würden[52]. Aber ihr Hauptargument war, daß die Hereinnahme der definitiven Befugnisse der Versammlung schon in den EVG-Vertrag verfassungsändernde Mehrheiten in den Parlamenten verlangen, die bestehenden Kabinette gefährden würde, ein Argument, das auch Schuman teilte und das nur durch den Vorschlag der sofortigen Einberufung einer Verfassunggebenden Versammlung hätte pariert werden können, den De Gasperi indessen nicht machte[53]. Von Adenauer ging schließlich der Kompromiß aus, die föderative Endstruktur und die Befugnisse der Versammlung nicht jetzt im Rahmen des Art. 7 H von den Sachverständigen, sondern von der späteren provisorischen Versammlung ausarbeiten zu lassen. Diesem Kompromiß haben dann in der dramatischen Nachtsitzung schließlich zunächst van Zeeland und Bech, endlich auch Stikker zugestimmt[54].

---

[51] Das niederländische Protokoll erinnert an Monnets Klage, daß seine tägliche „Lektion" während der Schumanplan-Verhandlungen („Wir sind zusammen, nicht um Vorteile auszuhandeln, sondern um unsern Vorteil im gemeinsamen Vorteil zu suchen") „für Männer besonders schwer zu lernen ist, die in der Erringung und Verteidigung rein nationaler Interessen geformt wurden" (Monnet, S. 409).

[52] Zu van Zeeland, der vor allem auf der entscheidenden Rolle des Ministerrats, der fast immer einstimmig beschließen sollte, beharrte und dadurch die EVG auf der oberen Ebene der politischen Führung auf die kooperative Methode zurückzwang, vgl. Wettig, S. 455, und Massigli, S. 299. Pierre Uri und ebenso P.-H. Spaak haben ihn deshalb bitterlich als den angeklagt, der dem EVG-Plan den eigentlichen Todesstoß gegeben hat (M. und S. Bromberger, Les Coulisses de l'Europe, Paris 1968, S. 140 f.). Stikker, stark geprägt von seinem Kampf um Holländisch-Indonesien, bekannte: „Ich konnte bei der Förderung des europäischen Föderalismus, wie ihn die Mehrheit des holländischen Volkes in seinem Idealismus damals verlangte, keine Rolle spielen" (Stikker, S. 177). Erst als Beyen ab Sept. 1952 das niederländische und Spaak ab April 1954 das belgische Außenministerium übernahm, wurden beide Länder bis heute zu Vorkämpfern des supranational-föderativen Konzepts.

[53] Vgl. mehrfache Erwähnung des Problems einer Verfassungsänderung in den Protokollen; Spinellis Vorschlag am Ende von Dokument 1. Es hatten bereits der deutsche Bundestag am 26. 7. 1950 und die italienische Kammer am 10. 11. 1950 mit über Dreiviertel-Mehrheiten einen „Pacte fédérale" gefordert, der „eine übernationale Bundesgewalt schaffen [soll], die sich auf allgemeine unmittelbare freie Wahlen gründet und über gesetzgebende, ausübende und richterliche Kompetenzen verfügt" (Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 26. 7. 50, S. 2836 f., und Atti parlamentari, 10. 11. 50, S. 23579); es hätte dem die Mehrheit auch der französischen, belgischen und niederländischen Abgeordneten damals zugestimmt, sicher in einer von der Sorge um Mehrheiten nationaler Kabinette unbelasteten europäischen Konstituante (vgl. Votum der französ. Assemblée in Anm. 55).

[54] Dies Ergebnis wurde auf der nächsten Konferenz der sechs Außenminister 27.–30. 12. 1951 gefestigt und am 30. 12. publiziert (Kommunique in: Europa. Dokumente, II, S. 829 f.); aus Art. 7 H wurde

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dies Ergebnis war eine Niederlage insoweit der EVG-Vertrag selbst nun keine Politische Autorität, keine Kompetenzen der parlamentarischen Versammlung über Armee und Haushalt festlegte. Es war ein Erfolg insoweit nun auch die Benelux-Länder unterschrieben, daß „an die Stelle der vorläufigen Organisation" alsbald „eine endgültige Organisation" treten sollte. Auf den Art. 38 setzten nun alle „Europäer" ihre Hoffnung, um seinetwillen traten sie für den EVG-Vertrag ein. Auch die französische Nationalversammlung stimmte am 19. Februar dem Vertragsentwurf u. a. unter der Bedingung zu, daß die europäische Armee sogleich einer supranationalen Politischen Autorität unterstellt werde[55]. Der Erfolg wurde greifbar, als auf vielseitiges Drängen die sechs Außenminister am 10. September 1952 bereits das am folgenden Tag erstmals zusammentretende Parlament der Montanunion aufforderten, den Auftrag des Art. 38 zu erfüllen: Als Ad-hoc-Versammlung legte es am 10. März 1953 den „Entwurf eines Vertrages über die Satzung der Europäischen Gemeinschaft" vor[56]. Erst daß er nicht den nationalen Parlamenten zur Ratifizierung vorgelegt wurde, hat in der EVG-Debatte den Remilitarisierungs-Aspekt über den europäischen siegen, d. h. sie scheitern lassen. Dann erst war das Versagen des 11. Dezember 1951, nicht gleich Schritte zur „endgültigen Organisation" beschlossen zu haben, offenkundig.

---

definitiv der „föderalistische" Art. 38 des EVG-Vertrags: „Binnen sechs Monaten nach Aufnahme ihrer Tätigkeit" soll die Versammlung die Frage ihrer Direktwahl prüfen und Vorschläge für eine endgültige Organisation machen; „die endgültige Organisation, die an die Stelle der vorläufigen Organisation treten wird, soll so beschaffen sein, daß sie den Bestandteil eines späteren bundesstaatlichen oder staatenbündischen Gemeinwesens bilden kann, das auf dem Grundsatz der Gewaltenteilung beruhen und insbesondere über ein Zweikammersystem verfügen soll" (ebenda, S. 848 f.).

55 Das Kommuniqué der 3. Minister-Konferenz vom 28. 1. 1952 versicherte verstärkend, daß „die Überführung in eine föderative oder konföderative Form . . . sobald wie möglich zu vollziehen ist" (ebenda, S. 831). Spaak (Memoiren, S. 292), zu der Zeit Präsident der „Europäischen Bewegung": „Von ausschlaggebender Bedeutung war der Artikel 38." Die Bedingungen der Nationalversammlung, in der, bei Emotionen gegen deutsche Soldaten, gerade Art. 38 von allen Mittelparteien positiv zitiert wurde, begannen: „Die Versammlung verlangt, alles zu tun, um zu sichern: 1. die Unterstellung der europäischen Armee unter eine supranationale Politische Autorität mit begrenzten aber reellen Kompetenzen, verantwortlich vor den Abgeordneten der europäischen Parlamente oder Völker, und fordert die Regierung auf, in diesem Sinn alle nötigen Initiativen zu ergreifen" (angenommen mit 327 gegen 287 Stimmen); zit. nach R. Aron und D. Lerner, La Querelle de la C.E.D., Paris 1956, S. 27. Vgl. A. De Smet, La Communauté Européenne de Défense. Experience et leçons, Heule/Belgique 1966, S. 34 f. Vgl. Béthouart bei Wettig, S. 534.

56 Dieser machte u. a. sämtliche Gesetze für vergemeinschaftete Bereiche von der Zustimmung eines direkt gewählten Parlaments abhängig. Vgl. Minister-Beschluß vom 10. 9. 1952 in: Europa. Dokumente, II, S. 921–23; Text des Verfassungsentwurfs ebenda, S. 947–82; zur Verschleppung durch die Regierungen und deren Folgen für die EVG-Debatte Lipgens, Bedeutung. Vgl. H.-P. Schwarz, Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949–1957 (Geschichte der Bundesrepublik, hrsg. von K.-D. Bracher, Band 2), Stuttgart 1981, S. 180 f. und 221 f.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokument 1

Memorandum über den Zwischenbericht vom Juli 1951 der Konferenz für die Organisation einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft [von Altiero Spinelli[57], ca. September 1951[58], Auszüge[59]]

[Aus Teil I, Kapitel 1: Prinzipien]

[. . .] Die Verfasser des Berichtes glauben, daß die Bildung der europäischen Verteidigungsstreitkräfte ohne die Bildung eines Europäischen Staates möglich ist. Zwar ist die Verteidigungsgemeinschaft als wesentliche Etappe auf dem Weg zur Bildung eines vereinten Europas konzipiert (d. h. eines europäischen Staates), aber man glaubt, daß die folgenden Etappen schrittweise verwirklicht werden können; einstweilen bedarf es nur der Bildung der europäischen Verteidigungsstreitkräfte.

Unmittelbar daraus ergibt sich die Frage, wem die europäischen Verteidigungsstreitkräfte gehören. Sie gehören nicht mehr den Mitgliedsstaaten, die zwar Soldaten und Geld zu ihrem Aufbau beisteuern, aber nicht mehr die Entscheidungsbefugnis über ihre Verwendung besitzen. Sie gehören auch nicht dem europäischen Staat, weil der Bericht dessen Gründung nicht vorschlägt. Der Kommissar erfüllt de facto technische Aufgaben als Ausrüster der Streitkräfte, besitzt jedoch keinerlei Kompetenz, um über ihre Verwendung zu

[57] Altiero Spinelli, geb. 1907, zu Beginn seines Jurastudiums der Kommunistischen Partei beigetreten, 1927 zu zehn Jahren Zuchthaus und anschließenden 15 Jahren Schutzhaft verurteilt, 1937 wegen des Kontrastes zwischen der Sowjetunion und dem Föderalismus Hamiltons aus der PCI ausgetreten, 1941 zusammen mit E. Rossi Verfasser des „Manifesto di Ventotene", einer der föderalistischen Grundschriften der Kriegszeit, Sommer 1943 befreit, Mitbegründer des Movimento Federalista Europeo, 1945–47 Generalsekretär der Aktionspartei, 1948–56 Generalsekretär des MFE und 1950–54 Generaldelegierter der UEF, 1970–76 Kommissionsmitglied der EG, seit 1979 direkt gewählter Abgeordneter des Europäischen Parlaments. Vgl., mit zahlreichen Auszügen aus seinen Schriften, L. Levi und S. Pistone, Trent' anni di vita del Movimento Federalista Europeo, Mailand 1973; Lipgens, Die Anfänge; S. Pistone, L'Italia e l'unità europea, Turin 1982.

[58] Das Memorandum selbst, 40 Schreibmasch.-Seiten im Nachlaß Lombardo im Centro Europeo di Studi, Torino (Prof. Pistone), ist nicht datiert; als Analyse des Zwischenberichts vom 24.7. (vgl. Anm. 40) kann es frühestens im August 1951 entstanden sein; laut Spinelli, Prefazione, in: Lombardo (Anm. 43), S. IV, wurde Lombardo „im September" mit der Leitung der italienischen Delegation auf der Pariser EVG-Konferenz beauftragt; laut Spinellis Bericht vor dem V. Kongreß des MFE, 6. 12. 1952, gab er „ein erstes Memorandum dem Leiter der italienischen Delegation und ein zweites Minister Schuman" (Levi/Pistone, S. 147); E. Rogati, L'influenza dei federalisti, in: M. Bonanni, La Politica Estera della Repubblica Italiana, Bd. II, Mailand 1967, S. 475, bestätigt, daß Lombardo den Rat von Spinelli einholte, offenbar zu diesem Zweck ihm den Zwischenbericht anvertraute; da er spätestens bei seiner Abreise nach Paris 30. 9. das Memorandum hatte, ergibt sich September als Abfassungs-Monat.

[59] Das Memorandum aus dem Nachlaß Lombardo wurde italienisch an versteckter Stelle veröffentlicht von M. Albertini, La fondazione dello Stato europeo, in: Il Federalista. Rivista di politica, Bd. 19, Fasc. 1, März 1977, S. 33–55. Die höchst interessante, detaillierte Kritik an allen Teilen des Zwischenberichts kann im vorliegenden Zusammenhang nicht wiedergegeben werden; wir geben in deutscher Übersetzung nur drei Auszüge (S. 36, 48 f. und 52 f.), die politische Autorität betreffend, die ganz offensichtlich das Aide Mémoire der italienischen Delegation (Dokument 2) inspiriert haben. Übersetzung von Herrn Dipl.-Dolmetscher H.-J. Jerratsch, der auch die Dokumente 2 und 3 übersetzte.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

entscheiden. Die europäischen Verteidigungsstreitkräfte werden mit Hilfe der von den einzelnen Staaten bereitgestellten Mittel und Kontingente vom Kommissar aufgebaut und dem Nordatlantischen Oberbefehlshaber zur Verfügung gestellt. In Wirklichkeit gehören sie als ein Komplex von Truppen tributpflichtiger und folglich nicht mehr souveräner Staaten allein dem NATO-Oberbefehlshaber.

Obwohl man nicht den Mut hatte, das Problem der Gründung eines europäischen Staates anzugehen aus Furcht, am Tabu der nationalen Souveränität zu rühren, aber dennoch den einzelnen Staaten die nationalen Streitkräfte, d.h. den wesentlichsten Bestandteil der nationalen Souveränität jedweden Staates entzogen hat, gelangt der Bericht zu dem seltsamen Ergebnis, einen nichteuropäischen General, und zwar den Oberbefehlshaber des Nordatlantischen Bündnisses, zum wirklichen Souverän Europas zu machen. [. . .[60]]

[Aus Teil I, Kapitel 4: Fragen der Finanzierung]

Der Anteil für militärische Ausgaben ist im Verhältnis zur Gesamtbelastung der Steuerzahler so hoch, daß man unmöglich den Militäretat festsetzen kann, ohne gleichzeitig eine allgemeine Wirtschafts- und Sozialpolitik zu beschließen. Allein im Rahmen einer allgemeinen Wirtschaftspolitik kann in jedem Land pro Kopf eine bestimmte Abgabe im Verhältnis zum Individualeinkommen gefordert werden, wobei der Anteil für ärmere und reichere Steuerzahler jeweils durch einen Koeffizienten nach unten oder nach oben korrigiert wird.

Einziehung der Steuern: Der Bericht schenkt diesem Problem, das doch so wesentlich ist, gar keine Beachtung. Hat die Gemeinschaft auf die eine oder die andere Art einmal beschlossen, daß ein Land oder der Bürger eines Landes einen gewissen Betrag zu zahlen hat, befinden wir uns nach dem Entwurf tatsächlich immer noch im Stadium der Empfehlungen, ist es doch Sache des nationalen Parlaments, über diese Steuern abzustimmen. Die Absurdität dieses Systems ist ganz offenkundig, denn praktisch muß jedes Jahr ein neuer internationaler Vertrag zwischen den Ländern der Gemeinschaft ratifiziert werden, der sie verpflichtet, in dem Jahr diesen Betrag zu zahlen. Wenn nun ein nationales Parlament die von ihm geforderte Summe ablehnt oder auch nur abändert, werden damit auch alle von den anderen Ländern eingegangenen Verpflichtungen aufs Spiel gesetzt, und der schwerfällige Mechanismus der Gemeinschaft muß erneut die Ausarbeitung einer weiteren Empfehlung in Angriff nehmen.

Es müßte klar und deutlich gesagt werden, daß die Parlamente mit dem Beitritt zur Gemeinschaft im Bereich der Verteidigungs- und der Verwaltungshaushalte der Gemeinschaftsorgane keinerlei Befugnisse mehr besitzen.

Die von der Gemeinschaft festgesetzten Beträge müssen vorzugsweise Monat für Monat oder jedes Quartal den Kassen der einzelnen Staaten entnommen werden in der Erwartung, daß sich die Gemeinschaft eine eigene Steuergesetzgebung gibt, die Abgaben der Bürger festlegt und sie direkt oder über ihre Steuereinnehmer eintreibt. Da die Steuern in modernen Staaten nur vom Parlament beschlossen werden können, ergibt sich daraus eindeutig, daß ein europäisches Parlament die einzige europäische Institution ist, die eine europäische Steuer durchsetzen kann. Die nationalen Parlamente werden ihre Befugnisse

[60] Im folgenden „Kapitel 2: Institutionen" empfahl Spinelli ein kollegiales Kommissariat mit verteilten Aufgaben als Vorform einer Regierung, kritisierte „der Ministerrat lähmt alles" und daß die Versammlung, so wie sie im Zwischenbericht geplant sei, „ein Schatten ohne Körper" sei. Im „Kapitel 3: Militärische Fragen" empfahl er u. a. einen europäischen Generalstab.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

niemals an einen Ministerrat abtreten, egal ob dieser nun einstimmig oder mit Mehrheit beschließt. [. . .]

[Aus Teil II: Eine konstruktive Lösung]

[. . .[61]] Selbst wenn die Konferenz die Notwendigkeit der Schaffung eines europäischen Staates als Conditio sine qua non für die Gründung europäischer Verteidigungsstreitkräfte einzusehen vermag, ist sie dennoch nicht in der Lage, die Verfassung auszuarbeiten. Zunächst einmal ist ihr von den Staaten diesbezüglich kein Mandat erteilt worden. Zweitens ist sie aufgrund ihrer Zusammensetzung lediglich im Stande, diplomatische und technische Fragen in Angriff zu nehmen, während es vor allen Dingen doch darum geht, die europäischen Verfassungsgesetze zu erlassen.

Auch die Staaten, die einer wirklichen Einigung weitaus positiver gegenüberstehen, werden sich niemals entscheiden können, dies aus eigenem Antrieb zu tun, wenn sie nicht einen Text vor sich haben, der die europäischen Organe, die ihnen übertragenen Befugnisse, sowie die Beziehungen zwischen den einzelnen Staaten und dem neugeschaffenen europäischen Staat klar und eindeutig definiert. Dieser Text wird bis zum Zeitpunkt seiner Ratifizierung durch die Staaten den Charakter eines zwischen ihnen geschlossenen Vertrages oder Abkommens haben. Nach erfolgter Ratifizierung und Gründung der vorgesehenen Organe wird er oberstes Verfassungsgesetz des neuen Staates.

Deshalb müssen die Staaten, auch wenn sie sich das Recht vorbehalten, die Ratifizierung zu vollziehen oder abzulehnen, übereinstimmend beschließen, ein internationales Organ zu gründen, das alle Vollmachten zur Abfassung eines Vertrages besitzt, der die Definition des europäischen Staates und seine Befugnisse zum Gegenstand hat.

Dieses Organ kann nur eine europäische föderative verfassunggebende Versammlung sein, die strenggenommen aus Direktwahlen hervorgehen müßte, die aber aus Gründen der Zeitknappheit und der Konvenienz von den Parlamenten als den Trägern der Volkssouveränität gewählt werden kann. [. . .[62]]

---

[61] In diesem Teil empfahl Spinelli dem italienischen Delegationsleiter, auf der Pariser EVG-Konferenz auf ein Schlußdokument hinzuarbeiten, das folgende Punkte enthalten könnte: „1. Darlegung der Probleme, die gelöst werden müßten, um die Verschmelzung der europäischen Streitkräfte zu realisieren" (Gründung eines europäischen Staates mit bevollmächtigtem Parlament), „2. Feststellung, daß die Konferenz außerstande ist, die mit der militärischen Einigung verbundenen Probleme zu lösen", „3. Angabe des Verfahrens zur Lösung der Probleme", „4. Militärische Maßnahmen für den Fall, daß die Probleme der europäischen Einigung effektiv gelöst werden". Der folgende Auszug bietet die Schlußfolgerung des 2. und die erste Hälfte des 3. Punktes.

[62] In der zweiten Hälfte dieses 3. Punktes legte Spinelli dar, daß eine Konstituante einen „Vertrag über eine föderative Union" (wie der Verfassungskonvent von Philadelphia und wie der deutsche Parl. Rat) binnen 4 Monaten liefern könne (denn sie habe nicht inhaltliche Gesetze zu beschließen, sondern lediglich die Organe, die später Gesetze erlassen können). Die Konferenz könne also den Vorschlag machen, ohne damit einen Zeitverlust zu riskieren; denn es „kann in Erwartung einer europäischen politischen Gewalt die Bildung der europäischen Verteidigungsstreitkräfte in die Wege geleitet werden. Wie wir aber gesehen haben, kann das eine nicht ohne das andere erreicht werden. Die europäische verfassunggebende Versammlung ist also auch der direkteste Weg zur Gründung der europäischen Streitkräfte" (ebenda, S. 53).

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokument 2

Aide Mémoire der Italienischen Delegation bei der Konferenz zur Organisation einer europäischen Armee[63], *Paris 9. Oktober 1951*

[. . .[64]] Die italienische Regierung kann den im Zwischenbericht enthaltenen Prinzipien nicht uneingeschränkt zustimmen und hält es für notwendig, entweder einige Anmerkungen zu machen oder neue Vorschläge zu unterbreiten, die ihrer Meinung nach zu vollständigeren Ergebnissen führen können. [. . .[65]]

Die italienische Delegation muß nach eingehender Untersuchung des Problems erklären, daß ihre Regierung dem Verfahren zur Aufstellung und Verabschiedung des europäischen Haushalts, so wie es im Zwischenbericht vorgesehen ist, nicht zustimmen kann. [. . .[66]]

Das fragliche Verfahren weist nach Meinung der italienischen Delegation folgende Unzulänglichkeiten auf:

a) Es widerspricht jeglichem Verantwortungsbewußtsein und den fundamentalen Regeln des parlamentarischen Regierungssystems. Die Parlamente sähen sich in der Tat verpflichtet, den Ausgaben mit geschlossenen Augen zuzustimmen, denn sie wären für die Höhe der Ausgaben, d.h. für die schwere Belastung, die dieser Betrag für die Steuerzahler darstellt, verantwortlich, ohne irgendeine Kontrolle, jedenfalls keine detaillierte Kontrolle ausüben zu können. Jedes Jahr müßten die Parlamente im Zusammenhang mit der vom Kommissar beantragten, erschwerend von Jahr zu Jahr variablen Summe auf einen Teil ihrer Souveränität verzichten, ohne auf direktem und sicherem Wege die Berechtigung der verschiedenen jährlichen Anträge beurteilen zu können.

b) Falls ein Parlament nicht bereit wäre, dem für sein Land vorgesehenen und von seinem Minister innerhalb des Ministerrats bereits gebilligten Ausgabenanteil zuzustimmen, befände sich die ganze Organisation in der Krise. Da der Bericht eine prozentuale Kostenverteilung unter den einzelnen Mitgliedsländern vorsieht, würde die Haltung eines der Parlamente die Haltung der anderen determinieren und so den Beitrag selbst derjenigen vereiteln, die bereit wären zu zahlen[67].

---

63 „Aide Mémoire de la Délégation Italienne" mit Stempel „Delegazione Italiana alla Conferenza per l'organizzazione dell'Esercito Europeo" und handschriftlich „9/10/51", 6½ Schreibmasch.-Seiten französisch im Nachlaß Lombardo im Centro Europeo di Studi, Torino, also wohl gleich französisch der Konferenz vorgelegt. Es ist wahrscheinlich von Lombardo geschrieben (vgl. Anm. 43, 44 und 58); jedenfalls war er als Leiter der italienischen Delegation für es verantwortlich. Da aber für seine Autorschaft kein direkter Beleg vorliegt, diese hingegen für Dokument 3 gesichert ist, vgl. seine Biographie, dort Anm. 70. – Hier folgt aus Platzgründen die erste Hälfte gekürzt, die zweite Hälfte ungekürzt.

64 Einleitend zwei Sätze, daß die italienische Regierung die Einschätzung des Zwischenberichts durch die anderen Regierungen als Verhandlungsbasis, trotz Hochschätzung seiner Leistungen, nicht teilen könne.

65 Fünf Sätze: daß nicht einfach die Regeln der Montanunion übernommen werden könnten, schon allein weil es um viel größere Finanzbeträge gehe.

66 Sechs Sätze: auch alle anderen Delegationen hätten hierüber doch schon Zweifel geäußert; und sicher würden die nationalen Parlamente dem Verfahren nicht zustimmen.

67 Hier ist die volle inhaltliche Übereinstimmung mit dem Wortlaut des Memorandums von Spinelli besonders deutlich, dessen Einfluß damit belegt ist.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die italienische Delegation ist der Ansicht, daß man, statt jedes Jahr erneut auf einen Teil der nationalen Souveränität und der parlamentarischen Befugnisse zu verzichten, von den nationalen Parlamenten ein für alle Mal eine definitive und verfassungskonforme Abgabe fordern sollte. Dies Verfahren hätte den Vorteil, daß wenn der Vertrag einmal ratifiziert ist, jegliche Verantwortung der Parlamente, sei es hinsichtlich der Verwaltung der für den europäischen Haushalt bewilligten Mittel oder hinsichtlich ihrer Höhe, ausgeschlossen wäre. Die Parlamente würden sich also mit einer im voraus festgelegten Quote ihrer Haushaltsmittel nicht mehr befassen. Diese Quote würde ausschließlich auf europäischer Ebene von den dafür zuständigen Organen der Gemeinschaft verwaltet.

Es handelt sich also darum, im Vertrag festzulegen, daß der Beitrag eines jeden Landes zum europäischen Haushalt entsprechend seiner Möglichkeiten errechnet und jedes Jahr automatisch den veränderten Gegebenheiten angepaßt wird. Zu diesem Zweck könnten verschiedene Verfahren in Betracht gezogen werden. [. . .[68]]

Die italienische Delegation räumt ein, daß ein Souveränitätsverzicht wie der oben erwähnte nicht von den Regierungen geleistet noch von den nationalen Parlamenten gebilligt werden könnte, ohne im Gegenzug auf föderaler Ebene ein Organ zu schaffen, dem die Befugnisse übertragen würden, die die nationalen Parlamente abtreten würden, und das ermächtigt wäre, diese gleichermaßen wie die nationalen Parlamente auszuüben.

In der Tat sieht der Zwischenbericht einen Kommissar vor, der die exekutive Gewalt ausübt, dem jedoch keine europäische legislative Gewalt zur Seite stünde. Das Organ, das die letztgenannten Gewalten ausübt, sollte nach Ansicht der italienischen Delegation die europäische Versammlung sein. Diese Versammlung sollte die nationalen Parlamente auf dem Sektor der Verteidigung ersetzen und auf europäischer Ebene den Teil der Hoheitsgewalt ausüben, der nicht mehr bei den Mitgliedstaaten liegt.

Um der Versammlung die Erfüllung dieser Aufgaben zu ermöglichen, ist es offensichtlich notwendig, daß sie sich sehr großen Prestiges und sehr großer Autorität erfreut. Mit anderen Worten, daß sie einen wirklich repräsentativen Charakter hat. Daher glaubt die italienische Delegation, den Vorschlag unterbreiten zu müssen, daß man schon jetzt vorsieht, daß die Versammlung der europäischen Verteidigungsgemeinschaft sich zusammensetzt aus Abgeordneten, die aus allgemeinen direkten Wahlen hervorgegangen sind.

Die äußerste Dringlichkeit der Organisation der gemeinsamen Verteidigung erlaubt es jedoch nicht, für die Schaffung einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft auf die Einberufung einer aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Versammlung zu warten, denn diese Einberufung setzt die vorherige Ausarbeitung eines Wahlgesetzes sowie die Vorbereitung und Durchführung der Wahlen voraus. Folglich könnte man, wie für die anderen Organe der EVG, auch für die Versammlung eine Übergangslösung vorsehen: die europäische Versammlung könnte zu Beginn aus von den nationalen Parlamenten gewählten Abgeordneten gebildet werden. Die so zusammengesetzte Versammlung hätte auch die Aufgabe, die Einberufung des endgültigen, von den Völkern Europas gewählten Parlaments vorzubereiten[69].

---

[68] „Zum Beispiel" könnte der Finanzbeitrag jedes Landes bestehen aus einem bestimmten Prozentsatz 1) seines Nationaleinkommens, oder 2) seiner jährlichen Staatseinnahmen, oder 3) des nationalen pro-Kopf-Einkommens, oder 4) „durch Akzeptierung einer europäischen Verteidigungssteuer, direkt von jedem Bürger zu erheben". (Zu diesem Problem vgl. Wettig, S. 457.)

[69] In den letzten vier Absätzen wieder deutliche Übereinstimmungen mit Spinellis Memorandum, aber ohne Übernahme seines Vorschlags einer sofortigen Einberufung einer verfassunggebenden Ver-

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ein Parlament, in allgemeinen direkten europäischen Wahlen gewählt, könnte ohne Frage umfassende politische Kontrollgewalt über den europäischen Haushalt und die gesamte Amtsführung des Kommissars ausüben. Der Kommissar wäre gegenüber dem Parlament in gleicher Weise verantwortlich wie ein Minister gegenüber seinem Parlament. Die Versammlung müßte alle Möglichkeiten haben, um die Geschäftsführung des Kommissars, unter Bildung von Ausschüssen und mittels Anfragen und Abstimmungen, selbst im Detail zu verfolgen.

Das Parlament könnte natürlich, wie auch im Zwischenbericht vorgesehen, die Absetzung des Kommissars durch einen Mißtrauensantrag bewirken. Aber diese Befugnis des Parlaments müßte durch eine andere Kompetenz ihre logische Ergänzung finden: das Parlament müßte auch das Recht haben, den Kommissar zu ernennen. In der Tat ist es völlig unlogisch, daß der Kommissar wie im Zwischenbericht vorgeschlagen durch eine Institution, die ihn nicht ernannt hat, abgesetzt werden kann, während die Institution, die ihn ernannt hat (der Ministerrat), dazu nicht befugt ist: hier besteht ein offenkundiger Widerspruch. Die Wahl des Kommissars durch das Parlament könnte auf Vorschlag seines Präsidenten nach vorheriger Konsultation und Stellungnahme des Ministerrats stattfinden.

Die Kompetenzen des Parlaments, die sich zunächst auf die Ernennung des Kommissars, seine Absetzung und auf die Kontrolle seiner Geschäftsführung beschränken würden, müßten später, wenn die Erfahrung es ratsam erscheinen läßt, erweitert werden. Das Parlament könnte beispielsweise zu gegebener Zeit ermächtigt werden, ein europäisches Steuergesetz für die Verteidigungsabgaben einzuführen. Es müßte auch das Recht haben, zu den Fragen betreffend das Gesetz zur Rekrutierung und die Pläne der Rüstungsproduktion Stellungnahmen zu verabschieden. Dabei handelt es sich allerdings um Maßnahmen, die nach Kriterien der Zweckmäßigkeit zu treffen sind.

Dokument 3

Protokoll des Treffens der sechs Außenminister der Konferenz für die Organisation einer europäischen Armee, in Straßburg, 11. Dezember 1951
[von Ivan Matteo Lombardo[70]]

---

sammlung; denn Lombardo schlägt vor, bereits im EVG-Vertrag selbst der Versammlung die bisherigen Kompetenzen „der nationalen Parlamente auf dem Sektor der Verteidigung" zu übertragen, dann die in einer Übergangszeit von den Parlamenten gewählten Abgeordneten über Direktwahl und zusätzliche Kompetenzen der endgültigen Versammlung beraten zu lassen (vgl. Übernahme durch De Gasperi, unten Anm. 79).

70 „Verbale della riunione dei sei Ministri . . .", italienische Schreibmasch.-Fassung im Nachlaß Lombardo im Centro Europeo di Studi, Torino; kein Exemplar im Archiv des Ital. Außenministeriums (Schreiben Dr. E. Serra 17.5. 1983) oder im Archivio Centrale dello Stato (Schreiben Dr. M. Serio 9.5. 1983); italienisch an versteckter Stelle veröffentlicht von M. Albertini (Anm. 59), S. 15–31, der erstmals eine Kopie von Lombardo mit der Versicherung seiner Autorschaft erhielt. – Ivan Matteo Lombardo, geb. 1902, Industriekaufmann, Präsident der Compania Naz. Artigiana, 1943/44 in der Resistenza, 1945/46 Unterstaatssekretär für Industrie im Kabinett Parri und im 1. Kabinett de Gasperi, 1946/47 sozialist. Abgeordneter in der verfassunggebenden Versammlung, 1947 Mitgründer der Sozialdemokratischen Partei (Saragat-Richtung), 1950/51 Außenhandelsminister im 7. Kabinett De Gasperi, seit 1947 Mitglied des MFE (vgl. Levi/Pistone, S. 105, 147, 152–56, 368), 1.10. 1951–27.5. 1952 Leiter der italienischen Delegation (vgl. Anm. 58 und Auszüge aus seinen Schriften während dieser Zeit Anm. 43 und 44); gest. 1979.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Sitzung vom Vormittag (10.00–13.00 Uhr)

1. –TAGESORDNUNG

Schuman: Schlägt vor, eine Tagesordnung nach chronologischen Gesichtspunkten aufzustellen, d.h. zunächst die Probleme hinsichtlich der Bildung der europäischen Verteidigungsstreitkräfte zu untersuchen (Rekrutierung, Eingliederung der Truppen, Verleihung der Dienstgrade), dann die ihrer Organisation und Verwaltung (Haushalt, Rüstungspläne, Aufteilung der externen Hilfstruppen)[71].

De Gasperi: Ist der Ansicht, daß es aus Zeitmangel angebracht wäre, alle technischen Fragen auszuklammern und sich statt dessen auf die rein politischen und wichtigeren Fragen zu konzentrieren, insbesondere auf das Haushaltsproblem.

Schuman: Erklärt, daß er in der Tat die Absicht habe, nur die politischen Aspekte der verschiedenen von ihm aufgeworfenen Fragen zu behandeln.

De Gasperi: Erklärt sich bereit, der Tagesordnung angesichts dieser Erläuterung zuzustimmen, obschon er daran erinnert, daß der Haushalt seiner Meinung nach das grundlegende Problem darstelle[72].

2. –REKRUTIERUNG DER EUROPÄISCHEN TRUPPEN

Schuman: Bemerkt, daß man bezüglich der Rekrutierung zwei Dinge auseinander halten müsse: für Deutschland handele es sich um eine Truppenrekrutierung ex novo, für die anderen Länder hingegen gehe es darum, schon bestehende Truppen in die europäischen Verteidigungsstreitkräfte einzugliedern. Die Sachverständigenvorschläge auf der Konferenz von Paris gingen dahin, daß die Rekrutierung Aufgabe der nationalen Behörden sein sollte, daß sie aber unter der Kontrolle des Kommissars und auf der Grundlage allgemeiner für alle geltenden Vorschriften vollzogen werden sollte, die in einem Vertragszusatz festgelegt sind.

Auf Bitten Bechs legt er im einzelnen dar, daß die Dauer des Wehrdienstes für alle gleich lang wäre, daß man aber den Mitgliedsländern bei der Befreiung vom Wehrdienst und anderer sekundärer Anwendungsmodalitäten freie Hand ließe.

Auf Bitten Stikkers präzisiert er, daß der Kommissar nur dann befugt wäre, direkt die Rekrutierung in den verschiedenen Ländern vorzunehmen, wenn es wirklich zur Gründung einer europäischen Konföderation käme.

Nach der Feststellung, daß über dieses Thema keine ernsthaften Meinungsverschiedenheiten zu bestehen schienen, kommt er zu dem Schluß, daß die o.a. Prinzipien als angenommen betrachtet werden könnten.

Stikker: Fragt, ob für die Einigung über die Wehrdienstzeit Einstimmigkeit vorgesehen sei.

---

[71] Das niederländische Protokoll präzisierte: „Abweichend von der Tagesordnung, die in Paris aufgestellt worden war" (unten bei Anm. 94). Letztere hatte folgenden Wortlaut: „Le 6 décembre 1951. Projet d'Ordre du Jour pour la réunion des Ministres le 11 décembre 1951: 1. Budget commun, 2. Armement et approvisionnement de la Communauté, 3. Composition et emploi des forces, 4. Structure du Commissariat, 5. Pouvoirs relatifs du Commissaire, du Conseil, de l'Assemblée, 6. Nomination des officiers" (Bundesarchiv/Militärarchiv, Akte BW9/3226). Ersichtlich wünschte Schuman die Beratung mit den konkreten Punkten zu beginnen, bei denen rasche Übereinstimmung zu erwarten war, dann erst auf das Haushaltsproblem und die verbundenen politischen Grundsatzfragen zu kommen.

[72] Im folgenden wird auf Querverweise innerhalb der Protokolle, die sinnvoll ja nur im Zusammenhang gelesen werden können, verzichtet, z.B. hier auf die Haushaltsdebatte in der Nachmittagssitzung.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Schuman: Bemerkt, daß Einstimmigkeit offensichtlich notwendig sei, da die Dauer des Wehrdienstes im Vertrag oder in einem Zusatzprotokoll festgelegt werden soll. Er wäre sich jedoch nicht schlüssig, ob Einstimmigkeit auch für die Festlegung späterer Änderungen der Wehrdienstzeit notwendig sei. Die Frage könnte den Sachverständigen zur Untersuchung übergeben werden[73].
De Gasperi: Obwohl er zur Kenntnis nimmt, daß eine Übereinkunft erzielt worden zu sein scheint, erinnert er daran, daß sich die Regierungen in diesem Punkt noch nicht definitiv festgelegt hätten. Eine endgültige Entscheidung könne wohl erst getroffen werden, wenn die Regierungen Gelegenheit haben, sich mit dem Vertrag als ganzem zu befassen.

3. – EINGLIEDERUNG DER TRUPPEN

Schuman: Berichtet, daß der Sachverständigenausschuß mit Ausnahme von Kolonialtruppen, Polizeieinheiten, sowie Besatzungstruppen in Berlin und in Österreich, die vollkommene Eingliederung der nationalen Streitkräfte in die europäischen Streitkräfte vorgeschlagen habe (s. Artikel 6 des Vertragsentwurfs).
De Gasperi: Ihm scheint, daß Schwierigkeiten in bezug auf die Besatzungstruppen in Berlin und Österreich auftauchen könnten. Fragt, was geschähe, wenn die französischen Truppen in Berlin oder in Österreich angegriffen würden. Träte die Gemeinschaft dann in den Krieg ein?
Schuman: Erklärt die Gründe, warum man es auf ausdrücklichen Wunsch von deutscher Seite für notwendig erachtet habe, die Ausnahmen in Berlin und in Österreich zu machen. Auf die Kolonialtruppen zu sprechen kommend, erläutert er die Lage der Franzosen in Indochina und erinnert daran, daß es für Frankreich notwendig sei, für Ersatztruppen der Kontingente zu sorgen, die dort schwere Verluste erleiden[74].
De Gasperi: Hat keine Bedenken hinsichtlich der Ausnahme mit den Indochina-Truppen, wirft aber das Problem der Ausgewogenheit auf, die zwischen der Stärke dieser Truppen und den für die europäischen Verteidigungsstreitkräfte zur Verfügung gestellten Kontingenten bestehen müsse. Wie viele Kontingente würde man zur Ablösung in Indochina benötigen? Betont, daß dieser Frage vor allem eine psychologische Bedeutung zukomme, da Frankreich, wenn auch aus verständlichen Gründen, im Unterschied zu den anderen Ländern auf diese Art und Weise de facto den Fortbestand nationaler Streitkräfte erwirkte.
Schuman: Gibt an, daß man für Indochina zwei Divisionen als Ersatztruppen vorsähe.
Van Zeeland: Seiner Meinung nach bestehe die Möglichkeit einer Einigung auf folgender Basis: zu den europäischen Verteidigungsstreitkräften sollten alle im Vertrag aufgeführten Kontingente gehören, nicht dazu alle anderen wie Polizeieinheiten, Kolonialtruppen, und solche, die zur Erfüllung internationaler Aufgaben vorgesehen sind.
Stikker: Bemerkt, um Mißverständnissen vorzubeugen, daß man im Gegensatz zu dem, was Schuman gesagt habe, der Polizei auch die Einheiten für die innere Verteidigung zuordnen müsse.
Schuman: Meint, daß es einen beträchtlichen Unterschied zwischen seiner und der Posi-

---

[73] Deren Ergebnis-Formulierung, zur Nachtsitzung um 22.00 Uhr vorgelegt, unten bei Anm. 84; damit waren im Prinzip die späteren Art. 72 und 73 des EVG-Vertrages formuliert. Dessen vollständiger Wortlaut mit allen Protokollen in: Die Vertragswerke von Bonn und Paris (Dokumente und Berichte des Europa-Archivs, Bd. 10), Frankf./M. 1952, S. 181–347. Der Wortlaut des EVG-Vertrages auch in: Europa. Dokumente, II, S. 836–86.

[74] Vgl. zum Stand der Vorverhandlungen über diesen Problemkreis Wettig, S. 452.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tion van Zeelands gebe. Für van Zeeland gehe es darum, im Vertrag festzulegen, welche Kontingente in die europäischen Verteidigungsstreitkräfte eingebracht, für ihn hingegen darum, welche nicht eingebracht werden. Im ersten Falle gäbe es Anlaß zu der Vermutung, daß die Betonung auf dem nationalen Aspekt läge. Im zweiten Fall, hingegen, daß der europäische Aspekt im Vordergrund stünde.

Van Zeeland: Gesteht, daß sein Vorschlag ein Kompromiß zwischen den vorliegenden Thesen sei, und zwar sollten im Vertrag sowohl die Kontingente aufgeführt werden, die den europäischen Verteidigungsstreitkräften zur Verfügung gestellt werden, als auch diejenigen, die ihren nationalen Status behalten.

Die Luftlandeabwehrtruppen und die der territorialen Verteidigung sollten beispielsweise als Einheiten mit nationalem Charakter bezeichnet werden.

Adenauer: Ist einverstanden mit Schuman. Würde man sich van Zeeland anschließen, machte man die politische Konzeption der europäischen Gemeinschaft zunichte.

Van Zeeland: Ist geneigt, alles zu vermeiden, was Anlaß zu den von Schuman angesprochenen Mutmaßungen über die Betonung weder eines nationalen noch eines europäischen Charakters der Streitkräfte geben könnte. Schlägt deshalb vor, daß die Sachverständigen eine vollständige Aufstellung der nationalen und der europäischen Streitkräfte vornehmen.

Adenauer: Zögert, den Vorschlag van Zeelands anzunehmen. Man würde damit der europäischen Integration und der europäischen Idee schaden. Wenn neue Einheiten (z. B. mit atomarer Bewaffnung) aufgestellt würden, wüßte man nicht, in welche Kategorie sie einzuordnen wären.

Schuman: Ist der Meinung, daß trotz zweier recht unterschiedlicher Positionen eine gemeinsame Lösung gefunden werden könne. Schlägt im Einvernehmen mit den anderen Ministern vor, daß die Sachverständigen einen Text abfassen, in dem alle strittigen und unstrittigen Punkte aufgeführt werden[75].

4. – MILITÄRISCHE FÜHRUNG (ERNENNUNG DER OFFIZIERE)

Van Zeeland: Legt die belgische Position wie folgt dar: es müsse gemeinsame Grundprinzipien der Ernennung und der Beförderung in den europäischen Verteidigungsstreitkräften geben, in den national-geschlossenen Einheiten hingegen sollten diese Prinzipien auf der Grundlage der nationalen Verfassungen und durch nationale Organe angewandt werden. Stimmt also zu, daß die Ernennung der in die europäischen Verteidigungsstreitkräfte integrierten Offiziere vom Kommissar vorgenommen wird, nicht aber die der Offiziere nationaler Divisionen, weil das der belgischen Verfassung widerspräche.

Adenauer: Kann den Gesichtspunkt van Zeelands nicht akzeptieren, der mit dem europäischen Charakter der Gemeinschaft unvereinbar zu sein scheine. Die einzig mögliche Ausnahme sei die der Leibgarde des Monarchen.

Stikker und Bech: Schwenken auf die Linie van Zeelands ein.

De Gasperi: Bemerkt, daß bei jeder Frage das grundlegende Problem auftauche, und zwar, daß die Aufstellung der europäischen Verteidigungsstreitkräfte nicht möglich sei ohne die

[75] Den Delegationsleitern gelang bis zur Nachtsitzung nur eine Zusatzformulierung zum bisherigen Art. 6 des Vertragsentwurfs (vgl. unten Anm. 87), die dann nicht die Zustimmung der Außenminister fand. Vgl. die endgültigen Art. 9–14 des EVG-Vertrages, in denen sich in dieser Frage der „europäische" Standpunkt durchgesetzt hat.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Änderung der Grundgesetze der Mitgliedsländer und ohne die Lösung der grundsätzlichen politischen Frage des Charakters der Gemeinschaft[76].

Schuman: Erläutert einen französischen Kompromißvorschlag: für Monarchien würden die Dienstgrade auf Vorschlag des Kommissars von den nationalen Behörden verliehen, das Gegenteil wäre für Republiken der Fall, wo die Ernennungen vom Kommissar im Einverständnis mit den nationalen Behörden vorgenommen würden. In Erwartung föderativer Lösungen hätte das Verfahren Übergangscharakter.

Fügt hinzu, daß man darauf achten müsse, daß im Schlußtext keine störenden Unterschiede hinsichtlich der Verfahrensweise in Monarchien und Republiken auftauchten.

Ist überzeugt, daß man eine Übereinstimmung erzielen könne.

De Gasperi: Bemerkt, daß die Frage auch für die republikanischen Länder nicht einfach sei. Wie könne man den Anschein erwecken, daß eine Republik das nationale Anliegen weniger gut verteidige als eine Monarchie? Das Problem sei besonders ernst, wenn es um Republiken ohne jahrhundertelange Tradition gehe.

Adenauer: Schließt sich der Meinung De Gasperis an und fragt, inwieweit der Kompromiß Schumans für beide Seiten die Verpflichtung beinhalte, die Ernennung vorzunehmen, wenn von der anderen Seite bereits ein Vorschlag gemacht worden sei.

Schuman: Meint, daß in beiden Fällen Übereinstimmung nötig sei. Mit anderen Worten, sowohl der Kommissar als auch die nationalen Behörden hätten ein Vetorecht.

Van Zeeland, Stikker und Bech: Stimmen dem Vorschlag Schumans zu, womit die Grenze ihrer Kompromißbereitschaft erreicht sei.

Schuman: Stellt fest, daß sich eine Übereinstimmung abzeichne, und gibt den Sachverständigen den Auftrag zur Ausarbeitung eines Textes[77].

5. – AUSBILDUNG

Schuman: Seiner Meinung nach sollte nicht nur die Ausbildung in den europäischen Verteidigungsstreitkräften auf der Grundlage gemeinsamer Prinzipien erteilt werden, sondern auch ihre Organisation müßte innerhalb eines europäischen Rahmens und unter Kontrolle des Kommissars geschehen. Er wisse jedoch um die Vorbehalte einiger Delegationen zu diesem Punkt.

Van Zeeland: Betont, daß in der Gemeinschaft die wesentlichen Ziele von allen gemeinsam verfolgt werden sollten, daß aber die Verwirklichung und Anwendung allgemeiner Prinzipien Aufgabe der nationalen Behörden bleiben müsse, obwohl dem Kommissar Inspektions- und Kontrollrechte überlassen blieben. Glaubt deshalb, daß die erste Phase der militärischen Ausbildung Angelegenheit der einzelnen Staaten bleiben müsse und die zweite Phase von europäischen Militärschulen getragen werden sollte. Die nationale Gesinnung dürfe nicht von der europäischen Gesinnung verdrängt werden.

De Gasperi: Merkt an, daß es schwierig sei, diesbezüglich eine Entscheidung zu treffen, da man noch nicht wisse, wie das Amt des Kommissars aussehen soll.

---

[76] Vgl. These des Memorandums von Spinelli (Dokument 1). Zur Position van Zeelands vgl. oben Anm. 52.

[77] Deren Ergebnis-Formulierung, zur Nachtsitzung um 22 Uhr vorgelegt, unten bei Anm. 86. Vgl. den späteren Art. 31 des EVG-Vertrags, demzufolge diese Übereinstimmungsmethode jedoch nur für die untere Ebene der national-geschlossenen Einheiten gelten sollte, hingegen: „Die Dienstgrade oberhalb des Kommandeurs einer national-geschlossenen Grundeinheit werden durch Entscheidung des Kommissariates mit einstimmiger Zustimmung des Rates verliehen."

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Stikker: Besteht darauf, daß einer Lösung im Sinne van Zeelands zugestimmt werde.
Schuman: Beauftragt die Sachverständigen, einen Textentwurf auszuarbeiten[78].

Sitzung vom Nachmittag (15.00–20.00 Uhr)

6. –BEFUGNISSE DES KOMMISSARS UND POLITISCHE GRUNDSATZFRAGEN

De Gasperi: Italien sei bereit, einer europäischen Gemeinschaft weitgehende Befugnisse zu übertragen, vorausgesetzt, daß diese auf demokratischen Strukturen beruhe und ihre Überlebens- und Entwicklungsfähigkeit garantiert sei. Bestreitet nicht, daß es eine Übergangsphase geben könne, hält es aber für notwendig, daß bereits im Moment der Vorlage des Vertrags in den Parlamenten ganz klar der Wille bekräftigt werde, gemeinsame politische Institutionen zu schaffen und die Lebensfähigkeit der Organisation zu garantieren. Erkennt an, daß die politische Integration Europas nicht sofort verwirklicht werden könne, glaubt jedoch nichtsdestoweniger, daß dies von vornherein zu einem bestimmten Zeitpunkt sichergestellt sein müsse. Wenn man die gesamten Streitkräfte einer europäischen Staatsgewalt unterstelle, müßten Parlamente und Völker wissen, wie diese Staatsgewalt strukturiert ist, wie sie ihre Befugnisse ausübt und wie sie kontrolliert wird[79].

Deshalb betrachte er eine Versammlung innerhalb der europäischen Organisation als wesentlich. Es müsse in der europäischen Gemeinschaft ein parlamentarisches Organ geben, das auch durch Übertragung von Befugnissen seitens der nationalen Parlamente gebildet werden könne.

Die europäische Exekutive, die seiner Ansicht nach ein Kollegialorgan sein sollte, wäre diesem parlamentarischen Gremium gegenüber verantwortlich. An der Spitze der Exekutive sollte eine ‚Kommissar' oder ähnlich betitelte Person stehen (der Terminus ‚Kommissar' wäre uns Italienern und den Deutschen nicht gerade genehm, weil er uns an die Polizeibehörden und sie an die Hohen Kommissare der Besatzungsmächte erinnert). Die Bezeichnung sei jedoch von sekundärer Bedeutung, wesentlich sei, daß es sich um ein Kommissariat und nicht um eine Einzelperson handle. In diesem Kollegialorgan könnte der Vorsitz beispielsweise abwechselnd geführt werden.

Er versteht, daß die Schaffung einer parlamentarischen Versammlung Besorgnis bei den kleineren Ländern hervorrufen könne, die dort zwangsläufig in geringerer Zahl vertreten wären, ein Korrektiv könne jedoch im Ministerrat gefunden werden. In ihm wäre jedes Land wie in einem Rat der Staaten gleich stark vertreten.

Dann sei da noch die Frage des Einsatzes der europäischen Streitkräfte. Im Atlantischen Bündnis gebe es wenigstens theoretisch keine automatische Beistandspflicht. Es wäre er-

[78] Dies geschah nicht mehr an diesem 11. 12. 1951; die späteren Art. 26 und 27 des Militär-Protokolls zum EVG-Vertrag schrieben vollständige „Vereinheitlichung der Lehren und Methoden" nach „einheitlichen Vorschriften" auf „für die Gemeinschaft einzurichtenden Schulen" (ausschließlich integriert gemischte Offiziersschulen) vor (Die Vertragswerke, S. 256–58).

[79] Vgl. hier und zum folgenden Dokument 1 (Memorandum von Spinelli), dessen Inhalt hier deutlich anklingt, dessen Vorschlag sofortiger Einberufung einer verfassunggebenden Versammlung aber von De Gasperi nicht aufgegriffen wird; und Dokument 2 (Aide Mémoire der Italienischen Delegation), dessen Forderung, die wesentlichen Kompetenzen der europäischen Versammlung bereits im EVG-Vertrag selbst festzulegen (vgl. Anm. 69), De Gasperi hier wiederholt.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

forderlich, daß bei der Festlegung der Befugnisse der Versammlung und des Rates der Staaten eine Formel gefunden wird, wonach diese Organe in der Frage des Einsatzes konsultiert werden.

Wie dem auch sei, um Erfolg zu haben, müßte man etwas unternehmen, das für die europäische Jugend einen Anreiz darstelle. Der Appell, den wir an sie richteten, dürfte nicht ungehört verhallen. Wie könnte man die Übertragung solch wesentlicher Teile der nationalen Souveränität an Gemeinschaftsorgane rechtfertigen, wenn man den Völkern nicht gleichzeitig die Hoffnung gäbe, neue Ideen zu verwirklichen? Dies wäre der einzige Weg, wiederauflebenden Nationalismus zu bekämpfen.

Schuman: Wendet ein, obwohl er grundsätzlich der gleichen Auffassung sei, daß das, was De Gasperi angesprochen habe, ein späteres Stadium betreffe. Heute soll lediglich das untersucht werden, was sofort getan werden müsse.

De Gasperi: Befürchtet, daß ein Mißverständnis vorliege, und daß seine Worte nicht klar herausgekommen seien. Bei der Vorlage des Vertrages in den Parlamenten müsse nicht nur gesagt werden, was man während der Übergangsphase zu tun gedenke, sondern auch das Ziel aufgezeigt werden, das man erreichen wolle und müsse, und sei es auch ohne auf Details einzugehen. Folglich sei es unerläßlich, einige allgemeine Prinzipien und Ideen im Vertrag festzuhalten. Es genügten einige Zeilen, wenn sie nur klar und verbindlich sind. Andererseits sei es nicht schwer, eine Versammlung zu bilden, die kurzerhand aus Abgeordneten der nationalen Parlamente zusammengesetzt sein könnte, was sie jedoch brauche, seien reale und genau festgelegte Befugnisse.

Er fordere dies nicht, um den Abschluß des Vertrages hinauszuzögern. Der Gedanke an die extreme Gefährdung Italiens durch seine geographische Lage genüge, um zu verstehen, daß von italienischer Seite eine Verschleppungstaktik beim Aufbau der Verteidigung mit Sicherheit nicht als wünschenswert angesehen werden könne. Er halte es hingegen für notwendig, daß die europäische Verteidigungsgemeinschaft etwas mehr darstellen müsse als das, was bereits innerhalb der NATO vereinbart worden ist, anderenfalls wäre sie nutzlos und unwirksam.

Es wird nun etwas weiter ausgeholt über die Frage der automatischen Beistandspflicht infolge der Ausführungen van Zeelands, der sich bereit erklärt, in der europäischen Gemeinschaft dieser automatischen Beistandspflicht zuzustimmen, die in der NATO nicht vorgesehen ist.

Stikker: Ist ziemlich unschlüssig, dem Vorschlag van Zeelands zuzustimmen. Meint, daß das Problem des Einsatzes der europäischen Verteidigungsstreitkräfte im Einvernehmen mit der NATO entschieden werden müsse, und daß es folglich nicht in diesem Kreise gelöst werden könne.

Schuman: Bemerkt, daß das Problem der automatischen Beistandspflicht unter zwei Aspekten gesehen werden müsse: erstens in bezug auf die europäische Gemeinschaft, und meint, daß die automatische Beistandspflicht für die Sechs angewandt werden solle. Zweitens in bezug auf die NATO. Vielleicht könne man zwischen der NATO und der europäischen Gemeinschaft eine beiderseitige automatische Beistandspflicht festlegen. Dies sei aber ein Problem, das zusammen mit der NATO zu lösen wäre[80].

---

[80] Entsprechend formulierte Art. 2, Abs. 3 des EVG-Vertrages die automatische volle Beistandspflicht der Sechs untereinander. Betr. NATO vgl. die Zusatzprotokolle „über die Beistandsverpflichtungen der Mitgliedsstaaten der EVG gegenüber den Teilnehmerstaaten des Nordatlantikpaktes" und

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Diskussionspartner kommen jetzt wieder auf das allgemeine politische Problem zurück.

Schuman: Hat keine Bedenken, schon jetzt die zukünftigen politischen Institutionen im endgültigen Stadium der Gemeinschaft zu umreißen, erinnert aber daran, daß sofort einige gemeinsame Organe geschaffen werden müßten, um den dringend notwendigen Aufbau der Gemeinschaft zu ermöglichen. Ist der Auffassung, daß unmittelbar zu Beginn nicht wie nach belgischer Auffassung der Ministerrat an der Spitze der europäischen Gemeinschaft stehen könne, weil eine schnelle und entschlußfreudige Führung der Gemeinschaft vonnöten sei, die nur ein einzelner Kommissar garantieren könne.

De Gasperi: Beharrt auf der Notwendigkeit, sofort festzulegen, wie die repräsentativen Organe für das endgültige Stadium aussehen sollten.

Schuman: Schlägt vor, den Entwurf der definitiven Institutionen den Sachverständigen zu überlassen.

Stikker: Lehnt es ab, sich heute zur Frage der definitiven Institutionen zu äußern. Die Sachverständigen der Konferenz in Paris hätten in bezug auf diese Frage bislang keine Anweisung erhalten, und das Problem sei überhaupt nicht diskutiert worden.

De Gasperi: Erinnert daran, daß von der italienischen Delegation in Paris konkrete Vorschläge in Form eines Memorandums, das am 9. Oktober vorgelegt wurde, gemacht worden seien. Das Problem sei also keineswegs neu, es sei bereits auf der Konferenz in Paris diskutiert, wenn auch nicht gelöst worden[81].

Adenauer: Pflichtet bei, daß die Frage der definitiven Institutionen in Paris tatsächlich zur Sprache gebracht und diskutiert worden sei.

Schuman: Ist sich des Wunsches De Gasperis bewußt und hätte nichts dagegen einzuwenden, wenn im Vertrag der Wille bekräftigt würde, zu einem politisch organisierten Europa zu gelangen, eventuell auf der Basis einer gewählten Versammlung mit einer zweiten Kammer und einem Exekutivorgan. Heute müsse man sich hingegen auf die unmittelbar anstehenden Probleme und da vor allem auf den Haushalt konzentrieren (wie könnten gemeinsame Streitkräfte bis zur Gründung einer politischen europäischen Union finanziert werden?).

Obwohl die Minister die grundlegende politische Diskussion nicht fallenlassen, gehen sie dazu über, sich besonders mit der Haushaltsfrage zu befassen.

Alphand: Erläutert den Stand der Arbeiten der Sachverständigen auf diesem Gebiet und beharrt besonders auf dem zuletzt gemachten französischen Vorschlag.

Van Zeeland: Ist der Ansicht, daß der gemeinsame Haushalt vom Kommissar aufgestellt und einstimmig vom Ministerrat angenommen werde, denn er setzt voraus, daß der gemeinsame Haushalt auch auf eine bestimmte Kategorie gemeinsamer Ausgaben beschränkt werden müsse. Betont, daß er ein eventuelles Mitspracherecht der Versammlung bei der Verabschiedung des Haushaltes nicht gern sehe, jedoch bereit sei, in diesem Punkt unter der Voraussetzung einzulenken, daß die Versammlung lediglich Empfehlungen ausspreche.

Er könne generell dem von den niederländischen Sachverständigen auf der Konferenz von Paris gemachten Vorschlag zustimmen, und fügt als Konzession an die französische

---

„über die Beistandsverpflichtungen der Teilnehmerstaaten des Nordatlantikpaktes gegenüber den Mitgliedsstaaten der EVG" (Die Vertragswerke, S. 292 f. und 333 f.).

[81] Vgl. das Memorandum der Italienischen Delegation vom 9. Oktober, Dokument 2, mit Anm. 63; zur Debatte darüber auf der Pariser Konferenz oben Anm. 44.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

These hinzu, daß die Unterhaltskosten der Divisionen nach ihrer Ausrüstung zu Lasten des nationalen Haushalts bei Übergabe an die Gemeinschaft vom Gemeinschaftshaushalt übernommen werden.

Stikker: Geht mit van Zeeland konform und präzisiert, daß sich das Obengesagte auf eine Übergangsphase beziehe, die automatisch mit Ablauf des mittelfristigen Programms enden sollte.

Schuman: Bezweifelt erneut, daß man gemeinsame Streitkräfte ohne einen gemeinsamen Haushalt unterhalten könne.

Adenauer: Stimmt Schuman zu. Vor allem für Deutschland, das 48 Milliarden DM für die Ausrüstung seiner 12 Divisionen ausgeben müsse, sei eine gemeinsame Kasse notwendig. Ohne amerikanische Hilfe sei das offensichtlich nicht möglich, glaubt aber, daß die Vereinigten Staaten ihre finanzielle Unterstützung eher einer gemeinsamen Kasse als den einzelnen Ländern zufließen ließen.

Schuman: Wirft im Zusammenhang mit dem gemeinsamen Haushalt das Problem der Rüstungspläne auf. Es sei innerhalb der NATO nicht gelungen, eine Standardisierung zu verwirklichen. In der europäischen Gemeinschaft könne dies allerdings nur getan werden, wenn es einen gemeinsamen Haushalt gäbe, und nur wenn der Kommissar, und sei es auch unter Mitwirkung des Rates, die Befugnisse habe, diese Pläne aufzustellen und ihre Verwirklichung bei den Mitgliedsländern durchzusetzen.

Stikker: Bemerkt, daß jedes Land bereits eigene Rüstungspläne beschlossen habe. Es wäre von Nachteil, wenn sie der Kommissar abänderte. Andererseits seien die nationalen Behörden für die Durchführung solcher Pläne unentbehrlich.

De Gasperi: Schlägt vor, die Konsultation auch auf die Verteidigungsminister auszuweiten.

Schuman: Sieht bei diesem Problem sowohl einen politisch-finanziellen als auch einen technisch-militärischen Aspekt. Es sei deshalb ratsam, die hierfür zuständigen Minister zu konsultieren.

Van Zeeland: Bekräftigt, auf die Haushaltsfrage zurückkommend, daß die Regelung eines einzigen gemeinsamen Gesamthaushaltes erst gegen Ende der Übergangsphase Anwendung finden könne. Der Unterschied zwischen den französischen und niederländischen Vorschlägen in bezug auf die Übergangsphase scheine ihm nicht gravierend zu sein. Es gehe vor allem darum, in gemeinsamem Einvernehmen festzulegen, inwieweit die nationalen Behörden bei der Ausführung der Rüstungspläne mitreden können. Dies sei ein Problem, das von den Sachverständigen untersucht werden könnte[82].

De Gasperi: Bemerkt, daß Klarheit darüber herrschen solle, daß es sich einzig und allein um das Haushaltsproblem während der Übergangsphase handele, befürchtet allerdings, daß diese praktisch schon zur Endphase werden könne. Bittet daher um präzise Anweisungen an die Sachverständigen, damit die schon in Artikel 7 H des Vertragsentwurfs vorgesehenen Verfahren bezüglich der Befugnisse der Versammlung konkretisiert werden. Das nähme der Übergangsphase jeglichen Zweifel und Argwohn, die sonst auf ihr lasteten.

---

[82] Zum Problem des Haushalts, das als einziges im niederländischen Protokoll (Dokument 4) etwas ausführlicher als im italienischen referiert ist (vgl. die Interessen-Lagen bei Wettig, S. 457), fand, ausgehend von diesem Kompromißvorschlag van Zeelands und einem ihn ausbauenden französischen Vorschlag, erst die folgende Außenminister-Konferenz 27.–30. 12. eine prinzipielle, auf der Konferenz 28. 1. 1952 weiter abgeklärte Lösung, die zwischen „vorläufiger" und „endgültiger" Regelung unterschied (vgl. Kommuniqués in: Europa. Dokumente, II, S. 830 und 832); später Art. 83–100 des EVG-Vertrags.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Adenauer: Ist damit einverstanden, daß die Grundsätze, auf die sich De Gasperi bezieht, so schnell wie möglich formuliert werden.
Schuman: Obwohl er erneut seine Verbundenheit mit der europäischen Idee bekräftigt, glaubt er nicht, daß es in der gegenwärtigen Sitzung möglich sei, den Sachverständigen zu einem so schwerwiegenden Thema präzise Anweisungen zu geben.
De Gasperi: Ist überrascht, daß seine Vorstellung auf Widerstand stößt. Alle hätten sich für die Idee der politischen Integration Europas ausgesprochen, aber die spätere Haltung der Delegationen ließe den Verdacht aufkommen, daß man in Wirklichkeit das Provisorium gleich als Definitivum errichten wolle.
Stikker: Warnt vor der Gefährlichkeit dieser Äußerung, weil man damit unbegründete Illusionen über die Möglichkeit einer schnellen europäischen Integration wecken könne.
De Gasperi: Schlägt auf der Grundlage von Artikel 7 H des Vertragsentwurfs mit gelegentlichen Änderungen einen Text vor, in dem die Sachverständigen Anweisung erhalten, eine baldige Antwort auf die Frage zu geben, wie in der Endphase eine parlamentarische Versammlung geschaffen werden und welche Befugnisse sie haben solle, insbesondere hinsichtlich der Verabschiedung und der Kontrolle des Haushalts und der Einführung europäischer Steuern.
Schuman: Es widerstrebt ihm, dem Vorschlag zuzustimmen. Das, was De Gasperi fordere, hätte eine Änderung der französischen Verfassung zur Folge. Es sei ihm nicht möglich, sich jetzt festzulegen.
De Gasperi: Ist sicher, daß der Vertrag über die europäischen Verteidigungsstreitkräfte auch vom französischen Parlament mit größerer Wahrscheinlichkeit gebilligt würde, wenn er eine föderative Organisation vorsähe. Für den Fall, daß der Text über die Anweisungen an die Sachverständigen keine Zustimmung finde, erachte er es für wesentlich, daß Artikel 7 H des Vertragsentwurfes mit dem gebührenden Nachdruck formuliert werde.
Adenauer: Unterstützt De Gasperi, fürchtet jedoch, daß die Sachverständigen die Vorschläge nicht wie erforderlich bis zum 2. Februar abfassen könnten. Diese Arbeit könnte von der provisorischen Versammlung geleistet werden, indem man eine bestimmte und vernünftige Frist dafür festsetze[83].
De Gasperi: Bekräftigt erneut und mit Nachdruck die unerläßliche Minimalforderung, daß sich in der Entwicklung der Gemeinschaft klar die Existenz einer parlamentarischen Versammlung abzeichnen müsse.

Nachtsitzung (22.00–01.00 Uhr)

In der Zwischenzeit haben die Sachverständigen einige Texte über die Themen der vorangegangenen Sitzungen gemäß den Anweisungen Präsident Schumans vorbereitet.

[83] Zu dieser, von Adenauer ausgehenden Wende, nach der De Gasperi seine Forderung nach sofortiger Festlegung der wichtigsten Kompetenzen der Versammlung (vgl. Anm. 79) fallenlassen mußte, vgl. auch die gleichzeitige zweimalige Versicherung im Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 19, 11. 12. 1951, S. 142, und Nr. 20, 13. 12. 1951, S. 147: es könnten Befürchtungen „einiger Staaten" bezüglich „verfassungsrechtlicher Bedenken" nicht „im Augenblick völlig unberücksichtigt bleiben". – Die von den Delegationsleitern in den folgenden zwei Stunden entsprechend formulierte Neufassung von Art. 7 H des Vorentwurfs (späterer Art. 38 des EVG-Vertrags) unten bei Anm. 89.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Alphand: Verliest den vereinbarten Text über die Rekrutierung, der wie folgt lautet[84]: „Die Rekrutierung wird unter der Kontrolle des Kommissars und in Anwendung der in einem Zusatzprotokoll des Vertrages aufgestellten gemeinsamen Regeln von den nationalen Organisationen durchgeführt werden. Insbesondere wird im Protokoll die einheitliche Dauer der Dienstzeit für jede Waffengattung festgelegt werden müssen. Die nationalen Regierungen und Parlamente werden weiterhin gewisse Sonderbestimmungen selbständig aufstellen können, soweit das Protokoll dies gestattet (z.B. für Befreiung von der Dienstpflicht). Diese Grundsätze werden dann einander angeglichen, wenn unter den Teilnehmerstaaten eine föderative Organisation geschaffen sein wird. Die Sachverständigen werden die Frage der etwaigen Änderung des Zusatzprotokolls, insbesondere hinsichtlich der Dauer der Dienstzeit, prüfen müssen."
Bech: Hat Bedenken, einer einheitlichen, d.h. für alle gleich langen Wehrdienstzeit zuzustimmen.
Stikker: Erinnert daran, daß nach allem, was am Vormittag über die Dauer des Wehrdienstes gesagt wurde, ein einstimmiger Beschluß gefaßt werden müsse. Da sie in einem Protokoll festgehalten werde, müsse auch ihre mögliche Änderung einstimmig beschlossen werden.
Adenauer: Vertritt die Meinung, daß eine einheitliche Wehrdienstzeit von grundlegender Bedeutung sei[85].
Bech: Hat den Eindruck, daß am Vormittag andere Vereinbarungen getroffen und Ausnahmen beschlossen worden seien.
Schuman: Sieht ein, daß die Dauer des Wehrdienstes je nach Waffengattung unterschiedlich sein müsse und schlägt eine Abänderung vor, um Bech zufriedenzustellen.

Die sechs Minister kommen überein, den o.a. Text durch Hinzufügung der Worte „für jede Waffengattung" in der letzten Zeile von Absatz I zu ergänzen, der dann in abgeänderter Form wie folgt lautet: „Insbesondere muß die einheitliche Dauer des Wehrdienstes für jede Waffengattung im Protokoll festgehalten werden."
Alphand: Verliest den vereinbarten Text über die Ernennung der Offiziere[86]: „Für die Ernennung der Offiziere wird vorläufig eine Vergleichslösung eingeführt. Es wird beschlossen, daß die Dienstgrade in den national homogenen Einheiten der europäischen Verteidigungsstreitkräfte verliehen werden:
– durch Entscheidung des Kommissars, auf Vorschlag der nationalen Behörden, für das Personal deutscher, französischer und italienischer Herkunft;

---

[84] Hier folgt im italienischen Protokoll der verlesene Beschluß in französischer Sprache, in genau dem gleichen Wortlaut, wie er im niederländischen Protokoll französisch wiedergegeben wird. Ich füge hier (statt einer eigenen) die Übersetzung ein, die unter dem Aktenzeichen „250-01 II/662/51 geh." und der Überschrift „Übersetzung. Straßburg, den 11. Dezember 1951" sich in den Akten der „Dienststelle Blank" befindet (wie die folgenden Übersetzungen s. Anm. 86 und 90 im Bundesarchiv/Militärarchiv „gemäß Herabstufungsverfügung in der Akte BW9/3226 auf *offen* herabgestuft. Freiburg, den 22.12.1982"). Diese Übersetzung enthält bereits die oben nach fünf Wortmeldungen beschlossenen beiden Änderungen. In der Sache wurden aus diesem Beschluß die Art. 72 und 73 des EVG-Vertrags.

[85] Art. 72 des EVG-Vertrags brachte diese Einheitlichkeit.

[86] Hier folgt im italienischen Protokoll die Beschluß-Vorlage französisch in genau dem gleichen Wortlaut, wie er im niederländischen Protokoll französisch wiedergegeben wird. Hier statt dessen die noch in Straßburg für die deutsche Delegation erstellte Übersetzung (BA-Militärarchiv, wie Anm. 84). In der Sache späterer Art. 31.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

– auf Empfehlung des Kommissars, die den nationalen Behörden zugeleitet wird, für das Personal belgischer, luxemburgischer und niederländischer Herkunft.

Selbstverständlich haben die nationalen Behörden und der Kommissar das Vetorecht. Die Außenminister müssen jedoch die Stellungnahme ihrer Regierungen zur Annahme dieser Vergleichslösung vorbehalten. Die Dienstgrade oberhalb des Kommandeurs einer national homogenen Grundeinheit werden durch Entscheidung des Kommissars, gemäß Artikel 33, verliehen. Die Dienststellungen werden durch Entscheidung des Kommissars zuerkannt."

Der Text wird angenommen.

Alphand: Verliest den vereinbarten Text über die Zusammensetzung der Streitkräfte (der Text vervollständigt das, was in Artikel 6 des Vertragsentwurfes festgelegt ist): „1) Den Streitkräften, die nationalen Charakter behalten, werden a) Truppen für den persönlichen Schutz der Staatsoberhäupter, b) Polizei- und Gendarmerie-Streitkräfte hinzugefügt. 2) In einem Zusatzprotokoll wird darauf hingewiesen, daß das Königreich Belgien vorläufig bis zu einem bestimmten in gegenseitigem Einvernehmen der Regierungen der Mitgliedsländer festgelegten Zeitpunkt nationale Streitkräfte bis zu einer Stärke von 2 Regimentern rekrutieren und unterhalten kann."[87]

Van Zeeland: Erklärt auf Verlangen Adenauers, daß Belgien zwei Regimenter für besondere innere Sicherheitsaufgaben behalten müsse, und präzisiert – wiederum auf Verlangen Adenauers –, daß die Unterhaltung zweier nationaler Regimenter Belgien nicht daran hindere, den europäischen Verteidigungsstreitkräften die im Vertrag festgelegten Kontingente zur Verfügung zu stellen.

Adenauer: Weist auf die Schwierigkeit hin, die eine Sonderbehandlung Belgiens mit sich brächte, während Deutschland überhaupt keine nationalen Streitkräfte besäße.

De Gasperi: Bemerkt, daß die Forderung van Zeelands auch für Italien Schwierigkeiten mit sich bringe, wo die innere Verteidigung und die Aufrechterhaltung der Sicherheit noch ernstere Probleme aufwerfe als in Belgien.

Stikker: Macht darauf aufmerksam, daß SHAPE nicht über Flugabwehrtruppen, Streitkräfte zum Schutze der inneren Sicherheit und Seestreitkräfte verfüge, und daß auch Vorbehalte bezüglich ihrer Eingliederung in die europäischen Verteidigungsstreitkräfte bestünden.

Adenauer: Meint, daß dies die Bedenken gegenüber der belgischen Forderung noch verstärke. Belgien könnte später über die beiden o.a. Regimenter hinaus weitere nationale Kontingente verlangen, und zwar dann, wenn die von Stikker angesprochenen Probleme gelöst wären. Wenn Belgien seine Forderung aufrechterhalte, müsse Deutschland im Sinne der Ausgewogenheit zwischen europäischen und nationalen Streitkräften die Forderung nach 12 Regimentern für die Bundesregierung stellen. Weist darauf hin, daß die Frage auch ernste psychologische Auswirkungen habe.

De Gasperi: Ist der Ansicht, daß die im zur Debatte stehenden Text enthaltene Klausel bezüglich der belgischen Forderung kaum akzeptiert werden könne, glaubt aber, daß die Sachverständigen eine andere Formulierung finden könnten, die Belgien von der Sache

[87] Dieser Text liegt in den deutschen Papieren (vgl. Anm. 84) nicht übersetzt vor. Adenauer war nach den folgenden Bedenken auch anderer Delegationen offenbar sicher, daß er so nicht angenommen werde.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

her zufriedenstelle und für die anderen Länder von der Form her keine Probleme aufwerfe[88].

Schuman: Muß feststellen, daß im Augenblick noch keine Einigung über den vorgeschlagenen Text erzielt werden konnte, hofft aber, daß dies, wie von De Gasperi angedeutet, nach gründlicherer Prüfung erreicht werden könne.

7. – BEFUGNISSE DER VERSAMMLUNG

Schuman: Betont, daß man sich in der Sitzungspause über die Notwendigkeit klargeworden sei, der Forderung De Gasperis entgegenzukommen. Schlägt zu dem Zweck die Annahme einer Neufassung von Artikel 7 H des Vertragsentwurfs vor, die – wie man hofft – sowohl die Zustimmung De Gasperis als auch die der anderen Minister finden könne.

Alphand: Verliest folgenden Text[89]: „Die Versammlung untersucht während der Übergangsphase a) die Bildung einer eigens aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Versammlung der europäischen Verteidigungsgemeinschaft; b) die Befugnisse, die einer solchen Versammlung zu übertragen wären einschließlich der Befugnisse, über Steuern der Gemeinschaft abzustimmen; c) mögliche Änderungen der Vertragsbestimmungen in bezug auf die anderen Institutionen der Gemeinschaft, insbesondere um eine angemessene Repräsentation der Staaten zu gewährleisten.

Die Versammlung läßt sich bei diesen Arbeiten von folgenden Grundsätzen leiten: Die endgültige Organisation, die an die Stelle der gegenwärtigen provisorischen tritt, muß eine konföderative Form und vor allem eine Versammlung mit zwei Kammern und einem Exekutivorgan besitzen. Die diesbezüglichen Vorschläge der Versammlung werden dem Rat unterbreitet und dann zusammen mit der Stellungnahme des Rates vom Präsidenten der Versammlung den Regierungen der Mitgliedsstaaten übermittelt."

Stikker: Weigert sich energisch, einem Text zuzustimmen, der ihm erst in diesem Moment zur Kenntnis gebracht worden sei.

Schuman: Betont, daß ihn das, was De Gasperi ihm sagte, beeindruckt habe. De Gasperi hätte ernsthafte Bedenken, den Vertrag in seinem Parlament durchzubringen, wenn er nichts Verbindliches in der Art des vorgeschlagenen Textes enthielte. Fragt Stikker, ob die Aufnahme eines solchen Textes im Vertrag ihm im Parlament Schwierigkeiten bereiten würde.

Stikker: Verneint dies; das niederländische Parlament sei stark vom Europagedanken beseelt. Es scheine ihm jedoch ungerecht, die Annahme eines überraschend vorgelegten Textes zu verlangen. Das einzige Zugeständnis, das er machen könne, sei die Prüfung des Textes durch die Sachverständigen.

De Gasperi: Weist den Einwand Stikkers zurück. Er wolle niemanden überraschen. Im Gegenteil, er habe das Problem aufgeworfen, um das es seit Beginn des Treffens ginge, und immer wieder darauf hingewiesen, wenn es sich in der Diskussion und im Zusammenhang mit anderen Themen (und das heißt letztlich allen) gestellt habe. Er habe anfangs den Vorschlag gemacht, den Sachverständigen bestimmte verbindliche Anweisungen zu geben,

---

[88] Der Art. 11 des EVG-Vertrages löste dies Problem unter der Klassifizierung „Polizei- und Gendarmerie-Streitkräfte".

[89] Hier folgt im Original die Beschluß-Vorlage in französischer Sprache, in genau dem gleichen Wortlaut, wie er im niederländischen Protokoll französisch wiedergegeben wird. Die deutschen Papiere (vgl. Anm. 84) enthalten nicht diese, sondern die revidierte Fassung (gleich bei Anm. 90 und 91). Oben also eigene Übersetzung der Vorlage.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den er dann fallenließ, weil Adenauer einwendete, daß die Sachverständigen die Arbeit nicht bis zum 2. Februar erledigen könnten. Jetzt fühle er aber die Verpflichtung, darauf zu bestehen. Der fragliche Text sei das mindeste, was er fordern könne. Man solle ihm nicht damit kommen, daß es schon sehr spät sei, und daß van Zeeland den Zug erreichen müsse. Das Problem sei von grundlegender Bedeutung. Wenn er bleibe, oder bereit sei, auch morgen noch zu bleiben, dann deshalb, weil unbedingt eine Formel der Übereinstimmung gefunden werden müsse. Wenn eine Formel wie die vorgeschlagene, die für ihn ziemlich kraftlos sei, nicht angenommen werde, dann bestehe seiner Meinung nach Anlaß zu großer Besorgnis. Ein derartiges Ergebnis wäre sehr bitter, aber er beschwöre seine Kollegen, ihm noch nicht alle Hoffnungen auf eine Einigung zu nehmen.
Bech (offensichtlich auf höheren Befehl von Stikker): Erklärt sich mit Stikker solidarisch. Bemerkt, daß der Text überdies nicht klar sei und tausenderlei Fragen aufwerfe. Was bedeute z. B. „allgemeine Wahlen"?
Van Zeeland (verzichtet nach den Ausführungen De Gasperis auf die Abreise und erklärt, den Zug bereits verpaßt zu haben): Er wolle sich bemühen, De Gasperi wieder versöhnlich zu stimmen, obwohl er sich noch nicht ganz schlüssig sei. Schlägt die Annahme des Textes vor, allerdings nicht als endgültige Fassung, und gibt den Sachverständigen Anweisungen, ihn unter Berücksichtigung der Einwände Stikkers und Bechs noch einmal zu überprüfen.
De Gasperi: Kann auf keinen Fall zustimmen. Er habe seine anfänglichen Vorschläge (Text über die Anweisungen an die Sachverständigen) in der Absicht abgeändert, den Einwürfen seiner beiden Kollegen entgegenzukommen. Sehe aber nun, daß ihm gerade seine Konzessionen von Stikker und Bech zum Vorwurf gemacht würden. Wenn es in bezug auf den Begriff „allgemeine Wahlen" Schwierigkeiten gebe, sei er bereit, ihn streichen zu lassen.

Wundert sich, daß hinsichtlich eines so kraftlosen Textes nun etliche Bedenken geäußert werden, nachdem er von allen Seiten die Bejahung einer europäischen Konföderation vernommen habe. Die vorgebrachten Einwände ließen ihn wirklich daran zweifeln, ob etwas Konstruktives erreicht werden könne. Drängt seine Kollegen, alles zu tun, damit er sich nicht gezwungen sähe, seine Zustimmung zu den vorher angenommenen Texten zurückzuziehen, denn diese – so seine Warnung – sei selbstverständlich als bedingte Zustimmung zu verstehen.
Schuman: Schlägt folgenden abgeänderten Text vor[90]: „*Artikel 7 H:* Während der Übergangszeit prüft die Versammlung: a) die Bildung einer auf demokratischer Grundlage besonders gewählten Versammlung der europäischen Verteidigungsgemeinschaft; b) die Befugnisse, die einer solchen Versammlung übertragen werden dürfen; c) die Änderungen, die gegebenenfalls an den Bestimmungen des Vertrages über die übrigen Organe der Gemeinschaft, insbesondere zur Wahrung einer geeigneten Vertretung der Staaten, durchgeführt werden müßten.

Bei ihren Untersuchungen wird sich die Versammlung von nachstehenden Grundsätzen leiten lassen: Die definitive Organisation, die an die Stelle der gegenwärtigen vorläufigen Organisation treten wird, wird föderativer oder konföderativer Struktur sein müssen."[91] (Rest des Textes unverändert)

---

[90] Hier folgt im ital. Original die revidierte Vorlage in französischer Sprache (die beiden Änderungen französisch im niederländischen Protokoll). Hier statt dessen die noch in Straßburg für die deutsche Delegation erstellte Übersetzung (BA-Militärarchiv, wie Anm. 84).

[91] In der offiziellen deutschen Übersetzung lautet der Rest: „Sie wird insbesondere eine Versammlung mit zwei Kammern und ein Exekutivorgan umfassen müssen. Die Vorschläge der Versammlung

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Stikker: Fürchtet, daß die Konferenz in eine kritische Phase eingetreten sei. De Gasperi habe von Bitterkeit gesprochen und auf einen möglichen Abbruch angespielt. In Wirklichkeit entzweie sie doch nur die Frage, ob der Text jetzt angenommen, oder zuerst von den Sachverständigen überprüft werden solle. Er sei die Nacht aufgeblieben und sei müde. Bittet um einige Minuten Bedenkzeit.
Schuman: Gesteht mit einigen versöhnlichen Worten ein, daß die Diskussion schwierig sei, was sich auch aus der Tatsache ergebe, daß alle äußerst müde seien.
De Gasperi: Ist überzeugt, daß Stikker vom Willen zur Übereinstimmung beseelt ist, möchte ihn und die anderen Kollegen lediglich daran erinnern, daß diese Gelegenheit unweigerlich verlorengehe, wenn man die Gunst der Stunde nicht wahrnehme. Er spüre die ganze Verantwortung, die hier und jetzt auf ihm und den anderen laste.
Bech: Erklärt sich bereit, dem von Schuman vorgeschlagenen abgeänderten Text zuzustimmen.
Stikker: Dankt De Gasperi für seine Worte und obwohl ihn der vorgeschlagene Text nicht glücklich stimme, gebe er ihm seine Zustimmung, um seinen guten Willen unter Beweis zu stellen.
Schuman: Begrüßt die über den Kompromißtext erzielte Einigung und schließt die Sitzung mit dem Hinweis, daß verschiedene Probleme noch ungelöst seien, u. a. das so grundlegende Problem des Haushalts. Schlägt daher zum frühestmöglichen Termin eine weitere Zusammenkunft der Außenminister und eventuell auch der Finanz- und Verteidigungsminister vor.

Die Minister einigen sich nach kurzem Meinungsaustausch auf den 27., 28. und 29. (eventuell auch den 30.) Dezember in Paris. Zu Beginn sollen auch die Finanzminister und später getrennt die Verteidigungsminister zu den Beratungen hinzugezogen werden[92].

Dokument 4

Protokoll der Ministerkonferenz über die europäische Verteidigungsgemeinschaft, gehalten am 11. Dezember 1951 in Straßburg
[von Jonkheer mr. A. W. L. Tjarda van Starkenborgh Stachouwer[93]]

Am 11. Dezember 1951 fand in Straßburg eine Konferenz der Außenminister der sechs

---

hierzu werden dem Rat unterbreitet werden. Mit der Stellungnahme des Rats werden diese Vorschläge dann durch den Präsidenten der Versammlung den Regierungen der Teilnehmerstaaten zugestellt werden" (BA/Militärarchiv, wie Anm. 84). In der Sache später Art. 38 des EVG-Vertrags.

92 Vgl. oben Anm. 54.

93 „Verslag van de Ministers Conferentie . . .", niederländische Schreibmasch.-Fassung, unterzeichnet mit „Paris, 12. Dez. 1951", auf 9½ Seiten engzeilig im Archiv des Ministerie van Buitenlandse Zaken, Abt. EDG-Archief, Akte 999.111: Conferenties ministers van buitenlandse Zaken der EDG-landen I, 1951–52 (Druckerlaubnis und Angaben über den Verfasser Schreiben M. Sasabone 23. 1. 1984). – Jonkheer mr. A. W. L. Tjarda van Starkenborgh, geb. 1888, Advokat, dann im diplomatischen Dienst 1915–19 in Washington, 1919–24 in Paris; 1925–33 Kgl. Kommissar für die Provinz Groningen; 1933–36 Gesandter in Brüssel; 1936–45 Generalgouverneur von Niederländisch-Indien; 1946–50 Botschafter in Paris; 1950–56 Leiter der ndl. Delegation bei der NATO in Paris; 1951/52 zugleich Leiter der ndl. Delegation bei der EVG-Konferenz; gest. 1978. – Dokument 4 wurde übersetzt von Frau Dipl.-Übers. H. Ponader.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Länder statt, die an der Konferenz über die Gründung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft teilnehmen.

Minister Schuman eröffnete die Sitzung und teilte mit, daß diese Konferenz dazu gedacht sei, einen Gedankenaustausch vorzunehmen über die politischen Fragen, die anläßlich der Diskussion über eine Europäische Armee in Paris angesprochen worden seien; es gehe nicht darum, auf technische Einzelheiten einzugehen. Er schlug vor, die Ergebnisse dieser Konferenz schriftlich festzuhalten, ohne daß sich jedoch aus den entsprechenden Beschlüssen eine bindende Wirkung für die Regierungen der Teilnehmerstaaten ergeben solle. Dies wurde so beschlossen.

Abweichend von der Tagesordnung, die in Paris aufgestellt worden war[94], schlug Minister Schuman vor, die folgenden Themen zu besprechen:

I. Formierung der Europäischen Armee (Rekrutierung, Zusammensetzung der Streitkräfte, Ernennung der Offiziere);
II. Die Ausstattung der Europäischen Armee (Dienstvorschriften, Ausbildung, gemeinschaftlicher Haushalt, Rüstungsprogramm, Auslandshilfe);
III. Einsatz der Europäischen Armee.

Nach einer längeren Aussprache, in der u. a. von niederländischer Seite angemerkt wurde, daß in Zusammenhang mit den obenstehenden Themen verfassungsmäßige und institutionelle Probleme zu diskutieren sein würden, wurde beschlossen, im Rahmen der Gespräche sich an die obenstehende Tagesordnung zu halten.

I. Formierung der Europäischen Armee

1. Rekrutierung. In dieser Frage wurde folgender Beschluß formuliert:
„*Recrutement des forces Européennes de Défense.*
Le recrutement sera effectué par les organisations nationales sous le contrôle du Commissaire et en application des règles communes établies dans un Protocole annexe du Traité. En particulier, la durée uniforme du service devra être fixée dans le Protocole.

Dans la mesure où le Protocole le permettra, les Gouvernements et les Parlements nationaux resteront libres d'établir certaines dispositions particulières. (Par example en matiere d'exemption) – Ces principes sont sujets à adaption le jour ou aura été crée une organisation confédérale entre les Etats membres.
Les experts devront étudier la question de la modification éventuelle du Protocole annexe; notemment sur le point de la durée du service."[95]

Auf Bitten des Vertreters der Niederlande wurde mit Bezugnahme auf den ersten Absatz klargestellt, daß die Dienstzeit in allen Teilnehmerstaaten für die gleichen Waffengattungen einheitlich sein soll, wobei die Möglichkeit besteht, für verschiedene Waffengattungen verschiedene Dienstzeiten zu bestimmen.

Des weiteren wurde auf Vorschlag des niederländischen Delegierten beschlossen, den letzten Absatz des Beschlusses dahingehend zu ergänzen, daß Abweichungen von der festgelegten Dienstzeit grundsätzlich nur bei Einstimmigkeit erfolgen können.

Hinsichtlich des dritten Absatzes ist anzumerken, daß während der Pariser Konferenz seitens der französischen Delegation vorgeschlagen wurde, in den Vertrag eine Bestim-

[94] Deren Wortlaut oben Anm. 71.
[95] Offizielle deutsche Übersetzung oben bei Anm. 84.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mung aufzunehmen, kraft derer ab einem durch den Ministerrat einstimmig festzulegenden Zeitpunkt das Kommissariat selber direkt die Rekrutierung vornehmen solle. Die niederländische Delegation hat bereits in Paris ihren Widerstand gegen eine solche Bestimmung angekündigt. In Straßburg wurde anläßlich der Diskussion über diesen Punkt klargestellt, daß von einer direkten Rekrutierung nur im Falle des Zustandekommens einer Konföderation gesprochen werden könne.

2. Zusammensetzung der Europäischen Armee. In der Pariser Konferenz waren alle Delegationen mit Ausnahme der belgischen zu dem Schluß gekommen, daß hinsichtlich der Landstreitkräfte sowie der dazugehörigen taktischen Luftstreitkräfte alle Streitkräfte der Teilnehmerstaaten in die Europäische Armee mitaufgenommen werden sollten mit Ausnahme von

a) Truppen für die Verteidigung von Überseegebieten
b) Truppen für die Erfüllung internationaler Aufgaben.

Die Frage, ob die „troupes de polices et de sécurité interieure" nicht in die Europäische Armee integriert werden sollten, wurde in Paris noch nicht umfassend diskutiert. Ebensowenig wurde in Paris ein Beschluß gefaßt über die nicht taktischen Luftstreitkräfte und die Seestreitkräfte.

Ausgehend von diesem Diskussionsstand stellte Minister Schuman die Frage, ob sich die Ministerkonferenz mit einem derartigen Beschluß einverstanden erklären könne. Minister van Zeeland legte daraufhin dar, welche besonderen Probleme sich in Belgien stellten. Er wies darauf hin, daß in Belgien eine zweisprachige Gemeinschaft bestehe und dieser Umstand besondere Vorkehrungen erforderlich mache, um zu verhindern, daß in der Folge der europäischen Integration die nationale Einheit des belgischen Staats gefährdet würde. Von niederländischer Seite wurde dafür plädiert, sich auf der Konferenz mit diesem besonderen Problem, das sich in dieser Form in keinem anderen Teilnehmerstaat stelle, eingehend zu befassen und es zu berücksichtigen.

Im Verlaufe der Konferenz wurde dann in der Angelegenheit folgender Beschluß formuliert:

„*Composition des forces européennes de défence*

1) Ajoutez parmi les forces demeurant nationales:
   a) les troupes servant à la garde personelle des Chefs d'Etat
   b) les gendarmeries nationales.
2) Indiquez dans un protocole annexe qu'à titre provisiore et jusqu'à une date fixée d'un commun accord par les Gouvernements des Etats membres, des forces armées nationales pourront être recrutées et entretenues par le Royaume de Belgique jusqu'à concurrence de deux régiments."[96]

Bei der Diskussion dieses Punktes gegen Ende der Konferenz erwies es sich als unmöglich, in dieser Frage das Einverständnis der deutschen und der italienischen Seite zu erreichen. Adenauer legte dar, daß es in Deutschland aufgrund der innenpolitischen Situation unmöglich sei, einem Vertrag zuzustimmen, der vorsehe, daß nicht nur Frankreich, sondern auch die Niederlande und Belgien neben der Europäischen Armee noch nationale Streitkräfte unterhalten können sollten, während nur Deutschland und Italien keine nationalen Streitkräfte haben sollten.

3. Ernennung von Offizieren. Zu diesem Punkt wurde der folgende Beschluß formuliert:

---

[96] Vgl. oben Anm. 87 und 88.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„*Encadrement des Forces Européennes de Défense.*
A titre provisoire une formule transactionelle sur la nomination des officiers est établie. Il est convenu que les grades dans les unités de nationalité homogène des forces européennes de défense sont conférés:
– par décision du Commissaire, sur proposition des autorités nationales, en ce qui concerne le personnel d'origine allemande, française, italienne;
– sur recommandation du Commissaire, transmise aux autorités nationales, en ce qui concerne le personnel d'origine belge, luxembourgeoise et néerlandaise. Il est entendu que les autorités nationales et le Commissaire ont le droit de véto. Les Ministres des Affaires Etrangères doivent toutefois réserver la position de leurs Gouvernements au sujet de l'acceptation de cette formule transactionelle.

Les grades superieurs à ceux de Commandant d'unité de base de nationalité homogène, sont conférés par decision du Commissaire. Les emplois sont conférés par decision du Commissaire."[97]

Auf Vorschlag des Vertreters der Niederlande wurde der letzte Absatz dieses Beschlusses noch dahingehend präzisiert, daß in dem Vertrag eine Bestimmung enthalten sein soll, die besagt, in welchen Fällen die Ernennung die Zustimmung des Ministerrates erfordern solle und mit welcher Mehrheit dieser Rat dann zu beschließen haben würde.

Von niederländischer Seite wurde ausdrücklich festgehalten, daß innerhalb der niederländischen Regierung noch keine Lösung für das Problem der Ernennung von Offizieren gefunden worden sei; es erwies sich in diesem Zusammenhang auch als unmöglich, eine Richtung festzulegen, in der eine Lösung für dieses Problem unter Umständen zu finden sein würde.

II. Die Ausstattung der Europäischen Armee

1. Militärische Ausbildung. Zu diesem Punkt wurde kein Beschluß formuliert. Von belgischer Seite wurde auch in diesem Zusammenhang auf die Lage Belgiens als einem zweisprachigen Land hingewiesen.
2. Gemeinschaftlicher Haushalt. Die sehr eingehende Debatte über diesen Punkt hat nicht zu einem für alle Beteiligten annehmbaren Beschluß geführt. Dessenungeachtet konnte man den Eindruck gewinnen, daß es nicht auszuschließen ist, die Standpunkte der verschiedenen Delegationen einander anzunähern. Einige Punkte, in denen offenbar weitestgehend Übereinstimmung bestand, sollen von Finanzexperten noch genauer formuliert werden.

Insbesondere auf Ersuchen der niederländischen Seite wurde beschlossen, am 27. Dezember in Paris eine Konferenz unter Teilnahme der Außen- und Finanzminister der sechs Länder abzuhalten.

Von niederländischer Seite wurde im Zuge der Diskussion darauf hingewiesen, daß für die Niederlande in Zusammenhang mit der Regelung des Finanzproblems drei Punkte von größter Bedeutung seien:
1) die Einschaltung der nationalen Parlamente bei der Feststellung des Haushaltes;
2) Einstimmigkeit im Ministerrat;
3) eine Übergangsperiode zur Durchführung des mittelfristigen Verteidigungsplanes.

[97] Offizielle deutsche Übersetzung oben bei Anm. 86.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Van Zeeland schloß sich im großen und ganzen dem niederländischen Standpunkt an, hielt es jedoch für möglich, für die Übergangsperiode eine Lösung zu finden, wonach die Kosten für den Unterhalt der Streitkräfte, die ja bereits ihre Grundausbildung und Ausrüstung in dem jeweiligen Herkunftsland erfahren haben würden, in den gemeinsamen Haushalt zu verlagern seien. In bezug auf die Auslandshilfe wurde von niederländischer Seite darauf hingewiesen, daß hier ein Unterschied gemacht werden müsse zwischen militärischer Hilfe und wirtschaftlicher Hilfe; was die militärische Hilfe betreffe, so solle darüber befunden werden können, ob und inwieweit sie in den Gemeinschaftshaushalt integriert werden solle. Die wirtschaftliche Hilfe hingegen sollte in jedem Falle nicht im Gemeinschaftshaushalt ausgebracht werden.

Minister Schuman bemerkte, daß diese Angelegenheit nur in gemeinsamen Überlegungen mit den Vereinigten Staaten geregelt werden könne, und vertrat die Meinung, daß man sich durchaus darüber unterhalten sollte, ob nicht die derzeit für Wirtschaftshilfe zur Verfügung gestellten Mittel in die Gemeinschaftskasse integriert werden sollten.

Adenauer wies darauf hin, daß Deutschland über die sogenannten Besatzungskosten bereits einen Teil der Verteidigungslast u. a. für Frankreich und Belgien trage. Er hielt es für unbedingt erforderlich, mit Inkrafttreten des Vertrages diese Beträge in die gemeinschaftliche Kasse einzubringen.

Zur Frage des gemeinschaftlichen Rüstungsprogrammes stellte Minister Schuman fest, daß zwischen den Personalausgaben und den Rüstungsausgaben für die Europäische Armee zu unterscheiden sei. In der Übergangsperiode sollte hinsichtlich der Personalausgaben keinerlei Abweichung von nationalen Plänen erforderlich sein unter Berücksichtigung der Tatsache, daß diese bei der NATO registriert seien und die diesbezüglich getroffenen Absprachen durch die Verteidigungsgemeinschaft selbstverständlich zu respektieren sein würden.

Anders verhält es sich mit der Ausrüstung und Bewaffnung. Was diese Frage betrifft, so hat das NATO-Bündnis hierzu kein Resultat erzielt. Gerade von daher sollte von Anfang an eine rationellere Gestaltung der Programme in der Verteidigungsgemeinschaft angestrebt werden und in Verbindung damit nationale Pläne gegebenenfalls geändert werden. Solche Veränderungen würden selbstverständlich nicht[98] in Absprache mit dem betroffenen Land erfolgen.

Anläßlich der Diskussion über den gemeinsamen Haushalt fand ein sehr reger Gedankenaustausch über die zukünftige Entwicklung hin auf eine europäische Föderation statt. Anlaß hierzu gab die allgemeine Erklärung des italienischen Vertreters De Gasperi, daß die italienische Delegation der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft erheblich weniger Befugnisse zuzugestehen bereit sei, wenn sie den Eindruck gewinnen sollte, daß das vorläufige präföderale Regime, wie bislang im Vertrag niedergelegt, einen permanenten Charakter erhalten solle. Er hielt es in diesem Zusammenhang für erforderlich, seitens der vertragschließenden Regierungen die Verpflichtung einzugehen, so schnell als möglich ein wirklich föderales System zu begründen, dessen Anfänge bereits vertraglich vereinbart werden sollten. De Gasperi wurde in diesem Vorschlag von Adenauer unterstützt. Von französischer Seite wurden anfänglich Einwendungen erhoben aufgrund des Umstandes, daß einerseits die Schaffung eines wirklich föderalen Systemes in allen Ländern Verfas-

[98] Im niederländischen Original steht tatsächlich „niet" – vermutlich ein Schreiber-Irrtum. Zum Problem des Haushalts, hier als einziges ausführlicher referiert als im italienischen Protokoll, vgl. oben Anm. 82.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sungsänderungen erforderlich machen würde, so daß es für die Regierungen schwer sein würde, jetzt schon entsprechende Verpflichtungen einzugehen; andererseits teile zwar die Öffentlichkeit in Frankreich die Auffassung der Regierung, daß eine europäische Föderation anzustreben sei, doch hätten weder die Öffentlichkeit noch die französische Regierung bislang eine ganz deutliche Vorstellung entwickelt, wie dieses Ziel zu erreichen sei und welche verfassungsmäßige Struktur eine solche Föderation haben solle. Von daher hatte Minister Schuman keinerlei Schwierigkeiten, das Mandat der Pariser Konferenz dahingehend zu erweitern, daß auch diese Frage eingehend untersucht werden sollte.

Der Vertreter der Niederlande lehnte diesen Vorschlag energisch ab; er wies darauf hin, daß zwar auch in den Niederlanden die Vorstellung eines föderativen oder konföderativen Zusammenschlusses europäischer Staaten immer mehr Anhänger finde, daß es jedoch noch keinerlei einheitliche Auffassung gebe hinsichtlich der Gründung einer solchen Gemeinschaft, insbesondere nicht hinsichtlich der Frage, inwieweit sich eine solche Gemeinschaft auf die Länder sollte beschränken können, die an der Konferenz über das Thema Verteidigungsgemeinschaft teilnehmen. Er meinte des weiteren, daß die Frage als solche auch nicht erfolgreich auf der Konferenz von Paris würde besprochen werden können.

Nach einer langwierigen Debatte, während der von italienischer Seite größtmöglicher Druck ausgeübt wurde, um in diesem Punkt noch mehr zu erreichen, als bislang durch die Konferenz einvernehmlich festgehalten worden war, wurde schließlich folgender Vorschlag unterbreitet:

„Article 7 H. L'Assemblée étudie, pendant la periode transitoire:

a) la constitution d'une Assemblée de la Communauté Européenne de Défense, spécialement élue sur la base du suffrage universel;
b) les pouvoirs qui seraient dévolues à une telle Assemblée, y compris celui de voter des impôts de la Communauté;
c) les modifications qui devraient éventuellement être apportés aux dispositions du Traité relatives aux autres institutions de la Communauté, notemment en vue de sauvegarde une représentation appropriée des Etats.

Dans ses études, l'Assemblée s'inspirera des principes suivants: L'organisation de charactère définitif qui prendra la place de la présente organisation provisoire devra avoir une structure confédérale. Elle devra comprendre notemment une Assemblée bicamerale et un pouvoir exécutif.

Les propositions de l'Assemblée à cet égard seront soumises au Conseil. Avec l'avis du Conseil ces propositions seront ensuite transmises par le Président de l'Assemblée aux Gouvernements des Etats membres."[99]

Dieser Vorschlag knüpfte an den Text an, der bereits anläßlich der Pariser Konferenz ausgearbeitet worden war und dort bereits die Zustimmung aller Delegationen gefunden hatte. Er beschränkt sich auf den Auftrag an die vorläufige Versammlung, eine Studie zu erstellen, Vorschläge auszuarbeiten im Hinblick auf die definitive Struktur der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und entsprechende Richtlinien zu erarbeiten. Im Verlaufe der Diskussion wurde der obenstehende Vorschlag noch verändert dergestalt, daß es am Schluß von a) anstelle von „spécialement élue sur la base de suffrage universel" heißt „sur une base democratique"; daß unter b) entfällt „y compris celui de voter des impôts de la

[99] Übersetzt oben bei Anm. 89; die revidierte Fassung in offizieller deutscher Übersetzung bei Anm. 90 und in Anm. 91.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Communauté"; und daß es im vorletzten Absatz anstelle von „une structure confédérale" heißen soll „une structure fédérale ou confédérale".

Dieser Text wurde schließlich angenommen.

III. Einsatz der Streitkräfte

Dieser Punkt wurde im Verlauf der Konferenz nicht sehr ausführlich behandelt; es wurden auch keinerlei Beschlüsse zu diesem Thema formuliert. Van Zeeland teilte mit, die Schaffung einer Europäischen Armee als solche beinhalte, daß diese Armee zum Einsatz gebracht werden müsse, sobald eines der beteiligten Länder angegriffen würde. Er war von daher der Meinung, daß eine Klausel über automatischen gegenseitigen Beistand – wie im Brüsseler Pakt enthalten – in den Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft aufgenommen werden müßte und daß auch die Verpflichtungen in den Vertrag Eingang finden müßten, die die Länder im Rahmen des Atlantikpaktes hinsichtlich des gegenseitigen Beistandes eingegangen seien. Der Vertreter der Niederlande wies darauf hin, daß das heikle Problem des Einsatzes der europäischen Streitkräfte nur in Verbindung mit der Frage der Beziehungen zwischen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und der NATO gelöst werden könne. In diesem Zusammenhang äußerte er Zweifel, ob der Vorschlag, den van Zeeland unterbreitet habe, zu einer befriedigenden Lösung führen könnte.

Schuman meinte, daß das Problem des Einsatzes der europäischen Streitkräfte im Grunde ein Teil der mehr allgemeinen Frage nach der Politischen Autorität sei, die ja zwangsläufig einzurichten sein würde. Im übrigen teilte er die Auffassung, daß dieses Problem in Zusammenarbeit mit der NATO gelöst werden müsse.

Schlußbetrachtung

Generell ist festzuhalten, daß der im Rahmen der Konferenz erfolgte Gedankenaustausch sehr hilfreich gewesen ist. Es war in diesem Stadium mit Sicherheit notwendig, umfassende *politische* Gespräche zu führen in Vorbereitung weiterer Ministerkonferenzen, die sich dann verstärkt mit technischen Einzelheiten zu befassen haben werden. Die Konferenz machte deutlich, daß einerseits bei allen Delegationen der Wille vorhanden ist, eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft zu gründen, und daß andererseits danach gestrebt wird, zur Beseitigung der noch bestehenden Meinungsunterschiede eine gemeinschaftliche Lösung zu finden.

Man darf daher auch davon ausgehen, daß im Rahmen der folgenden Konferenzen eine echte Chance besteht, zu vertretbaren Kompromissen zu kommen, insbesondere dann, wenn einmal eine Lösung für die wichtigste Frage gefunden sein sollte: die Regelung des Gemeinschaftshaushaltes und das damit eng verbundene gemeinschaftliche Rüstungsprogramm. In diesem Zusammenhang muß vor allem der Frage der militärischen Auslandshilfe Aufmerksamkeit geschenkt werden. Es muß vermieden werden, daß durch Einbeziehung dieser Hilfe in die Gemeinschaft ihre Verwendung seitens der Organe der Gemeinschaft dazu führt, daß die Priorität auf einsatzbereite Divisionen gelegt wird, was die Durchführung des niederländischen Armeeplanes erschweren würde. Andererseits kann eine solche Priorität niemals gänzlich ausgeschlossen werden, auch nicht im Falle, daß die Auslandshilfe weiterhin auf bilateraler Basis gewährt wird.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die niederländische Delegation ließ sich in ihrem Verhalten auf dieser Konferenz u. a. durch die taktische Überlegung leiten, daß einerseits die Benelux-Partner so stark als möglich unterstützt werden müssen, um sich ihre Mitarbeit im Hinblick auf die Verwirklichung der niederländischen Interessen in der Frage des Gemeinschaftshaushaltes zu sichern, und um andererseits in bezug auf die italienischen Bestrebungen, bereits die Entwicklung einer europäischen Föderation festzulegen, deutlich zu machen, daß die Niederlande nicht bereit sind, dem Druck der Großmächte nachzugeben.

Schließlich sollte noch der folgende Aspekt nicht unerwähnt bleiben: auf der NATO-Konferenz in Rom zeigte sich, daß die Großmächte der Gründung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft einen großen Stellenwert einräumen, da auf andere Weise keine Lösung für die Beziehungen zu Deutschland gefunden werden kann. In der Tat muß zugegeben werden, daß es für die Lösung der Deutschen Frage unter den gegebenen Umständen keinen anderen Weg gibt. Sollte jedoch die Deutsche Frage von den Großmächten als Hebel benutzt werden, um einen engeren Zusammenschluß der Festlandsstaaten zu erreichen, so ist es nach Auffassung der Niederlande zulässig, die Gründung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft so eng als möglich zu verbinden mit der schnelleren Verwirklichung der Idee der Atlantischen Gemeinschaft, für die in Ottawa der Grundstein gelegt worden ist.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte
München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Notiz

NACHRUF AUF THEODOR SCHIEDER

Der Nestor der deutschen Geschichtswissenschaft, Theodor Schieder, geboren am 11. April 1908, gestorben am 8. Oktober 1984, hat bei seinen vielen bedeutenden akademischen Ämtern auch dieser Zeitschrift zwanzig Jahre (1958–1977) als Mitherausgeber angehört. Obwohl er selbst, stärker der deutschen und europäischen Geschichte des 19. Jahrhunderts zugewandt, nur mit wenigen Forschungsarbeiten zur deutschen Zeitgeschichte seit dem Ersten Weltkrieg hervorgetreten ist – z. B. zum Thema Rapallo und zur Überlieferungsgeschichte von Hermann Rauschnings „Gespräche mit Hitler" –, waren seine mittelbaren Wirkungen auch auf diesem Feld bedeutend: In Gestalt mancher essayistischer Beiträge, in denen er – wie es seine Art war – mit knappen Strichen die Konturen wichtiger Zusammenhänge souverän zu zeichnen wußte, und nicht zuletzt durch die große Zahl seiner Schüler, die er über vier Jahrzehnte hin zur Forschung auf dem Gebiet der Zeitgeschichte anregte.

Zu Beginn der dreißiger Jahre im Umkreis von Hans Rothfels in Königsberg als junger Privatdozent selbst involviert in Prozesse neukonservativen Umdenkens, die später vom Nationalsozialismus verfälscht wurden, war es für Theodor Schieder nach 1945 wohl auch ein Gebot innerer Reinlichkeit, nicht in der ersten Reihe derjenigen stehen zu wollen, die jetzt alles richtig und besser wußten. Der stets philosophisch argumentierende und behutsam formulierende Historiker scheute wohl auch den „Stilbruch", dem jeder ausgesetzt sein konnte, der sich auf die Geschichte extremer Perversionen und Verbrechen voll einließ. Solche Stilfragen des methodischen und sprachlichen Umgangs mit Geschichte waren es – so scheint mir – vor allem, die Theodor Schieders eigene Zurückhaltung auf dem engeren Gebiet der Zeitgeschichte erklären, ganz sicher nicht mangelndes Interesse.

Als einer seiner Schüler sehe ich selbst eine Wirkung als Lehrer auf jenem Gebiet gerade darin, daß er den Weg für beherzte Zeitgeschichtsforschung freigab und doch – mahnend und korrigierend – um ihre Rückbindung an die allgemeinen Maßstäbe geschichtswissenschaftlicher Hermeneutik bemüht blieb. „Meinen Sie, daß ‚Vernunft' schon eine Position historischer Erkenntnis ist?" fragte er mich – es muß 1952 gewesen sein – nach der Lektüre des Dissertationsmanuskripts, in dem „Vernunft" als Bewertungsmaßstab allzu häufig strapaziert worden war. Mit solchen leisen – zum Nachdenken auf Jahrzehnte hin mitgegebenen – Bemerkungen nahm er Einfluß; sie begleiteten seine vornehme Toleranz wirksam und fruchtbar. So ist er, der an der weiteren Entwicklung seiner Doktoranden zudem ein fürsorgliches persönliches Interesse nahm, für viele junge Historiker, die in den fünfziger und sechziger Jahren an seinem Kölner Lehrstuhl heranwuchsen, eine Vater-Figur geworden und geblieben, die sie ohne Scheu und ohne eine Spur von Hörigkeit „Lehrer" nennen.

Meine erste Begegnung mit Theodor Schieder liegt 35 Jahre zurück. Sie war auf

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gewisse Weise schon prägend und scheint mir symptomatisch. Während des internationalen Studentenseminars, das im August 1949 auf Burg Wahn bei Köln stattfand, ging es, mit Theodor Schieder und dem unvergessenen Ludwig Dehio als Vortragenden und Diskussionsleitern, fast nur um deutsche Geschichte im Lichte der brennenden Gegenwartsfragen und Zukunftsperspektiven, vor allem um westdeutsche Demokratiegründung und Vermeidbarkeit der deutschen Teilung. Drei Jahre später, mit dem ersten wissenschaftlichen Arbeitsauftrag, und zwar für die von Theodor Schieder geleitete Wissenschaftliche Kommission zur Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mittel-Europa, ergab sich eine ähnliche Herausforderung, politisches Erlebnis historisch zu befragen und zu vertiefen. Mehr als zuvor das Studium abstrakter historischer Nationalstaats- und Nationalitätenproblematik bei Theodor Schieder wurde der mit „Vertreibung" bezeichnete Abbruch deutscher politischer und kultureller Traditionen in Ost-Deutschland und Osteuropa, als säkulares Gegenwartsinteresse, für den Schüler Ausgangspunkt zu langjähriger Beschäftigung mit der Geschichte deutsch-polnischer und deutsch-osteuropäischer Beziehungen.

Man würde heute schwerlich in erster Linie Theodor Schieder nennen, wenn diejenigen Historiker zu bezeichnen wären, die in der Bundesrepublik der jungen Disziplin „Zeitgeschichte" vor allem in den Sattel geholfen haben. Persönliche Erinnerungen, wie ich sie eben angedeutet habe und wie sie von vielen geteilt werden, lassen seine Wirkung auf die wissenschaftliche Beschäftigung mit unserer jüngsten Vergangenheit doch in einem anderen Lichte erscheinen. Die Anstöße, mit denen Theodor Schieder zahlreiche seiner Schüler bewog, sich der Zeitgeschichte mit Engagement zuzuwenden, versah er freilich durch seine spürbare eigene Zurückhaltung mit dem Vorbehalt, daß es gerade auf diesem Forschungsfeld darauf ankomme, das erst provisorisch Gesichtete und Bewertete immer wieder zu prüfen und neu zu reflektieren, um es auf einen von Mal zu Mal sicherer werdenden historischen Begriff zu bringen. In dieser – meist unausgesprochenen – Mahnung sehe ich ein besonders wertvolles Vermächtnis, um, gerade auch in der gegenwärtigen Situation der deutschen Zeitgeschichtsforschung, die Gefahr der Verkrustung von Standpunkten und der Verbarrikadierung in festen „Lagern abzuwenden und die frische Luft stets neuen Fragens und Nachdenkens einzulassen.

Martin Broszat

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. Elmar Krautkrämer, Professor für Geschichte an der Pädagogischen Hochschule Freiburg (Neuhäuserstr. 58, 7815 Kirchzarten), veröffentlichte u.a. „Deutsche Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg" (Hildesheim 1962), „Die Bundesrepublik Deutschland. Ihre Entstehung und Entwicklung" (Frankfurt/Berlin/München 1981), „Israel und Nahost. Der arabisch-israelische Konflikt" (Frankfurt/Berlin/München 1980), „Internationale Politik im 20. Jahrhundert. Dokumente und Materialien", Bd. 1 1919–1939, Bd. 2 1939–1945 (Frankfurt/Berlin/München 1976, 1977), „Der innerdeutsche Konflikt um die Ministerpräsidentenkonferenz in München 1947" (in: Vfz 20, 1972), „Ergänzende Bemerkungen zur Münchener Ministerpräsidentenkonferenz" (in: Vfz 20, 1972), „Die Entmachtung Lavals im Dezember 1940. Ein außenpolitisches Kalkül Vichys" (in: Vfz 27, 1979), „General Giraud und Admiral Darlan in der Vorgeschichte der alliierten Landung in Nordafrika" (in: Vfz 30, 1982); gegenwärtiges Forschungsgebiet ist die politische Geschichte des Zweiten Weltkriegs, speziell die Außenpolitik der französischen Regierung in Vichy.

Dr. Otto Dov Kulka, Professor für neuere jüdische Geschichte an der Hebräischen Universität Jerusalem (Dept. of Jewish History, The Hebrew University of Jerusalem, Jerusalem, Israel) und Leiter des Forschungs- und Editionsprojekts „Deutsches Judentum 1933–1945" des Institute for Jewish Studies, Hebrew University, veröffentlichte, neben den im hier vorgelegten Aufsatz erwähnten Publikationen, Beiträge zur Geschichte der Juden Mitteleuropas im 19. und 20. Jahrhundert, insbesondere über den modernen Antisemitismus und das Dritte Reich, u.a. „Richard Wagner und die Anfänge des modernen Antisemitismus" (in: Bulletin des Leo Baeck Instituts 4, 1961), „Die Münchner Krise und die ‚Judenfrage' in der Tschechoslowakei im Jahre 1938" (in: Gesher 15, 1970, hebr.), „Die ‚Reichsvereinigung of the Jews in Germany' (1938/9-1943). Problems of Continuity in the Organization and Leadership of German Jewry under the NS-Rule" (in: Patterns of Jewish Leadership in Nazi Europe, Yad Vashem, Jerusalem 1979), „Ghetto in an Annihilation Camp. Jewish Social History in the Holocaust Period and its Ultimate Limits" (in: The Nazi Conzentration Camps. Yad Vashem, Jerusalem 1984), „Die deutsche Geschichtsschreibung über den Nationalsozialismus und die ‚Endlösung'. Tendenzen und Entwicklungsphasen 1924–1984" (in: Historische Zeitschrift, 239, 1984). In Vorbereitung: „The Final Solution and the German People. Secret Reports on the Attitude of the German Population to the ‚Solution of the Jewish Question' in the Third Reich".

Dr. Gunther Mai, Privatdozent und Hochschulassistent an der Philipps-Universität Marburg (Am Mehrdrusch 25, 3551 Goßfelden), veröffentlichte u.a. „Sicherheitspolitik im Kalten Krieg. Der Korea-Krieg und die deutsche Wiederbewaffnung 1950" (Boppard 1977), „Kriegswirtschaft und Arbeiterbewegung in Württemberg 1914–1918" (1983), „Die Geisler Metallarbeiterbewegung zwischen Klassenkampf und Volksgemeinschaft 1931–1933/34" (1984), „Die Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation. Zum Verhältnis von Arbeiterschaft und Nationalsozialismus" (in: VfZ 31, 1983). Derzeit Arbeit an einer Gesamtdarstellung des Ersten Weltkriegs.

Dr. Franz W. Seidler, Professor für Geschichte, insbesondere Sozial- und Militärgeschichte, an der Hochschule der Bundeswehr München (Werner-Heisenberg-Weg 39, 8014 Neubiberg), veröffentlichte u.a. „Die Wehrpflicht" (München 1971), „Die Abrüstung" (München 1974), „Probleme der deutschen Sanitätsführung 1939–1945" (Neckargmünd 1977), „Frauen zu den Waffen?" (Bonn 1978), „Blitzmädchen" (Bonn 1979), „Das Militär in der Karikatur" (München 1982).

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte